

Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union

Ein Reader



Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union

Ein Reader

ausgewählt
und
eingeleitet
von
Dirk Arntz

"Heute fahren größere Schiffe einfach an kleinen Booten vorbei und ignorieren alle Hilferufe, weil sie automatisch davon ausgehen, dass darin illegale Migranten sitzen. Das verstößt gegen das Völkerrecht!"

Navi Pillay, UN-Kommissarin für Menschenrechte, 2009

"Wer an schiffbrüchigen Flüchtlingen vorbeifährt und sie ersaufen läßt, ist ein Unmensch. Der Mensch aber, der sie aus dem Meer fischt und an Land bringt, wird verhaftet. Diese teuflisch-absurde Alternative kennzeichnet Geist und Praxis des europäischen Asylrechts."

Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, 2004

"Ich bin der Meinung, daß man Menschenleben retten soll, wo man sie retten kann. Und keine Institution, die Leben zu retten vermag, darf auf offener See Selektion betreiben. Das hieße ja, Menschen willkürlich zum Tode zu verurteilen."

Heinrich Böll, DER SPIEGEL, 1981

"Wir werden den Terrorismus und die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen."

Angela Merkel, Bundeskanzlerin, 2007

Einführung	6
<u>1. Der Fall der tunesischen Fischer</u>	
◆ SOS vor Lampedusa: Freiheit für die mutigen Fischer	13
◆ Solidaritätsaktion in Hamburg	16
◆ Solidaritätserklärung der Landesflüchtlingsräte in Deutschland	19
◆ Flüchtlingsdrama im Mittelmeer. Samariter auf der Anklagebank	22
◆ Fall tunesischer Fischer vor dem Europaparlament	26
◆ Menschenhändler, Rettungsmaßnahmen und Informationshandel	31
◆ Die Menschenfänger	35
◆ Der Kapitän und das Mittelmeer	40
◆ Retter auf der Anklagebank. Italien: Prozeß gegen tunesische Fischer, die 44 Flüchtlinge aus Seenot bargen. Urteil am Dienstag erwartet.	46
◆ Die 44 aus den Wellen.	48
◆ Tunesische Fischer verurteilt	49
◆ „Wir brauchen einen Aufschrei der Politik“. Tunesische Fischer wollten Flüchtlinge retten: Zweieinhalb Jahre Haft. Ein Gespräch mit Elias Bierdel	51
◆ Hilfe für Flüchtlinge. Im Netz der italienischen Justiz	53
<u>1.1 Politik und Menschenrechte in Tunesien</u>	
◆ Auch Europa hält sich seine Despoten: das tunesische Modell	58
◆ Ein Blick hinter die demokratische Fassade Tunesiens	65
◆ Entwicklungsmodell Tunesien? Zu den besonderen Beziehungen zwischen Berlin und Tunis.	69
◆ Tunesien: „Tausendundeine Macht“. Interview mit Marc Thörner	72
◆ Amnesty Report 2009: Tunesien	75

2. Der Fall Cap Anamur

- ◆ Botschafter der Ungerechtigkeit. Interview mit Elias Bierdel, Vorsitzender v. borderline europe 82
- ◆ Flüchtlinge. Wer hilft, wird bestraft. 86
- ◆ Rettung der Flüchtlinge. Freispruch im Fall „Cap Anamur“ 88
- ◆ Cap Anamur. „Der Staatsanwalt hat uns zum Freispruch gratuliert“ 90
- ◆ Freispruch – Grund zum Feiern? 92

3. Italienisch-libysche Beziehungen

- ◆ Außenministertreffen in Luxemburg. Weg frei für Waffenexporte nach Libyen 95
- ◆ Migranten in Libyen. Eintrittsgeld in die Wüste 97
- ◆ Libyen: Derzeit 60.00 illegale Migranten inhaftiert – Aktueller Bericht über die „Lebensbedingungen von Transmigranten in Libyen“ 100
- ◆ „Lampedusa ist ein Testgelände“. Die Ethnologin Heidrun Friese über Italiens südlichste Insel und Europas Flüchtlingsproblem 101
- ◆ Italienisch-libysche Beziehungen. Von den niederen Motiven der Aussöhnung 104
- ◆ Hunderte Flüchtlinge ertrinken vor Libyens Küste 107
- ◆ Libyen schiebt Flüchtlinge ab und Europäische Union kooperiert 112
- ◆ Italien/Libyen: Migranten beschreiben Zwangsrückführungen und Misshandlungen 114
- ◆ Amnesty International: Europa lässt einsperren 118

4. Frontex

- ◆ Frontex und die toten Flüchtlinge 123
- ◆ Frontex oder die Krise der euroäischen Migrationspolitik 127
- ◆ Frontex, Bootsflüchtlinge und Menschenrechte 134
- ◆ Migrationskontrolle aus dem All 137

5. Fluchtgründe

- ◆ Fluchtursache Lebensbedingungen 146
- ◆ Europäische Fischereipolitik: Fischern steht das Wasser bis zum Hals 150
- ◆ Trawler vor Senegal. Die Wirkung der EU-Fischereiabkommen ist umstritten 153
- ◆ You are being lied about pirates 154
- ◆ Piraten in Somalia. „Früher waren wir ehrliche Fischer“ 157

6. Das Dorf der Zukunft

- ◆ Mimmos Utopia. Global Village: Wie ein kalabrischer Bürgermeister Hunderte Bootsflüchtlinge rettete und sein Dorf dazu 164
- ◆ Film: Das Dorf der Zukunft. Im kalabrischen Riace finden Flüchtlinge Heimat 167

7. Migranten in den Medien

- ◆ Rassismus in der Presse 169
- ◆ Zuwanderer im Zerrspiegel der Medien. Migrationsberichterstattung als Stimmungsmache 171
- ◆ Mediale Zerrspiegel: Irreguläre Migration von Afrika nach Europa zwischen Bedrohungsszenario und Opferdiskurs 176

8. Auswahlbibliografie 190

Einführung

Europa ist zu einer Festung geworden, deren Außenmauern nahezu täglich ausgebaut und verstärkt werden. Die Abschottung gegen die „Neuen Barbaren“ (Rufin) des Südens erfolgt mit modernsten Mitteln. Grenzzäune, Überwachungsanlagen und Kriegsschiffe an und vor den Außengrenzen bilden den neuen Limes.¹

Jene, die den südlichen Abschnitt des Grenzwalls zu überwinden suchen, haben oft jahrelange Fußmärsche durch Afrika hinter sich, wenn sie die Tore Europas erreichen. In Nordafrika warten geschätzte 2,5 Mio. Menschen aus den Ländern südlich der Sahara, die es nach Europa schaffen wollen.

Die Aufrüstung Europas macht Flucht und den Versuch der Einwanderung zu einem Spiel auf Leben und Tod. Im Winter 2005/06 fanden mindestens 1300 Menschen den Tod beim Versuch von Afrika aus die kanarischen Inseln zu erreichen. In Sizilien hat sich die Zahl der ankommenden Flüchtlinge vom 1. Halbjahr 2007 nach 2008 verdoppelt. Das Mittelmeer ist der „neue Raum der Abschreckung“ (H. Dietrich).²

Die Erfahrung zeigt, dass Abschirmung und Abwehr immer neue und gefährlichere Ausweichrouten notwendig machen. Nach den vorliegenden Zahlen ist das Mittelmeer auch „das größte Massengrab der europäischen Nachkriegsgeschichte.“³

Es wird berichtet, dass Schiffe des europäischen Grenzsicherungssystems Frontex sich regelmäßig der unterlassenen Hilfeleistung auf See schuldig machen, wenn sie in Seenot geratene Flüchtlinge tatenlos ihrem Schicksal überlassen.

Unabhängige Beobachter sprechen von täglichen Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen der Europäischen Union. Amnesty International bezeichnet die EU-Politik in der Mittelmeerregion als „einseitige(n), unerklärte(n) Krieg der EU gegen die Flüchtlinge“.

Die Abschottung Europas beginnt unterdessen an die Südgrenzen des Maghreb.

Europa ist bemüht, Flüchtlinge bereits in den Transitländern außerhalb seiner Grenzen abzufangen. Ob sie asylberechtigt sind, muss so ebensowenig geprüft werden wie anderer Gründe, die ihren Aufenthalt in Europa legitimieren würden.

Ein elementarer Bestandteil der europäischen Flüchtlingsabwehr ist die Einbindung von Herkunfts- und Transitstaaten in die europäische Migrationspolitik. Denn die

¹ Jean-Christophe Rufin, Das Reich und die NEUEN BARBAREN, Berlin: Volk & Welt 1991

² vgl. AusgeLAGERT, Berlin, Hamburg 2005 (FFM, Heft 10) S.48ff.

³ Eberhard Jungfer, Migrationen im sozialen Weltkrieg, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Jahrbuch 2009, Verlag Westfälisches Dampfboot: Münster 2009, S.16.

Einwanderungsländer haben festgestellt, dass bilaterale Abkommen weitaus effektiver für die Durchsetzung europäischer Länderinteressen sind, als einseitige Maßnahmen.

Seit 2007 existiert eine solche Kooperation zwischen Libyen und der EU. Es geht um ein Grenzüberwachungssystem, das bereits die Einreise nach Libyen verhindern soll und selbstverständlich die Weiterreise der Migranten nach Europa.

Zur kooperativen Abschottungsstrategie gehört die Koppelung europäischer Entwicklungshilfe an die Kooperation in der Migrationspolitik (Gipfel von Sevilla 2001).

Gleichzeitig trägt die EU Verantwortung für die Zerstörung der Existenzen afrikanischer Bauern und Fischer: durch ihre subventionierte Landwirtschaft und ihre Fischereipolitik.

Der Migrationsforscher Eberhard Jungfer definiert deshalb Migration als den Versuch, „aus dem vom Westen geführten sozialen Weltkrieg einen Ausweg zu finden.“⁴

So sehr Europa sich um die Kontrolle und Abwehr illegaler Einwanderer bemüht, so umfassend abhängig sind ganze Wirtschaftszweige von der stillschweigend geduldeten Schwarzarbeit illegaler Einwanderer, z.B. in Spanien und Italien auf den Obst- und Gemüseplantagen, aber nicht nur dort.

Schätzungen sprechen von 10 Mio. illegalen Migranten, die in der Landwirtschaft, auf dem Bau, in der Gastronomie, und in privaten Haushalten arbeiten: rechtlos, ohne Kündigungs- oder Arbeitsschutz. Dass Abschiebung jederzeit möglich ist, macht „Illegale“ überdies erpressbar. Geschätzte 100.000 Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus sollen allein in Berlin leben.

Ein zentrales Argumentationsmuster mit der die EU das harte unnachsichtige Vorgehen gegen illegalen Einwanderern begründet, lautet:

„Soll die Glaubwürdigkeit und Integrität der Politik in den Bereichen legale Einwanderung und Asyl gewahrt bleiben, muss eine Gemeinschaftspolitik zur Rückführung illegal aufhältiger Personen entwickelt werden.“ (EC 2003:9)

Die Berliner Erklärung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft definierte im Jahre 2007 die gefährlichsten Feinde der freiheitlichen Ordnung. Migrationsabwehr wird darin mit dem Kampf gegen den Terrorismus verknüpft.

„Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen.“⁵ Jahre zuvor hatte bereits der damalige deutsche Innenminister Kanther von „kriminell organisierten illegalen Wanderungsbewegungen“ gesprochen.⁶

⁴ Ebd., S.22

⁵ zitiert nach Ch. Marischka, FRONTEX: Im Netz des EU-Sicherheitssektors, S. 41

Folgerichtig findet in der Praxis die faktische Aufhebung der Grenzen zwischen Polizei, Militär, Geheimdienst statt. Im Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration (GASiM) arbeiten BKA, Bundespolizei, Bundeszollverwaltung, BND, Bundesamt f. Verfassungsschutz, Bundesamt f. Migration u. Flüchtlinge, Auswärtiges Amt, die (Bundes-)Länder Hand in Hand.

Wer es geschafft hat, dem begegnen innerhalb der europäischen Mauern häufig Rassismus und Vorurteile. Unerwünschte und unkontrollierte Migration wird als Bedrohung inszeniert, dient der Konstruktion von Feindbildern und führt zur Stigmatisierung von Flüchtlingen als Staatsfeinde. Dabei wird häufig mit der Vermischung von Migration mit Kriminalität oder Islamismus gearbeitet.

Insbesondere in Deutschland hat der Fall der Cap Anamur (Bierdel/Schmidt) medial hohe Wellen geschlagen. Bierdel und sein Kapitän waren wegen "Beihilfe zur illegalen Einwanderung" angeklagt. 2004 hatten sie 37 afrikanische Flüchtlinge, die Schiffbruch erlitten hatten, an Bord des berühmten Flüchtlingsschiffes genommen. Italienische Behörden verwehrten ihnen wochenlang die Einfahrt in einen italienischen Hafen. Der Kapitän der Cap Anamur, Stefan Schmidt, erhielt für sein couragiertes Agieren im Dezember 2009 die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte.

Schmidt teilte symbolisch die Medaille mit zwei tunesischen Fischer-Kapitänen, die, ähnlich wie er selbst, afrikanische Flüchtlinge vor dem sicheren Tod bewahrt hatten. Hier wie dort verfolgte die Republik Italien die völkerrechtlich gebotene Seenotrettung strafrechtlich als Beihilfe zur illegalen Einreise. Den tunesischen Fischer-Kapitänen wirft der Staatsanwalt Schlepperei und Menschenhandel vor.

Mit der Dokumentation des Falles der tunesischen Fischer beginnt auch der vorliegende Reader. Jedes der ersten 7 Kapitel vereint diverse Texte, die einen schnellen Einstieg in die jeweilige Problematik ermöglichen sollen.

Kapitel 1 dokumentiert anhand von Presseartikeln und Interviews und Erklärungen von NGOs den Fall der tunesischen Fischer, die 44 Bootsflüchtlinge vor dem Ertrinken im Mittelmeer retteten und deshalb von der italienischen Justiz verfolgt werden. Kapitän Jenzeri und Mohamd Amine Bayoudh, der Sohn von Kapitän Bayoudh, waren im

⁶ Der Law-and-Order-Politiker Kanther wurde zwischenzeitlich vom Landgericht Wiesbaden wegen Untreue zu eineinhalb Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

Dezember 2009 Gäste des Bildungswerkes Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung.

Kapitel 1.1. - In Tunesien wurden die Fischer zunächst als Helden gefeiert, dann aber „fallen gelassen“. Ihrem Beruf können sie dort nicht mehr nachgehen. Die Fischerkapitäne haben inzwischen faktisch Berufsverbot. Die lokalen Behörden versagen ihnen die Hochseefischereilizenz. Kapitän Jenzeri wurde – ganz offiziell – zum „Fischereiarbeiter“ degradiert. Zudem liegen die konfiszierten Boote immer noch in Lampedusa. Über die Gründe für die 180-Grad-Wendung der tunesischen Behörden kann nur spekuliert werden. Dabei ist es hilfreich zu wissen, dass die tunesische Diktatur spätestens seit 2003 ein enger Verbündeter der EU ist. In diesem Jahr fand nicht nur der 5+5-Gipfel (5 EU-Mitglieder + 5 afrik. Mittelmeeraanrainerstaaten) zum Thema Sicherheit und illegale Einwanderung in Tunis statt. Im gleichen Jahr unterzeichnete auch der deutsche Innenminister Otto Schily das deutsch-tunesische Abkommen in Sicherheitfragen und das tunesische „Parlament“ beschloss ein Gesetz, das illegale Grenzübertritte unter Strafe stellt.⁷ Kapitel 1.1 blickt hinter die demokratische Fassade Tunesiens, beleuchtet die Beziehungen zwischen Berlin und Tunis und dokumentiert, was Amnesty International im Jahre 2009 über Tunesien zu sagen hatte.

Kapitel 2 dokumentiert den Fall Cap Anamur, der viele Parallelen zum Fall der tunesischen Fischer aufweist. Auch die Cap Anamur rettete Bootsflüchtlinge vor dem Ertrinken und wurde von den italienischen Behörden verfolgt. Der Prozess gegen den Verantwortlichen, Elias Bierdel, und den Kapitän der Cap Anamur „Stefan Schmidt“ endete schließlich mit dem Freispruch beider.

Kapitel 3 beleuchtet exemplarisch die italienisch-libyschen Verhältnisse.

Italien gilt als das Versuchslabor der EU-Migrationspolitik. Bereits im Jahre 2005 schob der italienische Staat hunderte Migranten in libysche Gefängnisse ab. Rund 2 Millionen Migranten leben in Libyen. Geschätzte 60.000 Transmigranten sind in Libyen in Haft. Die Beiträge dieses Kapitels erörtern die italienisch-libysche „Aussöhnung“, die Umstände der Zwangsrückführung von Migranten in libysche Gefängnisse und die Sicht von Amnesty International auf diese euro-mediterrane Partnerschaft.

Kapitel 4 beschäftigt sich mit der europäischen Grenzschutzorganisation FRONTEX, die die europäische Abschottungsstrategie tagtäglich exekutiert. Symptomatisch sind die bloßen Zahlen: der Frontex-Haushalt betrug 35 Mio. Euro im Jahre 2007, 70 Mio. Euro im Jahre 2008 und 90 Mio. Euro im Jahre 2009.

Dass die Zukunft totaler Überwachung der Migration bereits begonnen hat, dokumentiert ein Beitrag über Erdbeobachtungssatelliten und Migrationskontrolle aus dem All.

Kapitel 5 beleuchtet die ökonomischen und ökologischen Fluchtursachen. Den Schwerpunkt bilden die Themen EU-Fischereipolitik als Fluchtursache sowie die Frage, wie aus Fischern Piraten wurden.

Kapitel 6 beschäftigt sich mit dem kalabrischen Dorf Riace, dessen Bürgermeister gestrandete Flüchtlinge in leerstehenden Häusern seines Dorfes unterbringt und auf diese Weise nicht nur den Flüchtlingen hilft, sondern auch sein Dorf vor dem Aussterben bewahrt. Denn die früheren Bewohner der leeren Häuser waren ausgewandert: nach Mailand, Turin, Deutschland ...

Wenn Massenmedien den Versuch von Flüchtlingen, die nordafrikanischen spanischen Exklaven Ceuta und Melilla zu erreichen, als „Sturm auf Europa“ bezeichnen, dann knüpfen sie semantisch an den „Mongolensturm“ – an kriegerische Auseinandersetzungen also - des 13. Jahrhunderts an.

Kapitel 7 beinhaltet mehrere Beiträge, die sich der Behandlung des Themas Migration durch die Massenmedien widmen, wo auch mit Begriffen wie „Asylantenflut“ und „Flüchtlingsströme“ Assoziationen zu Naturkatastrophen hervorgerufen werden.

Die irregulären Migranten afrikanischen Ursprungs in Deutschland - obwohl nur sehr gering an Zahl - dominieren die Medienberichterstattung und die öffentliche Diskussion. Auch auf diese Art und Weise werden Flüchtlinge und Migranten zu einer gewaltigen Bedrohung stilisiert, zu deren Bekämpfung scheinbar jedes Mittel gerechtfertigt ist.

⁷ vgl. dazu Bensedrine, Sihem / Omar Mestiri, Despoten vor Europas Haustür. Warum der Sicherheitswahn den Extremismus schürt. München: Kunstmann Verlag 2005.

Kapitel 8 ist eine gegliederte Auswahlbibliografie. Sie verzeichnet Überblicksdarstellungen und Erfahrungsberichte ebenso wie ergänzende und vertiefende Literatur zu den vorhergehenden Kapiteln.⁸

Berlin, im März 2010

-Dirk Arntz-

⁸ Sämtliche in diesem Reader gezeigten Fotos wurden im Dezember 2009 von Simon Cames und Dirk Arntz gemacht.

1. Der Fall der tunesischen Fischer

SOS vor Lampedusa: Freiheit für die mutigen Fischer!

Der Prozess gegen sieben Fischer aus Tunesien in Italien, die wegen der Rettung von 44 Menschen in Seenot angeklagt sind, führte zu zahlreiche Reaktionen. Mit Solidaritäts-Aktionen und Protestnoten wird die Einstellung der Verfahren und die Freilassung der Fischer gefordert.

Verfolgt als seien sie Menschenhändler, haben die Fischer tatsächlich nur die elementarste Pflicht der Solidarität erfüllt und am 8. August 2007 in der Nähe der Insel Lampedusa 44 PassagierInnen eines in Seenot befindlichen Flüchtlingsboots Hilfe geleistet und sie zum nahen Ufer in Lampedusa geleitet. Unter den Schiffbrüchigen befanden sich zwei schwangere Frauen und zwei Kinder. Diese humanitäre Selbstverständlichkeit auf See wird von den italienischen Gerichten als Straftat verfolgt: Die sieben Fischer aus Tunesien wurden unmittelbar nach ihrer Rettungsaktion verhaftet und beschuldigt, ImmigrantInnen geschmuggelt zu haben. Am 22. August 2007 startete am Gericht von Agrigent (Sizilien) der Prozess. Die Angeklagten werden beschuldigt "illegale Einwanderung gefördert" zu haben. Der Strafraumen für diesen "Delikt" beträgt bis zu 15 Jahre Gefängnis.

In Nordafrika, Italien und europaweit gab es Proteste gegen die Anklage. Rund um die Prozesseröffnung wurden zahlreiche Solidaritätserklärungen veröffentlicht.

So initiierte das Netzwerk migreurop einen Protestbrief, der von zahlreichen Organisationen unterzeichnet wurde. Darin wird u.a. die Freilassung der sieben tunesischen Fischer der Boote Mortadha und Mohammed el-Hedi gefordert. Das Sicherheitsdenken und die Repression werden ebenso zurückgewiesen, wie jene rassistische Ideologie, die die Migrationspolitik bestimmt - durch Externalisierung von Asyl und Grenzkontrollen sowie die Kriminalisierung der Migration.

Auch einige EU-ParlamentarierInnen verfassten einen "Appell für 7 tunesische Fischer". Darin appellieren sie an die Behörden in Agrigento, die Fischer nicht zu verurteilen, denn eine Verurteilung könnte das Prinzip der Solidarität auf See in Frage stellen. Weiters werden die Europäische Kommission und die Regierung in Italien aufgefordert, jene Gesetze zu ändern, mit denen Menschen kriminalisiert werden, die anderen - insbesondere jene, die als "illegale ImmigrantInnen" bezeichnet werden - auf See Hilfe leisten. Außerdem wurde zur Teilnahme an einer Demonstration am 7. September 2007 in Agrigento aufgerufen - als Zeichen der Solidarität mit den sieben Angeklagten.

Ebenfalls zu einer Demonstration kam es am 7. September in Hamburg. Bereits am 6. September beschlossen die Landesflüchtlingsräte in Deutschland eine Solidaritätserklärung.

Am Montag, 10. September 2007, wurden die sieben Fischer aus der Untersuchungshaft entlassen. Die beiden Kommandanten sitzen jetzt im Hausarrest, in einer religiösen Einrichtung in Licata, ein Stadt in der Nähe des Prozessortes. Die restliche Besatzung darf bis zur Fortsetzung des Prozesses am 20. September nach Hause zurückkehren. Die eigentliche Richterin, die auch den Cap Anamur Prozess verhandelt, ist im Urlaub, der stellvertretende Richter hat den erneuten Antrag der Verteidigung positiv entschieden und die Männer entlassen.

Von Unterstützungsgruppen wird die Enthaftung als positive Entscheidung begrüßt, zu der die internationalen Proteste und Kampagnen beigetragen hätten. Die italienischen AktivistInnen bedanken sich bei UnterstützerInnen aus dem Ausland, deren Protest viel bewirkt habe!

Einige der Geretteten hatten vor Gericht ausgesagt, dass die sieben Angeklagten eine mutige Rettungsoperation durchführten.

Quelle: SOS vor Lampedusa: Freiheit für die mutigen Fischer!, 11.09.2007
<http://no-racism.net/article/2259/>



Im Haus der Kulturen der Welt, Berlin

Kapitänssohn Mohamed Bayoudh (li.), der Dolmetscher Dr. Al-Saadi (mi) und Kapitän Jenzeri (re.)



„Gespräch unter Seeleuten“

Kapitän Jenzeri und Kapitän Schmidt

Solidaritätsaktion in Hamburg

In Hamburg fand am 7. September 2007 eine Aktion vor dem italienischen Konsulat zur Solidarität mit den in Italien angeklagten tunesischen Fischern statt. Die solidarische AktivistInenn übergaben dabei eine Resolution. Außerdem war im Hafen von Hamburg ein Transparent mit folgenden Parolen zu sehen: "RESCUE IS A HUMAN RIGHT! Solidarity with the fishermen! Stop FRONTEX!" (siehe: Fotos und Bericht auf de.indymedia.org).

Im folgenden dokumentieren wir ein Flugblatt vom Flüchtlingsrats Hamburg.

Prozess von Agrigent: Nein zum Delikt der Solidarität

Vor dem Gericht von Agrigent (Sizilien) müssen seit dem 22. August sieben tunesische Fischer erscheinen, die angeklagt sind, "illegale Einwanderung gefördert" zu haben. Sie riskieren bis zu 15 Jahren Gefängnis.

Verfolgt als seien sie Menschenhändler, haben die Fischer tatsächlich nur die elementarste Pflicht der Solidarität erfüllt: am 8. August, in der Nähe der Insel Lampedusa, haben sie 44 Passagieren eines in Seenot befindlichen Flüchtlingsboots Hilfe geleistet und sie zum Ufer geleitet. Ohne ihre Intervention ist es wahrscheinlich, dass die Schiffbrüchigen, unter ihnen zwei schwangere Frauen und zwei Kinder, dasselbe Schicksal erlitten hätten wie Tausende von MigrantInnen und Flüchtlingen, die seit einigen Jahren im Meer ertranken sind beim Versuch, die europäischen Küsten zu erreichen.

Der Prozess von Agrigent ist eine neue Episode im Krieg, der durch die Europäische Union gegen die MigrantInnen und Flüchtlinge geführt wird. Nach der Militarisierung der andalusischen Küste, nach den dramatischen Ereignissen von Ceuta und Melilla im Jahr 2005, in deren Verlauf mehrere Menschen den Tod fanden durch Schüsse der marokkanischen Polizei, dafür, dass sie versucht hatten, die spanische Grenze zu überwinden, nach der Abriegelung der mauretanischen und senegalesischen Küsten, um die Überfahrt zu den Kanarischen Inseln zu verhindern, nach den Abschiebelagern, wo, wie in Libyen, die Rechte der MigrantInnen und Flüchtlinge mit Füßen getreten werden, ist es heute die Waffe der Abschreckung, die geschwungen wird.

Indem die Hilfe für Menschen in Gefahr bestraft wird, veranlassen die italienischen Behörden die Seeleute und Fischer dazu, das internationale Seerecht zu verletzen, das vorschreibt, alles in seinen Kräften Stehende zu tun für die Rettung von Schiffen in Seenot. Aber das ist noch nicht alles: Indem sie Rettungsaktionen verbieten, machen sie sich - im besten Fall - verantwortlich für das Zurückschicken in Länder, wo die Rechte von Menschen, die Schutz brauchen, nicht respektiert werden. Im schlechtesten Fall verurteilen sie Frauen, Männer und Kinder, die kein anderes Vergehen begangen haben als eine bessere Existenz für sich zu suchen oder manchmal gar zu versuchen, ihr Leben zu retten, zum Tode.

Als Versuchslabor der EU-Migrationspolitik hat Italien im Jahr 2005 mit Charterflügen Hunderte von MigrantInnen in libysche Gefängnisse abgeschoben. Heute verbietet es ihnen den Zutritt zu seinen Küsten, womit es sich einreicht in die Logik der Externalisierung durch Europa zur Kontrolle seiner Grenzen, wofür die europäische Agentur Frontex ein bezeichnendes Symbol ist.

AkteurInnen der Zivilgesellschaften des subsaharischen Afrikas, Nordafrikas und Europas, AktivistInnen und DemokratInnen südlich und nördlich des Mittelmeers, - wir fordern die Zurückweisung der von Sicherheitsdenken und Repression bestimmten Ideologie, die heute die Migrationspolitik bestimmt durch die Externalisierung des Asyls und der Grenzkontrollen sowie die Kriminalisierung der Migration, - wir lehnen es ab, dass ein "Delikt der Solidarität" gegen Verteidiger der Menschenrechte eingeführt wird, - wir fordern die Freilassung der sieben tunesischen Fischer der Boote Mortadha und Mohammed el-Hedi.

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Quelle: Flüchtlingsrat Hamburg



Berlin, 12.12.2009

Kapitän Schmidt (Cap Anamur) teilt symbolisch die Carl-von-Ossietzky-Medaille mit den tunesischen Lebensrettern



Solidaritätserklärung der Landesflüchtlingsräte in Deutschland

Die Landesflüchtlingsräte in Deutschland haben auf ihrem Treffen am 06. Sep 2007 in Frankfurt folgende Solidaritätserklärung beschlossen:

Erneuter Prozess gegen Retter aus Seenot in Italien

Flüchtlingsräte erklären Solidarität mit sieben tunesischen Fischern in Haft

Am 8. August 2007 retten zwei tunesische Fischerboote mit sieben Mann Besatzung 44 MigrantInnen in der Nähe von Lampedusa von einem havarierten Schlauchboot.

Unter den MigrantInnen befinden sich ein behindertes Kind und eine Hochschwangere. Sie kommen aus dem Sudan, Somalia, Eritrea und Marokko. Unter ihnen befinden sich potentielle Asylsuchende. Seit dem 22. August stehen die tunesischen Seeleute wegen Beihilfe zur illegalen Einreise vor Gericht in Agrigento (Sizilien).

Ihnen wird vorgeworfen, die 44 MigrantInnen nicht gerettet, sondern geschleust zu haben. Alle Aussagen der Geretteten sprechen dagegen. Die Fischer haben nichts weiter verbrochen, als ihre elementarste Pflicht als Seeleute zu erfüllen: sie haben die Seerechtskonventionen eingehalten, die besagen, dass ein Kommandant verpflichtet ist, Menschen in Seenot zu retten und sie an einen sicheren Ort zu bringen, an dem für die Geretteten u.a. auch der Zugang zum Asylverfahren gewährleistet ist. Ohne die Intervention der Besatzung der beiden tunesischen Boote ist es wahrscheinlich, dass die 44 Menschen nicht überlebt hätten.

Nun riskieren die Retter bis zu 15 Jahren Gefängnis. Im Hinblick auf den vor dem selben Gericht laufenden Prozess gegen das deutsche humanitäre Schiff Cap Anamur, das im Jahr 2004 37 Menschen aus Seenot gerettet hat, soll mit der geplanten Verurteilung der sieben Tunesier ein Exempel statuiert werden.

Die Flüchtlingsräte in Deutschland solidarisieren sich mit dem Eingreifen der Fischer von der "Mohamed el-Hedi" und der "Fakhreddine Morthada" sowie mit allen anderen, die den Mut haben, Menschen trotz drohender Repressionen zu retten. Sie verwahren sich gegen die Kriminalisierung der Retter und fordern deren sofortige Freilassung und die Einstellung der Verfahren.

Die Flüchtlingsräte fordern die Einhaltung der geltenden Seerechtskonventionen sowie Einsätze zur Rettung von Menschenleben auf See.

Frankfurt am Main, 07. September 2007

Diese Erklärung wurde von folgenden Landes-Flüchtlingsräten unterzeichnet: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.



Die tunesischen Gäste besuchten während ihres Berlinaufenthaltes auch den Deutschen Bundestag.

Das Foto zeigt die Menschenfischer zusammen mit Rechtsanwalt Wolfgang Wieland, MdB



Im Berliner Regierungsviertel

Flüchtlingsdrama im Mittelmeer

Samariter auf der Anklagebank

Von Annette Langer

Lebensretter oder perfide Menschenhändler? In Sizilien stehen sieben Fischer vor Gericht, die afrikanische Flüchtlinge illegal nach Italien gebracht haben sollen – durch einen fingierten Seenotruf. Die Fischer betuern ihre Unschuld, Bürgerrechtler und Politiker protestieren.

Hamburg - Es gibt eine Regel, die Seefahrer seit Jahrhunderten beherzigen: Ob König oder Bettelmann - gefährdete Leben auf See müssen gerettet werden. Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen oder die SAR-Konvention ("Search And Rescue") weichen von dieser historischen Vorgabe nicht ab: "Jede Person", unabhängig von Nationalität oder Status, muss demnach aus Seenot gerettet und "an einen sicheren Ort" gebracht werden. So weit die Theorie. Lampedusa, italienische Insel zwischen Sizilien, Malta und dem afrikanischen Kontinent, ist so ein Ort, der jährlich von zahllosen afrikanischen Einwanderern angesteuert wird. Hier retteten sieben tunesische Fischer eigenen Angaben zufolge in der Nacht zum 8. August 44 Menschen das Leben, die im offenen Meer zwischen Tunesien und Lampedusa in einem Schlauchboot von zwei Meter hohen Wellen geschüttelt wurden. Die Flüchtlinge aus Eritrea, dem Sudan, Marokko und Somalia waren vier Tage zuvor von Libyen aus in ein neues Leben gestartet. Dann seien sie kurz davor gewesen, zu kentern, hieß es. Kapitän Abdel Karim Bayoudh und sein Kollege Zenzeri Abdel Basset sollen daraufhin die Flüchtlinge an Bord ihrer zwei Fischerboote genommen und sich auf den Weg in das 30 Seemeilen vor ihnen liegende Lampedusa gemacht haben. Ihr Heimathafen Monastir lag 90 Seemeilen entfernt.

Als sie Lampedusa erreichten, erwartete sie eine Überraschung: Die Crew wurde festgehalten und wegen Verdachts auf Förderung der illegalen Zuwanderung in Untersuchungshaft genommen. Die Fischer hätten die Aufforderung der Behörden ignoriert, den italienischen Hoheitsgewässern fern zu bleiben. Zudem seien weder Fisch noch Netze in den Fischerbooten gefunden worden, hieß es. Grund genug für die Staatsanwaltschaft, die Tunesier anzuklagen. Sie mussten mit bis zu 15 Jahren Haft rechnen. Was folgte, war eine Welle der Solidaritätsbekundungen: "Lasst den guten Samariter frei", las man in den Blogs zum Thema. Sitzstreiks, Pressekonferenzen und Aufrufe rüttelten die Öffentlichkeit wach. Etwa 80 bürgerrechtliche Organisationen aus Tunesien, Belgien und Italien liefen Sturm und forderten die Freilassung der Tunesier. Mehr als hundert Europaparlamentarier unterschrieben einen Appell, in dem sie die Freilassung der Fischer forderten, die auf Grund eines "groben Fehlers und einer falschen Gesetzesinterpretation" angeklagt seien. Das Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung auf dem Meer sei gefährdet, hieß es, Helfer würden kriminalisiert. In den Beziehungen zwischen Rom und Tunis kam es zu

empfindlichen Störungen. Die Nordafrikaner zeigten Flagge und entsandten sowohl den Botschafter als auch den Konsul in die gerichtlichen Anhörungen. Der öffentliche Druck zeigte Wirkung: Fünf der sieben Festgenommenen wurden am 10. September aus der Untersuchungshaft entlassen. "Wir danken den Italienern für ihre Hilfe. Ich persönlich würde alles genau so noch einmal machen", sagte einer der Fischer der römischen Tageszeitung "La Repubblica" zufolge. Die zwei Kapitäne der Fischerboote stehen in einem Zentrum im sizilianischen Licata bis auf weiteres unter Hausarrest.

Inszenierter America's-Cup für Flüchtlinge?

Eine der wenigen kritischen Stimmen in dem spektakulären Fall ist die von Gian Marco Chiocci, Reporter der Tageszeitung "Il Giornale". Er wirft den tunesischen Fischern vor, in einer Art "America's-Cup für Flüchtlinge" mit acht Knoten und den Migranten an Bord die Hoheitsgewässer Italiens im Sturm genommen zu haben – trotz ausdrücklichen Verbots des Hafenamtes von Lampedusa. "Das Ziel war klar", so Chiocci zu SPIEGEL ONLINE: "Die wollten so schnell wie möglich die 12-Meilen-Zone durchbrechen und die Flüchtlinge loswerden." Reporter Chiocci bezieht sich auf Mitarbeiter von Küstenwache, Hafenamts und italienischer Zollpolizei, die vor Gericht im sizilianischen Agrigento bereits ihre Aussage gemacht haben. Demnach erging am 8. August 2007 um 16.10 Uhr ein Notruf von den beiden unter tunesischer Flagge fahrenden Fischerbooten "Mohammed al-Edhi" und "Morthada": "Eine schwangere Frau und ein krankes Kind an Bord", so der ungefähre Wortlaut. Sowohl der später von der Küstenwache hinzugerufene Arzt als auch die Behördenvertreter hätten aber ausgesagt, dass es gar keine Verletzten unter den Flüchtlingen gegeben habe, so Chiocci. War die ganze Aktion also ein fingierter Notruf professioneller Schleuser, um Flüchtlinge gleichsam unter Polizeieskorte in italienische Hoheitsgewässer zu bringen? Eine zumindest fragwürdige Behauptung, hat doch der Mediziner selbst vor Gericht ausgesagt, dass er tatsächlich ein vier- bis fünfjähriges "stark erschöpftes und vermutlich spastisch gelähmtes" Kind untersucht hat. Ob es auf dem zweiten Fischerboot Verletzte gab, kann der Mediziner nicht wissen, weil er laut eigener Aussage auf Grund der schlechten Wetterverhältnisse gar nicht bis dorthin vordringen konnte. Dies geht aus Gerichtsprotokollen hervor, die SPIEGEL ONLINE vorliegen. Die Leiterin des Betreuungsprojektes der "Ärzte ohne Grenzen" in Lampedusa, Francesca Zuccaro, bestätigt SPIEGEL ONLINE: "Unsere Helfer haben die Flüchtlinge in Empfang genommen und drei von ihnen – eine hochschwangere Frau, ein chronisch krankes Kind und ein weiteres - zunächst in die örtliche Ambulanz gebracht. Von dort aus wurden sie im Hubschrauber einem Krankenhaus in Palermo überstellt." Andere Passagiere seien vor Ort wegen leichter bis mittelschwerer, durch die lange Reise verursachter Verletzungen, versorgt worden.

"Beweise der Anklage in Luft aufgelöst"

Fulvio Vasallo ist Mitarbeiter der ASGI, einer italienischen Vereinigung, die sich für die Rechte von Migranten einsetzt und den Fall begleitet. Er kann die Thesen des Journalisten Chiocci nicht nachvollziehen. So sei die Tatsache, dass die Kapitäne der Motorboote über ein Satellitentelefon verfügten – das klassische Equipment der Schleuser – keineswegs suspekt, sondern gang und gäbe selbst unter mittellosen Fischern. "Ich bin absolut von der Unschuld der Fischer überzeugt. Sämtliche Beweise der Anklage haben sich während des Prozesses in Luft aufgelöst", so der Jurist. Das müsse auch die Staatsanwaltschaft zum Teil anerkennen, schließlich habe sie selbst die Anklage geändert - statt von Förderung der illegalen Immigration spreche man jetzt nur noch von Begünstigung des illegalen Grenzübertritts. Die Anklagevertretung im sizilianischen Agrigento ließ eine Anfrage von SPIEGEL ONLINE zu diesem Sachverhalt unbeantwortet. Sollten die Fischer verurteilt werden, drohen nun bis zu fünf Jahre Haft. In der Regel werden Verstöße gegen den Artikel 12 des italienischen Einwanderungsgesetzes nicht als Verbrechen geahndet, wenn Flüchtlinge aus akuter Not gerettet wurden. Für Reporter Chiocci ist deshalb jetzt schon klar: "Sie werden alle freikommen, weil das hier immer so läuft." Migrationsexperte Vasallo hofft auf einen solchen Freispruch, auch wenn er überzeugt ist, "dass manch einer die Fischer schon verurteilt hat." Im Falle eines Schuldspruches würden die Anwälte bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gehen, so viel sei sicher.

Massengrab der namenlosen Flüchtlinge

Unabhängig davon, wie die Entscheidung des Gerichts ausfallen wird: Das Mittelmeer gilt seit langem als eine Art Massengrab der namenlosen Flüchtlinge. Allein im August dieses Jahres zählte die Organisation "Fortress Europe" 243 tote Migranten an den Grenzen Europas. Im Kanal von Sizilien - zwischen Libyen, Ägypten, Tunesien, Malta und Italien - waren es seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1988 insgesamt 2421 Menschen. Und dabei handelt es sich nur um die offiziell registrierten Leichen. Die Insassen jener übervollen Boote, die unbemerkt von der Öffentlichkeit in den Fluten versinken, erscheinen in keiner Statistik. "Die Umstände, unter denen die Migranten zu uns gelangen, haben sich dramatisch verschlechtert", erklärt Zuccaro von den "Ärzten ohne Grenzen". Es sei gängige Praxis, dass die Schleuser die Flüchtlinge vor der 12-Meilen-Zone in Schlauchbooten aussetzen. Diese Boote verfügten zwar über Motoren, seien aber sehr instabil und den Launen des Meeres ausgesetzt. Die bittere Konsequenz der Helfer: "Im Unterschied zu der Zahl der aufgebrauchten Flüchtlingsboote hat die Zahl der Toten keineswegs abgenommen."

Quelle: <http://www.spiegel.de>, 27. September 2007



Vor der Pressekonferenz im Haus der Kulturen der Welt
v.l.n.r. Madjiguène Cissé (Ossietzky-Medaille 1998), Kapitän Stefan Schmidt, Mouctar Bah,
Mohamed Amine Bayouhd, Dr. Ahmad al-Saadi, Kapitän Abdelbassete Jenzeri

Fall tunesische Fischer vor dem Europaparlament

Am 26.9. fanden in Straßburg eine Plenarsitzung vor dem Europäischen Parlament über Migrationspolitik und Grenzkontrollen und eine Pressekonferenz zur Situation der sieben vor dem Gericht in Agrigento (Sizilien) angeklagten sieben tunesischen Fischer statt, die nach der Rettung von 44 Flüchtlingen wegen Beihilfe zur illegalen Einreise angeklagt sind.

An der Anhörung, einberufen nach der Veröffentlichung eines Solidaritätsaufrufs mit den Fischern von 105 Europaparlamentariern, haben die Europaparlamentarier Giusto Catania, Héléne Flautre, Pasqualina Napoletano und Claudio Fava, die Anwälte Leonardo Marino e Giacomo La Russa, die Vertreter der Tunesischen Föderation der Staatsbürgerschaft an beiden Ufern des Mittelmeers und des Sozialforums Tunesiens, Omeyya Sedikk und Ramzi Oueslati, Universitätsdozent aus Teboulba (Herkunftsort der tunesischen Fischer) und Abdeljelil Bedoui, die Vertreterin des Antirassistischen Netzwerks Sizilien (RAS), Germana Graceffo, die Sprecherin von Migreurop, Sara Prestianni und der Vertreter Tunesiens im Europäischen Parlament teilgenommen.

In den Vorträgen wurde auf die Notwendigkeit einer genauen Analyse des Falls der tunesischen Fischer hingewiesen, die bei ihrer Ankunft in Lampedusa verhaftet wurden. Auch die internationale Öffentlichkeit muss über die wahren Hintergründe täglichen Katastrophen im Kanal von Sizilien informiert werden, da dort eine immer größere Zahl von Menschen den Tod findet.

Nach diesen und weiteren ähnlichen Fällen in der Vergangenheit, vor allem dem des humanitären Schiffes Cap Anamur im Jahr 2004, drohen Fischern schwere rechtliche Konsequenzen, wenn sie MigrantInnen, die sich auf immer kleineren Booten auf Hoher See bewegen, aus Seenot retten. Diese Abschreckungspolitik gegenüber MigrantInnen und denen, die sie retten, vertritt EU-Kommissar Frattini auch in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament. Er schlägt erneut den dauerhaften Einsatz der FRONTEX-Operationen vor und kündigt eine weitere Erhöhung der Finanzierungen durch die europäischen Institutionen an. Damit sollen Einsätze unterstützt werden, die ausdrücklich die Zurückweisung in Ausgangshäfen wie Libyen vorsehen, einem Land, das die Menschenrechte nicht achtet und die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet hat.

Die Erklärungen, die Frattini am Vormittag vor dem Parlament abgegeben hat, sind lückenhaft und widersprüchlich. Das gilt vor allem für die Aussage über 400 Personen, die angeblich durch die FRONTEX-Operationen als Schlepper verhaftet werden konnten. Diese Aussage stellt eine echte Provokation Frattinis dar. Es ist weithin bekannt, dass die Boote der MigrantInnen in der letzten Zeit ohne Schlepper losfahren, da sich die Organisationen damit begnügen, die Boote mit Kompass und Satellitentelefon auszurüsten, um die MigrantInnen dann ihrem Schicksal zu überlassen.

Es sind genau diese „Operationen gegen die illegale Einwanderung“ unter dem Etikett des abgewirtschafteten bürokratischen Instruments FRONTEX und die Rückübernahmeabkommen, die

eine immer größere Anzahl von Todesopfern fordern, da sich die Routen fortwährend ändern. Ein Beispiel hierfür ist die Route von Marokko nach Südspanien. Die Fahrten werden immer länger, was auch die neue Route Algerien-Sardinien bestätigt. Die Profite der Schlepper werden mit jedem Anziehen der politischen Schrauben der Politik der Festung Europa größer.

Nach der Verhaftung der tunesischen Fischer in Lampedusa und trotz der im Prozess immer klarer werdenden Unschuld der Angeklagten – so haben andere Richter entschieden, die Fischer freizulassen - sind die Menschen auf beiden Seiten des Mittelmeers, von Teboulba und Biserta bis Monastir (Tunesien), von Mazara del Vallo bis nach Porto Palo di Capo Passero (Sizilien) sehr besorgt um ihre Zukunft.

Für die Familien der Fischer, deren Boote nach der Rettung konfisziert wurden, fehlt jetzt jede ökonomische Absicherung. Es eröffnen sich immer mehr unsichere Faktoren, wie z.B. die Frage nach dem weiteren Verdienst und nach der Dauer des Prozesses. Auch wenn sie am Ende freigesprochen werden sollten handelt es sich doch um eine schwere Sanktionierung ihres Lebens. Die gleiche Sorge wird auch von den sizilianischen Fischern geteilt. Die Militarisierung des Mittelmeers in internationalen Gewässern durch die Präsenz von militärischen Einheiten verschiedener Länder, unter ihnen auch Tunesien und Libyen, bringen diejenigen in Gefahr, die sich mühsam vom Fischfang ernähren müssen.

Der Fall der tunesischen Fischer, die am 8. August in Lampedusa verhaftet wurden, nachdem sie 44 Schiffbrüchigen das Leben gerettet hatten, ähnelt dem des deutschen humanitären Schiffes Cap Anamur, welches im Jahr 2004 37 Schiffbrüchige im Kanal von Sizilien aufnahm. Damals wurden der Verantwortliche des Komitees Cap Anamur, der Kapitän und der erste Offizier verhaftet.

Beide Fälle werden nun von der selben vorsitzenden Richterin vor dem Gericht in Agrigento verhandelt, in beiden Fällen sind MigrantInnen, die als Zeugen hätten aussagen können, abgeschoben worden, in beiden Fällen sollte und soll ein Exempel statuiert werden, soll ein Italien gezeigt werden, dass für illegale MigrantInnen nicht das Einfallstor Europas ist. In beiden Fällen sind die von den Behörden aufgearbeiteten Fakten mehr als widersprüchlich. Die politische Linie der kollektiven Zurückweisungen und der Auslagerung der Grenzkontrollen, erstmals auf dem Gipfel in Sheffield von den Innenministern Pisanu, Schily und Blunkett im Juli 2004 vorgetragen, ist auch heute noch die gleiche – dumm und ineffektiv die FRONTEX-Operationen vorantreibend und damit direkt verantwortlich für den Anstieg der Opfer der irregulären Migration und des Profits der Schlepper.

Die UnterstützerInnen der gestrigen Anhörung und diejenigen, die daran teilgenommen haben, rufen die Europäischen Institutionen auf, gegenüber den Problemen allen MigrantInnen eine erhöhte Aufmerksamkeit an den Tag zu legen, seien es Asylsuchende oder Flüchtlinge aus ökonomischen Gründen. Man sollte nicht glauben, die Fluchtbewegungen der Menschen, die

gezwungen sind, ihre Länder zu verlassen, mit Mauern, die im Meer errichtet werden, mit der Verweigerung des Asylrechts, mit der Kriminalisierung der Retter und mit dem Brechen von internationalen Rechten, einzudämmen.

Der Kriminalisierung von Rettern auf See muss Einhalt geboten werden. Es bedarf endlich einer europäischen Politik, die fähig ist, die effektive Anerkennung des Recht auf Asyl sowie die Öffnung legaler Einwanderungsmöglichkeiten zu Arbeitszwecken einer Politik der kollektiven Zurückweisungen, Seeblockaden, Auslagerung der Grenzkontrollen und Haftzentren überzuordnen.

Die Anwälte Leonardo Marino und Giacomo La Russa

Die Vertreter der Tunesischen Föderation der Staatsbürgerschaft an beiden Ufern des Mittelmeers und des Sozialforums Tunesien, Omeyya Sedikk und Abdeljelil Bedoui

Die Vertreterin des Antirassistischen Netzwerks Sizilien (RAS) Germana Graceffo und Enrico Montalbano

Die Sprecherin von Migreurop Sara Prestianni (Paris) Fulvio Vassallo Paleologo (ASGI - Associazione studi giuridici sull'immigrazione) - Palermo

Judith Gleitze (Borderline Europe) Berlin-Potsdam

Bernd Mesovic (Pro Asyl) Frankfurt/Main

Gabriele Del Grande (Fortresseurope) Rom

Quelle: Flüchtlingsrat Hamburg



Mohamed Amine Bayoudh im Interview



Mohamed Amine Bayoud und Käpitän Abdelbassete Jenzeri
im Gespräch mit Madjiguène Cissé (Ossietzky-Medaille 1998)

Menschenhändler, Rettungsmaßnahmen und Informationshandel

In einem Artikel der Tageszeitung "Il Giornale" vom 8. September 2007 wurden die tunesischen Fischer, die am 8. August 44 MigrantInnen – unter ihnen Schwangere, Minderjährige und Asylsuchende - aus Seenot gerettet hatten, als „Menschenhändler“ bezeichnet. (...) Weiterhin wurde in dem besagten Artikel unterstellt, dass das Satellitentelefon, das an Bord eines der beiden Fischerboote gefunden wurde, den Fischern gehören würde und nicht den MigrantInnen. Doch aus vielen vorherigen Reisen ist belegt, dass die Flüchtlinge ein solches Telefon von den „Schleppern“ in Libyen bei der Abfahrt erhalten. Ein nachfolgender Artikel im „Spiegel“, dem wichtigsten deutschen Magazin, wurde ebendiese „Tatsache“ in einer Erklärung desselben „Knüllerautors“ aus dem „Giornale“ wiederholt. Man versuchte mit diesem Artikel in der deutschen Öffentlichkeit, die aufgrund des ebenfalls vor dem Gericht in Agrigento laufenden Prozesses wegen Beihilfe zur illegalen Einreise gegen das deutsche humanitäre Schiff CAP ANAMUR auf den jetzigen Fall aufmerksam geworden ist, die von der Polizei gestreuten Informationen zu verfestigen: Die tunesischen Fischer hätten versucht, die Blockade der italienischen Einheiten zu durchbrechen, indem sie in der Nähe von Lampedusa den Befehl der „sofortigen Kehrtwende“ erhalten hatten. Die Fischer sollten trotz des schlechten Gesundheitszustandes einiger Schiffbrüchiger, die im Krankenhaus in Palermo behandelt wurden, nach Tunesien zurückkehren.

Tatsächlich ist das Ganze deutlich anders gelaufen, als es das "Giornale" und der "Spiegel" berichteten. Die Wahrheit kommt langsam durch die Entscheidungen der Gerichte in Palermo (...) und Agrigento ans Licht, durch deren Beschlüsse die Fischer nach wochenlanger Inhaftierung schließlich frei kamen. Nun hat der Staatsanwalt – und nicht die vorsitzende Richterin, wie „Il Giornale“ behauptete – einen weiteren Tatbestand gegen die Angeklagten vorgebracht. Er bezog sich vor allem auf Art. 1100 Abs.1 des Seerechtes als Anklagepunkt gegen die beiden Kapitäne und Art. 1100 Abs. 2 gegen die Besatzung [Widerstand gegen ein Kriegsschiff] und Art. 337 des Strafgesetzbuches (Widerstand gegen die Staatsgewalt). Das Gericht in Agrigento hat diese zusätzlichen Anklagepunkte zurückgewiesen (...), da diese Punkte schon bekannt waren und eine Aufnahme zum späteren Zeitpunkt gegen die Rechte der Verteidigung verstoßen hätte (...). Der Prozess wird am 30.10.2007 fortgesetzt. Dann sollen die Sachverständigen zur Nutzung des Satellitentelephons, das die MigrantInnen bei sich führten, gehört werden.

An diesem Punkt scheint es offensichtlich zu sein, dass im Laufe der Verhandlungen Tatsachen ans Licht gekommen sind, die der Strategie der Anklage, auf deren Basis die Fischer mehrere Wochen ihrer Freiheit beraubt wurden, schaden. Es ist zudem sehr problematisch, dass viele der Schiffbrüchigen, die potentiell als Zeugen aussagen könnten, als „Illegale“ behandelt werden und nicht einmal eine Aufenthaltserlaubnis als Zeugen erhalten haben. Andere wiederum haben einen Status als Asylberechtigte oder einen humanitären Aufenthalt erhalten, einige warten noch auf die

Entscheidung. Es handelt sich um Menschen, die sich auch aufgrund des mangelnden Aufnahmesystems für Asylsuchende in Sizilien in großen Schwierigkeiten befinden, und es ist wünschenswert, dass sie den Richtern ihre Sicht der Dinge schildern können, ohne Repressionen zu erleiden oder gezwungen zu sein, das Land zu verlassen, da es keinerlei Unterstützung für Asylberechtigte und Menschen mit einem humanitären Aufenthalt gibt.

Wir wissen nicht, welche weiteren Versuche unternommen werden, um trotzdem eine Verurteilung der tunesischen Fischer zu erreichen. Das wäre eine der weiteren unzähligen Anstrengungen, das „Delikt der Solidarität“ in Italien zu verurteilen, dass es in unserem Strafgesetzbuch gar nicht gibt, was aber einige gern einführen würden, denn dann könnte man den abschreckenden Charakter des repressiven Kontrollapparates an den Seegrenzen deutliche machen.

Die Höhe des Preises, der dafür in menschlichen Leben gezahlt wird, scheint keine Rolle zu spielen. Festgestellt werden kann, dass von einem Teil der Presse eine Politik der Desinformation betrieben wird. Die Rollen der Verfahrensbeteiligten werden ebenso einfach verdreht wie nie geschehene Verfolgungsjagden dargestellt. Das wird langsam im Laufe der Anhörungen (...) widerlegt. Leider wird die Öffentlichkeit, die davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass es sich bei den tunesischen Fischern um „Menschenhändler“ handelt, nun nicht über den weiteren Verlauf des Prozesses informiert, in dem von Verhandlungstag zu Verhandlungstag deutlicher wird, dass es sich hier um eine sehr voreilige Schuldzuweisung gehandelt hat.

Eine Sache lässt jedoch die Alarmglocken klingeln. Im Fall der tunesischen Fischer, die nach der anfänglichen Erlaubnis, Richtung Lampedusa weiterzufahren – bisher ist nicht klar, wo denn die Aufzeichnungen des Funkverkehrs mit der ersten Einheit der Guardia di Finanza (Zoll) am Rettungsort geblieben sind – stellt sich nun immer klarer heraus, dass es eine verspätete Blockade und kollektive Zurückweisungsversuche auf Hoher See gegeben hat. Durchgeführt wurden sie von Einheiten der italienischen Küstenwache. Das scheint eine neue Praxis seit Juli 2007 zu sein, zeitgleich begonnen mit dem Frontex-Einsatz im Kanal von Sizilien, und vielleicht auch zeitgleich mit dem Wechsel der Führungsspitze der Militärs in den Hafenämtern.

In den Aussagen der Guardia di Finanza, Immigrations-Team Lampedusa, und der Küstenwache, 7. Flotte Lampedusa, wieder gegeben am 10. Oktober 2007 (...) vor dem Gericht in Agrigento, wird klar gesagt, dass die Kapitäne der tunesischen Boote sich dem Verbot, in die nationalen Gewässer einzufahren, widersetzt haben, in dem sie immer wieder plötzliche Zick-Zack-Manöver gefahren seien und es nicht zugelassen haben, dass die Küstenwache längs geht. Mehr noch, sie hätten gedroht, die MigrantInnen ins Wasser zu werfen. Auch wenn diese Behauptungen im Laufe der Verhandlung schon widerlegt wurden und nicht mehr prozessrelevant sind bleibt eine Beobachtung solcher Vorfälle jedoch notwendig, allein schon, um in Zukunft Handlungen zu verhindern, die eine unbekannte Anzahl an Opfern verursacht. Das, was möglicherweise eine strafbare Handlung der Kapitäne und der Beatzung der rettenden Fischerboote sein könnte,

erschien den im Einsatz gewesenen Marineeinheiten als so offensichtlich strafbar, dass sie mit Gesten kommunizierend Handschellen mimen und den Fischern gekreuzte Hände zeigten. Der Versuch, längsseits zu gehen, um ein Boot mit MigrantInnen aufzuhalten oder zurückzuweisen steht in ganz klarem Gegensatz zu allen internationalen Konventionen, die besagen, dass auch in internationalen Gewässern ein Recht auf Asyl besteht, ebenso wie das Recht, in nationale Gewässer zu fahren, um einen Asylantrag zu stellen und sowie natürlich die absolute Pflicht der Rettung von Menschenleben auf See.

Das Verhalten der italienischen Marineeinheiten, auch wenn es nur bei dem Versuch einer Blockade auf See blieb, steht im Gegensatz zu Artikel 19 des Immigrationsgesetzes und zu Artikel 3 der EMRK sowie dem hinzugefügten Protokoll derselben Konvention und ebenso zu der Charta von Nizza von 2000, die kollektive Rückschiebungen, vor allem in Bezug auf Minderjährige und Schwangere, verbieten. In vorangegangenen Fällen, die derzeit noch gerichtlich, auch in Agrigento, untersucht werden, könnten diese Versuche, bei Booten, die MigrantInnen an Bord hatten, zum Zwecke der Abschreckung längsseits zu gehen (den Weg zu kreuzen oder sich anzunähern), während diese noch Fahrt machten, die Ursache großer Tragödien sein.

Eine Folge dieses Falles, bestätigt von einigen Bootskapitänen und von überlebenden MigrantInnen, die tagelang im Kanal von Sizilien auf ihre Rettung warteten, ist die Abschreckung ziviler Schiffe, die Boote mit MigrantInnen in Seenot sichten. Niemand schreitet mehr selber ein, rettet. Wenn überhaupt werden die Marinebehörden per Funkspruch informiert. Die Wiederaufnahme der Frontex-Einsätze im Kanal von Sizilien im September 2007 setzt nun Hunderte von MigrantInnen auf der Flucht aus der libyschen Hölle der Gefahr der Zurückweisung in die Ausgangshäfen und in die Heimatländer aus. So geschehen mit den seit Monaten in Libyen (Misratha) unter inhumanen Bedingungen inhaftierten Eritreern, die in Gefahr laufen, von der libyschen Polizei in Folter und Gewalt gejagt zu werden. Das Ganze geschieht mit der Billigung der italienischen Regierung, der Militärischen Einsatzkräfte, die gegen die so genannte illegale Migration kämpfen, und der Medien, die eine Alarmstimmung in der Öffentlichkeit verbreiten, in dem es ihnen sogar gelingt, Fakten zu verdrehen und MigrantInnen sowie deren Retter zu kriminalisieren.

Fulvio Vassallo Paleologo Università di Palermo

Quelle: Flüchtlingsrat Hamburg, 16.10.2007



Kapitän Abdelbasete Jenzeri im Interview mit Mareike Schodder (Pro Asyl)

Flüchtlinge

Die Menschenfänger

Der tunesische Fischer Abdel Zenzeri rettete im Mittelmeer 44 Flüchtlinge. Nun steht er vor Gericht: Wegen des Schmuggels von Migranten

Von Ulrich Kreikebaum

Es muss ein Trugbild sein. Der hagere Kapitän lehnt an der Reling und schaut zu, wie die Lichtadern auf dem Wasser zittern, seine Männer in ihr Ölzeug steigen, die Gischt sich kraust. Es ist eine Fahrt, die nicht sein darf: Das Mittelmeer ist für Kapitän Abdel Basset Zenzeri aus dem tunesischen Fischerort Teboulba seit fast zwei Jahren Sperrzone.

Anzeige

Seine Lizenz zum Fischen hat die tunesische Regierung nicht erneuert, seit Zenzeri und seinen Männern im sizilianischen Agrigent der Prozess gemacht wird. Begünstigung illegaler Einreise wird den sieben Fischern vorgeworfen, Widerstand gegen die Staatsgewalt und ein Kriegsschiff. Die Staatsanwaltschaft hat je dreieinhalb Jahre Haft und 440.000 Euro Geldstrafe gefordert. Zenzeris 11.000 Euro teures Boot und den Kahn des zweiten Kapitäns haben die italienischen Behörden einbehalten. Der Hintergrund für die Anklage: Zenzeri hat im August 2007 vierundvierzig Flüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet.

Bei Sonnenaufgang haben Zenzeri und sein Kollege Kamel bin Kalifa sich nun auf einen dritten Kutter gestohlen. Der Kapitän will auf See erklären, wie sich das Drama vor Lampedusa abgespielt hat. Keine Angst vor der Küstenwache? Vor Repressionen? Zenzeri winkt müde ab. »Ich habe keinen Pass und keine Identität. Ich bin ruiniert, unsere Familien sind entehrt.« Er spuckt ins Meer.

Glaubt man Zenzeri und seinen Männern, glaubt man Prozessbeobachtern und Menschenrechtlern, dann sind die Fischer Bauernopfer in einem zynischen Spiel. Die Auffanglager in Italien sind voll. Der Flüchtlingsstrom soll gestoppt werden. Und sei es um den Preis, dass Fischer künftig einen Bogen um die sinkenden Nusschalen der Flüchtlinge fahren, weil sie Angst haben, sonst strafrechtlich verfolgt zu werden.

Die See liegt glatt und einladend da. Ein dunkler Teppich bis Italien. Der Kapitän stellt den Notruf ein, Kanal 16. Heute kommt nur Knistern aus der Box. Am Morgen des 7. August 2007 waren es Hilferufe. Zenzeri erinnert sich, während der Flaschenzug das Netz kreischend ins Meer entlässt. Er will das Netz säubern, fangen darf er nichts.

»Die See war aufgewühlt. Wir kreuzten 30 Seemeilen vor Lampedusa. Ein Kollege hörte den Funk, sah sie schließlich und weckte mich. Ich sagte dem Kollegen, lass sie weiterfahren, Flüchtlinge fahren im Sommer doch täglich an uns vorbei.« Zenzeri zwirbelt an seinem Bart und zieht an einer Zigarette. »Ich hörte dann Schreie, sah Kinder und eine schwangere Frau. Zwei Flüchtlinge gingen über Bord. Zwei von uns sprangen hinterher, um sie zu retten. Es waren 44.« Zenzeri zeigt eine italienische Zeitung, darin eine Lobeshymne auf italienische Fischer, die Flüchtlinge gerettet hatten. »Was haben wir anderes getan?«

Man habe Lampedusa angefunkt und die Erlaubnis erhalten, die Schiffbrüchigen abzuliefern. Bei besserem Wetter wären sie mit ihnen nach Tunesien gefahren oder hätten sie auf See auf die Schiffe der italienischen Küstenwache ausgebootet. »An Land sind wir festgenommen worden. Wir sollen die offizielle Aufforderung ignoriert haben, italienisches Hoheitsgewässer nicht zu befahren.« Ein spöttisches Zucken huscht über Zenzeris Gesicht. Er kritzelt die Seekoordinaten auf ein Blatt. »Hier haben wir gewartet. Internationales Gewässer. Alles dokumentiert.«

Manche Belege sind dem Vernehmen nach im Prozess nicht mehr aufgetaucht. So das Handy eines Flüchtlings, der die Rettungsaktion als Video aufgezeichnet hatte. Zwei Flüchtlinge haben laut Gerichtsprotokoll im Sinne der Fischer ausgesagt. Demnach haben die Flüchtlinge die libysche Küste am 5. August verlassen. Nach 48 Stunden auf See habe das Schlauchboot Luft verloren. Die Fischer hätten sie gerettet.

»Wir und diese Deutschen halten jetzt dafür her, dass Europa nicht weiß, was es mit den Flüchtlingen machen soll«, sagt Zenzeri. Mit »diesen Deutschen« meint er Elias Bierdel und Stefan Schmidt. Bierdel war Chef der Hilfsorganisation Cap Anamur, Schmidt Kapitän des gleichnamigen Schiffes, das vor fünf Jahren 37 Flüchtlinge im Mittelmeer aus Seenot rettete. Gegen die Cap-Anamur-Verantwortlichen wird in Sizilien wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung noch immer prozessiert. Auch gegen die Deutschen war eine Anklage gezimert worden, die im Prozess weitgehend zusammenfiel. Chefankläger Santo Fornasier, sagt Prozessbeobachterin Judith Gleitze von der Menschenrechtsorganisation Borderline Europe, sei am Rande der Verzweiflung gewesen. Fornasier hatte das humanitäre Engagement von Zenzeri, Bierdel und Schmidt gelobt; das Plädoyer gegen die Deutschen – vier Jahre Haft und je 400.000 Euro Geldstrafe – hatte er von einer Kollegin verlesen lassen. Am Telefon lässt Fornasier ausrichten, er dürfe nichts sagen.

Im Fall Zenzeri werden die Prozesstermine immer wieder verschoben. Die Urteilsverkündung, für Mitte Juli angesetzt, ist jüngst auf Anfang Oktober verlegt worden. Eine Geldstrafe gilt den

Anwälten als wahrscheinlich. »Auch bei einer Geldstrafe von 100 Euro würden wir in Berufung gehen«, sagt der Verteidiger der Tunesier.

Im Netz schwimmen drei junge Fischer. Zenzeri winkt ihnen zu. Sie befreien die Maschen von Tang und Fischresten. Das Meer ist angenehm warm. Günstige Zeit für Sardinen und Makrelen, Badende und Flüchtlinge.

80.000 Migranten machten sich einer EU-Statistik zufolge im vergangenen Jahr auf den Seeweg von Afrika in Richtung Europa. 37.000 sind in Italien angekommen, gut 31.000 davon auf Lampedusa. Tausende starben beim Versuch, europäische Ufer zu erreichen.

»Immer öfter hatten wir Knochen, Kleidung, Schuhe und Reste von Booten im Netz«, sagt Zenzeri. »Manchmal auch aufgequollene Leichen.« Aus seinen vollen Lippen wird ein Strich. Er spricht lieber über Fische, obwohl das auch kein gutes Thema ist. Dass die Sardinenschwärme weniger würden, liege an den europäischen und asiatischen Fangflotten, die riesige Netze benutzten und auch noch Berge von Müll verklappten.

Als die Fischer, eskortiert von der Küstenwache, an jenem 7. August 2007 Lampedusa erreichten, klickten die Handschellen. »Wir durften nicht mal unsere Familien anrufen«, sagt bin Kalifa, ein 52-jähriger Mann mit dunklen Sonnenflecken im Gesicht. Als seine Familie nach zwei Wochen immer noch kein Lebenszeichen von ihm hatte, legte sie Trauerflor an. Nach 34 Tagen in Untersuchungshaft kehrte bin Kalifa zurück. Drei Monate lang stand er morgens nur auf, um zu essen und zu beten.

Die nordafrikanische Küste teilt die Welt der Flüchtlinge, die in den Sommermonaten in Richtung Europa aufbrechen, von der Welt des Wohlstands. Inzwischen sorgt die Regierung Berlusconi mit Finanzspritzen dafür, dass die tunesische Küstenwache die Uferzone Tag und Nacht nach Flüchtlingsbooten absucht. Zenzeri holt mit der Handkante aus, als zerteile er zwei Hälften. »Bahr, sahal«, sagt er. »Meer, Küste.« Das Ufer ist jetzt auch für ihn eine Mauer, seit er nicht mehr fischen darf. Ein Leben ohne das Meer, das ihre Familien ernähre, sagt er, sei kein Leben. Einer der Fischer habe versucht, sich umzubringen.

Zwei Tage nach der illegalen Seefahrt, auf der die Fischer die Ereignisse vor Lampedusa noch einmal rekonstruiert haben, zeigt bin Kalifa Fotos. Bevor die Carabinieri, deren Sprache er nicht verstand, ihn einsperrten, war seine Haut glatt, das Haar dicht. Jetzt ist sein Gesicht voller Scharten, das ergraute Haar schütter. Mit Handschellen und in Käfigen seien sie in Sizilien zum

Gericht gebracht worden. »Als wären wir Schwerverbrecher. Schlimmer ist aber, dass sie uns das Meer genommen haben. Warum haben sie das getan?« Er wäscht Hände und Füße im Waschbecken, nimmt einen Teppich von der Wäscheleine des sonnendurchfluteten Hofes, breitet ihn in der Ecke nach Südosten aus und betet. Nach Sonnenuntergang serviert seine Frau ein Festmahl mit gegrillten Rotbarben und Makrelen.

Gefischt wird meist mit drei Booten, nachts, wenn die Schwärme höhersteigen, um nach Futter zu suchen. Zwei locken die Fische mit Scheinwerfern an die Oberfläche, das volle Netz wird dann in den Bauch des Mutterschiffes entleert.

Vor Gericht wurde Zenzeri und seinen Männern vorgehalten, dass keine Netze auf den zwei sichergestellten Kuttern gefunden worden seien, dass sie eben doch Menschen geschuggelt hätten. Das große Boot mit dem Schleppnetz sei schon auf dem Rückweg nach Tunesien gewesen, sagt Zenzeri. »Die Fangmethode mit drei Booten, von denen nur eines ein Netz hat, kommt aus Italien.« Im Hafen von Teboulba liegen die Kutter im Dreierpack vertäut.

Der Fischereibeauftragte von Teboulba vermutet, die Italiener prozessierten, um die afrikanischen Fischer von ihren Küsten fernzuhalten. Zwölf Seemeilen hinter der italienischen Küste beginnt internationales Gewässer. Jeder Fischer mit Lizenz dürfe dort seine Netze auswerfen, das stinke den Italienern. Auch Zenzeri glaubt, die Italiener hätten Angst, die Tunesier könnten ihnen die Sardinien wegfischen. »Aber es geht auch um Menschen.« Um die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge, die clandestini (»Illegale«) genannt werden, weil sie nicht die ökonomischen Voraussetzungen erfüllen, um ein Schengen-Visum zu erhalten, und die deshalb den Tod riskieren, um ihre Heimat zu verlassen.

Zenzeris Fall stand in allen tunesischen Zeitungen. Der tunesische Botschafter in Rom erschien zum Prozessauftritt im Gerichtssaal. Doch ansonsten verhalte sich die Regierung still, sagt Zenzeri. »Außer dass ich inzwischen überwacht werde.«

Die Sonne steht fast im Zenit. Der Kapitän deutet auf die Silhouette eines Frachters am Horizont und malt ein neues, ein ganz anderes Schreckensszenario aus: Ein Kreuzfahrtschiff, voll besetzt mit reichen Europäern, gerät in Seenot. Funkt SOS und erhält keine Antwort. Hunderte ertrinken. Nach der Tragödie stellt sich heraus, dass Fischer in der Nähe waren, aber nicht geholfen haben. »Ich will nicht wissen, was dann passieren würde.« Es entsteht eine Pause, bevor Zenzeri sagt: »Ich würde alles wieder so machen.«

Quelle: DIE ZEIT, 03.09.2009



Mohamed Amine Bayoudh im Gespräch mit der Journalistin Ursula Vossheirich

Der Kapitän und das Mittelmeer

Sieben tunesische Fischer stehen in Sizilien wegen Beihilfe zur illegalen Einreise vor Gericht. Sie hatten vor Lampedusa schiffbrüchige Clandestini gerettet.

Ulrich Kreikebaum traf die Angeklagten in Tunesien. Das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer aus der Perspektive von Seeleuten.

"Außerdem, dachte er, tötet alles auf irgendeine Art alles andere. Fischen tötet mich und erhält mich auch am Leben." (Ernest Hemingway, Der alte Mann und das Meer)

Tunesien ist für sie ein Land ohne Meer. Es scheint nur Chimäre, dass der hagere Kapitän mit den buschigen Augenbrauen an der Reling lehnt und verfolgt, wie die frühen Lichtadern auf dem Wasser flimmern, Möwen kreisen, um Sardinenreste zu erhaschen, der Flaschenzug das Netz kreischend ins Meer entlässt, seine Männer in ihr Ölzeug steigen, die Gischt sich kraust und zischt.

Seit dem 8. August 2007 ist das Meer für Kapitän Abdel Basset Zenzeri aus dem Fischerort Teboulba ein verbotener Ort. Die Lizenzen zum Fischen hat die tunesische Regierung nicht erneuert, seit ihm und seinen Männern im sizilianischen Agrigent der Prozess gemacht wird. Begünstigung illegaler Einreise wird ihnen vorgeworfen, Widerstand gegen die Staatsgewalt und gegen ein Kriegsschiff. Die Staatsanwaltschaft hat je dreieinhalb Jahre Haft und 440 000 Euro Geldstrafe gefordert.

Auf dem Schild des Restaurants stand Venezia. Verheißung. Durch stumpfe Scheiben ging der Blick aufs Meer. An der Wand ein Rettungsring mit den roten Lettern "Welcome to Tunisia", daneben ein Bild der Titanic. Im Hinterhof wartete Zenzeri mit seinen Leuten. Sie rochen das Salz und den Tang und das Benzin der knatternden Bootsmotoren. Sie guckten aufs Wasser und den Hafen. Die Bootsmasten klimperten und blinkten. Sie saugten an Zigaretten. Einige benutzten die Glut der Kippe, um die nächste anzustecken. Sie rauchten hastig. Alle wollten mir ihre Version der Geschichte erzählen.

Bald setzten sich zwei Männer auf die Mauer zum Meer. Spitzel der tunesischen Stasi. Der Staat um Diktator Ben Ali, dessen Gesicht von jeder zweiten Wand lächelt, erschien als Krake, der sich mit seinen Tentakeln überall festsaugen wollte. Der zweite angeklagte Kapitän, Abdel Karim Bayouth, saß am anderen Ende der Mauer. Die Haut weiß, die Augen rotgeädert. Am Ufer lagen herrenlose Schuhe und Flaschen, Holzplanken und tote Fische. Harmlos waren die Wellen auf den Kies gelaufen.

Das Ufer, es teilt die Welt der Clandestini, die sich in den Sommermonaten zu Tausenden auf den Weg Richtung Verheißung machen, von der Welt der Angekommenen. Seit ein paar Jahren sorgt Berlusconi Italien mit Finanzspritzen dafür, dass die tunesische Wasserpolizei die Küstengewässer Tag und Nacht nach Flüchtlingsbooten absucht. Ben Ali hat die Strafen für Schlepper und Flücht-

linge drastisch verschärft. Seitdem starten die meisten 300 Kilometer südlich, von Libyen aus. Auch die Flüchtlinge, die die Fischer an Bord nahmen, sind von Libyen aus losgefahren. 25 Kilometer nördlich von Teboulba liegen Engländer und Deutsche hinter Bettenburgen in der "Zone touristique" von Monastir. Eine Woche All-inclusive, oben ohne wie auf Malle, Cocktails am Strand, serviert von Moslems mit Fliege, sonnen auf einer aufblasbaren Gummiinsel im türkis-schimmernden Wasser, ab 269 Euro pro Woche bei Neckermann.

Zenzeri versteifte seine schwielige Hand mit den nikotingelben Fingern zu einer Klinge und holte aus wie ein Schlachter. "Bahr, sahal", sagte er. "Meer, Küste." Das Ufer, es teilt die Welt der Fischer, seit 652 Tagen und ein paar Stunden. Ein Leben ohne den Rhythmus, den die See vorgibt, ohne die Sardinen und Makrelen, die ihre Familien ernährt, sei kein Leben. Einer der Fischer soll versucht haben, sich umzubringen.

"Ich fühle mich an Land gefangen, weil ich nicht mehr für meine Familien sorgen kann und ohne Pass nicht mehr als Bürger gelte", begann Kamel Ben Kalifa, ein Mann dunklen mit Flecken im Gesicht und durchdringenden grünen Augen, die im Innern dattelbraun schimmern. Später, in der im Rohbau erstarrten Wohnung seines Sohns, hatte er mir Fotos gezeigt, die seine Melancholie erklären sollten. Der Kapitän saß stumm neben ihm.

Kamel Ben-Kalifa ist 52. Bevor die italienischen Carabinieri, deren Sprache er nicht verstand, ihn einsperrten, war seine Haut glatt wie Makrelenhaut, das Haar dicht wie Schafshaar. Heute ist sein Gesicht ein schartiger Acker, das ergraute Haar schütter. Seine Frau Nizeha sagte, dass er nach der Entlassung aus der Untersuchungshaft depressiv gewesen sei. Drei Monate sei er nicht aus dem Bett gekommen. Mit Handschellen und in Käfigen seien sie in Sizilien zum Gericht gebracht worden. "Als wären wir Schwebrecher." Ben-Kalifa ist ein massiger Kerl mit rauer Stimme, seine Hände sind ledrige Pranken. Im robusten Körper wohnt eine fragile Seele. "Sie haben uns das Meer genommen. Warum?", hatte er mich gefragt.

Er wusch dann seine Füße im Waschbecken, nahm einen Teppich von der Wäscheleine des sonnengefluteten Hofes, breitete ihn in der Ecke nach Südosten aus und betete. Der Kapitän guckte ihm rauchend zu. Vor Sonnenuntergang verabschiedete Zenzeri sich und ging zur Moschee. Ben-Kalifas Frau hatte ein Festmahl serviert. Gegrillte Makrelen und Doraden, Nudeln mit Hühnchen, scharfes Kichererbsenmousse, Kartoffeln, parfümierte Erdbeeren und Pfirsiche.

Die See liegt glatt und einladend da. Ein dunkler Teppich bis Italien. Der Kapitän steht an der Reling. Ein kleinerer Kutter wartet einen Kilometer südlich. Zwischen den Kähnen taucht ein Holzbötchen auf, das mit seinen Scheinwerfern nachts die Sardinen lockt. Ben-Kalifa rudert. Schweiß rinnt ihm in den bulligen Nacken. Für die Nussschale ist Windstärke zwei eine Herausforderung. Die Boote der Flüchtlinge sind nicht viel größer.

80 000 machten sich im vergangenen Jahr auf den Seeweg von Afrika Richtung Europa. 37 000 sind in Italien angekommen, gut 31 000 davon auf Lampedusa. Tausende sterben beim Versuch, europäische Ufer zu erreichen. Das Meer spuckt nur aus, was es nicht verdauen kann.

Zenzeri ist den Lebenden und den Toten begegnet. Fast täglich tuckern im Sommer überladene Flüchtlingsböden auf der Straße von Sizilien, der Meeresenge zwischen Tunesien und Italien, an den Fischerbooten vorbei. "Immer öfter hatten wir menschliche Knochen, Kleidung, Schuhe und Reste von Booten im Netz", sagt Zenzeri. "Manchmal auch aufgequollene Körper." Aus seinen vollen Lippen wird ein Strich. Er spricht lieber über Fische, obwohl das auch kein gutes Thema ist. Dass die Sardinenschwärme weniger würden, liege an den europäischen und asiatischen Fangflotten mit ihren riesigen Netzen, die Berge von Müll verklappten. Er spuckt ins Meer. Die EU-Staaten versuchen, die Flüchtlinge in Afrika zu halten. Das sei sicherer für alle, argumentieren sie. Die Mittelmeeranrainer finanzieren Auffanglager und Boote für die nordafrikanischen Küstenwachen, verhandeln Rückführungsabkommen, verschärfen Einreise- und Asylbestimmungen. Seit kurzem fangen die Italiener Boote mit Afrikanern, die nach Lampedusa wollen, auf See ab und bringen sie nach Nordafrika zurück. Die Auffanglager für Immigranten hat Regierungschef Silvio Berlusconi mit Konzentrationslagern verglichen. Es sei besser für die Menschen, sofort zurückgeschickt zu werden.

Kapitän Zenzeri lässt die Boote ein Dreieck bilden, um mir zu erklären, wie gefischt wird. Im Morgengrauen, als der Krake noch schlief, hatte er sich mit Ben-Kalifa auf den Kutter gestohlen. Während Ben-Kalifa den Holzkahn vorantreibt, hält Zenzeri sich an Dokumenten fest. Er scheint sie immer dabei zu haben, seit er nicht mehr fischen darf. Zeitungsartikel, darunter einer aus Italien, in dem ein italienischer Fischer für die Rettung von Flüchtlingen gefeiert wird, eine Erklärung von EU-Parlamentariern für die Freilassung aus der U-Haft und eine Einladung zu einem Menschenrechtskongress nach Frankreich, der Zenzeri nicht folgen konnte, weil er keinen Pass mehr besitzt und nie und nimmer ein Visum erhalten hätte.

Ein Schengen-Visum zu ergattern liegt sogar für Tunesiens Elite im launigen Ermessen von Behörden. Ein Tourismusmanager hatte mir gesagt, Frankreich habe ihm zweimal die Einreise verweigert. Dabei verdiene er ungefähr viermal so viel wie die Engländer, die er nach Monastir locke.

Die Gesten des Kapitäns sind sparsam. Er deutet auf die Lampen. Auch die italienischen Kollegen fischten die Sardinien mit drei Booten; nachts, wenn die Schwärme höher stiegen, um nach Futter zu suchen. Zwei lockten die Fische mit Scheinwerfern an die Oberfläche, das volle Netz werde in den Bauch des Mutterschiffes geleert, auf dem wir stehen.

Vor Gericht ist den Fischern vorgehalten worden, dass keine Netze auf den zwei sichergestellten Kuttern gefunden worden seien. Das große Boot mit dem Schleppnetz sei schon auf dem Rückweg nach Tunesien gewesen, sagt Zenzeri. "Die Fangmethode mit drei Booten, von denen nur eines

ein Netz hat, kommt ursprünglich aus Italien." Im Hafen von Teboulba liegen die Sardinien- und Makrelenkutter im Dreierpack vertäut. Zenzeris Boot liegt noch vor Lampedusa, konfisziert. 110 000 Euro habe er dafür bezahlt. Den Kredit zahle er noch ab, mit Hilfe seines Vaters.

Der Fischereibeauftragte von Teboulba, einem 38 000-Einwohner-Städtchen, das für seinen Hafen und das höchste Minarett des Landes bekannt ist, sagte, die Italiener prozessierten, um die Tunesier von ihren Küsten fernzuhalten. Zwölf Seemeilen hinter der italienischen Küste beginnt internationales Gewässer. Jeder Fischer mit Lizenz dürfe dort seine Netze auswerfen, das stinke den Italienern. Sie befürchteten, die Tunesier könnten ihnen die Sardinien wegfischen.

Im Netz schwimmen drei junge Fischer. Zenzeri schaut zu ihnen rüber und winkt. Die Fischer befreien die Fänge von Tang und Fischresten. Sie lachen. Das Meer ist jetzt, im Frühsommer, angenehm warm. Günstig für Sardinien und Makrelen, Badende und Flüchtlinge. Zenzeri deutet auf die Silhouette eines Frachters am Horizont und fabuliert: Ein Kreuzfahrtschiff, voll besetzt mit reichen Europäern, gerät in Seenot. Funkt SOS und erhält keine Antwort. Hunderte ertrinken. Nach der Tragödie wird sich herausstellen, dass tunesische Fischer in der Nähe waren, aber nicht halfen. "Ich will nicht wissen, was passieren würde." Die Sonne steht fast im Zenit. Zenzeri raucht und schwitzt.

Er frage sich gelegentlich, ob Europäer mehr wert seien als Afrikaner, sagt der Kapitän.

Europäische Gesetze und Prozesse könnten dazu führen, dass Kapitäne lieber einen Bogen um sinkende Schlauchboote fahren und sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig machen, denn als Menschenhändler kriminalisiert zu werden. Gegen die Verantwortlichen des deutschen Hilfsfrachters Cap Anamur, der im Juni 2004 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer rettete, hat die Staatsanwaltschaft in Sizilien je vier Jahre Haft gefordert. Am 20. und 21. Juli, wenn in Sizilien die Urteile gegen die Tunesier und die Cap Anamur gesprochen werden, entscheidet sich auch, was mit hunderten Schiffbrüchigen im Mittelmeer künftig passiert.

Für Europa geht es darum, Wohlstand und Sicherheit vor so genannten "Wirtschaftsflüchtlingen" zu schützen, die ihre Heimat verlassen und dafür den Tod riskieren, sagen Menschenrechtler. Dass dabei afrikanische Kinder, Männer und Frauen sterben, werde hingenommen.

Für Kapitän Zenzeri und die anderen Fischer geht es um ihre Existenz, die am 7. August 2007 ins Wanken geraten ist.

7 Uhr. Die Sonne verbirgt sich, die See tobt. Zenzeri und seine Männer kreuzen 30 Seemeilen vor Lampedusa. Abdel Wahid Ghafouri schaut aus dem Bullauge der Kombüse, als er ein Gummiboot mit Menschen sieht. Ghafouri läuft an Deck. Er weckt Kapitän Zenzeri und Abdel Karim Bayouth, Kapitän des zweiten Kutters. "Ich habe Ghafouri gesagt, lass sie weiterfahren", sagt Zenzeri. An Bord hört er Hilfeschreie, sieht Kinder und eine Schwangere. Zwei Flüchtlinge gehen über Bord. Zwei Fischer springen hinterher, um sie zu retten.

Die Fischer ziehen die Menschen aus dem sinkenden Schlauchboot in ihre Kähne, funken Lampedusa an und erhalten die Erlaubnis, die Schiffbrüchigen abzuliefern. Zenzeri sagt: "Bei besserem Wetter wären wir mit ihnen zurück nach Tunesien gefahren oder hätten die Leute auf See auf die Schiffe der italienischen Küstenwache ausgebootet. Weil das Wetter zu schlecht war, ging das nicht."

Die Groteske wartet an Land. Handschellen klicken. Carabinieri nehmen die Fischer fest. Verdacht auf Beihilfe zur illegalen Einwanderung. Die Tunesier hätten die offizielle Aufforderung ignoriert, italienisches Hoheitsgewässer nicht zu befahren. Also auch noch Widerstand gegen die Staatsgewalt und gegen ein Kriegsschiff. "Wir durften nicht mal unsere Familien anrufen", sagt Ben-Kalifa, als wir zurück Richtung Hafen fahren. "Für eine Tat, für die die Italiener ihre eigenen Fischer feiern." Seine Familie versammelte sich nach zwei Wochen ohne Lebenszeichen in Trauerflor vor seinem Haus. Nach 34 Tagen in Untersuchungshaft war Ben-Kalifa zurückgekehrt. Gebrochen. Zenzeri sagt, sie seien wie "normale Gefangene" behandelt worden.

Außer Bayouth luden mich alle Fischer zu sich nach Hause ein. Bei Ghafouri, der 50 Kilometer entfernt vom Hafen im Landesinneren wohnt, zogen sich die Verwandten fürs Foto schnell noch ihre besten Hosen und Hemden an. "Ich bin nicht Bin Laden, keine Angst", sagte der vollbärtige Vater mit dem Palästinensertuch- Turban. "Hast du Fische mitgebracht?", fragte eine seiner vier Töchter. Die Frau von Lassard, der mit seiner Brille und den blauen Augen wie ein deutscher Beamter aussah, brachte Obst, Kekse und Tee. Frau Lassard ist Krankenschwester. Dass sie seit zwei Jahren allein für den Lebensunterhalt sorgt, erfuhren wir erst später. Lassard wollte es nicht übersetzt wissen.

Kapitän Zenzeri steht im Führerhäuschen. Er hat den Notruffunk eingestellt, Kanal 16. Es kommt nur Knistern aus der Box. Er kritzelt die Seekoordinaten auf einen Block. "Hier sind wir stehen geblieben, um auf die italienische Küstenwache zu warten, die uns zum Land eskortiert hat. 100 Prozent internationales Gewässer. Auch den Behörden ist klar, das wir nicht unerlaubt italienisches Wasser gefahren sind."

Die befragten Clandestini haben in Agrigent im Sinne der Fischer ausgesagt. Demnach haben die Flüchtlinge, Menschen aus Eritrea, Äthiopien, dem Sudan, Marokko und Mauretanien, die libysche Küste am 5. August verlassen. Nach 48 Stunden auf See habe das Schlauchboot Luft verloren. Die Fischer hätten sie gerettet. Einer der Zeugen hatte die Rettungsaktion mit seinem Handy gefilmt. Das Handy ist im Prozess nicht mehr aufgetaucht. "Warum hätten wir, wenn wir denn Menschenhändler wären, 44 Leute auf unsere Kähne geladen, auf denen wir über 300 transportieren könnten?", fragt Zenzeri. "Warum sollten Familienväter mit gut bezahlter Arbeit und Ansehen ihre Existenz aufs Spiel setzen?" Er steuert den Kutter zwischen zwei Beiboote im Hafen. Eine Tentakel der Krake soll in der Nähe sein. Zenzeri und Ben-Kalifa warten eine Stunde auf der Landzunge, bevor sie zurück in die Stadt gehen.

Antworten zu dem Fall der Fischer soll es in Agrigent geben. Für den 20. Juli wird ein Urteil erwartet. 691 Tage haben Zenzeri und seine Männer dann nicht gefischt. Rund 240 Tonnen Sardinen und Makrelen hätten sie fangen können. An jedem Tag auf See verdienen die Fischer gut 30 Euro, Kapitän Zenzeri kommt auf ein Vielfaches. Eine Anfrage zu dem Fall bleibt unbeantwortet. Der Staatsanwalt, der am Rande des Prozesses geweint haben soll, weil ihm nicht wohl bei der Formulierung des Strafmaßes gewesen sei, sagt, er dürfe nichts sagen. "Wenn wir verurteilt werden, würde wohl niemand mehr schiffbrüchige Flüchtlinge retten", sagt Zenzeri, als ich ihn in seinem geräumigen Haus mit den weiß gekalkten Wänden treffe, zwei Steinwürfe entfernt vom Wasser. Im Hafen hatte mir ein Fischer gesagt, dass es ihm viel zu gefährlich sei, auf SOS-Rufe zu antworten. Zenzeri sagt: "Ich würde alles wieder so machen." Am letzten Tag ruft Zenzeri von einem Münztelefon an. Sein Telefon werde abgehört, der Krake wisse bescheid, dass sie trotz Entzugs der Lizenzen auf See gewesen sind. Wir treffen den Kapitän und Ben-Kalifa in einem Kaffeehaus. Diktator Ben-Ali lächelt von einem Bild hinter der Theke. Zenzeri hält seine Dokumente und zeigt Skizzen. Ben-Kalifa erzählt von seiner Familie. Sie gucken auf eine Statue mit zwei goldenen Fischen, das Wahrzeichen von Teboulba. Dahinter liegt die See.

Quelle: <http://www.michael-bause.de/zfischer/fischertxt.html>

Retter auf der Anklagebank

Italien: Prozeß gegen tunesische Fischer, die 44 Flüchtlinge aus Seenot bargen. Urteil am Dienstag erwartet

Von Judith Gleitze, Palermo

Seit nun schon über zwei Jahren läuft im sizilianischen Agrigent der Prozeß gegen sieben tunesische Fischer. Ihnen wird vorgeworfen, 44 Migranten nach Italien »geschleust« zu haben. Die Staatsanwaltschaft fordert drei Jahre Haft und 440000 Euro Geldstrafe für die Beihilfe zur illegalen Einreise und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Am kommenden Dienstag wird das Urteil erwartet.

Die Tat, die den Angeklagten zur Last gelegt wird, datiert vom 8. August 2007. Im Kanal von Sizilien stießen damals zwei tunesische Fischerboote, die »Mortedha« und die »Mohamed el Hedi«, auf ein Schlauchboot mit 44 Schiffbrüchigen. Die See war rau, drei Meter hoch die Wellen, der schwimmende Untersatz verlor Luft. 30 Seemeilen vor der kleinen italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa, etwa 90 Seemeilen von ihrem tunesischen Heimathafen Teboulbah entfernt, drohte den Verzweifelten – unter ihnen ein behindertes Kind und eine schwangere Frau – der nasse Tod. Kapitän Abdel Zenzeri handelte. Er ließ 33 Menschen auf die »Mortadha« umsteigen, elf übernahm die »El Hedi«. Damit begann eine tragische Wende im Leben der Fischer.

Die italienische Küstenwache und die Marine brachten die Boote auf. Ein Militärarzt behauptete, daß es den Flüchtlingen gut ginge und daß sie zurück nach Tunesien fahren könnten. Doch Zenzeri und seine Kollegen entschieden trotzdem: Angesichts des schlechten Wetters steuern wir das nähergelegene Lampedusa an. Daraufhin drohten Küstenwache und der ebenfalls erschienene Zoll mit drastischen Maßnahmen. Später sagte der damalige diensthabende Küstenwachkommandant Michele Niosi aus: »Als wir von der Marine das Zeichen erhielten, daß die Migranten nicht in Lebensgefahr schwebten, war es für uns kein Seenot-rettungseinsatz mehr. Unsere Pflicht war es, die Einfahrt in italienische Gewässer zu verhindern.«

Danach versuchte die Marine, die beiden Fischerboote zu blockieren – bei Windstärke fünf ein gefährliches Manöver, dem die Angegriffenen auszuweichen versuchten. Dieses wurde danach als »Widerstand« ausgelegt. Letztendlich gelangten die Fischer nach Lampedusa. Die Schwangere und das Kind wurden umgehend in ein Krankenhaus nach Palermo geflogen: Entgegen der Aussage des Militärarztes ging es ihnen schlecht. Die sieben Fischer jedoch wurden verhaftet, ihre Boote beschlagnahmt. Sie hätten keine Netze und keine Fische an Bord gehabt, erklärte die italienische Staatsanwaltschaft, also seien sie »Schlepper«.

Der Verweis der Beschuldigten auf »A cianciolo« half nichts. So nennt sich die Art des Fischfangs, dem die Tunesier nachgingen. Dafür werden drei Boote benötigt: ein Mutterschiff, das die Netze transportiert und in dem der gefangene Fisch auf Eis gelegt wird, sowie zwei kleinere Schiffe mit starken Scheinwerfern, um nachts die Fische anzulocken.

Die sieben Fischer wurden nach mehreren Wochen in Untersuchungshaft erst durch Anordnung eines Gerichts in Palermo freigelassen. Das geschah nach vorherigen öffentlichen Protesten und einer Unterschriftensammlung, die unter anderem von 106 EU-Parlamentariern unterstützt wurde. Der Prozeß allerdings ging weiter, wenn auch schleppend.

Ihrem Beruf konnten die in ihre Heimat zurückgekehrten Angeklagten nicht mehr nachgehen. Die lokalen Behörden versagten ihnen die Hochseefischereilizenz. Zudem liegen die konfiszierten Boote immer noch in Lampedusa. Einer der Männer beging aus Verzweiflung einen Selbstmordversuch.

Die Verteidigung hofft nun auf einen Freispruch. Falls es notwendig sein sollte, würde sie aber auch vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ziehen. Schließlich machen sich weiterhin Zehntausende Migranten auf den Seeweg von Afrika, um nach Europa zu gelangen. Laut EU waren es allein im vergangenen Jahr 80000. Die genaue Zahl derjenigen, die ertranken, ist nicht bekannt. Man spricht von Tausenden.

Judith Gleitze leitet die Außenstelle Sizilien von *borderline-europe*, *Menschenrechte ohne Grenzen* e.V. und ist Italien-Korrespondentin von *Pro Asyl*.

Quelle: *Junge Welt*, 12.11.2009

Die Wellen wurden den Kapitänen zum Verhängnis. Gefängnis für Flüchtlingsretter Die 44 aus den Wellen

Zwei tunesische Schiffskapitäne sollen in Italien ins Gefängnis, weil sie im Meer 44 afrikanische Boat People retteten. Der Vorwurf: Widerstand gegen die Staatsgewalt.

VON MICHAEL BRAUN

Ein Gericht in Agrigent hat am Dienstag zwei tunesische Kapitäne zu je zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Ihr Verbrechen: Sie hatten auf ihren Kuttern 44 schiffbrüchige Bootsflüchtlinge nach Lampedusa gebracht. Der Vorfall hatte sich am 8. August 2007 zugetragen. Damals waren die beiden tunesischen Schiffe "Morthada" und "Mohamed El Hedi" in der Straße von Sizilien unterwegs, als sie ein havariertes Boot mit Flüchtlingen aus Sudan, Eritrea, Äthiopien, Marokko kreuzten, etwa 40 Seemeilen vor Lampedusa. Die Fischer setzten einen Notruf ab und nahmen die Schiffbrüchigen an Bord – erhielten aber von den italienischen Behörden umgehend das Verbot, einen italienischen Hafen anzulaufen. Dennoch steuerten die beiden Schiffe Lampedusa als den nächstgelegenen Hafen an. Mehrfach versuchten Boote der italienischen Marine, sie mit Manövern am Anlaufen des Hafens zu hindern. Und kaum waren die Fischkutter in Lampedusa, wurden alle sieben Besatzungsmitglieder verhaftet und kamen erst nach mehreren Wochen wieder auf freien Fuß. Der Vorwurf, der ihnen dann auch im Prozess gemacht wurde, lautete auf Schleuserei sowie auf Widerstand gegen die Staatsgewalt. Doch in der Verhandlung ließ sich auch das Gericht überzeugen, dass da keine gewerbsmäßigen Schlepper vor ihm saßen, sondern Fischer, die - wie vom internationalen Seerecht vorgeschrieben – Menschen aus Seenot gerettet hatten. Fünf Besatzungsmitglieder wurden deshalb freigesprochen. Den beiden Kapitänen aber wurde zum Verhängnis, dass sie gegen die Anweisungen der Behörden den Hafen Lampedusa angelaufen hatten. Deshalb gab es diesmal ein anderes Ende als noch im Prozess um die deutsche "Cap Anamur", in dem es vor gut einem Monat ebenfalls in Agrigent einen glatten Freispruch für Elias Bierdel und Stefan Schmidt gegeben hatte. Die "Cap Anamur" hatte im Sommer 2004 unter ganz ähnlichen Umständen 37 Afrikaner aus Seenot gerettet und gegen den Willen Italiens in den sizilianischen Hafen Porto Empedocle gebracht. Vor dem Hintergrund des "Cap Anamur"-Urteils hatte deshalb diesmal bei den Verteidigern vorsichtiger Optimismus geherrscht. Doch das Gericht legte die riskanten Manöver der italienischen Marine, deren Schiffe bei hohem Wellengang immer wieder die Kutter zu behindern suchten, nun als Widerstandshandlung der tunesischen Kapitäne aus. Die argumentierten, dass sie die geschwächten Flüchtlinge so schnell wie möglich an Land bringen wollten. Unmittelbar nach der Ankunft im Hafen wurden denn auch zwei schwangere Frauen und ein Kind sofort mit dem Hubschrauber ins Krankenhaus nach Palermo ausgeflogen.

Quelle: taz, 18.11.2009

Tunesische Fischer verurteilt

Zweieinhalb Jahre Haft - so lautet das Urteil gegen zwei tunesische Fischer-Kapitäne. Gemeinsam mit ihren Besatzungen retteten die beiden Seeleute vor mehr als zwei Jahren 44 Migranten vor dem Ertrinken.

Seit über zwei Jahren saßen im sizilianischen Agrigent sieben tunesische Fischer auf der Anklagebank. Der Vorwurf: Beihilfe zur illegalen Einreise und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Im August 2007 waren sie im Mittelmeer auf ein Schlauchboot mit 44 afrikanischen Flüchtlingen gestoßen und hatten die Ertrinkenden an Bord geholt. Und weil die Mittelmeerinsel Lampedusa in dem Fall näher war als der tunesische Heimathafen, steuerten sie die italienische Küste an, auch wegen des schlechten Wetters. Dafür sollen die beiden Kapitäne jetzt in Haft gehen. Die Besatzungsmitglieder wurden von der Anklage freigesprochen.

Vorbildlich gehandelt

Ein Urteil, das auf viel Unverständnis stößt: "Sie haben das einzig Mögliche getan", sagt Elias Bierdel von der Mitbegründer der Organisation "borderline europe", die versucht, die zahlreichen Todesfälle an den EU-Außengrenzen zu dokumentieren. "Sie haben die Behörden informiert, die Küstenwache auf Lampedusa. Dort wollte man sich kümmern. Aber dann kam keiner." Trotzdem hätten die Fischer es geschafft, bei Windstärke fünf 44 Menschenleben zu retten. Elias Bierdel spricht aus Erfahrung.

Gerade erst hat er selbst einen fünfjährigen Prozess hinter sich, in dem italienische Behörden ihm und dem Kapitän Stefan Schmidt Schlepperei vorgeworfen hatten. Sie waren für die deutsche Hilfsorganisation Cap Anamur unterwegs gewesen und hatten 2004 ebenfalls in Seenot geratene afrikanische Flüchtlinge gerettet. Der Freispruch kam erst im Oktober 2009 – und sicher war das keinesfalls. Nach dem ersten Plädoyer sei er zum Staatsanwalt gegangen, erinnert sich Elias Bierdel. Er habe ihn gefragt: "Halten Sie uns wirklich für Kriminelle?" Und da habe er ohne zu Zögern gesagt: "Unsinn!" Und als er dann fragte: "Und was soll das Ganze?" habe der Staatsanwalt gesagt: "Ich mache nur meinen Job!".

Ein Exempel statuieren

Bierdel ist sich sicher: Mit dem Prozess gegen ihn und Kapitän Schmidt sollte ein Exempel statuiert werden, ebenso wie in dem aktuellen Fall der sieben tunesischen Fischer. Die Staatsanwaltschaft forderte drei Jahre Haft und 440.000 Euro Geldstrafe, das soll Nachahmern eine Mahnung sein, glaubt. Bierdel: "Es sagt ja niemand offen, dass Hilfe verboten und unterlassene Hilfe gerne gesehen wird. Stattdessen sucht man eine Ausflucht, irgendetwas, das man vorwerfen kann. Und in diesem Fällen ist das eben die Schlepperei."

Wenig Öffentlichkeit

Mit den beiden Kapitänen in Agrigent sind jetzt zum ersten Mal Retter für ihr Handeln bestraft

worden. Aber auch die freigesprochenen Tunesier sind genug gestraft: Ihrem Beruf konnten die Angeklagten in ihrer Heimat nicht mehr nachgehen, weil sie keine Lizenz für die Hochseefischerei mehr bekommen. Und die konfiszierten Boote liegen immer noch in Lampedusa. "Es trifft hier brave Menschen, die da draußen auf dem Meer unterwegs sind. Sie haben meinen höchsten Respekt. Sie sind nun vernichtet, ihre Familien sind vernichtet, weil die Boote beschlagnahmt sind. Die Männer sind ohne Arbeit und ich frage mich: In wessen Namen geschieht das?", sagt Bierdel. Allein im Jahr 2008 sind nach Angaben der UN 36.000 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer nach Europa zu überqueren ertrunken. So mancher Fischer oder Kapitän wird es sich künftig dreimal überlegen, ob er, wenn er im Mittelmeer auf schiffbrüchige Flüchtlinge trifft, das hohe persönliche Risiko auf sich nimmt und sie rettet.

Ina Rottscheidt, 19.11.2009

Quelle: www.dw-world.de | © Deutsche Welle.

"Wir brauchen einen Aufschrei der Politik"

Tunesische Fischer wollten Schiffbrüchige retten: Zweieinhalb Jahre Haft.

Ein Gespräch mit Elias Bierdel *

Elias Bierdel ist ehemaliger Vorsitzender der Hilfsorganisation Cap Anamur und Gründungsmitglied von borderline europe. Gemeinsam mit zwei Mitarbeitern hat er im Juni 2004 vor der italienischen Küste 37 Flüchtlingen das Leben gerettet - und mußte sich deswegen vor Gericht verantworten. Erst gut fünf Jahre später kam der Freispruch.

Dasselbe Gericht in Agrigento/Sizilien, das Sie, den Kapitän der »Cap Anamur«, Stefan Schmidt, und den ersten Offizier Wladimir Daschkewitsch Anfang Oktober vom Vorwurf der Fluchthilfe für illegale Einwanderer freigesprochen hat, hat am Dienstag zwei von sieben tunesischen Fischern verurteilt: zu jeweils zweieinhalb Jahren Gefängnis, weil sie ebenso wie Sie Migranten in Seenot halfen.

Wie kam es zu dem Urteil?

Das ist gängige Praxis in Italien: Man zerrt Menschen, die aus Sicht der Politik »die Falschen« retten, vor Gericht und verwickelt sie in Prozesse. Das hat man mit uns so gemacht, jetzt auch mit den Fischern. Man sucht eine Möglichkeit, ihnen etwas anzuhängen. Nachdem es mit dem Vorwurf der Beihilfe zur illegalen Einwanderung nicht klappte, hat man einen anderen Weg gewählt. In diesem Fall besonders empörend: Verurteilt hat man sie wegen eines angeblichen Angriffs auf ein Kriegsschiff. Dabei war es am 8. August 2007 so: Nach der Rettung der 44 Menschen versuchte eine Korvette der italienischen Marine, dem Fischerboot mit den Geretteten an Bord den Weg abzuschneiden. Die haben sich aber nicht abdrängen lassen, sondern Kurs gehalten, um die Flüchtlinge an Land zu bringen.

Gehörte die Korvette zur sogenannten EU-Grenzagentur Frontex?

Bei dieser Aktion war Frontex nach meiner Kenntnis nicht beteiligt. Dieser Fall war in den Händen nationaler italienischer Behörden. Es passierte so: Die Fischer sehen ein Boot sinken. Und weil sie ahnen, daß es Ärger geben könnte, rufen sie die Küstenwache an. Man sagt ihnen: Nichts anfassen, wir kümmern uns drum. Mindestens 15 Minuten später hätte Hilfe da sein müssen, aber kein Küstenwachkreuzer tauchte auf. Die Fischer übernehmen die Rettung dann selber, weil sie ja nicht zusehen können und wollen, wie Menschen vor ihren Augen ertrinken. Resultat: Anklage wegen Schlepperei. Aber was soll denn das für ein Schlepper sein, der zuvor die Behörden anruft? Da kann man sehen, wie hoffnungslos die Lage ist: Will man jemanden kriminalisieren, findet sich ein Anlaß. Am Ende steht das Urteil wegen angeblichen Angriffs auf ein Kriegsschiff. Die tatsächlichen Verhältnisse: Grausamerweise wurde ein Kriegsschiff losgeschickt, um ein Boot mit geretteten Flüchtlingen zu hindern, europäische Küsten zu erreichen. Wir bräuchten einen Aufschrei in der Politik: Es ist Zeit zum Aufwachen. Aber nichts passiert.

Die Verteidigung wird in Berufung gehen ...

Natürlich muß man sich wehren, wenn die Rettung von Menschen aus Lebensgefahr - die übrigens auch im Verfahren unbestritten ist - auf diese Weise kriminalisiert werden soll. Für die betroffenen Fischer heißt das jedoch, daß das grausame Spiel mit ihnen in der nächsten Instanz vor Gericht in Palermo weitergeht. Sie sind sozial ruiniert, ihre Familien stehen ohne Einkommen da, ihre beschlagnahmten Boote rosten irgendwo im Hafen von Lampedusa vor sich hin. Die beabsichtigte Wirkung der Abschreckung ist erreicht. Unter den Fischern hat sich herumgesprochen: »Du kriegst einen Riesenärger, wenn du die Menschen rettest - also laß es lieber bleiben«. Die Politiker der EU stellen sich ihrer Verantwortung nicht, sie legen die Migration in die Hand von Militärs - was ein entsetzlicher Irrweg ist, den Menschen mit dem Tod bezahlen müssen. Die Bundesregierung ist an der Aufrüstung der europäischen Grenzwachterarmee beteiligt. In deutschen Mainstream-Medien kommt dieses Thema aber kaum vor, man berichtet lieber über das Schicksal von Verona Poth.

Müßte man die Fischer nicht mit Orden für Zivilcourage auszeichnen, statt sie wie Verbrecher vor Gericht zu stellen?

Wer es schafft, Insassen eines sinkenden Boots zu retten - darunter Frauen und Kinder, teils in Todesangst und der Bewußtlosigkeit nahe, hätte zum allermindesten Würdigung verdient. Es ist das Gegenteil von dem, was wir an hehren europäischen Werten beschwören, wenn diese solidarische Haltung bestraft wird.

Interview: Gitta Düperthal

Quelle: Junge Welt, 19. November 2009

Hilfe für Flüchtlinge

Im Netz der italienischen Justiz

Der tunesische Kapitän Abdel Basset Zenzeri hat 44 afrikanische Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet. Ein Gericht in Agrigent verurteilte ihn wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Jetzt darf er nicht mehr fischen und weiß nicht, wie er seine Familie ernähren soll.

Von Ulrich Kreikebaum

Das Meer ist für ihn seit zweieinhalb Jahren Sperrzone, doch an diesem Morgen schert sich Abdel Basset Zenzeri nicht darum. Bei Sonnenaufgang, die Aufpasser der Regierung schlafen noch, stiehlt sich der Kapitän auf einen geliehenen Kutter. Er will auf See erzählen, was passiert ist. Der hagere Mann lehnt an der Reling und raucht hastig. "Ich bin ruiniert, unsere Familien sind entehrt", sagt er und spuckt ins Meer.

Kapitän Abdel Basset Zenzeri und Kapitän Abdel Karim Bayouth sind im November 2009 im sizilianischen Agrigent zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Die Kapitäne und die Crew ihrer zwei Fischerboote retteten am 7. August 2007 vor der italienischen Küste 44 afrikanische Flüchtlinge. Die Seeleute bargen Migranten aus dem Sudan, Eritrea, Äthiopien und Marokko 30 Seemeilen vor Lampedusa aus einem sinkenden Gummiboot. Nachdem die Fischer die Küstenwache angefunkelt hatten, schickten die Italiener eine Korvette. Dem Kriegsschiff, das die zwei Fischkutter auf der Fahrt Richtung Lampedusa blockieren wollte, seien die Kapitäne mit riskanten Manövern ausgewichen, argumentierte das Gericht, das den Hauptvorwurf der Menschenschlepperei fallen ließ. Es verurteilte die Fischer wegen "Widerstands gegen die Staatsgewalt". Die Fischer sagen, das Kriegsschiff habe sie abgedrängt, als die Küstenwache sie Richtung Festland eskortierte. Der Verteidiger legte Berufung ein, im Frühjahr soll entschieden werden.

Kapitän Zenzeri geht ins Führerhäuschen des geliehenen Kutters und stellt den Notruffunk ein. An diesem Morgen kommt nur Knistern aus der Box und unverständliches Gemurmel. Am Morgen des 7. August 2007 ertönten Hilferufe. Zenzeri erinnert sich, während der Flaschenzug das Netz kreischend ins Meer entlässt und Möwen kreisen, um Sardinenreste zu erhaschen. "Die See war aufgewühlt. Ein Kollege hörte den Funk, sah die Flüchtlinge und hat mich geweckt. Ich habe dem Kollegen zuerst gesagt, lass sie weiterfahren, Flüchtlinge fahren doch täglich an uns vorbei." Zenzeri spricht leise und gepresst. "Aber dann hörte ich Schreie, sah Kinder und eine schwangere Frau. Zwei Flüchtlinge gingen über Bord. Zwei von uns sprangen hinterher, um sie zu retten."

"Nur Europa kann uns helfen"

Der Fall der tunesischen Fischer ähnelt jenem des deutschen Hilfsschiffs Cap Anamur, dessen Crew vor fünf Jahren 37 Flüchtlinge im Mittelmeer rettete. Auch gegen den damaligen Chef der Hilfsorganisation, Elias Bierdel, und Cap-Kapitän Stefan Schmidt war in Agrigent wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung prozessiert worden. Vier Jahre Haft und je 400.000 Euro Geldstrafe für Bierdel und Schmidt hatte die Staatsanwaltschaft beantragt. Im Oktober 2009 wurden die Deutschen freigesprochen.

Wie die Deutschen sind auch die Tunesier zwischenzeitlich mit viel Anerkennung bedacht worden. Cap-Kapitän Schmidt reichte die an ihn verliehene Carl-von-Ossietzky-Medaille, die unter anderen auch Heinrich Böll und Günter Grass erhalten haben, im Dezember 2009 in Berlin an Zenzeri und Bayouth weiter. "Sie haben die Auszeichnung mehr verdient als wir, sie haben ihr Leben riskiert", sagte Schmidt. Zenzeri war gerührt, als er die Urkunde in Berlin in seinen Händen hielt. Die Hoffnung des Kapitäns ähnelt inzwischen jener der Flüchtlinge, die sich Jahr für Jahr zu Tausenden aufmachen, um übers Mittelmeer auf den Kontinent der Verheißung zu gelangen. Zenzeri sagt: "Nur Europa kann uns helfen." Auf Deutschland setzt Zenzeri nach seinem Besuch in

Berlin besonders. Das Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung und die Liga für Menschenrechte haben Überbrückungsgeld gesammelt, ein Spendenkonto eröffnet und versprochen, "alles in ihrer Macht Stehende" zu tun.

Der italienische Verteidiger, mit dem er sich nicht verständigen kann, hat Zenzeri versichern lassen, die Chancen auf einen Freispruch stünden jetzt, da der Schleppereivorwurf vom Tisch sei, gut. Zenzeri kann mit solchen Einschätzungen nichts anfangen. Wichtig ist ihm, was am Ende eines Tages im Netz ist. "Und das ist seit zweieinhalb Jahren nichts." Die Aussicht, am Ende tatsächlich ins Gefängnis zu müssen, ist ihm nur ein Schulterzucken wert. "Lächerlich."

Nach den fünf hoffnungsvollen Tagen in Berlin holt den Kapitän in Teboulba die Wirklichkeit ein. Er darf weiterhin nicht fischen, in seinem neuen Pass steht "Hafenarbeiter" statt "Kapitän". Er überlegt, sein Haus zu verkaufen, um die Familie mit den drei kleinen Töchtern ernähren und den Bootskredit abbezahlen zu können. 110.000 Euro hat der damals fast neue Kutter gekostet. "Nach der Festnahme ist das Boot im italienischen Hafen geplündert und so stark beschädigt worden, dass es nichts mehr wert ist."

Zenzeri hat seine Ledermappe, aus der Artikel und Notizen, Gerichtsprotokolle, Schreiben von Politikern und Skizzen quellen, immer bei sich. Er steht im Führerhäuschen des geliehenen Kutters und fischt einen italienischen Zeitungstext aus der Kladde, eine Lobeshymne auf italienische Fischer, die Flüchtlinge gerettet hatten. "Was haben wir anderes getan? Bei besserem Wetter hätten wir die Flüchtlinge auf hoher See auf die Schiffe der Küstenwache bringen können und hätten nicht in die italienischen Hoheitsgewässer eindringen müssen." Aber genau das wird den Tunesiern von der Staatsanwaltschaft nun vorgeworfen. Laut Anklage sollen sie die offizielle Aufforderung der Behörde ignoriert haben, italienisches Hoheitsgewässer zu meiden.

Menschenrechtler und liberale Politiker betrachten den Prozess als Präzedenzfall: Mit dem Urteil gegen die Fischer solle ein Zeichen gegen die Rettung von illegalen Einwanderern auf See gesetzt werden. Für die Freilassung der Seeleute aus der Untersuchungshaft hatten sich 80 Organisationen eingesetzt. Über hundert EU-Politiker unterschrieben eine Resolution und beklagten, dass mit der Verurteilung die goldene Regel der Rettung auf dem Meer in jedweder Situation gebrochen werde. Helfer würden kriminalisiert. Doch die italienische Justiz äußerte sich trotz mehrfacher Anfragen nicht zu dem Fall.

"Das Menschenrecht auf Asyl fällt im Mittelmeer ins Wasser"

"Menschen, die ihr Leben riskiert haben, um andere Menschen zu retten, sind Opfer einer EU-Politik, die alle Fluchtwege nach Europa verplombt", sagt Fanny-Michaela Reisin, Präsidentin der Liga für Menschenrechte. "Flüchtlinge und Migrant*innen werden im Auftrag der EU auf hoher See abgefangen, in Lebensgefahr gebracht und zur Rückkehr nach Afrika gezwungen. Das Menschenrecht auf Asyl fällt im Mittelmeer förmlich ins Wasser."

Den Tunesiern geht es lediglich um ihr Recht aufs Fischen. Die siebenköpfige Crew wartet im Hinterhof des Restaurants "Venezia" in dem kleinen Ort Teboulba. Durch stumpfe Scheiben geht der Blick aufs Meer. An der Wand ein Rettungsring mit den roten Lettern "Welcome to Tunisia", daneben ein Bild der Titanic. Es riecht nach Salz, Tang und Diesel der ankommenden Boote. Alle wollen sie ihre Version der Geschichte erzählen.

"Ich fühle mich an Land gefangen, weil ich nicht mehr für meine Familie sorgen kann und ohne Pass nicht mehr als Bürger gelte", beginnt Kamel Ben-Kalifa, der 51 Jahre alt ist und deutlich älter aussieht. Seine Frau Nizeha sagt später, in der zum Rohbau erstarrten Wohnung eines Sohnes, dass ihr Mann nach der Entlassung aus der Untersuchungshaft drei Monate nicht aus dem Bett gekommen sei. "Es geht mir wieder gut", fällt ihr Ben-Kalifa ins Wort.

Mit Handschellen und in Käfigen seien sie in Sizilien zum Gericht gebracht worden. "Als wären wir Schwebrecher." Ben-Kalifa ist ein massiger Typ mit rauem Humor, seine Hände sind schwielig, doch seine Stimme zittert. "Sie haben uns das Meer genommen. Warum?" Er wäscht Hände und Füße im Waschbecken, nimmt einen Teppich von der Wäscheleine des Hofes, breitet ihn in der Ecke nach Südosten aus und betet.

Um mit dem Kutter rauszufahren, hat Kapitän Zenzeri das Morgengebet ausgelassen. Er steht backbord und kommandiert. Er lässt die Boote in Stellung gehen, um zu erklären, wie gefischt wird. Ein Kutter wartet einen Kilometer südlich. Zwischen den Kähnen taucht ein Holzbötchen auf, das mit seinen Scheinwerfern nachts die Sardinen lockt. Für die Nusschale scheint Windstärke zwei bis drei eine Herausforderung zu sein. Die Boote der Flüchtlinge sind nicht größer.

Drei Fischer schwimmen im Netz, um die Fänge von Tang und Fischresten zu befreien. Sie lachen, Zenzeri winkt. "Wir haben immer öfter Skeletteile, Kleidung, Schuhe und Reste von Booten im Netz", sagt er. Dass die Fische weniger würden, liege an den europäischen und asiatischen Fangflotten mit ihren riesigen Netzen, die Berge von Müll ins Meer kippen.

Vorboten der klimawandelbedingten Völkerwanderung

Der Schuldspruch gegen die Kapitäne sei auch auf den seit Jahrzehnten schwelenden Fischereistreit zwischen Italien und Tunesien zurückzuführen, meint Uwe Jenisch, Seerechtsexperte der Universität Kiel. Das "unverhältnismäßige Urteil" mache die Notwendigkeit einer EU-Regelung der illegalen Migration, der Asylpolitik und der dauerhaften Lösung von Flüchtlingsströmen deutlich. "Wir haben es hier lediglich mit den Vorboten der klimawandelbedingten Völkerwanderung zu tun."

Italiens Präsident Silvio Berlusconi wertet seine Flüchtlingspolitik als Erfolg. Italien hat, wie andere Mittelmeeranrainer auch, Auffanglager in Afrika und Boote für die nordafrikanischen Küstenwachen finanziert, Rückführungsabkommen verhandelt, Einreise- und Asylbestimmungen verschärft. Seit die Italiener Boote mit Einwanderern auf See abfangen und nach Libyen zurückbringen, sind die Auffanglager von Lampedusa leerer, die Inselbewohner zufrieden.

Am Südufer von Teboulba, in der Nähe von Zenzeris Wohnung, liegen Schuhe, morsche Holzplanken und tote Fische im Kies. Es stinkt nach Tang und Verwesung. Zenzeri lässt sich nur ungern vor den Holzbooten am Ufer fotografieren, die Szenerie ist ihm zu symbolbeladen.

Angst, verurteilt zu werden

Kapitän Bayouth, dessen Augen ein paar Tage zuvor rotgeädert und verquollen waren, ist eine Woche lang nicht zu sprechen. Von einem Suizidversuch geht unter den Fischern das Gerücht.

25 Kilometer nördlich des Fischerorts liegen derweil Billigtouristen aus England und Deutschland hinter weißgetünchten Betonburgen in der "Zone touristique" von Monastir. Eine Woche All-inclusive für weniger als 300 Euro, Cocktails am Strand, serviert von Moslems mit Fliege. Frauen räkeln sich oben ohne wie auf Mallorca. Viele der Sardinen und Makrelen am reich gedeckten Buffet kommen aus Teboulba, dem traditionsreichsten Fischereihafen des Landes.

Die Sonne steht fast im Zenit. Kapitän Zenzeri lehnt an der Reling, raucht und skizziert ein Szenario: Ein Kreuzfahrtschiff, voll besetzt mit Europäern, ist in Seenot geraten. Es funkt SOS und erhält keine Antwort. Nach der Tragödie wird sich herausstellen, dass tunesische Fischer in der Nähe waren, aber nicht halfen. Aus Angst, verurteilt zu werden, wie sie sagen werden. "Was würde Europa tun?" Er spuckt ins Meer.

Der Kapitän steuert den Kutter zwischen zwei Boote im Hafen. Spitzel der Regierung seien in der Nähe, heißt es. Zenzeri wartet eine Stunde auf der Landzunge, bis er zurück in die Stadt geht. "Wenn unsere Berufung keinen Erfolg hat und wir verurteilt würden, würde niemand mehr schiffbrüchige Flüchtlinge retten", sagt er.

Einige seiner Kollegen im Hafen sagen, sie würden den Teufel tun, statt auf SOS-Rufe zu antworten. Zenzeri überlegt, bis er auf die Frage, wie er in einem ähnlichen Fall heute handeln würde, sagt: "Ich würde alles wieder so machen." Er sagt das auch nach der Verurteilung noch, der Satz ist sein Mantra geworden, melancholisch und stolz.

Am letzten Tag des Besuchs in Teboulba ruft Kapitän Abdel Basset Zenzeri von einem anderen Handy an. Sein Telefon werde abgehört, die Regierung wisse Bescheid, dass er unerlaubter Weise auf See war. Während er im Kaffeehaus sitzt und Tee trinkt, scheint dem Kapitän das schnuppe zu sein. Zenzeri öffnet seine Mappe, zeigt Akten und guckt auf eine Statue mit zwei goldenen Fischen, die in der Sonne blinken, das Wahrzeichen von Teboulba. Dahinter liegt das Mittelmeer.

FR-Online, 22. März 2010

Quelle: www.fr-online.de/in_und_ausland/panorama/lesetipps/?em_cnt=2452610&em_loc=3975

1.1 Politik und Menschenrechte in Tunesien

Auch Europa hält sich seine Despoten: Das tunesische Modell

Der vom UNDP herausgegebene Arab Human Development Report setzt zwei Staaten ranggleich an die Spitze der repressivsten Regime der Region: Saudi-Arabien und Tunesien. Das kleine Ländchen im Norden Afrikas, dieses Eldorado des europäischen Tourismus, der Musterschüler des IWF und bevorzugte Partner der EU - eine Hochburg von Unterdrückung und Folter, von Korruption und Bereicherung?

Sihem Bensedrin, Sprecherin der – offiziell nicht zugelassenen - Menschenrechtsorganisation „Conseil National des Libertés en Tunisie“, CNLT, und Omar Mestiri erklären in ihrem soeben erschienen Buch das Funktionieren des „Tunesischen Systems“. Und, so die Autoren, dieses System macht Schule: In Algerien, Marokko, Libyen, wo prowestliche Politik, ökonomischer Liberalismus und Attrappen einer Fassadendemokratie wirkungsvoll vermarktet werden, während in Wirklichkeit mafiose Strukturen durchaus im Interesse des Westens die politische und ökonomische Macht ausüben.

Von Sihem Bensedrin und Omar Mestiri

Wenn es um Rhetorik geht, entwickelt das tunesische Regime einen offensiven Diskurs hinsichtlich des Einhaltens von Menschenrechte und rechtsstaatlicher Prinzipien [...]: „Wir haben auch den Menschenrechten in ihrer globalen Dimension zum Triumph verholfen, und wir haben die Werte, Prinzipien und Institutionen der Republik wiederhergestellt. All dies sind Verwirklichungen, die ihre strahlende Ausformung finden in der Stabilität und der Sicherheit, die Tunesien genießt,“ erklärte Präsident Ben Ali gegenüber der italienischen Presseagentur Ansa am 11. Mai 2004. Um dieses idyllische Bild zu verkaufen, hat er bereits im August 1990 eine Propaganda-Agentur geschaffen, die Tunesische Agentur für Auslands-Kommunikation (ATCE), die „[...] insbesondere den Auftrag hat, das Bild Tunesiens im Ausland zu fördern und die zu diesem Zweck über ein beachtliches Budget, vergleichbar dem eines Ministeriums, verfügt.“ (1) [...] Gewaltige Haushaltsmittel werden vom Regime aufgewendet für Öffentlichkeitsarbeit, die sich gezielt an Journalisten, Parlamentarier, regionale und lokale Amtsträger richtet: sie werden zu traumhaften Ferientaufenthalten eingeladen und mit Geschenken überhäuft.

Agit-Prop und Staatspropaganda

Unter Hinweis auf die Wiederbelebung des Tourismussektors erklärte eine offizielle Quelle im August 2004, daß „18 000 europäische Journalisten“ in jüngster Zeit nach Tunesien eingeladen wurden und dazu beigetragen haben, das Image Tunesiens zu verbessern. 54 Millionen Euro wurden zu diesem Zweck investiert. (2) Gesponserte Reportagen und gefällige Redaktionsbeiträge

singen im Gegenzug in ausländischen Medien das Loblied auf die Verdienste dieses Landes, das „Erfolg hat“ und das viele „beneiden“. In den wichtigsten europäischen Städten werden sie unterstützt durch Scheinvereinigungen. [...] Gesteuert durch die Botschaften und Konsulate Tunesiens tauchen sie immer dann auf, wenn es darum geht, Kampagnen gegen Aktivitäten von tunesischen Dissidenten im Ausland zu lancieren. Das Komitee für den Respekt der Freiheiten und der Menschenrechte in Tunesien (CRLDHT in Paris) [...] hatte schon mehrfach mit solchen z. T. auch brutalen Kampagnen zu tun.

Die „Veröffentlichungen dieser Vereinigungen übernehmen diese offizielle Rhetorik: Leistungen zugunsten von Frauen und Kindern, die Piloterfahrung mit dem Solidaritätsfond 26/26, der „von der UNO als beispielhaft (3) angesehen“ wird, und schließlich, daß „die Regierung mehrfach ausgezeichnet wurde“. Dieser letzte Punkt ist tatsächlich wichtig, denn man muß wissen, daß die Legitimation mit Hilfe von Preisen und Auszeichnungen eine der wichtigsten Beschäftigungen von Ben Ali ist (siehe Kasten oben), da er darauf wie auf ein internationales Markenzeichen für seine Anerkennung verweist gegenüber seinen „Untertanen“, die nicht so richtig an ihn glauben wollen. Seine Umgebung betreibt eine regelrechte Jagd auf Preise und Medaillen und sucht aktiv nach Institutionen, die diese im Gegenzug für eine beeindruckende Geste verleihen. Um allein in diesen Glanz zu geraten, traf Ben Ali 1997 Vorsorge, indem er ein Gesetz erließ, das es jedem Tunesier verbietet, eine Auszeichnung ohne vorherige Genehmigung durch den Staat anzunehmen.(4)

Es ist nicht möglich, all die internationalen Auszeichnungen aufzuzählen, die Ben Ali für „seine Leistungen für die Menschenrechte“ erhalten hat. Aber die Auszeichnung, die ihm am meisten schmeichelte, war der Preis, den ihm die Sekretärin der italienischen Liga für Menschenrechte im Mai 2002 verlieh – was allerdings zur Folge hatte, daß diese aus der Internationalen Föderation der Menschenrechte ausgeschlossen wurde. In Kenntnis seiner Schwäche für Auszeichnungen verlieh die Vereinigung der tunesischen Journalisten (AJT) im Dezember 2003 Ben Ali die „Goldene Feder“ für „seinen Einsatz für die Pressefreiheit“ (aber diese zweifelhafte Preisvergabe kostete die AJT ihre Mitgliedschaft in der internationalen Journalistenföderation). [...]

Die Erfindung einer falschen Zivilgesellschaft

Ben Ali agitiert nicht nur mit Worten und Beziehungen, er spiegelt auch eine Zivilgesellschaft vor, die es gar nicht gibt. Es geht um künstliche politische Produkte, die dazu dienen, die öffentliche Szene zu besetzen und ihr den Anschein einer Dynamik zu geben, wie sie demokratischen Gesellschaften eigen ist, wobei zugleich die wenigen wirklich unabhängigen Vereinigungen (weniger als zehn) marginalisiert werden. Wichtigstes Mittel hierfür sind die WRG („Wirkliche Regierungs-Organisationen“), die das Regime selbst nach Bedarf und Konjunktur fabriziert (diese

erprobte Technik findet Nachahmung in Mauretanien, Algerien und Marokko). (5) Offiziell gibt es in Tunesien 8 444 Vereinigungen. Viele davon wurden künstlich geschaffen, um ein Gegengewicht gegen tatsächlich unabhängige NROs zu bilden. Eine Vielzahl von professionellen, sozialen oder karitativen Vereinigungen war ursprünglich spontan innerhalb der Gesellschaft entstanden. Das Regime brachte sie jedoch unter seine Kontrolle, indem es ihm treu ergebene Mitglieder auf Spitzenpositionen setzte. Die Belohnung hierfür war ihre Legalisierung durch das Innenministerium. Dieses nutzt die Erteilung der Zulassung als ein Einmischungsrecht in die Zusammensetzung der Leitung der Vereinigungen, wenn diese in den Verdacht geraten, zu selbständig zu agieren.(6)

Die Ausnutzung dieser falschen Strukturen von Zivilgesellschaft zeigte ihre Wirkung auf der Sitzung der Vorbereitungskommission des Weltgipfels der Informationsgesellschaft (SMSI) am 26. Juni 2004, deren erste Runde in Genf im Dezember 2003 stattfand (die zweite soll in Tunis im November 2005 stattfinden). Seit 2001 hatte Tunesien eine regelrechte diplomatische Offensive gestartet, um von den Vereinten Nationen als Veranstaltungsort für den Weltgipfel der SMSI ausgewählt zu werden. Trotz zahlreicher Proteste von internationalen Menschenrechts-NROs, die versuchten, die Internationale Organisation für Telekommunikation als Veranstalter des Gipfels von der Annahme dieser Kandidatur abzubringen, wurde schließlich ein Kompromiß gefunden und entschieden, daß es zwei Gastgeberländer geben sollte: die Schweiz und Tunesien. [...]

Für das Regime soll der Gipfel wie gewohnt eine Offensive des Charmes werden, um die Gäste, die nicht so genau auf die Tagesordnung schauen, falsche Tatsachen vorzuspiegeln. Doch bereits während des Treffens der Vorbereitungskommission im Juni 2004 und trotz gewaltigen Aufwands um den Aufenthalt der Teilnehmer in Hammamet so angenehm wie möglich zu gestalten, gewann dennoch das autoritäre Naturell des tunesischen Regimes die Oberhand und die Teilnehmer bekamen einen Vorgeschmack auf die Regie des 2005 bevorstehenden Gipfels. Sie konnten beobachten, wie in einer Diktatur Öffentlichkeit gestaltet wird: Verhinderung der Verteilung kritischer Tagungsunterlagen, Verhinderung von Redebeiträgen unabhängiger NROs in den Arbeitsgruppen, Unterbrechung der Stromversorgung, um unerwünschte Debatten abubrechen, Unterbrechung der offiziellen Plenarsitzung, um die Vizepräsidentin der Tunesischen Liga für Menschenrechte (LTDH), Souhayer Belhassen, daran zu hindern, einen Antrag zu verlesen etc. [...]

Die Bürokratie der Menschenrechte

Eine andere Form von Scheingebilden läßt sich aus der Vervielfachung von Organisationen ersehen, die in Tunesien über die Menschenrechte „wachen“. Amnesty International war die erste Organisation, die auf dieses wie es 1994 ihr Generalsekretär Pierre Sané nannte „ausgeklügelte

System“ verwies: „Das tunesische System hat alle seine Nachbarn weit hinter sich gelassen, und zwar sowohl im Bereich der Rhetorik wie in der Repression gegenüber Menschenrechts-Aktivist*innen. Im Rahmen dieser Strategie zur Herstellung eines Markenzeichens wurde eine Vielzahl von Kommissionen und Komitees geschaffen. Abteilungen für Menschenrechte wurden in den Ministerien und Botschaften eingerichtet, um die allgemeine Wahrnehmung des Regimes zu verbessern, nicht jedoch seine Praktiken. Theoretisch hat diese offizielle Bürokratie die Aufgabe, Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und öffentlich zu machen, die von den Sicherheitskräften begangen werden. In Wirklichkeit ist es aber ihre Aufgabe, Kritik zurückzuweisen und Mißstände zu verdecken,“ schreibt Donatella Rovera, Forscherin im internationalen Sekretariat von Amnesty International.(7)

Und in der Tat rühmt sich das Regime in seinen offiziellen Veröffentlichungen zu „den Verwirklichungen der neuen Ära“ der Schaffung eines „Ministeriums für Justiz und Menschenrechte“, eines „Hohen Komitees für Menschenrechte und Grundfreiheiten“ und eines „nationalen Observatoriums für die Rechte der Kinder“ ebenso wie der Einrichtung von „Menschenrechtseinheiten“ im Justiz-, Innen-, und Außenministerium und der Schaffung einer „nationalen Kommission für die Erziehung im Bereich der Menschenrechte“ – und, last but not least, der Einrichtung des „Preises für Menschenrechte des Präsidenten der Republik“!

Die Schwarze Kasse „26/26“

Ein weiteres Kunstprodukt, das das Regime Ben Ali publikumswirksam vermarktet, ist der Nationale Solidaritätsfonds, der nach der Nummer seines Spendenkontos „26/26“ benannt ist. Er wurde 1993 eingerichtet als Teil des Kampfes gegen den Islamismus. Ben Ali rühmt sich dieser Einrichtung, indem er zugleich versucht vergessen zu machen, daß er aufgrund einer Empfehlung von UNDP und Internationalem Arbeitsbüro zustandekam: „Der Nationale Solidaritätsfonds, der die Grundlage unserer Initiative darstellt, ist ein originelles Experiment, dessen Erfolg uns dazu gebracht hat, ihn auf Weltebene zu propagieren. Dieser Fonds, den wir Tunesier den Fonds 26/26 nennen, gründet sich im Wesentlichen auf das Prinzip der Solidarität. Jenseits der Einzahlungen seitens des Staates alimentiert er sich aus Schenkungen und freiwilligen Beiträgen.“ (8)

In Wirklichkeit sind die behaupteten freiwilligen Beiträge eine Art privater Steuereintreibung, der sowohl Unternehmen, Angehörige des öffentlichen Dienstes als auch Selbständige unterworfen werden. Die Höhe ihrer „freiwilligen Beiträge“ wird vom Nationalen Solidaritätsfonds selbst festgelegt anhand einer Tabelle, die den Steuerzahlern monatlich zusammen mit dem Auszug aus ihrer Sozialversicherung zugeht. Eine Weigerung, diese Zusatzsteuer zu bezahlen, führt zu einer Steuererhöhung bei Unternehmen und privaten Haushalten, im öffentlichen Dienst hat er die

Entlassung zur Folge. Schlimmer noch, auch Schüler müssen Beiträge leisten, anderenfalls müssen sie mit Strafen rechnen. So hat beispielsweise der Direktor des Gymnasiums von Bouhajla im Hof der Schule folgenden Aushang angebracht: „Diejenigen, die bis zum 4. Dezember 2003 ihren Beitrag zum 26/26 nicht erbracht haben, werden nicht zur Prüfung zugelassen.“ (9) Der junge Abdennasser Dhifaoui wurde im Klassenzimmer vom Direktor dieses Gymnasiums geohrfeigt, weil er es wagte zu antworten, daß sein Vater gegen diese Zahlung sei. Mehrere Schüler aus den Armenvierteln der Vororte von Tunis wurden wegen ausstehender Bezahlung bestraft.

Offiziell dient dieser Fonds dazu, „die Marginalisierung und Armut von mehr als eineinhalb Millionen Tunesiern zu verhindern“. Jedoch ist es „praktisch unmöglich, detaillierte Angaben über seine Verwendung zu bekommen; [...] es gibt keine Liste der Empfänger, kein Organigramm der Verwaltungsstruktur, keinen Rahmen für die Verteilung der Mittel“ schreibt Béatrice Hibou, (10) und bezüglich der Einnahmen stellt sie fest: Offiziell betragen diese Einnahmen (im Jahr) durchschnittlich 10 Millionen EURO, ohne die Zuwendungen aus dem Staatshaushalt. [...] In Wirtschaftskreisen werden diese Einnahmen auf rd. 27 Mio. EURO geschätzt, wovon etwa 26 Mio. allein von wichtigen Geschäftsleuten aufgebracht werden sollen.“ (11)

Unterstellt man, daß ein Teil des Fonds tatsächlich zur Bekämpfung der Armut verwendet wird – allerdings mit einer nur schwer meßbaren Wirkung, da seine Verwaltung im dunkeln bleibt –, so muß ein großer Teil der Mittel als eine Art Schwarze Kasse betrachtet werden, über die der Präsident verfügt. Béatrice Hibou betrachtet dies „als ‚Anzeichen der Privatisierung des Staates‘, da die obligatorische Zahlung und das Fehlen öffentlicher Kontrolle den Schluß nahe legt, daß 26/26 eine Form privater Steuererhebung ist. Schließlich findet man darin auch Elemente des Personenkults von Ben Ali, der Initiator und alleiniger Inhaber des Nationalen Solidaritätsfonds ist. [...] Und die guten Werke, die daraus finanziert werden, geschehen in seinem Namen, nicht in dem des Staates.“(12)

Enteignung und Strafaktion

Rechtswidriges Verhalten ist die andere Seite der neuen Sitten des Regimes. Im folgenden nur ein Beispiel unter vielen: Im November 1999 kehrte Hatem Ben Jemaa überstürzt in die Wohnung seiner Familie zurück, die den größten Teil eines Mehrfamilienhauses in Le Kram am Nordrand von Tunis (Anm. der Übersetzers: sehr gute Wohnlage) bewohnte. [...] Besorgte Freunde hatten ihn benachrichtigt, daß Nachbarn, die im selben Haus eine bescheidenere Wohnung besaßen, wohl dabei seien, seine Wohnung zu besetzen und daß sie möglicherweise bereits die Türen aufgebrochen hätten. Tatsächlich stellte Hatem fest, daß die Tür aufgebrochen und die Wohnung verwüstet war und beschloß daher, die Nacht dort zu verbringen, um am nächsten Tag Anzeige zu

erstaten. Gegen 23 Uhr besetzten mehrere Dutzend Beamte der Sondereinsatzkräfte, befehligt von hohen Offizieren des Sicherheitsdienstes, das Haus. Hatem wurde verhaftet und verbrachte die Nacht in Polizeigewahrsam. Er sollte nie wieder einen Fuß in seine Wohnung setzen, geschweige denn war es ihm möglich, seine Möbel zu retten. Die Besetzer legten der Justiz grobe Fälschungen von Besitztiteln vor und wurden niemals belangt. Wenige Monate später ließen sie das Haus mitten in der Nacht niederreißen, erstellten dann an dessen Stelle einen Neubau – ohne Baugenehmigung.

Sämtliche Beschwerden blieben folgenlos: Hatem und seinen Brüdern gelang es nicht, zu ihrem Recht zu kommen: Ihre Gegner waren die Neffen von Leila Ben Ali, geborene Trabelsi (Anm. der Übersetzer: die Ehefrau des Präsidenten). [...] Einer von ihnen, Moez, fährt einen überaus teuren Geländewagen. Bewaffnet mit einem Baseballschläger und begleitet von Leibwächtern terrorisiert er den nördlichen Stadtrandbezirk von Tunis. Eine der bekanntesten Heldentaten von Moez Trabelsi ist die Strafaktion, die seine Handlanger gegen Professor Khalifa Kharrroubi am 2. August 2002 durchführten. Kharrroubi ist promovierter Jurist und lehrt sein etwa 20 Jahren an der Juristischen Fakultät in Tunis. Zugleich hat er eine Rechtsanwaltskanzlei und übernimmt ausschließlich zivilrechtliche Angelegenheiten. So hatte er sich bereit erklärt, die Interessen der Gebrüder Ben Jemaa zu vertreten, und er hatte vor Gericht die schweren Rechtsverletzungen vorgetragen, derer sich die Gegenseite schuldig gemacht hatte. Als er in Begleitung seines jüngsten sechsjährigen Sohnes sein Haus verließ, wurde er von drei Männern im Solde von Moez Trabelsi brutal zusammengeschlagen und mehrfach verletzt. Als Zeugen die Polizei alarmierten, hütete sich diese zu intervenieren, obwohl der Polizeiposten weniger als einhundert Meter vom Tatort entfernt liegt. Am späten Nachmittag, als der Rechtsanwalt nach Behandlung seiner Verletzungen eine Klage zu Protokoll geben wollte, erklärte ihm der zuständige Beamte, daß eine Persönlichkeit, „die über dem Gesetz steht“, zugunsten seiner Angreifer interveniert habe. [...]

Fußnoten

1. Geisser, Vincent: Le président Ben Ali en campagne contre les «medias sataniques»; in: Kalima Nr. 4, Mai 2001. www.kalimatunisie.com/num4/index4.htm. Anm. des Übersetzer: «kalima» (Wort) ist eine von Sihem Bensedrine herausgegebene Zeitschrift, die in Tunesien verboten ist. Sie ist nur als Internet-Zeitschrift zugänglich.
2. www.news.naseej.com, 14. Aug. 2004.
3. So ein Flugblatt, das von 50 WROs („Wirklichen Regierungsorganisationen“) in Paris im Mai 2002 verteilt wurde unter dem Titel „Warum immer dieselben Aufständischen? Stopp der feindlichen und ungerechten Kampagne, die von Marginalen gegen Tunesien geführt wird.“
4. Das Gesetz wurde angenommen anlässlich der Verleihung eines Preises der UNESCO an Mohamed Charfi, dem ehemaligen tunesischen Erziehungsminister, der zu diesem Zeitpunkt in Ungnade gefallen war.
5. S. beispielsweise die Liste der Organisationen, die die Kandidatur Ben Alis bei der Präsidentschaftswahl im Oktober 2004 unterstützten. www.infotunisie.com zuletzt abgerufen im Sept. 2004.

6. Nur ein Beispiel aus jüngster Zeit : Im März 2004, als eine Gruppe von Ärzten eine Vereinigung für medizinische Erziehung gründen wollte, wurde ihnen vom Innenminister mitgeteilt, daß, um die Zulassung zu erhalten, sie ein Gründungsmitglied ausschließen müßten, das wegen seines gewerkschaftlichen Engagements bekannt war.
7. Zit. n. Lamloum, Olfa/Ravenel, Bernard: La Tunisie de Ben Ali. L'Harmattan, Paris 2002, S. 153.
8. Schifres, Michel: Ben Ali: En matière de démocraties, il n'existe pas de modèle prêt-à-porter. Le Figaro, 3. Dez. 2003.
9. Das Faksimile des Aushangs ist veröffentlicht in Kalima: www.kalimatunisie.com/num24/index.htm.
10. Hibou, Béatrice: Les Marges de Manoeuvre d'un bon élève économique, la Tunisie de Ben Ali, Les Etudes du CERI, Nr. 60, Paris 199, S. 19.
11. A. a. O. S. 20.
12. Ebenda.

Aus: Sihem Bensedrine/Omar Mestiri: L'Europe et ses Despotes. Quand le soutien au 'modèle tunisien' dans le monde arabe fait le jeu du terrorisme islamiste. Europa und seine Despoten. Wenn die Unterstützung des 'tunesischen Modells' dem islamistischen Terrorismus in die Hände spielt. La Découverte, Paris 2004, 153 Seiten, Kommentare und Übersetzung von Werner Ruf. Dank an die freundliche Abdruckgenehmigung des Verlags.

Ein Blick in Ben Alis Preis-Vitrine

Beispiele von Preisen: Der Louise-Michel-Preis für Demokratie und Menschenrechte (1988); die Ehrenmedaille des internationalen Instituts für humanitäres Recht (1989); der Preis der Vereinigung „Zwei Hände für die Kindheit“ (1995); die Medaille der Weltgesundheitsorganisation „Gesundheit für alle“ (1996); die Goldene Medaille der Mittelmeerkonferenz der Gesellschaften der Roten Halbmonds und des Roten Kreuzes ((1997); das Emblem der arabischen Rechtsanwälte (1997); die erste Medaille des 50. Jahrestages der UNESCO (1997); die Ehrendoktorwürde der Universität Ancona (1997); die Verdienstmedaille der Weltpostunion (1997); das goldene Wappen der Arabischen Organisation für Erziehung, Kultur und Wissenschaft (1998); der Preis des internationalen Instituts für die Rechte der Kinder in der Schweiz (2000); die Goldmedaille der Weltorganisation des Unterwassertauchens (2000); das Wappen der arabischen Arbeits-Organisation (2000); die UNESCO-Medaille (2000); die Medaille der Welt-Tourismus-Organisation (2002); die Medaille des Verdienstordens der Weltorganisation der Ingenieure; das Ehrenabzeichen des regionalen Zentrums für Informationstechnologie und Program-Engineering in Kairo (2004); etc.

Quelle: inamo (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V.), Nr. 41, Jahrg. 11, Frühjahr 2005

Das inszenierte Paradies.

En Blick hinter die demokratische Fassade Tunesiens

Von Iskra Jedid, Tunis *

Die Idylle täuscht. Hinter der Fassade herrscht seit Jahrzehnten Zine el-Abidine Ben Ali. Nun will er sich erneut zum Präsidenten wählen lassen.

Leise schlagen die Wellen an die Ufersteine und spülen dabei Sandburgen weg. Ein heisser Sommertag neigt sich dem Ende zu. Familien und junge Paare spazieren entlang der gepflasterten Strandpromenade von La Goulette, einer kleinen Hafenstadt im Norden Tunesiens. Es duftet nach Jasmin. Hier scheint die Welt in Ordnung zu sein. Nur die uniformierten Polizisten mit den Schlagstöcken wollen nicht richtig in das harmonische Bild eines tunesischen Sommerabends passen. Wie fest gepflanzte Bäume stehen sie alle zehn Meter entlang des Boulevards. Ihre scharfen Blicke fixieren die Passant-Innen und lassen eine unangenehme Ahnung aufsteigen.

Rafik [Name geändert] ist ein 26-jähriger Filmstudent. Aufgewachsen ist er in einem lauten Quartier der Medina, im Süden der Hauptstadt. Er ist ein gewöhnlicher Jugendlicher, der die Verhältnisse seines Landes besorgt beobachtet. «Gerade jetzt, kurz vor den Präsidentschafts- und Legislaturwahlen im Oktober, ist die Unsicherheit der Regierung besonders deutlich zu spüren», sagt er. Sie manifestiere sich in der immer hemmungsloser werdenden Einschüchterung und Unterdrückung der Bürger. Vor allem, wenn diese auch nur eine leise Kritik an der Regierung wagen. Besonders Anwältinnen, Journalisten und Menschenrechtsaktivistinnen werden vom autoritären Regime als Gefahr für das tunesische System empfunden und stehen somit in der Schusslinie.

Die Rechtsanwältin Radhia Nasraoui reiste Ende Juni an eine Konferenz nach Genf, um über die Menschenrechtssituation in ihrem Heimatland zu diskutieren. Bei der Rückreise nach Tunesien wurden sie und ihre zwei Begleiter an der Grenze aufgehalten. Sie mussten eine Leibesvisitation über sich ergehen lassen, ihre Computer wurden inspiziert, auf den Boden geworfen und beschädigt. Ein Sicherheitsbeamter verrenkte Radhia Nasraoui den Arm. Ihre Begleiter wurden ins Gesicht geschlagen, beschimpft und während mehrerer Stunden am Flughafen festgehalten. «Die Einschüchterungen sollen die Bürgerinnen und Bürger davon abschrecken, über Missstände zu sprechen oder sich sonst irgendwie gegen die polizeistaatliche Regierung zu wehren», sagt sie.

Ewiger Präsident

Nasraoui amtet als Präsidentin der Organisation für die Bekämpfung der Folter in Tunesien . Immer wieder gerät sie ins Visier der tunesischen Behörden, doch dank ihrer Bekanntheit ist sie relativ gut geschützt. Sie spricht langsam. «Die Folter wird geheim praktiziert und öffentlich abgestritten», so Nasraoui. Deshalb seien dieses Thema und alles, was mit Menschenrechten irgendwie in Verbindung stehe, für die tunesischen MachthaberInnen unangenehm. Weil der Menschenrechtsaktivist Mohammed Abbou mit Artikeln im Internet die Praxis der Folter in Tunesien angeprangert hatte, verbrachte er drei Jahre im Gefängnis. Wer Kritik an der Regierung äussert, bezahlt einen hohen Preis.

Seit über zwanzig Jahren herrscht Zine el-Abidine Ben Ali über das Land der Jasminblumen. Im Oktober möchte er sich zum fünften Mal zum Präsidenten wählen lassen. Durch Änderungen an der Verfassung hat er die Amtszeitbeschränkung aufgehoben. In weiten Kreisen der Bevölkerung wird er verächtlich «der Präsident minus drei» genannt, weil er drei Jahre vor Abschluss wegen schlechter Leistungen von der Schule verwiesen wurde.

Der 73-jährige General, der seine militärische Ausbildung in den USA absolviert hat, weiss, was es für eine Fassadendemokratie braucht. Dabei gilt es, die Illusion einer dynamischen Demokratie zu inszenieren und nach aussen zu tragen, um über die absolutistischen Verhältnisse im Innern des Landes hinwegzutäuschen. Dieses System aus Rhetorik und künstlichem Pluralismus macht Schule: Auch Marokko und Algerien folgen dem tunesischen Beispiel der getarnten Selbstherrschaft und versteckten Repression.

Sorgfältige Kontrolle

Immer wieder hält Ben Ali sogar die Fahne der Menschenrechte hoch. Als er kürzlich eine Rede hielt, sagte er: «Unsere Politik steht im Einklang mit den Menschenrechten. Wir unterstützen alle möglichen politischen Parteien, Organisationen und Vereinigungen.»

Der politische Pluralismus existiert jedoch nur in Ben Alis Rhetorik und in Form künstlich geschaffener Konstrukte: In diesem kleinen nordafrikanischen Land gibt es offiziell acht anerkannte Oppositionsparteien und über 9000 nichtstaatliche Organisationen (NGO). Ein Beispiel: «Jeunes médecins sans frontières» steht in keinem Zusammenhang mit der fast gleichnamigen internationalen Organisation. StaatsbeamtenInnen steuern die Phantomorganisation, die weder eine eigene Basis hat noch Mitgliederversammlungen abhält. Ihr Zweck besteht ausschliesslich darin, die echte Organisation im Land zu konkurrenzieren.

Ein weiteres Beispiel: Als die grüne unabhängige Partei Tunisie verte gegründet wurde, beeilte sich die Regierung, diese zu verbieten und stattdessen die Parti des verts zu fabrizieren. Echte Oppositionsparteien sind verboten. Die tunesische Opposition ist paralysiert: Sie ist entweder illegal oder verliert sich in einer wirkungslosen Scheinexistenz.

Der Student Rafik zeigt mit dem Finger auf einen pompösen Wolkenkratzer im Zentrum von Tunis. Egal wo man sich in der Stadt gerade aufhält, dieser auffällige Gebäudekomplex ist fast immer auszumachen. Er ist der Hauptsitz des Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD), Ben Alis Partei. Sie dominiert die politische Landschaft. Das Hochhaus mit den siebzehn Stockwerken erinnert mehr an ein profitables Unternehmen als an ein Parteibüro. Der Einfluss der RCD reicht in alle Staatsorgane.

Die Regierung überwacht die Schritte der BürgerInnen sorgfältig. Das geschieht entweder offensichtlich durch uniformierte PolizistInnen, so wie in La Goulette, oder durch Zivilpersonen. «Alle wissen, dass sie permanent kontrolliert werden», sagt Rafik. Telefongespräche werden abhört, E-Mails abgefangen. Überall, wo das Alltagsleben stattfindet, lauern Spitzel: Taxifahrer, Zeitungverkäuferinnen und auch die eigenen NachbarInnen sammeln fleissig Informationen für das Innenministerium. Über Politik spricht deshalb niemand auf offener Strasse, oder nur hinter vorgehaltener Hand.

Auch viele Internetseiten sind gesperrt. «Besonders für uns Jugendliche ist es frustrierend, auf YouTube und Dailymotion verzichten zu müssen. Wir können nicht einmal Musikvideos anschauen», sagt Rafik. Sie hätten mittlerweile herausgefunden, wie die Zensur mithilfe eines Proxyservers umgangen werden kann. Doch es sei sehr umständlich. Der Zugang zum sozialen Netzwerk Facebook sei ebenfalls lange gesperrt gewesen. Laut Gerüchten soll die Tochter des Präsidenten die Plattform für sich und ihre FreundInnen entdeckt und den freien Zugang durchgesetzt haben. Seither formieren sich Gruppen auf Facebook, welche die «Befreiung von der Zensiermaschine Ammar» fordern und sich virtuell für den «Traum eines freien Tunesien» einsetzen.

Die Medienlandschaft steht vollständig unter dem Diktat der Staatspropaganda. Jeden Morgen grinst der Präsident auf der Aufschlagseite der staatlichen Zeitung «La Presse». Das Blatt ist voller Lobeshymnen für den Staatschef. Informationen über die reellen Tätigkeiten der Regierung bleiben den LeserInnen verwehrt: Staatsbesuche werden blumig beschrieben, doch von abgeschlossenen Verträgen oder laufenden Verhandlungen steht nichts.

Einen unabhängigen Blickwinkel einzunehmen, gelingt nur wenigen Zeitungen, wie «Al-Maoukif» oder «Attariq Aljadid». Sie berichten kritisch - immer wieder werden deshalb Ausgaben konfisziert. Dass diese Blätter nicht ganz verboten werden, gehört zur Strategie der Regierung, die eine vielfältige Medienlandschaft vortäuschen will. Das hat auch Rachid Khechana, Chefredaktor von «Al-Maoukif», erkannt: «Die wenigen unabhängigen Zeitungen werden immer dann vorgezeigt, wenn die Regierung sich gegen Zensurvorwürfe wehren möchte. Sie würde uns gerne schliessen, doch das würde ihrem Ruf im Ausland schaden.»

Aufstand in Gafsa

Der Polizeistaat stösst mit seinen repressiven Methoden jedoch auch auf Widerstand. In Reyedef, einer Bergbauregion im südwestlichen Gafsa, kam es letztes Jahr zu heftigen Protesten. Auslöser für die Unruhen waren die ungerechten Einstellungsverfahren der staatlichen Phosphatgesellschaft in Gafsa, dem wichtigsten Unternehmen in der Region. Hier beträgt die Arbeitslosigkeit bis zu vierzig Prozent. Besonders betroffen sind junge HochschulabsolventInnen. Nachdem bekannt wurde, dass neu zu besetzende Arbeitsstellen an Verwandte von Betriebsleitungsmitgliedern vergeben worden waren, eskalierte die Situation. «Als die Revolte ausbrach, wollten wir nach Gafsa fahren, um die Demonstranten zu unterstützen, doch alle Wege aus der Hauptstadt waren blockiert», erzählt Rafik. Die Ausschreitungen dauerten mehrere Monate. Dabei wurden drei Menschen getötet, zahlreiche verwundet und mehrere Hundert DemonstrantInnen festgenommen. In Massenprozessen wurden sie teilweise zu Gefängnisstrafen von bis zu zehn Jahren verurteilt. Bei Rafik und seinen FreundInnen haben die Ereignisse von Gafsa einen tiefen Eindruck hinterlassen: «Sie haben gezeigt, dass wir nicht alles mit uns machen lassen», sagt er.

Das alles geschieht in einem Land, das von der EU als Musterbeispiel für «stabile Wirtschaft und erfolgreiche Entwicklungspolitik» angeführt wird. Die EU, allen voran Italien, Deutschland und Frankreich, hat einen Anteil von fast achtzig Prozent am tunesischen Handelsvolumen. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und Ben Ali pflegen eine langjährige Freundschaft. Zum französischen Nationalfeiertag im Juli drückte der tunesische Staatschef seine «tiefe Zufriedenheit über die traditionelle Beziehung» zu Frankreich aus und hoffte «auf eine weiterhin fruchtbringende Zusammenarbeit» zwischen den beiden Staaten.

Ausserdem gilt Tunesien im europäischen Raum als touristisches Paradies. Mehr als sieben Millionen Touristen pilgern jedes Jahr ins tunesische Sonnenland. Auch Schweizer Reiseagenturen werben mit auffälligen Strassenplakaten für «Traumferien im nahen Tunesien ».

Quelle: Schweizer Wochenzeitung WOZ, 24. September 2009

Entwicklungsmodell Tunesien?

Zu den besonderen Beziehungen zwischen Berlin und Tunis ein Bericht von German Foreign Policy

Drei Tage stand Tunesien als Gastgeber der UN-Weltkonferenz zur Informationsgesellschaft im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Selten mischten sich hier zu Lande in die Berichte über die Konferenz auch Hinweise auf die äußerst kritische Menschenrechtssituation in dem nordafrikanischen Staat. Im Folgenden dokumentieren wir einen Bericht und ein Interview - beides enthalten auf der Website von www.german-foreign-policy.com/de.

Entwicklungsmodell Tunesien

TUNIS/BERLIN/KÖLN, 18.11.2005 (Eigener Bericht) - Trotz internationaler Kritik an staatlichen Repressionsmaßnahmen in Tunesien hält die Bundesregierung ihre Kooperation mit dem nordafrikanischen Staat aufrecht. Anlässlich des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft, der am heutigen Freitag in Tunis zu Ende geht, sind neue Vorwürfe laut geworden, denen zufolge die Regierung in Tunis die Pressefreiheit! massiv missachtet und für schwere Folter verantwortlich ist. Berlin enthält sich "jedes eigenen Kommentars" zu entsprechenden Berichten, die seit Jahren bekannt sind, erklärt der Journalist Marc Thörner im Gespräch mit german-foreign-policy.com. Deutschland kooperiert seit Jahrzehnten mit den Repressionsapparaten des nordafrikanischen Landes, deutsche Wirtschaftskreise loben den Staat als "sehr stabil". Deutsche Unternehmen nutzen Tunesien wegen des dort üblichen geringen Lohnniveaus und des Ausbleibens sozialer Proteste als zuverlässige Billig-Produktionsstätte. Observationskommandos

Anlässlich des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft, der am heutigen Freitag zu Ende geht, werden neue Vorwürfe gegen die Regierung Tunesiens laut. Experten der Vereinten Nationen berichten von "zahlreichen Fällen" in dem nordafrikanischen Land, bei denen Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Richter körperlichen Angriffen, Geldstrafen und Inhaftierungen ausgesetzt waren, weil sie "sich öffentlich zu Menschenrechtsfragen geäußert und ihre Meinung ausgedrückt haben".[1] Mehrere tunesische Journalisten sitzen derzeit im Gefängnis ein, mehrere ausländische Journalisten, die über die Menschenrechtsslage in dem nordafrikanischen Land berichten wollten, sind in den vergangenen Tagen tödlich angegriffen worden. Dass dies ohne Kenntnis staatlicher Organe möglich gewesen ist, kann als zweifelhaft gelten: In Tunesien bekommt grundsätzlich "jeder Journalist ein Observationskommando", berichtet Marc Thörner, der dort recherchiert hat, im Gespräch mit german-foreign-policy.com - "ein ganz direkter, sinnlicher erster Eindruck" von der Überwachung durch den Staat, den die UNO schon im Jahr 2000 der

Folter anklage. Im von den Vereinten Nationen herausgegebenen Arab Human Development Report rangiert Tunesien gemeinsam mit Saudi-Arabien an der Spitze der repressivsten Regime der Region.

Verbindungsbeamte

Trotz der schweren Vorwürfe, die seit Jahren gegen Tunis erhoben werden, arbeitet Berlin eng mit den Repressionsapparaten des Landes zusammen. Die Bundesregierung hat der tunesischen Polizei allein zwischen 1985 und 1995 Ausbildungs- und Ausstattungsmaßnahmen im Umfang von mehr als 10 Millionen DM zukommen lassen.[2] Die bilaterale Polizeikooperation dauert bis heute an. In der Hauptstadt des nordafrikanischen Staates ist ein Verbindungsbeamter des Bundeskriminalamts (BKA) stationiert. Der Bundesinnenminister und sein tunesischer Amtskollege haben im April 2003 ein Abkommen zur "Bekämpfung der Organisierten Kriminalität" unterzeichnet (darunter so genannte "Schleusungskriminalität"); die tunesische Marine hat im vergangenen Jahr deutsche Marine-Schnellboote erhalten, um die Küstenüberwachung zu intensivieren. Die deutsch-tunesische Repressions-Kooperation gilt in Berlin als unentbehrlich, um unerwünschte Migration aus den afrikanischen Elendsstaaten in die europäischen Wohlstandszentren zu verhindern.

Sehr erfolgreich

Wie Marc Thörner berichtet, ist angesichts der engen polizeilichen und militärischen Zusammenarbeit die "offizielle Haltung der deutschen Außenpolitik (...): Folter in Tunesien ist nicht nachgewiesen." Der Journalist hat für seine Rundfunk-Reportage "Tausendundeine Macht" deutsche Regierungsstellen und Wirtschaftsvertreter befragt, die mit dem Land befasst sind. Man dürfe "nicht der Versuchung unterliegen, den Lobbyisten in der Menschenrechtsarbeit (...) jede Nuance unbesehen abzunehmen", erklärt demnach ein Ministerialrat aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Die von der UNO bestätigten Foltervorwürfe würden "von der Opposition sehr stark politisiert".[3] Tunesien ist dem Ministerialrat zufolge vielmehr "ein sehr erfolgreiches Entwicklungsmodell".

Großer Vorteil

Die Einschätzung aus dem deutschen Entwicklungsministerium wird von Wirtschaftsvertretern geteilt. "Tunesien ist (...) ein sehr stabiles Land", berichtet der stellvertretende Geschäftsführer des Hamburger Afrika-Vereins, Walter Englert: "(D)as ist (...) für den ausländischen Investor natürlich ein großer Vorteil."[4] Wegen des in Tunesien üblichen geringen Lohnniveaus und des Ausbleibens sozialer Proteste nutzen deutsche Unternehmen insbesondere der Textilbranche das Land, das spätestens im Jahr 2010 Freihandelspartner der Europäischen Union werden soll, als zuverlässige Billig-Produktionsstätte ("verlängerte Werkbank"). Für die kommende Woche kündigt

der deutsche Afrika-Verein in Köln eine bilaterale Kontaktbörse der Textilindustrie an ("Tunisia Fashion Days"). Dort soll die enge deutsch-tunesische Zusammenarbeit mit Hilfe staatlicher tunesischer Stellen weiter ausgebaut werden.

Fußnoten:

1. UN experts call on Tunisia to respect human rights as information summit opens; UN News Centre 16.11.2005
2. Bundestags-Drucksache 13/1047
3. Marc Thörner: Tausendundeine Macht; WDR 5 - Das Feature 13./14.11.2005
4. Marc Thörner: Tausendundeine Macht; WDR 5 - Das Feature 13./14.11.2005

Interview mit Marc Thörner

18.11.2005 HAMBURG

Über die deutsche Außenpolitik gegenüber Tunesien sprach german-foreign-policy.com mit Marc Thörner. Thörner ist Journalist, hat in dem nordafrikanischen Land für seine Rundfunk-Reportage "Tausendundeine Macht" recherchiert und deutsche Regierungsstellen zur Berliner Außenpolitik gegenüber Tunis befragt, das als enger Partner Berlins gilt und in wenigen Jahren in die EU-Freihandelszone einbezogen werden soll.

german-foreign-policy.com: Kritiker nennen Tunesien einen Polizeistaat. Entspricht diese Bezeichnung Ihren Erfahrungen?

Marc Thörner: Eindeutig ja. Das beginnt schon damit, dass man, wenn man sich in Tunis als Journalist akkreditiert, oft keinen Zugang zu seinen eigenen E-Mails hat - E-Mails von Journalisten werden oft blockiert. Grundsätzlich bekommt auch jeder Journalist ein Observationskommando - ein ganz direkter, sinnlicher erster Eindruck. Ein Journalist wird manchmal schon an der Hotelrezeption und auch dann, wenn er mit dem Fahrzeug unterwegs ist, von einem Verfolgungskommando observiert. Im Gespräch mit tunesischen Oppositionellen erfährt man auch von Foltervorwürfen. Es gibt in Tunesien ungefähr 500 politische Gefangene, die seitens der Regierung dem islamistischen Spektrum zugeordnet werden; sie werden, nach Auskunft ihrer Anwälte, massiv gefoltert. Auch Anwälte, Menschenrechtler und Oppositionelle werden immer wieder von der Polizei verprügelt. Ein Beispiel ist der Fall der Anwältin und Menschenrechtlerin Radhia Nasraoui, die nach Misshandlungen durch die Polizei im Mai 2005 beträchtliche Kopfverletzungen erlitten hat.

gfp.com: Sind staatliche deutsche Stellen über die Verhältnisse informiert?

Thörner: Ja. Allerdings hat man sich dafür entschieden, die Vorwürfe gegenüber der tunesischen Regierung nur auf der Arbeitsebene, nicht aber öffentlich anzusprechen. Das Auswärtige Amt etwa publiziert Länderberichte im Internet. Dort ist das Äußerste, was über die Menschenrechte in Tunesien geschrieben wird: "In der Praxis gibt es Defizite". Es wird dort nichts von Folter erwähnt - und das, obwohl die UNO schon im Jahr 2000 Tunesien in einer Resolution wegen Folter verurteilt hat. Die offizielle Haltung der deutschen Außenpolitik ist immer noch: Folter in Tunesien ist nicht nachgewiesen.

gfp.com: Wie reagiert die Bundesregierung, wenn man sie mit den Foltervorwürfen konfrontiert?

Thörner: Sie wendet ein, dass die tunesische Regierung die Vorgänge anders darstellt. Man sagt: "Oppositionelle behaupten, dass...", man enthält sich aber jedes eigenen Kommentars.

gfp.com: Worin sehen Sie die Ursache dafür?

Thörner: Das hat mehrere Gründe. Erstens hat sich Tunesien außenpolitisch als relativ verlässlicher Partner erwiesen, hat eine relativ konstruktive Position im Hinblick auf den Nahost-Friedensprozess. Dann hat sich Tunesien ja auch als Partner im Kampf gegen den Terror bewährt; die tunesische Regierung verfiert offiziell einen sehr, sehr vehementen Kurs gegen den Islamismus. Drittens ist geplant, dass sich Tunesien im Jahr 2008 mit einem Freihandelsabkommen an die Europäische Union anschließt. All das führt dazu, dass man relativ nachsichtig ist - man möchte Tunesien als wichtigen Partner in der arabischen Welt nicht verprellen.

Außerdem glaube ich: Die Haltung der deutschen Außenpolitik gegenüber den arabischen Staaten weicht von der Haltung gegenüber Staaten eines anderen Kulturkreises ab. Wenn man deutsche Offizielle auf Vorwürfe gegenüber Tunesien anspricht, dann hört man oft die Antwort: Sehen Sie das doch vor dem Hintergrund anderer arabischer Staaten. Ist es dort nicht viel, viel schlimmer?

gfp.com: Sie haben selbst Erfahrungen mit der Polizeirepression in Tunesien und den doppelten Standards staatlicher deutscher Stellen gemacht ...

Thörner: Im Februar 2003 fand eine Demonstration verschiedener tunesischer Nicht-Regierungsorganisationen statt - vor einem Gefängnis, in dem ein junger Internetjournalist wegen angeblicher Präsidentenbeleidigung einsaß. Ich habe die Demonstration beobachtet. Kurz nachdem die ersten Transparente entrollt wurden, riegelte ein Großaufgebot der Polizei den Platz ab, wir wurden alle in unseren Autos festgesetzt. Ein tunesischer Polizist nahm mir mein Aufnahmegerät und meine Kassette ab; das Gerät habe ich wiederbekommen, die Kassette nicht. Als ich wegen dieser Sache bei der deutschen Botschaft vorstellig geworden bin, wurde mir gesagt, ich hätte die Demonstration gar nicht beobachten dürfen, ohne die tunesische Regierung vorher zu informieren. Das ist absurd, wenn man sich die internationalen Gegebenheiten im Journalismus vor Augen führt. Zweitens hätte ich alles zu tun, was die tunesischen Behörden von mir verlangten. Dazu muss man sagen, dass deren Verhalten auch nach dem tunesischen Presserecht nicht korrekt war: Jeder Journalist hat auch nach tunesischem Presserecht die Möglichkeit, frei zu beobachten. Drittens erhielt ich die Auskunft, man sehe keine Veranlassung, wegen dieser Kassette noch weiter vorstellig zu werden, weil ich ja selber die Spielregeln verletzt hätte.

gfp.com: Hat sich seit Ihrer Recherche für "Tausendundeine Macht" an der deutschen Politik gegenüber Tunesien etwas verändert?

Thörner: Der damalige Presseattaché und auch der damalige Botschafter haben gewechselt, inzwischen wird eine etwas liberalere Haltung vertreten. Das kommt auch darin zum Ausdruck, dass vor zwei Wochen eine deutsche Delegation, bestehend aus dem Botschafter in Tunis und dem Menschenrechtsbeauftragten des Auswärtigen Amtes, Oppositionelle besucht hat, die sich gerade im Hungerstreik befinden, um gegen die mangelnde Meinungsfreiheit in Tunesien zu demonstrieren.

gfp.com: Sehen Sie darin einen möglichen Kurswechsel?

Thörner: Vielleicht in Nuancen - ich glaube, man öffnet sich ein wenig für Kontakte mit der tunesischen Zivilgesellschaft. Ich glaube aber nicht, dass der grundsätzliche Kurs geändert wird. Ich habe vor kurzem mit dem deutschen Botschafter gesprochen, und auch dabei kam die Haltung klar zum Ausdruck: Keine öffentliche Kritik an der tunesischen Regierung!

Quelle: www.german-foreign-policy.com/de

AMNESTY REPORT 2009

TUNESIEN

Unruhen in Gafsa

Verfassungsänderung und Gesetzesreformen

Antiterrormaßnahmen und Sicherheit

Freilassungen von politischen Gefangenen

Folterungen und Misshandlungen

Recht auf freie Meinungsäußerung

Menschenrechtsverteidiger

Gewalt gegen Frauen

Todesstrafe

Amtliche Bezeichnung: Tunesische Republik

Staatsoberhaupt: Zine el 'Abidine Ben 'Ali

Regierungschef: Mohamed Ghannouchi

Todesstrafe: in der Praxis abgeschafft

Einwohner: 10,4 Mio.

Lebenserwartung: 73,5 Jahre

Kindersterblichkeit (m/w): 23/21 pro 1000 Lebendgeburten

Alphabetisierungsrate: 74,3%

Die Sicherheitskräfte wandten exzessive Gewalt gegen Demonstranten in Gafsa an. Zwei Menschen kamen dabei ums Leben, mindestens 200 Teilnehmer der Kundgebungen wurden festgenommen und strafrechtlich verfolgt, darunter auch Menschenrechtsverteidiger und Gewerkschaftsführer. Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit waren stark eingeschränkt. Journalisten, Rechtsanwälte und Menschenrechtsverteidiger wurden strafrechtlich verfolgt und schikaniert. Es gab Berichte über Folterungen und Misshandlungen von Gefangenen. Mindestens 450 Menschen wurden in unfairen Gerichtsverfahren wegen Anklagen im Zusammenhang mit Terrorismus zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Hinrichtungsmoratorium hatte weiterhin Bestand.

Unruhen in Gafsa

In der Bergbauregion von Gafsa im Südosten des Landes kam es von Januar 2008 an mehrere Monate lang zu Protesten. Anlass waren die stark zunehmende Arbeitslosigkeit, Armut, steigende

Lebenshaltungskosten und die Einstellungsmethoden der Gafsa-Phosphat-Gesellschaft, des wichtigsten Arbeitgebers der Region. Als Antwort darauf setzte die Regierung in Redeyef und anderen Städten Sicherheitskräfte ein, die bei der Auflösung von Kundgebungen exzessive Gewalt anwandten. Dabei wurden zwei Menschen getötet und zahlreiche verletzt. Hunderte von Demonstranten und Personen, denen vorgeworfen wurde, die Demonstrationen organisiert oder unterstützt zu haben, wurden festgenommen, mindestens 200 von ihnen wurden strafrechtlich verfolgt. Einige wurden für schuldig befunden und zu Haftstrafen von bis zu zehn Jahren verurteilt.

Hafnaoui Maghzaoui wurde am 6. Juni 2008 erschossen, als Sicherheitskräfte scharfe Munition einsetzten, um Demonstranten in Redeyef auseinanderzutreiben. Inoffiziellen Quellen zufolge wurden 26 Menschen verletzt, während die Behörden lediglich von acht Verletzten sprachen. Einer der Demonstranten, Abdelkhalek Amaidi, erlag im September seinen Verletzungen. Augenzeugen berichteten, dass die Polizei das Feuer ohne Vorwarnung eröffnet habe und dass viele der Verletzten Schusswunden in Rücken und Beinen aufwiesen. Der Justizminister drückte sein Bedauern über den Tod von Hafnaoui Maghzaoui aus, wies jedoch jede Kritik am Vorgehen der Sicherheitskräfte zurück. Er sagte, eine Untersuchung sei bereits eingeleitet worden.

Adnan Hajji, der Generalsekretär des örtlichen Büros der Gewerkschaft Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT) wurde im Juni 2008 festgenommen. Zusammen mit 37 anderen Personen, denen die Behörden vorwarfen, die Protestkundgebungen angeführt zu haben, wurde er wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung, Zugehörigkeit zu einer Gruppierung mit dem Ziel, Eigentum zu beschädigen und anderer Vergehen angeklagt. Im Dezember wurden 33 Angeklagte zu Haftstrafen von bis zu zehn Jahren verurteilt, fünf wurden freigesprochen.

Verfassungsänderung und Gesetzesreformen

Die Verfassung des Landes wurde im Juli 2008 geändert. Das Wahlalter wurde von 20 auf 18 Jahre gesenkt. Außerdem wurden Sonderregelungen für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2009 eingeführt. Dies bedeutet in der Praxis, dass sich nur Kandidaten zur Wahl stellen dürfen, die gewählte Parteiführer sind und dieses Amt mindestens zwei Jahre lang ausübten. Im Dezember kündigten die Behörden einen Entwurf zur Reform des Wahlgesetzes an. Demnach soll die Zahl der Sitze für die Oppositionsparteien im Parlament und in den Stadträten von 37 auf 50 erhöht werden.

Die Strafprozessordnung wurde im März geändert. Durch die Reform wurden die verfahrensrechtlichen Garantien für Gefangene gestärkt. Die Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsrichter müssen künftig Gründe nennen, wenn sie die normale Aufenthaltsdauer in Polizeigewahrsam vor

der Anklageerhebung (garde à vue) um drei Tage verlängern. Durch ein neues Gesetz wurde der von der Regierung eingesetzte Menschenrechtsrat (Conseil Supérieur des Droits de l'Homme et des Libertés Fondamentales) im Juni an die Pariser Prinzipien zur Einrichtung nationaler Menschenrechtsinstitutionen angeglichen, mit der Absicht, die Unabhängigkeit des Gremiums zu stärken.

Antiterrormaßnahmen und Sicherheit

Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Terrorismusvorwürfen verliefen unfair. Die Angeklagten wurden in der Regel zu hohen Haftstrafen verurteilt. Unter ihnen befanden sich sowohl Personen, die man in Tunesien festgenommen hatte, als auch Tunesier, die aus anderen Staaten zwangsweise zurückgeführt worden waren, obwohl Anlass zur Sorge bestand, dass ihnen in Tunesien Folter drohte. Viele Urteile stützten sich ausschließlich auf "Geständnisse", die die Angeklagten während der Untersuchungshaft ohne Kontakt zur Außenwelt abgelegt und vor Gericht zurückgezogen hatten, da sie ihren Angaben zufolge unter Folterungen zustande gekommen waren. Untersuchungsrichter und Gerichte leiteten in keinem Fall Ermittlungen zu diesen Vorwürfen ein. Etwa 450 Personen wurden während des Jahres 2008 im Zusammenhang mit Terrorismusvorwürfen zu Haftstrafen verurteilt. Im Juni wurde Sami Ben Khemais Essid von den italienischen Behörden zwangsweise nach Tunesien überstellt, obwohl seine Sicherheit nicht gewährleistet war. Er wurde bei seiner Ankunft verhaftet, da er bereits zuvor in Abwesenheit - u.a. von Militärgerichten - zu mehr als 100 Jahren Haft verurteilt worden war. Grund dafür waren verschiedene Anklagen im Zusammenhang mit Terrorismus in den Jahren 2000 bis 2007. Er legte gegen die Urteile Rechtsmittel ein und wurde daraufhin im Juli und November in zwei getrennten Verfahren zu Haftstrafen von acht und elf Jahren verurteilt.

Ziad Fakraoui, der laut eigenen Angaben gefoltert worden war, als er 2005 in Tunis im Gefängnis des Staatssicherheitsdienstes ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert war, wurde im Mai freigelassen. Zwei Tage nachdem Amnesty International seinen Fall in einem Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Tunesien veröffentlicht hatte, nahmen ihn Beamte des Staatssicherheitsdienstes am 25. Juni 2008 erneut fest. Er blieb sieben Tage ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert, bevor er dem Haftrichter vorgeführt wurde. Man warf ihm die Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation und Anstiftung zum Terrorismus vor. Dies waren dieselben Anklagen, auf deren Grundlage er bereits nach seiner Festnahme im Jahr 2005 inhaftiert war. Er wurde in allen Punkten freigesprochen und am 25. November 2008 freigelassen.

Freilassungen von politischen Gefangenen

Im November 2008 wurden 44 politische Gefangene aus Anlass des 21. Jahrestages der Macht-

übernahme von Präsident Ben 'Ali unter Auflagen freigelassen. Darunter befanden sich 21 Personen, die lange Zeit im Gefängnis zugebracht hatten, nachdem man sie wegen Zugehörigkeit zu Ennahda, einer verbotenen islamistischen Organisation, verurteilt hatte. Die letzten noch in Haft befindlichen Ennahda-Anführer hatten bereits mehr als 15 Jahre im Gefängnis gesessen. Viele von ihnen benötigten dem Vernehmen nach dringend medizinische Hilfe aufgrund von Misshandlungen und harten Haftbedingungen, darunter auch ausgedehnter Einzelhaft.

Wie andere freigelassene politische Gefangene sollen die Männer unter "behördliche Kontrolle" gestellt worden sein. Diese Maßnahme, die bei den meisten bereits während des Verfahrens im Jahr 1992 angeordnet wurde, bedeutet, dass sie sich häufig bei bestimmten Polizeiwachen melden müssen. Die Bewegungsfreiheit der Männer ist damit stark eingeschränkt, Arbeitssuche sowie medizinische Behandlung werden erschwert. In einigen Fällen wurde auch nahen Angehörigen die Ausstellung eines Reisepasses verweigert. Zu den im November freigelassenen Gefangenen gehörte auch Sadok Chourou, der ehemalige Vorsitzende von Ennahda. Er wurde am 3. Dezember 2008 in seinem Haus erneut verhaftet. Drei Tage später wurde er wegen "Aufrechterhaltung einer verbotenen Organisation" mit Bezug auf Ennahda angeklagt und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Folterungen und Misshandlungen

Im Berichtsjahr gingen erneut Meldungen über Folterungen und Misshandlungen auf Polizeiwachen und in Haftzentren des Staatsicherheitsdienstes ein. Gefangene, die keinen Kontakt zur Außenwelt hatten, waren besonders gefährdet.

Jaber Tabbabi wurde am 5. Juni 2008 im Zusammenhang mit den Protesten in Gafsa verhaftet. Polizisten rissen ihm die Kleider vom Leib und schlugen mehrfach auf ihn ein, während sie ihn auf eine Polizeiwache in Redeyef schleppten. Dort wurde er nach eigenen Angaben gefoltert. Später verlegte man ihn in eine Polizeistation in Metlaoui, wo man ihm eine Augenbinde anlegte. Er musste in gekrümmter Haltung verharren und man führte einen Stock in seinen Anus ein. Eine Schnittwunde an seinem Kopf musste mit 16 Stichen genäht werden. Er gab an, dass er nackt bleiben musste, bis man ihn einem Haftrichter am erstinstanzlichen Gericht von Gafsa vorführte. Der Richter lehnte den Antrag von Tabbabis Rechtsanwalt ab, seinen Mandanten auf Folterspuren hin medizinisch untersuchen zu lassen, ordnete jedoch seine sofortige Freilassung an. Er kam am 9. Juni ohne Anklage frei.

Recht auf freie Meinungsäußerung

Die Regierung schränkte die Medien weiterhin massiv ein. Mehrere Journalisten wurden aufgrund

ihrer beruflichen Aktivitäten strafrechtlich verfolgt. Die Anklagen wiesen jedoch häufig keinerlei konkreten Bezug auf.

Fahem Boukadous, ein Journalist, der für den tunesischen TV-Sender al-Hiwar Ettounsi arbeitete, wurde wegen "Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" und wegen "Verbreitung von Informationen zur Störung der öffentlichen Sicherheit" angeklagt. Er hatte über die Protestaktionen in Gafsa und die Menschenrechtsverletzungen der Sicherheitskräfte berichtet. Der Journalist tauchte unter und wurde am 12. Dezember in Abwesenheit zu einer sechsjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Mit ihm wurde 37 weiteren Personen der Prozess gemacht (siehe oben).

Naziha Rjiba wurde von der Staatsanwaltschaft im Oktober 2008 vorgeladen und über einen Artikel befragt, den sie für al-Mouatinoun, eine Zeitschrift der Opposition, verfasst hatte. In ihrem Beitrag hatte sie die Regierung angeklagt, die Internetseite von Kalima, eines Online-Nachrichtensmagazins, zerstört zu haben. Naziha Rjiba hatte die Online-Ausgabe zusammen mit anderen gegründet, nachdem die Behörden der Zeitschrift im Jahr 1998 die Publikationserlaubnis verweigert hatten. Wenige Tage vor dem Verhör hatte das Innenministerium die gesamte Auflage der Ausgabe von al-Mouatinoun beschlagnahmt, in der Rjibas Artikel erschienen war.

Menschenrechtsverteidiger

Menschenrechtsaktivisten und -verteidiger wurden von den Behörden schikaniert und eingeschüchtert. Sie standen unter ständiger strenger Überwachung. Die Behörden versuchten, die legale Registrierung von Menschenrechts-NGOs zu verhindern, ihre Aktivitäten zu behindern und Kommunikationswege zu stören, indem z.B. Telefonleitungen und Internet-Verbindungen gekappt wurden.

Im Juni 2008 wurden zwei Rechtsanwälte und Menschenrechtsverteidiger bei ihrer Ankunft in Tunis von Sicherheitsbeamten drangsaliert, nachdem sie auf einer Pressekonferenz von Amnesty International in Paris über Menschenrechtsverletzungen in Tunesien berichtet hatten. Samir Dilou und Anouar Kousri wurden kurzzeitig am Flughafen festgehalten und anschließend zur Polizei einbestellt, wo man sie wegen der Pressekonferenz verhörte. Man warf ihnen vor, sie hätten falsche Informationen verbreitet und dem Ansehen Tunesiens geschadet. Samir Dilou wurde nahegelegt, in Zukunft von solchen Aktivitäten Abstand zu nehmen, da ihm andernfalls strafrechtliche Verfolgung drohe.

Gewalt gegen Frauen

Im September trat Tunesien dem Zusatzprotokoll zum UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder

Form von Diskriminierung der Frau bei. Im November richteten die Behörden eine kostenlose Hotline für Frauen ein, die Opfer von familiärer Gewalt geworden waren.

Todesstrafe

Die Regierung hielt das De-facto-Moratorium für Hinrichtungen aufrecht. Eine große Zahl von Gefangenen befand sich jedoch noch immer in den Todeszellen. Im Februar wandelte ein Appellationsgericht in Tunis eines von zwei Todesurteilen um, die im sogenannten Soliman-Prozess im Dezember 2007 ergangen waren: Das Urteil gegen Imed Ben Amar wurde in lebenslange Haft umgewandelt, während das Todesurteil gegen Saber Ragoubi bestätigt wurde. Im März 2008 legte eine Gruppe von 25 Parlamentariern aller Parteien einen Gesetzentwurf vor, in dem die Abschaffung der Todesstrafe vorgeschlagen wird. Das Gesetz war zum Ende des Berichtsjahrs noch nicht vollständig geprüft worden.

Amnesty International: Missionen und Berichte

Ein Delegierter von Amnesty International stattete Tunesien im Februar einen Besuch ab, um das Verfahren im Soliman-Fall zu beobachten.

Tunisia: Court's decision to uphold death sentence a failure to redress justice (21 February 2008)

In the name of security: Routine abuses in Tunisia (MDE 30/007/2008)

Tunisia: Open inquiry into killing of demonstrator against rising prices (MDE 30/008/2008)

Tunisia: Abuses continue despite official denial (MDE 30/012/2008)

Tunisia: Trial of trade union leaders a travesty of justice (12 December 2008)

2. Der Fall Cap Anamur

Botschafter der Ungerechtigkeit

Interview mit Elias Bierdel, Vorsitzender von *borderline europe* 01.12.2008

Der Journalist Elis Bierdel wurde im Juli 2004 als damaliger Chef der Hilfsorganisation Cap Anamur festgenommen, nachdem er schiffbrüchige afrikanische Flüchtlinge nach Italien gebracht hatte. Angelika Wilmen führte ein Interview mit dem heutigen Geschäftsführer des Vereins "borderline europe".

Herr Bierdel, Sie haben im Jahr 2004 gemeinsam mit dem Kapitän der Cap Anamur Stefan Schmidt 37 afrikanische schiffbrüchige Flüchtlinge nach Italien gebracht. Daraufhin wurden Sie wegen Beihilfe zur illegalen Einreise angeklagt. Seit Ende 2006 läuft der Prozess. Welchen Ausgang erwarten Sie?

Elias Bierdel: Wir erwarten natürlich einen Freispruch. Der Vorwurf der Schlepperei in einem besonders schweren Fall ist rein politisch motiviert um zu verhindern, dass weitere Menschen den Flüchtlingen helfen. Man wollte an uns ein Exempel statuieren, aber jetzt machen wir ein Exempel daraus und legen diese Kriminalisierung der internationalen Hilfe offen. Vor derselben Kammer sind im Moment auch sieben tunesische Fischer wegen Schlepperei angeklagt. Sie haben vor Lampedusa 44 Menschen an Bord genommen, deren Boot gesunken war. Das ist ein zynisches Vorgehen, das sich gegen jeden richtet, der wagt sich einzumischen. Das macht mich wütend und traurig, denn die Behörden erreichen ihren Zweck ja auch. Kein tunesischer Fischer wird zukünftig noch eingreifen. Die Boote der sieben Fischer sind beschlagnahmt, sie sind ohne Einkommen. Zudem gibt es im italienischen Recht keine Entschädigung.

Das Recht wird auf den Kopf gestellt wird. Bis zum heutigen Tage ist keine einzige Klage gegen unterlassene Hilfeleistung eingegangen. Dabei berichten Flüchtlinge uns immer wieder von Schiffen, die nicht gehalten haben. Teilweise konnten sie sogar deren Namen lesen.

Forum: Seit dem Frühjahr 2007 hat die europäische Grenzschutzagentur Frontex in Zusammenarbeit mit EU-Anrainerstaaten begonnen, mit schnellen Eingreiftruppen Flüchtlinge mit militärischen Mitteln zum Umkehren zu zwingen. Seitdem schnellen die Zahlen der Toten in die Höhe. Welche Informationen haben Sie über diese Einsätze?

Elias Bierdel: Was Frontex unternimmt, unterliegt der striktesten Geheimhaltung. Die Aktionen bleiben der Öffentlichkeit und sogar den Abgeordneten der Parlamente verborgen. Frontex ist eine Agentur, die niemandem Rechenschaft schuldig ist. Ihr Auftrag ist es, die Boote ohne Anwendung

von Gewalt zu stoppen und zur Umkehr zu bewegen. Doch ein Kriegsschiff ist ungeeignet, einem Flüchtlingsboot zu begegnen. Diese Menschen sind bereits Tage unterwegs. Sie sind physisch am Ende: dehydriert, von der Sonne verbrannt, gleichzeitig aber auch unterkühlt ... Oft haben sie angefangen, Meerwasser zu trinken. Da müsste jedem klar sein, dass dieser Auftrag per se nicht gewaltfrei ablaufen kann. Für diese Flüchtlinge gibt es keine Umkehr, sie sind nicht mehr zu rationalem Verhalten in der Lage. Wer dort aufgegriffen wird, ist unbedingt rettungsbedürftig.

Forum: Frontex ist also eine Art Abwehr-Armee?

Elias Bierdel: Erst kürzlich hat sich der Chef der italienischen Guardia di Finanza gegenüber einem deutschen Journalisten verplappert. Er sagte, dass es vor allem die deutschen Kollegen seien, die seine Jungs zu immer härterem Vorgehen animieren. Sie brüsteten sich damit, dass man Leuten Nahrungsmittel und Benzin wegnehmen müsse, um sie davon abzuhalten, nach Europa zu kommen.

Nach einem Ratsbeschluss der EU-Minister unter deutscher Ratspräsidentschaft aus dem letzten Jahr ist zudem die Aufstellung einer Sondereinsatztruppe RABIT beschlossen, die am Ende 600 Polizisten umfassen soll. Diese Truppe, die zur Zeit im rumänisch-moldawischen Grenzgebiet trainiert, soll nicht nur bewaffnet sein, sondern ist erstmals ausdrücklich befugt, Gewalt auszuüben. Das würde bedeuten, dass sich den Flüchtlingen erstmals eine europäische Grenzarmee entgegenstellt.

Forum: Für Amnesty International ist das, was sich im Mittelmeer abspielt, „ein einseitiger, unerklärter Krieg der EU gegen die Flüchtlinge“. Sehen Sie das genauso?

Elias Bierdel: Ich habe mich lange geweigert, das so zu nennen. Aber wir erleben, dass sich die EU angesichts eines Menschheitsphänomens - nämlich der Migration - entschlossen hat, sich den Flüchtlingen mit Waffengewalt und verschiedenen Tötungsinstrumenten entgegenzustellen. Dazu gehört u.a. der Minengürtel am Grenzfluss Evros zwischen Griechenland und der Türkei. Da liegen über eine Million Sprengfallen vergraben, 150 Meter hinter dem Flußufer. Dort sind kürzlich erst wieder vier junge Männer aus Georgien ums Leben gekommen. In den letzten 10 Jahren gab es dort 270 Opfer.

Krieg ist es insofern, dass hier nach strategischen Erwägungen und mit militärischen Mitteln gegen die Flüchtlinge vorgegangen wird und insofern, als dass es zunehmend Opfer gibt, wobei die Höhe der Opfer nicht bekannt ist. Keine EU-Behörde interessiert sich dafür, es gibt nur zwei Nichtregier-

ungsorganisationen Fortress Europe und United in Holland, die seit 1988 ca. 13.000 Tote gezählt haben; allein im letzten Jahr 1.862 Opfer, wobei die Dunkelziffer natürlich um ein Vielfaches höher liegt. Wenn sich Frontex brüstet, dass man die Zahlen der illegalen Migranten halbiert habe, kann das nur erkaufte Sicherheit sein, indem sich die Todeszahlen verdoppelt haben. Um die Sperrriegel der Kriegsschiffe vor den kanarischen Inseln zu umfahren, nehmen die Leute immer gefährlichere Routen in Kauf. Die Schlepper sitzen nicht mehr selber im Boot, die Flüchtlinge tuckern alleine los. Das ist ein schrecklich gefährliches Seegebiet mit gefährlichen Wetterwechseln. Wer keine Ahnung von der Seefahrt hat, verliert sich in den Weiten des Atlantiks. Nach amtlichen Schätzungen der Inselregierung der Kanarischen Inseln sind allein im Jahr 2006 und nur vor den Kanaren 6.000 Menschen verschwunden. Das Rote Kreuz geht im gleichen Zeitraum von 7.000 Menschen aus.

Forum: Europa entwickelt sich also zunehmend zur Festung?

Elias Bierdel: Ja, die Länder stehen unter einem enormen Druck, ihre Grenzen dicht zu halten. Die Griechen machen das u. a. mit Minen übrigens mit Unterstützung von Deutschland, die ihnen Minenwerfer vom Typ Skorpion verkauft haben. Aber ich will hier nicht einzelne Länder an den Pranger stellen. Nehmen wir z.B. Malta, das kleinste Land der Europäischen Union. Wenn dort plötzlich 2.800 Leute landen, ist das bei einer Einwohnerzahl von 400.000 Einwohnern dramatisch. Wir müssen die Migration endlich als europäisches Problem begreifen

Forum: Was wollen Sie mit Ihrem gemeinnützigen Verein „borderline Europe“ erreichen?

Elias Bierdel: Wir versuchen das Schweigen von Regierungen durch Aufklärungsarbeit zu durchbrechen. Und wir versuchen die Journalisten für die Problematik zu sensibilisieren. Wir wollen eine Form von Gegenöffentlichkeit erzeugen. Unsere Arbeit wird durch Spenden finanziert. Anfangs waren wir skeptisch, weil wir ja eine Organisation sind, die eine äußerst düstere Botschaft verbreitet. Daher waren wir ganz überrascht, dass die Leute sehr interessiert sind an unserer Arbeit, vor allem junge Menschen. Es geht offensichtlich um Fragen, die den Menschen auf der Seele liegen.

Forum: Wird das Ausmaß der Katastrophe und die Mitverantwortung Europas in der deutschen Öffentlichkeit verschleiert?

Elias Bierdel: Die Politik hat kein Interesse an dem Thema und die Medien versagen schmachvoll. Ich habe häufig Diskussionen mit Kollegen, inwiefern der Tod von Menschen kein Thema sein soll.

Ich bin an der Berliner Mauer aufgewachsen. Da stand genau diese Schandmauer, die Europa jetzt an seinen Außengrenzen errichtet hat. Den an der Berliner Mauer getöteten Menschen gesteht man zu, dass sie ja nur ein Leben in Freiheit und Würde suchten. Doch darum geht es bei den Menschen in den Booten ja auch. Nur das es sich in ihrem Fall nicht um ein paar Hundert, sondern um Tausende von Toten handelt.

Forum: Und wie reagiert die deutsche Politik?

Elias Bierdel: Die deutsche Politik vermischt die Abwehr illegaler Migration gezielt mit dem Kampf gegen den Terror. So hat Angela Merkel in ihrer Berliner Rede, in der sie die Migration nur in einem einzigen Satz erwähnt, gesagt: "Wir werden den Terrorismus und die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen." Wie im Kampf gegen den Terror soll nicht über die Ursachen gesprochen werden. Denn die Ursachen liegen in der europäischen Politik. Wir vertreiben die Menschen schon heute mit unserer Politik. EU-Agrarsubventionen zerstören die heimischen Märkte, hohe Zölle verhindern die Ausfuhr afrikanischer Produkte nach Europa und europäische Fangflotten fischen die Meere leer. Jetzt kommt der Klimawandel hinzu, der die Menschen in großer Zahl dazu zwingen wird, ihre Heimat zu verlassen. Wer trägt dafür die Verantwortung? Ich denke, dass Europa schon heute militärische Vorbereitungen ergreift für den Fall, dass immer mehr Menschen versuchen sollten, nach Europa zu kommen. Die Bevölkerung soll vorbereitet werden, hinzunehmen, dass Menschen getötet werden. Der katholische Pfarrer und Mitbegründer von Pro Asyl Herbert Leuninger hat die illegalen Migranten „Botschafter der Ungerechtigkeit“ genannt. Möglicherweise geht es gar nicht darum, die Menschen im physischen Sinne abzulehnen, sondern darum, dass wir ihre Botschaft nicht hören wollen: „Ihr vertreibt uns aus unserer Heimat!“.

Das Interview führte Angelika Wilmen.

Quelle: <http://www.ipnw.de/soziale-verantwortung/flucht-asyll/artikel/0bcd2e2c69/botschafter-der-ungerechtigkeit.html>

FLÜCHTLINGE

Wer hilft, wird bestraft

Ein deutscher Kapitän steht in Italien vor Gericht. Er hat Flüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet und gilt nun als Schleuser. Das Urteil könnte andere Retter abschrecken.

Stefan Schmidt fuhr 20 Jahre lang zur See. Der 67-jährige deutsche Kapitän kennt die große weite Welt: Westafrika, Südamerika, den Nahen Osten und den Orient.

Nur Europa, das scheint er nicht zu kennen, das versteht er nicht. "Europa, was ist das überhaupt?", fragt er. Die EU, die existiere nur auf dem Papier, sie sei keine Solidargemeinschaft. Für den früheren Seemann ist Solidarität ein hohes Gut, gerade auf See. Seine Solidarität kann ihn nun für einige Jahre ins Gefängnis bringen.

Schmidt sitzt in einem Lehrerzimmer der Seemannsschule Schleswig Holstein in Travemünde. Seit zehn Jahren bildet er als Honorar Dozent dort Schiffsbesatzungen aus. Er streicht sich über den weißen Kinnbart, äußerlich wirkt er ruhig, doch in ihm brodelt es.

In Italien steht Stefan Schmidt vor Gericht, weil er vor fünf Jahren 37 afrikanische Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet hat. Damals war er Kapitän auf dem Schiff der Hilfsorganisation Cap Anamur. Schmidt, ein eigentlich unpolitischer Mensch, wurde durch die Rettung und das, was danach kam, zu einem Symbol. Zum Symbol dafür, wie tief Seeleute hineingesogen werden in den Strudel der europäischen Flüchtlingspolitik, wenn sie Menschen in Seenot helfen, so wie es ihnen der Seemanns-Kodex vorschreibt.

Fast zwei Wochen schipperten Schmidt und der damalige Cap-Anamur-Chef Elias Bierdel im Sommer 2004 mit den Flüchtlingen herum. Kein Land wollte das Schiff in seine Häfen einlaufen lassen. Schließlich steuerte Schmidt Porto Empedocle auf Sizilien an.

Empfangen wurden die Cap Anamur und die Besatzung von italienischen Polizisten.

Die Beamten brachten die Flüchtlinge in ein Abschiebelager und Schmidt, Bierdel und den ersten Offizier in Untersuchungshaft.

In Deutschland wurde die Rettungsaktion von vielen, darunter dem Cap-Anamur-Gründer Rupert Neudeck, als Medieninszenierung gegeißelt. Es gibt ein Foto, das Bierdel mit hochgestreckten Armen zeigt, im Vordergrund ein Boot voller Schwarzafrikaner, die weiße Cap-Anamur-T-Shirts tragen. "Dann haben sie allengeschrieben: Er als Triumphator!", sagt Schmidt. Ungerecht findet er die Kritik. "Elias und ich haben nichts verkehrt gemacht", sagt der Kapitän.

2006 wurden Schmidt und Bierdel im sizilianischen Agrigent vor Gericht gestellt: Als Menschen-schlepper, die nach Forderung der Staatsanwälte mit vier Jahren Haft und einer Geldstrafe von 400.000 Euro pro Person bestraft werden sollten.

Das gleiche Gericht verhandelt auch über einen tunesischen Fischer, der ebenfalls das Verbrechen Flüchtlingsrettung begangen hat.

Das Urteil, das Schmidt und Bierdel für Anfang Oktober erwarten, hat Präzedenzcharakter.

Schmidt meint, die Richter könnten ihn unmöglich für schuldig erklären: "Das würde ja bedeuten, dass Hilfe kriminalisiert wird!" Er will an die Gerechtigkeit der europäischen Justiz glauben, aber in letzter Zeit rauben ihm die Zweifel den Schlaf.

Stefan Schmidt steht auf, verlässt das Lehrerzimmer, um etwas zu zeigen, was ihm Mut macht. Er läuft über den Schulflur, an der Wand hängen Schwarzweißfotos von Schiffen und ein Solidaritätsschreiben für ihn. Stolz zeigt er darauf, denn er versteht sich auch als Vorbild für den Nachwuchs.

Die 20-jährige Schülerin Marte Rath begegnet ihm auf dem Gang. Sie kommt aus dem schleswig-holsteinischen Großenbrode und träumt davon, nach ihrer Ausbildung als Schiffsmechanikerin eines Tages Kapitänin zu werden. "Gott sei Dank!", sagt sie, muss sie jetzt noch nicht entscheiden, was sie tun würde, wenn sie ein Flüchtlingsboot auf hoher See treffen würde.

"Es ist ein Konflikt zwischen der eigenen Menschlichkeit und den Folgen, den es für die Besatzung haben könnte. Es könnte sein, dass man für seine Menschlichkeit bestraft wird." Sie überlegt, schweigt und sagt schließlich: "Ich würde sie nicht selbst an Bord holen." Sie würde das Flüchtlingsboot an Land melden und dann warten, bis Hilfe kommt. Um das eigene Gewissen zu beruhigen und nicht einfach so weiter zu fahren.

Dies scheint letzten Monat der Fall gewesen zu sein: Eritreische Bootsflüchtlinge hatten berichtet, dass mehrere Schiffe ihre Hilferufe ignoriert hatten und an ihnen vorbeigezogen waren. Auch Schmidt glaubt, dass einige Reedereien ihre Besatzungen inzwischen anweisen würden, lieber weiterzufahren als zu helfen. Auch Marte Roths Mitschüler sagen: Flüchtlings an Bord gleich Problem für die Besatzung. Sie erzählen von Lehrvideos, in denen sie vor blinden Passagieren gewarnt werden und von Schleusern, die sich mit kleinen Fischerbooten tarnen.

Man müsse so viel wie möglich helfen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen, sagt der 20-jährige Arne Heitmann. Man könnte zum Beispiel ein Flüchtlingsboot seitlich andocken und mitziehen, ohne die Menschen selbst an Bord kommen zu lassen. Das ginge allerdings nur in Küstennähe.

"Aber wenn ein Flüchtlingsboot auf hoher See in Seenot ist, ist man verpflichtet, diese Leute aufzusammeln", sagt Heitmann. Alles andere wäre schließlich unterlassene Hilfeleistung. Aber dafür wurde seines Wissens noch kein Kapitän vor Gericht gestellt.

Quelle: ZEIT ONLINE 2009, 29. September 2009

RETTUNG DER FLÜCHTLINGE

Freispruch im Fall "Cap Anamur"

Überraschendes Urteil aus Sizilien: Der ehemalige "Cap-Anamur"-Vorsitzende Elias Bierdel und sein damaliger Kapitän Stefan Schmidt wurden freigesprochen.

Der frühere Leiter der Hilfsorganisation Cap Anamur, Elias Bierdel, ist freigesprochen worden. Sein damaliger Einsatz vor Sizilien hatte ihn den Job gekostet.

Freispruch für den ehemaligen "Cap Anamur"-Vorsitzenden Elias Bierdel : Nach fünfjähriger Verhandlung hat ein Strafgericht in Agrigent auf Sizilien ihn und seinen Ex-Kapitän Stefan Schmidt freigesprochen. Beiden Männern hatten wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung in einem besonders schweren Fall vier Jahre Haft und 400.000 Euro Bußgeld gedroht. Die Urteilsbegründung will das Gericht erst in drei Monaten veröffentlichen.

Die strittige Rettungsaktion, die damals weltweit Schlagzeilen machte, liegt fünf Jahre zurück. Im Sommer 2004 hatten die Männer mit dem Hilfsschiff Cap Anamur II im Mittelmeer 37 Afrikaner aus einem überfüllten Schlauchboot gerettet, das zusinken drohte. Die Bootsflüchtlinge durften erst nach einer dreiwöchigen Irrfahrt durchs Mittelmeer in Sizilien an Land gehen.

Die italienischen Behörden vertraten damals den Standpunkt, die Flüchtlinge hätten in Malta an Land gehen müssen, da sie in maltesischen Gewässern aufgegriffen worden seien. Schließlich gaben die Italiener unter dem Druck der öffentlichen Meinung nach und nahmen die Afrikaner auf, schoben sie aber später ab. Bierdel und Schmidt wurden vorübergehend festgenommen. Kritiker warfen ihnen die Inszenierung eines Medienspektakels vor.

Beide zeigten sich am Mittwoch glücklich über den Ausgang des dreijährigen Prozesses. Bierdel, der einen Schuldspruch aus "politischen" Gründen befürchtet hatte, sagte, der Freispruch sei eine "echte Sensation". Schmidt sagte: "Dieses Urteil ist wichtig für alle, die Gutes tun."

Die Hilfsorganisation reagierte mit großer Erleichterung auf das Urteil. "Der Freispruch ist das folgerichtige Urteil eines fragwürdigen Strafprozesses. Denn die Rettung von Menschenleben darf nicht juristisch geahndet werden", erklärte das Notärztekomitee in Köln. "Selbst der Staatsanwalt musste in seinem Plädoyer anerkennen, dass die 37 Menschen ohne das schnelle und beherrzte Eingreifen der Cap Anamur-Crew ertrunken wären."

Zivilcourage dürfe nicht bestraft werden. "Es ist ein wichtiger Tag für die humanitäre Arbeit und ein Erfolg für die Menschlichkeit", sagte die Vorsitzende Edith Fischnaller. "Rettung ohne Wenn und Aber in größter Not ist ein unumstößlicher Grundsatz von Cap Anamur. Wir werden da weitermachen, wo immer unsere Hilfe benötigt wird, und Leben retten."

In Italien ist das Problem des Flüchtlingsstroms übers Mittelmeer hoch aktuell. Nachdem das Land im vergangenen Jahr 36.500 gestrandete Bootsflüchtlinge zählte, gibt es seit Mitte Mai die umstrittene Praxis der direkten Abschiebungen vom Meer aus. Dabei bringt die Küstenwache oder die Finanzpolizei die Menschen, die oft schon tagelang in überfüllten, seeuntüchtigen Fischerbooten unterwegs sind, direkt wieder nach Libyen zurück, ohne dass die zuvor italienischen Boden betraten oder Antrag auf Asyl stellen konnten.

Hilfsorganisationen wie etwa das Flüchtlingshochkommissariat der UN (UNHCR) kritisierten wiederholt, Italien verstoße auf diese Weise gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Prozesse wie der gegen die Cap Anamur machten Fischern und anderen Seeleuten zusätzlich Angst. "Ich kenne viele, die von ihrer Reederei bereits gesagt bekommen: "Guck lieber weg", sagte Kapitän Schmidt. Die Kölner Organisation Cap Anamur wurde 1979 von dem Journalisten Rupert Neudeck gegründet. Zu internationaler Bekanntheit kam sie in den achtziger Jahren durch die Rettung Tausender Vietnam-Flüchtlinge im Südchinesischen Meer.

Quelle: ZEIT ONLINE 2009, 07. Oktober 2009

C A P A N A M U R

"Der Staatsanwalt hat uns zum Freispruch gratuliert"

Er rettete Flüchtlinge aus dem Meer und wurde dafür angeklagt. Nach seinem Freispruch fordert Kapitän Schmidt im Interview Rechtssicherheit für Seeleute im Mittelmeer.

Im Sommer 2004 rettete Kapitän Stefan Schmidt mit seinem Schiff Cap Anamur II 37 Afrikaner aus einem überfüllten Schlauchboot im Mittelmeer. Nach dreiwöchiger Irrfahrt brachte er die Flüchtlinge in Sizilien an Land. Dafür wurden er und der ehemalige "Cap Anamur"-Vorsitzende Elias Bierdel in Italien vor Gericht gestellt. Der Vorwurf: Beihilfe zur illegalen Einwanderung. Jetzt wurden beide freigesprochen. Khue Pham hat mit Stefan Schmidt telefoniert:

ZEIT ONLINE: Herr Schmidt, wie geht es Ihnen heute?

Stefan Schmidt: Ach, ich bin ganz erleichtert! Gestern im Gericht war ich angespannt, und das hat man mir auch angesehen. Aber heute bin ich total entspannt und genieße den Ausblick auf das Mittelmeer.

ZEIT ONLINE: Wie lief denn die Urteilsverkündung ab?

Schmidt: Wir hatten 40 Unterstützer dabei, außerdem sind noch fast genauso viele Journalisten gekommen, deutsche und italienische. Kurz vor 13 Uhr hat die Richterin die Sitzung einberufen und das Urteil ganz lakonisch vorgelesen. Es brach ein Riesenjubiläum im Gerichtssaal aus, und der Staatsanwalt ist auf uns zugekommen und hat uns gratuliert. Danach war mein Handy dauerblockiert, weil ich fortwährend SMS und Anrufe bekommen habe.

ZEIT ONLINE: Die schriftliche Begründung folgt erst in anderthalb Monaten. Hat die Richterin erklärt, warum sie Sie freigesprochen hat?

Schmidt: Nein, das war das Seltsame. Sie ist nach der Urteilsverkündung gleich wieder rausgegangen. Aber für mich ist ganz klar, dass der Freispruch darauf basiert, dass Menschen zu retten kein Strafbestand ist. Ich habe es so interpretiert, dass die Richterin mutig war und gegen den politischen Trend Recht gesprochen hat.

ZEIT ONLINE: Das Urteil ist ja das erste dieser Art ...

Schmidt: ... und im November findet hier der Prozess gegen die tunesischen Fischer statt, die unter noch dramatischeren Umständen Flüchtlinge aus dem Meer gerettet haben. Wir hoffen, dass es so ausgehen wird wie bei uns.

ZEIT ONLINE: Sie und Elias Bierdel haben den Prozess immer als politischen Prozess bezeichnet. Welches Signal geht von dem Urteil aus?

Schmidt: Das Kind ist ja teilweise schon in den Brunnen gefallen: Wenn Seeleute auf See ein Flüchtlingsboot sehen, dann wissen sie, dass wir drei Jahre vor Gericht standen. Der Freispruch spielt dann vielleicht gar keine große Rolle mehr. Deswegen wäre das Wichtigste, dass die Seeleute wissen: Wir müssen jetzt diese Flüchtlinge retten und werden dafür auch nicht bestraft. Es muss ein deutliches Signal an die Schifffahrt gehen, und es müssen klare Verhältnisse geschaffen werden.

ZEIT ONLINE: Wie sollten die europäischen Staaten denn klare Verhältnisse schaffen?

Schmidt: Frontex, die europäische Grenzschutzbehörde, sollte den Auftrag bekommen, die Rettung zu koordinieren. Das italienisch-libysche Abkommen, mit dem sie die Flüchtlinge mit Kriegsschiffen holen und in KZ-ähnliche-Lager bringen, sollte abgeschafft werden.

ZEIT ONLINE: Die Rettungsaktion der Cap Anamur war damals sehr umstritten, Ende dieses Jahres werden Sie die Carl-von-Ossietzky-Medaille dafür bekommen. Was bedeutet Ihnen diese Auszeichnung?

Schmidt: Es ist gar keine Auszeichnung für mich, sondern die Würdigung der Idee, dass niemand auf See sterben darf. Ich war ja auch nicht allein, ich hatte ja eine super Mannschaft. Da habe ich ganz charakterstarke Menschen kennengelernt.

ZEIT ONLINE: Hat der Fall Sie auch charakterstärker gemacht?

Schmidt: Ich denke schon. Zu einem starken Charakter gehört auch, dass man überlegt, wie man die Welt ein klein bisschen besser machen kann, dass man politisch denkt. Nach diesem Fall kann keiner mehr wegschauen.

Quelle: ZEIT ONLINE 2009, 08. Oktober 2009

Freispruch - Grund zum Feiern?

Elias Bierdel, Lebensretter von der "Cap Anamur", zur Festung Europa / Der Journalist, geboren 1960, hat 37 Schiffbrüchige in den italienischen Hafen von Porto Empedocle gebracht

ND: Vier Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 400 000 Euro wollte der Staatsanwalt Ihnen und Ihrem Kapitän Stefan Schmidt »drüberziehen«, weil sie mit der »Cap Anamur« im Mittelmeer Menschenleben gerettet haben. Der Richter entschied anders: Freispruch! Was empfinden Sie?

Bierdel: Fünf Jahre hat man uns durch ein Schandverfahren gezogen. Mit Lügen und Verleumdungen. Wenn man nun von uns ablässt, dann ist das kein Grund zum Jubeln. Zudem - und das ist noch wichtiger: Das Sterben geht weiter. Europa beschreitet weiter diesen verhängnisvollen Irrweg und schickt Flüchtlingen Kriegsschiffe entgegen. Heute Nacht sind hier vor der Küste sieben Menschen ertrunken.

Mit dem Verfahren gegen Sie und Ihre Crew wollte man deutlich machen, dass Humanität strafbar sein kann ...

Und unser Urteil ist auch noch nicht rechtskräftig. Die Kammer muss es jetzt innerhalb von 90 Tagen begründen. Danach hat die Staatsanwaltschaft 45 Tage Zeit, sich zu überlegen, ob sie in Revision geht.

Die Politik ist also noch lange nicht fertig mit Ihnen?

Natürlich freuen sich jetzt so viele Unterstützer, die uns zur Seite standen, die - auch das sage ich so klar - uns bisweilen getröstet haben. Doch ich kann nicht anders, als immer wieder zu sagen: Wir haben allen Grund, uns auseinanderzusetzen mit dem, was hier draußen geschieht. Hier zeigt sich ein Europa, von dem wir uns hätten nicht träumen lassen, dass es so existieren kann.

Sie sind vom »Neuen Deutschland«, also wissen Sie, was ich meine. Ich bin unmittelbar an der Mauer aufgewachsen. Im Westen von Westberlin, in Staaken. Die Mauer war 50 Meter vor meinem Elternhaus. Und ich kann nicht anders, als zu sagen: Die Schandmauer ist nicht weg. Sie steht nur woanders. Wie kann es denn sein, dass unsere Gesellschaften es heute für normal

halten wollen, dass da draußen im Mittelmeer Tausende verschwinden? Umkommen, einfach so. Damit werde ich mich niemals abfinden!

Menschenrechte sind nicht teilbar, hieß es im sogenannten freien Europa als die Mauer noch stand.

Richtig. Und deshalb sollten sich viele Politiker, Journalisten, Juristen und Beamte fragen, wie es um ihre Verantwortung bestellt ist. Wir mussten uns verleumden lassen und wenn ich nachlese, was vor fünf Jahren verbreitet worden ist, dann ist das auch für viele Medien eine Schande.

Also wenig Grund, sich zu freuen, nicht einmal am heutigen Tag. Ist es aber dennoch ein kleiner Sieg gegen den politischen Trend von Unmenschlichkeit?

Wir sprachen gerade über Schande. Ich würde den Staatsanwalt gerne fragen, ob er sich jetzt wenigstens schämt.

Eine Frage, die man auch an Minister und Regierungen weitergeben sollte?

Ja. Der damalige deutsche Innenminister Otto Schily hat uns in jeder Weise öffentlich verunglimpft. Er hat - während wir hier auf Sizilien im Gefängnis saßen - Interviews gegeben, in denen er sagte, er sei dagegen, dass wir aus dem Gefängnis kommen. Am 17. Juli 2004 haben er und sein italienischer Amtskollege bei einer Innenministerkonferenz in Sheffield gesagt, es gehen im Fall der »Cap Anamur« darum, einen gefährlichen Präzedenzfall zu verhindern.

Das ist letztlich nicht gelungen.

Ich will es hoffen. Doch noch einmal: Hier vor der Küste Italiens sterben täglich Menschen.

Gespräch: René Heilig

Quelle: Neues Deutschland, 8. Oktober 2009

3. Italienisch-libysche Beziehungen

Außenministertreffen in Luxemburg

Weg frei für Waffenexporte nach Libyen

Bei ihrem Treffen in Luxemburg haben die 25 EU-Außenminister das Waffenembargo gegen Libyen aufgehoben. Die Europäer versprechen sich gute Geschäfte mit dem öl- und erdgasreichen Wüstenstaat in Nordafrika. Von Bernd Riegert

Mit dem Waffenembargo der Europäischen Union fällt für Libyen die letzte internationale Handels-
hürde, die nach den Terroranschlägen Ende der 1980er Jahre verhängt worden waren. Bereits im Sommer hatten die europäischen Außenminister den Handel mit Libyen wieder erlaubt. Die USA waren Ende September diesem Beispiel gefolgt. Jetzt wird auch der Verkauf von Waffen an den libyischen Machthaber Muammar al Gaddafi wieder erlaubt, nachdem Libyen mit der Entschädigung von Opfern des Bombenanschlages auf die Berliner Diskothek La Belle begonnen hat. Libyen hatte die Verantwortung für den Terrorakt im April 1986 übernommen und Entschädigung von 35 Millionen Dollar zugesagt. Konkrete Waffengeschäfte zwischen Deutschland und Libyen seien aber nicht geplant, versichert Bundesaußenminister Joschka Fischer. Die "nationale Prüfungskompetenz" bleibe unbeschadet. "Es geht um die Frage, wie weit man die Beziehungen angesichts der dramatischen Veränderungen in Libyen weitgehend normalisieren will", so Fischer.

Nur wenig Druck bei Menschenrechtsfragen

Am 15. Oktober will Bundeskanzler Gerhard Schröder als vierter Regierungschef der EU Libyen mit einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation im Schlepptau besuchen. Die Europäer versprechen sich gute Geschäfte mit dem öl- und erdgasreichen Wüstenstaat in Nordafrika. Vergangene Woche eröffnete Muammar al Gaddafi eine Gaspipeline nach Italien. Libyen ist wichtiger Energielieferant für Europa. Getrübt werden die Beziehungen nur noch durch das Todesurteil gegen bulgarische Krankenschwestern, die im Mai von einem libyschen Gericht verurteilt worden waren, weil sie angeblich Patienten in Tripolis mit dem AIDS-Virus infiziert hatten. Gegen das Urteil konnte vor dem Obersten Gerichtshof von Libyen Berufung eingelegt werden. Die EU will helfen, macht eine Lösung der Frage aber nicht zur Bedingung für Geschäfte mit Libyen. "Wir werden uns auch weiter darum bemühen, dass es hier den Rechtsstandards der Union und den internationalen Grundregeln folgend zu einer entsprechenden Lösung kommt", sagte Fischer. Bulgarien, das 2007 der EU beitreten soll, hatte den Annäherungskurs der Union gegenüber Libyen kritisiert.

Gaddafi wieder salonfähig

Spätestens seit seinem Besuch bei der EU-Kommission in Brüssel im April gilt Muammar al Gaddafi, einer der dienstältesten Diktatoren der Welt, in Europa aber wieder als salonfähig. Im Dezember 2003 hatte Gaddafi auf jegliches Streben nach Massenvernichtungswaffen verzichtet. Italien will Libyen nach dem Ende des Waffenembargos möglichst bald mit neuen Patrouillen-

schiffen ausstatten, damit die libysche Marine im Mittelmeer afrikanische Asylsuchende abfangen kann, die mit altersschwachen Booten Richtung Europa aufbrechen. Italien hilft Libyen bereits dabei, Lager für Flüchtlinge aufzubauen und hat Zelte nach Nordafrika geliefert. Die Auffanglager, die in Deutschland vom deutschen Innenminister Otto Schily propagiert und heftig kritisiert werden, werden in Libyen bereits eingerichtet. Eine Vertreterin des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) hatte in Rom keine Einwände. Es sei immer noch besser, die Flüchtlinge würde an Land gesammelt, als dass sie auf hoher See ertrinken, so der UNHCR.

Quelle: © DEUTSCHE WELLE/DW-WORLD.DE 2004

Migranten in Libyen Eintrittsgeld in die Wüste

Etwa zwei Millionen afrikanische Migranten leben und arbeiten in Libyen. Viele von ihnen hoffen, eines Tages nach Europa übersetzen zu können. Mit der Annäherung Libyens an Europa aber wird der Grenzübertritt in das Wüstenland immer schwieriger.

Von Charlotte Wiedemann

Sie sammeln den Müll ein und schleppen Sand über Baustellen. Sie sitzen mit Blechheimern voll Wasser an Straßenkreuzungen und rufen "Wash car, wash car". Sie warten im Schatten von Mauern auf Arbeit für einen Tag, meistens schmutzige Arbeit, welche viele Libyer nicht gern verrichten.

Ausländische Arbeitskräfte sind in Libyen allgegenwärtig, geschätzte zwei Millionen Migranten leben im Land, neben einer eingesessenen Bevölkerung von nur etwa fünf Millionen. Ghaddafis panafrikanische Politik hatte den Grenzübertritt in der Vergangenheit leicht gemacht; Libyen wurde zum Einwanderungs- und Durchwanderungsland für arme Schwarzafrikaner. In altersschwachen Fischerbooten von der libyschen Küste nach Italien - oder über den Stacheldraht in die spanische Enklave Mellila, das sind die beiden großen Routen von Afrika nach Europa.

Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden 15.000 Flüchtlinge an den Küsten Italiens aufgegriffen. Schätzungen zufolge ertrinken jedes Jahr 1000 Afrikaner vor Sizilien, Lampedusa, Malta.

Parallelwelt in der Wüste

Viele Migranten versuchen deshalb, in Libyen so lange zu arbeiten, bis sie genug Geld für ein Flugticket haben; manch ein Wagenwäscher in Tripolis trägt eine riskant hohe Barschaft ständig in einem abgegriffenen Plastiktütchen bei sich.

In Sebha, Libyens einziger größerer Stadt in der Sahara, sieht man, wie eine Reise, die oft Jahre währt, eine vorübergehende, halblegale Sesshaftigkeit erzeugt. Von hier sind es noch 800 Kilometer bis zur Küste; hier müssen die Schulden abbezahlt werden an die Schlepper. Deshalb beginnen manche Migrantinnen mit der Prostitution.

"Straße 40" heißt Sebhas Ausländerstadtteil, er wird vor allem von Nigerianern bewohnt. Kein Asphalt, so sandfarben wie der Boden sind die niedrigen, garagenähnlichen Gebäude mit Werkstätten und Läden, deren Kundschaft wiederum Migranten sind.

Ein rudimentärer Friseursalon ohne Waschbecken. Eine Restaurant-Bude namens "Holiday Villa", die Männer darin gucken einen nigerianischen Film und träumen von Holland. Zur Parallelwelt gehören sogar Schulen, wo in afrikanischen Sprachen unterrichtet wird.

Abschiebungen im großen Stil

Das Verhältnis der Libyer zu den Schwarzafrikanern ist ambivalent: Einerseits werden sie abgelehnt, werden verantwortlich gemacht für Kriminalität, Drogenhandel, Aids. Andererseits werden sie in vielen Gewerben als Arbeitskräfte bevorzugt, weil sie fleißiger und zuverlässiger seien als junge Libyer. Solches Laisser-faire aus ökonomischen Gründen kontrastiert mit einer zunehmend rigorosen Abschiebepolitik aus strategischen Motiven. Mit Libyens Hinwendung zum Westen vor knapp zwei Jahren begann die Kooperation mit der Europäischen Union in der Flüchtlingspolitik. Seit vergangenem Jahr schiebt Italien Einwanderer ohne Prüfung von Fluchtgründen nach Libyen ab. Und Libyen deportierte seinerseits im großen Stil - allein bis Ende vergangenen Jahres 6000 Menschen. Das Abschiebegefängnis nahe Sebha ist eine frühere Polizeikaserne im Niemandsland, günstig gelegen nahe der Straße zur Grenze mit Niger und zum Flughafen. Weiße Mauern mit Stacheldraht obendrauf, grelle Scheinwerfer, sie sind abends weit zu sehen im flachen, leeren Land. Zunächst wurde über Land abgeschoben; das arme Niger schob angeblich zurück, weil es die Transit-Rückwanderer nicht versorgen konnte, dann wurde per Flugzeug deportiert.

Bei der EU kein Interesse an Menschenrechten

Libyen hat die Genfer Flüchtlings-Konvention nicht unterzeichnet; bei seinen Behörden einen Antrag auf Asyl zu stellen, ist rechtlich unmöglich, und nicht einmal das Mandat des UN-Flüchtlingswerks vor Ort ist formell anerkannt. Dass Libyen dessen ungeachtet in die Abschiebepolitik der EU integriert wird, kommentiert Giumma Attiga, Anwalt in Tripolis, so: "Die europäischen Länder haben nur ihre eigenen Interessen, ihre eigene Sicherheit im Blick. Menschenrechte interessieren sie wenig." Giumma Attiga, ehemaliger politischer Häftling, leitet die liby libyschen Gefängnissen gefoltert werde, antwortet er: "Ja, sicher."

Die britische Regierung hat solche Befunde nicht davon abgehalten gerade mit Libyen ein Abkommen zu unterzeichnen: Dem Papier zufolge werden Deportierte aus England nicht misshandelt.

Libysche Arbeit zuerst für Libyer!

Neuerdings hat Libyen indes auch innenpolitische Gründe, die Migration zu erschweren: Viele Libyer fürchten den Verlust sozialer Sicherheit durch die Privatisierung der Staatswirtschaft. Von 360 Betrieben sind bisher erst 62 privatisiert; die Arbeitslosigkeit steht jetzt offiziell bei 10,6 Prozent, tatsächlich sind bereits weit mehr - vor allem junge Leute - ohne Job. Um weitere Arbeitslosigkeit im Zaum zu halten, bietet die Regierung Förderprogramme an und Frühverrentung- und sie will das Prinzip durchsetzen: Libysche Arbeit zuerst für Libyer! Dies soll für qualifizierte Jobs bei ausländischen Firmen gelten, aber richtet sich auch gegen die Masse der Wanderarbeiter. Libyens Arbeitsminister Matuq Mohamed Matuq kündigte im Gespräch mit Qantara.de an, künftig müssten Migranten an der Grenze eine Barschaft von 500 Dinar vorweisen (312 Euro), und sie bedürften

einer Arbeitserlaubnis. Die Idee eines Eintrittsgelds klingt allerdings angesichts von 4000 Kilometern Wüstengrenze verwegen.

Quelle: © Qantara.de 2005

Libyen: Derzeit 60.000 illegale Migranten inhaftiert – Aktueller Bericht über die "Lebensbedingungen von Transitmigranten in Libyen"

"Tod in der Wüste und im Meer vor Sizilien; Folter und sexuelle Gewalt in den Lagern; Deportationen in die Sahara; kollektive Ausweisungen; Mord in Polizeikommissariaten; rassistische Angriffe in Tripoli" - so fasst "Fortress Europe" das Los der illegalen Migranten in seinem aktuellen Bericht über die "Lebensbedingungen von Transitmigranten in Libyen" zusammen. Derzeit seien nach EU-Angaben in Libyen 60.000 illegale Migranten in Haft. Es gebe mindestens 20 Haftanstalten für illegale Migranten in Libyen, drei davon wurden mit Geld aus Italien finanziert.

Über 50.000 illegale Migranten seien im letzten Jahr abgeschoben worden, rund 200.000 nach offiziellen Angaben seit 2003. Wie viele dabei gestorben sind, ist nicht bekannt. Aber "Fortress Europe" dokumentierte mehrere Fälle von in der Wüste ausgesetzten Flüchtlingen und von Migranten, die unterwegs Leichen im Sand fanden. In dem Bericht von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex stehe nichts von den Opfern, so die taz vom 13.11.2007, der der Bericht vorliegt. Die einzige kritische Anmerkung in dem Frontex-Bericht sei, dass die „Umstände in dieser Struktur (= Abschiebegefängnis Kufrah, d. R.) können als rudimentär bezeichnet werden, mit einem Mangel an Grundversorgung“. Dafür aber habe die EU eine detaillierte Auflistung libyscher Wünsche zur Effektivierung des Umgangs mit Flüchtlingen entgegengenommen, wie Toyota-Geländewagen, hochwertige Kommunikationsgeräte, Hubschrauber, ausgestattete Migrantenzelte oder Trainingskurse.

Das Frontex-Budget wachse nach Angaben der taz rasant: 17,5 Millionen Euro 2006, 42 Millionen Euro 2007, 70 Millionen Euro in der Haushaltsvorlage 2008. Die Patrouillen in Mittelmeer und Atlantik sollen ab 2008 zur Dauereinrichtung werden, in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Anrainern.

Die taz schreibt weiter über die Rolle Libyens in der afrikanischen Migration: „Libyen ist eines der Haupttransitländer für Afrikaner, die nach Europa wollen. Die klassische Transsahararoute aus dem südlichen Nachbarland Niger ist derzeit dicht, weil in Nigers Wüstengebieten Krieg herrscht. Doch die Krisen in Sudan und am Horn von Afrika machen Libyen als Durchgangsland für Sudanesen, Äthiopier, Eritreer und Somalier interessant. Dazu kommen Ägypter und immer öfter Marokkaner, seit die Routen über die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla schwieriger geworden sind. Von Libyens sechs Millionen Einwohnern sind rund ein Fünftel Ausländer, viele davon illegal und rechtlos.“ (Quelle: taz vom 13.11.2007)

Quelle: <http://www.fluechtlingsrat-nrw.de/2608/index.html>

„Lampedusa ist ein Testgelände“

Die Ethnologin Heidrun Friese über Italiens südlichste Insel und Europas Flüchtlingsproblem

Frau Friese, auf der italienischen Insel Lampedusa, die zwischen Tunesien und Sizilien liegt, sind unlängst 800 Menschen aus einem Flüchtlingslager ausgebrochen. Seit Jahren kommen Flüchtlinge auf die Insel – was verschärft jetzt die Lage?

Die Leute sind wütend und überfordert – Flüchtlinge wie Einheimische. Aktueller Grund ist die Entscheidung von Italiens Innenminister, aus dem Aufnahmezentrum für Flüchtlinge ein Abschiebelager zu machen. Wer kein Asyl erhält, soll direkt abgeschoben werden. Vorher schickte man die Flüchtlinge aufs Festland, sie erhielten ein Dokument mit der Aufforderung, das Land binnen einer Woche zu verlassen. Jetzt sind 1300 Menschen eingepfercht in ein Lager, das für 850 Menschen gebaut wurde. Die Einheimischen sehen ihre Insel – die bis zum Ende des Faschismus auch eine Strafkolonie beherbergte – als Abschiebedepot missbraucht. Aber die Wut der Einheimischen hatte sich schon lange aufgestaut.

Wieso?

Seit Jahren nehmen sie unfreiwillig teil an einem verstörenden sozialen Experiment. Als ich Mitte der achtziger Jahre zum ersten Mal zu einer Feldforschung auf Lampedusa war, lebte man von Fischfang und Tourismus. Inzwischen ist das Mittelmeer überfischt, und was noch zu holen ist, fangen die Schiffe vom Kontinent oder japanische Fischereifloten. Tunesische Fischer dringen in die lokalen Fischgründe vor, ohne dass die zuständigen Stellen eingreifen. Als ich anfang, bei den Familien auf der Insel für ein Projekt der historischen Anthropologie Narrative zu sammeln, gab es noch keine Bootsflüchtlinge. Und es gab nur einen Ausländer, einen Marokkaner, der auf dem winzigen Flughafen arbeitete.

Dann kamen die Flüchtlinge.

Mitte der Neunziger nahmen die Lampedusani zum ersten Mal Flüchtlinge aus Nordafrika und der Subsahara auf – mit offenen Armen. Das Ethos der Seeleute verlangt, dass Schiffbrüchigen oder Leuten in Seenot geholfen wird. Es war egal, woher sie kamen, danach hat keiner gefragt. Damals nahmen sogar örtliche Carabinieri Flüchtlinge in ihre Häuser auf, Frauen kochten, man brachte ihnen Decken. Sie waren Gäste auf der Insel und die Insulaner stolz auf ihre Gastfreundschaft. Die Tochter meiner Gastfamilie zum Beispiel machte einen Rotkreuzkurs für Erste Hilfe und gründete eine Gruppe junger Leute, die sich um die Ankömmlinge kümmerten.

Der gute Wille endete?

Ja, denn mit der Zeit sahen sich die sechstausend Insulaner überfordert. Heute werden 20 000 bis 30 000 Flüchtlinge im Jahr vor der Insel aufgegriffen, Leute aus dem Maghreb, Äthiopien, Eritrea, Sudan und anderen Ländern. Fast täglich mehrere Schiffe voller Erschöpfter – das war für die Gemeinde nicht mehr zu bewältigen.

Darum griff die Regierung ein?

Sie nahm der Bevölkerung gewissermaßen deren Gäste aus der Hand – und einen großen Teil ihrer Insel. Als der „Flüchtlingsbetrieb“ institutionalisiert wurde, – was ja notwendig war – beteiligte man die Einheimischen nicht. Das war falsch. Es entstand ein geschlossenes Lager, verwaltet von Leuten von außen, weder Einheimische noch Journalisten hatten Zutritt. Natürlich ist es kein Guantanamo, wie Italiens Linke manchmal behauptet, aber ein isolierter Ort. Vom Festland, etwa aus der verarmten sizilianischen Provinz Agrigento, zu dessen Verwaltung Lampedusa gehört, entsandte man Helfer. Carabinieri, Militär, Polizisten tauchten auf, Küstenwache, Hilfskräfte aller Art.

Haben nicht auch Einheimische im Lager Arbeit gefunden?

Nein, man hielt das bis vor kurzem komplett getrennt. Die jungen Lampedusani mit ihren Rotkreuzkursen bekamen im Lager keinen Job, nicht einmal der örtliche Pfarrer durfte die Gestrandeten besuchen. Alle meine Interviews mit solchen Clandestini, die mir vom Lager berichteten, musste ich woanders führen, etwa im Großraum Palermo, wo viele in der Illegalität untertauchen und, beispielsweise als Tomatenpflücker, in die Landwirtschaft gehen.

Wie gelangen die Flüchtlinge nach Lampedusa?

Sie steuern die Insel von tunesischen und libyschen Häfen aus an. Ihnen fehlt oft der geringste Begriff von Seefahrt, für ihre Überfahrt zahlen sie ungeheuerliche Summen. Sie werden oft halbtot aufgegriffen, viele sterben auf der Überfahrt. Für sie gibt es auf Lampedusa einen eigenen Friedhof. Einen Friedhof für die Schiffswracks gab es bis vor kurzen auch. Im Dezember wurde er abgefackelt – ich vermute, von Rivalen um den lukrativen Auftrag, die Schiffe zu verschrotten. Mit den Außenbordmotoren der Wracks treibt man übrigens lebhaften Handel.

Wer verdient am Flüchtlingsgeschäft?

Die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten ist zu einem einträglichen Business geworden. Die Kooperative, die das Lager betreibt, bekommt 33 Euro pro Tag für jeden Insassen, Helfer und Carabinieri werden dauerhaft in lokalen Hotels und Pensionen einquartiert, es verdienen die Bars, die Restaurants. Aber das soziale Leben verändert sich drastisch.

Was sind die Lehren?

Dieser Fels im Mittelmeer ist so etwas wie ein Brennglas der Gegenwart. Hier lassen sich exemplarisch so gut wie alle Probleme der Globalisierung ablesen, alle Ambivalenzen, Ängste und Fehlplanungen. Lampedusa ist ein Testgelände für unsere Selbstdefinition als Europäer, für unser Verständnis von Europa.

Das Interview führte Caroline Fetscher. Heidrun Friese ist Privatdozentin für Ethnologie mit den Schwerpunkten Mittelmeerstudien, Europäische Integration und Transnationalismus. Seit mehr als zwanzig Jahren erforscht sie den sozialen Wandel der Insel Lampedusa, wo sie ein Jahr lang lebte. An der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/ Oder untersucht Friese gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft am Beispiel von Lampedusa „Die Grenzen der Gastfreundschaft“.

Quelle: Der Tagesspiegel, 27.01.2009

Italienisch-libysche Beziehungen

Von den niederen Motiven der Aussöhnung

Muammar al-Gaddafi ist bekannt dafür, seine europäischen Gastgeber öffentlich zu düpiieren. Dieser Tradition ist er auch während seines jüngsten Besuches bei Silvio Berlusconi treu geblieben – zum Beispiel beim Thema Italiens Kolonialvergangenheit.

Einzelheiten von Bernhard Schmid

Offiziell gilt Libyens Staatschef und Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi seit Dezember 2003 auf der internationalen Bühne nicht mehr als Schurke. Damals hatte die Führung in Tripolis in aller Form in Erklärungen gegenüber den USA und Großbritannien auf den Erwerb von ABC-Waffen verzichtet.

Trotzdem sehen Gaddafis Gastgeber den markigen General mit der Sonnenbrille lieber wieder fortgehen als ankommen – gleich ob er auf dem internationalen diplomatischen Parkett inzwischen rehabilitiert worden ist.

Diese Sichtweise auf die Person des libyschen Staatslenkers dürften, jedenfalls seit dem jüngsten Besuch von Libyens Staatschef in Italien, sowohl Silvio Berlusconi als auch Nicolas Sarkozy miteinander teilen. Bei Frankreichs Präsident war der libysche Machthaber im Dezember 2007 – ein Staatsbesuch, der in Frankreich höchst umstritten blieb und eine ganze Woche lang dauerte. Während der Visite hatte Gaddafi vor laufenden Kameras Sarkozys Worte Lügen gestraft, als dieser nämlich behauptet hatte, auch Menschenrechte seien bei den bilateralen Gesprächen ein Thema gewesen.

Die Entschuldigung des 'Cavaliere'

Vom 10. bis 13. Juni weilte Gaddafi dann bei Italiens Staatschef in Rom, womit er Berlusconis Staatsbesuch vom August letzten Jahres im ostlibyschen Bengasi erwiderte. Damals sorgte der italienische Regierungschef für eine kleine Sensation. Denn obwohl rechtsextreme Minister im Kabinett des "Cavaliere" sitzen, hatte Berlusconi damals die Verbrechen der italienischen Kolonialvergangenheit, die in Libyen von 1911 bis 1942/43 dauerte, anerkannt. Doch ungeachtet der Aussöhnungsgeste vom vergangenen Jahr brüskierte Gaddafi seine Gastgeber bei seinem Gegenbesuch in Rom gleich mehrfach. So ließ er am letzten Abend seines Besuchs mehrere hundert Abgeordnete und Persönlichkeiten, vor denen er eine Ansprache halten sollte, geschlagene zwei Stunden lang auf sich warten. Als er auch dann nicht auftauchte und eine Entschuldigung oder Erklärung ebenfalls nicht eintraf, annullierte Parlamentspräsident Gianfranco Fini kurzerhand den Termin – unter dem Applaus eines Teils der Abgeordneten. Die libysche Botschaft gab später an, Gaddafi sei "durch das Freitagsgebet" aufgehalten worden. Wahrscheinlicher ist, dass er den Parlaments-

präsidenten im Regen stehen ließ, weil er von dessen Redetext zuvor Wind bekommen hatte: kritische Worte des italienischen Rechtspolitikers am libyschen Revolutionsführer.

Reinster Zynismus

Darin warf er Gaddafi vor, den Angriff der USA auf Libyen 1986 mit späteren Terrorangriffen von al-Qaida vergleichen zu haben. Auch wollte Fini den libyschen Staatschef dazu auffordern, die Aufanglager für in Europa unerwünschte Zuwanderer – die auf libyschem Boden errichtet sind – durch eine italienische Parlamentarierdelegation besuchen zu lassen.

Dadurch sollte es diesen erlaubt werden, "sich zu vergewissern, dass in diesen Lagern auch die Menschenrechte eingehalten werden".

Objektiv gesehen handelt es sich bei dieser geplanten Rüge jedoch um reinen Zynismus: Angesichts der realen Verhältnisse in den Lagern, deren Insassen absoluter Willkür ausgesetzt sind und angesichts des libyschen Umgangs mit unerwünschten schwarzafrikanischen Migranten, sollte es sich eher verbieten, EU-Einwanderungswillige in dieses Land abzuschicken. Genau dies aber tut Italien. Seit Anfang Mai wurden erstmals zwei Flüchtlingsschiffe vor den italienischen Südküsten gezwungen, sofort kehrt zu machen und die Menschen an Bord den libyschen Behörden auszuliefern, anstatt zu prüfen, ob diese etwa in Italien ein Asylgesuch stellen konnten. 500 Menschen wurden auf diesem Wege an Libyen "überstellt".

Der Oberst als gewiefter Taktierer

Gaddafi ist nicht nur eitel und weiß, dass Europa ein enormes Interesse an den riesigen Erdöl- und Erdgasreserven des nordafrikanischen Landes hat. Er ist auch ein zu gewiefter Politiker, der über genügend Erfahrung verfügt, um sich von Europas Politikern nicht vorführen zu lassen. Brüskiert hat Gaddafi die Italiener auch noch in anderer Hinsicht: Bei seiner Ankunft am Flughafen von Rom hatte er ein großes Foto des früheren libyschen Aufstandsführers Omar al-Mokhtar ans Revers seiner Uniform geheftet. Dadurch erfuhren alle Italienerinnen und Italiener, die die Medien verfolgten, etwas über das verdrängte Kapitel der Kolonialvergangenheit ihres Landes. Zwar war Libyen bereits im Jahr 1911 durch den nördlichen Mittelmeernachbarn erobert worden, wurde aber besonders in der Ära der faschistischen Diktatur Benito Mussolinis (1922 – 1943) gewaltsam unterworfen. Historiker vermuten, dass damals 20.000 Nordafrikaner aufgrund ihres Widerstands gegen die Kolonialherrschaft getötet, und 100.000 in Wüstenlager deportiert wurden. Von Letzteren starb knapp die Hälfte an Entbehungen, Epidemien oder bei Hinrichtungen.

Eine Hand wäscht die andere

Mit Berlusconis "nationaler Entschuldigung" vom vergangenen Jahr wurde vereinbart, dass Italien im Laufe der kommenden 25 Jahre insgesamt fünf Milliarden US-Dollar Entschädigungszahlungen

an Libyen leisten soll. Konkret sieht die Abmachung vor, dass Italien pro Jahr 200 Millionen Dollar in die libysche Infrastruktur investieren wird. Dazu zählen der Bau einer Autobahn in Ost-West-Richtung entlang der Küste, von der tunesischen bis zur ägyptischen Grenze sowie die Errichtung von Sozialwohnungen. Rom verspricht ferner, Stipendien an libysche Studierende zu vergeben sowie Versehrtenpensionen an Minenopfer zu zahlen, die durch die einst von Italienern verlegten Anti-Personen-Minen verletzt wurden. Im Gegenzug versicherte der Revolutionsführer anlässlich seines jüngsten Staatsbesuchs in Rom, dass italienische Unternehmen in seinem Land künftig Priorität genießen würden. Italien ist der erste Handelspartner Libyens bei Ein- und Ausfuhren. Zudem ist der Umgang mit in der EU unerwünschten Zuwanderern Bestandteil des politischen "Deals" zwischen beiden Staatsführungen. Dies ist die vielleicht bitterste "Kehrseite der Medaille", welche die Aussöhnung zwischen beiden Ländern unter den gegenwärtigen Bedingungen aufweist.

Quelle: © Qantara.de 2009

Hunderte Flüchtlinge ertrinken vor Libyens Küste

Von Martin Kreickenbaum

Am vergangenen Montag sind vor der Küste Libyens mehrere hundert Flüchtlinge beim Versuch, nach Italien überzusetzen, gekentert und ertrunken. Die genaue Anzahl der Todesopfer dieser größten Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer ist völlig unklar, da widersprüchliche Informationen darüber vorliegen, wie viele völlig überfüllte Flüchtlingsboote in Seenot geraten und gesunken sind. Verantwortlich für diese Tragödie ist die Abschottungspolitik der Europäischen Union.

Nur langsam lichtet sich der Nebel über die Vorgänge vor der libyschen Küste. Fakt ist aber, dass ein mit 257 Flüchtlingen hoffnungslos überladenes Boot in Sid Belal Janzur, einem Vorort der libyschen Hauptstadt Tripolis, ablegte. Keine 30 km vor der Küste geriet das Boot in Seenot, an Bord brach Panik aus und das Schiff kenterte. Nur 21 Flüchtlinge konnten von der libyschen Küstenwache gerettet werden, 23 wurden tot geborgen und mehr als hundert Leichen wurden bislang an die libysche Küste gespült.

Ungewiss ist das Schicksal eines weiteren Bootes, das 365 Flüchtlinge an Bord hatte. Ein Tunesier wird von einem libyschen Behördenvertreter als einziger Überlebender einer weiteren Katastrophe zitiert: "Ich war mit 13 weiteren Tunesiern auf dem Boot mit 365 Flüchtlingen. Ich bin der einzige Überlebende. All meine Landsleute sind ertrunken."

Bei der Suchaktion, die bereits nach zwei Tagen eingestellt wurde, fanden sich aber weder weitere Überlebende noch Leichen. Ungewiss ist das Schicksal des Bootes auch, weil die italienische Küstenwache am Dienstag erklärte, ein Boot mit 350 Flüchtlingen sei am Sonntag vom italienischen Schlepper "Asso 22" aus Seenot gerettet und die an Bord befindlichen Menschen zurück nach Tripolis gebracht worden. Da am Wochenende sich gleich mehrere Boote auf den Weg über das Mittelmeer nach Europa gemacht haben, ist unklar, ob es sich um das gleiche Boot handelt. Es ist aber nicht auszuschließen, dass zwei Schiffe in schwerer See gekentert sind und insgesamt knapp 600 Flüchtlinge in den Tod gerissen haben.

Drei weitere Schiffe haben am Montag hingegen ihr Ziel erreicht. Auf der kleinen italienischen Insel Lampedusa vor der Küste Tunesiens, die mit Fischerbooten in zehn Stunden von Libyen aus zu erreichen ist, landeten 222 Bootsflüchtlinge. Die sizilianische Küste erreichten zwei Boote mit insgesamt über 400 Personen an Bord.

Nach Informationen des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) zeigt die Passagierliste des geretteten Bootes die globale Flüchtlingsbewegung wie unter einem Brennglas. 66 Flüchtlinge stammen aus Bangladesh, fünf aus Indien, 15 aus Syrien, zwei aus Pakistan. Außerdem befanden sich Ägypter, Somalier, Ghanaer, Nigerianer, Tunesier, Algerier, Marokkaner, Gambier und Kameruner unter den Personen, die zurück nach Libyen gebracht wurden. Alle Überlebenden wurden nach ihrer

Rückkehr von libyschen Sicherheitskräften festgenommen. Da einige Herkunftsländer keine Vertretungen in Libyen unterhalten, droht ihnen nun ein monate- oder jahrelanges Martyrium in libyschen Gefängnissen und Abschiebelagern.

Offizielle Stellen reagierten bestürzt auf diese bislang größte Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer. Das Europaparlament legte auf der turnusmäßigen Sitzung am 2. April sogar eine Schweigeminute für die Opfer ein. Doch dabei handelt es sich um Krokodilstränen, denn es sind gerade die europäischen Regierungen und EU-Institutionen, die mit ihrer menschenverachtenden Flüchtlingspolitik den Tod von Tausenden Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen billigend in Kauf nehmen.

Eine Auswertung von Pressemeldungen durch Fortress Europe zählt seit 1988 über 13.000 Flüchtlinge, die beim Versuch in die EU zu gelangen den Tod gefunden haben. In den letzten drei Jahren ertranken jeweils rund 2.000 Flüchtlinge im Mittelmeer oder im Atlantik vor den Kanarischen Inseln. Die Dunkelziffer dürfte noch weit höher liegen. Der einzige Fehler dieser Menschen war es, an die Tür nach Europa zu klopfen. Doch die EU hält ihre Pforten fest verschlossen und hat für die Toten nur ein paar warme Worte übrig.

Auch nach der jüngsten Katastrophe kehrte man schnell zur Tagesordnung zurück und schob jegliche Verantwortung von sich. Statt Hilfen für die Familien der Opfer verspricht man mehr von der Medizin, die diese entsetzliche Tragödie verursacht hat: Mehr Abschottung, stärkere Kontrollen der EU-Außengrenzen und schnellere Deportationen derjenigen, die es dennoch schaffen nach Europa zu gelangen.

Der EU-Innen- und Justizkommissar Jacques Barrot, der auch für die Migrationspolitik verantwortlich ist, sprach in einer Erklärung vor dem Europaparlament zwar davon, "die menschliche Dimension des Flüchtlingsproblems nicht aus den Augen zu verlieren", wies die Verantwortung für das Unglück aber alleine den Schlepper- und Schleuserbanden zu. Dann appellierte Barrot an die EU-Mitgliedsstaaten, die Mittelmeeranrainer Italien, Malta, Griechenland und Spanien bei der Überwachung der Seegrenzen zu unterstützen und eine "Strategie zur Bekämpfung der Migrationsströme" zu entwickeln. Kein Wort hingegen zur humanitären Verpflichtung Europas, Flüchtlinge aufzunehmen und menschenwürdig zu behandeln.

Ins gleiche Horn stieß der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU), der gegenüber der konservativen Tageszeitung Die Welt erklärte: "Wir müssen diesen verantwortungslos handelnden Schleusern und Schleppern ihr menschenverachtendes und kriminelles Handwerk legen. Sie nutzen die Not anderer aus und bringen Menschen auf völlig überladenen Seelenverkäufern in höchste Gefahr." Dass diese Menschen in ihrer Not und Verzweiflung sich wegen der Abschottungspolitik der EU auf Schlepper und Schleuser einlassen, verschweigt Schäuble geflissentlich.

Weiter sprach Schäuble davon, die europäische Grenzschutzagentur Frontex weiter auszubauen, woran sich auch die Bundesregierung beteiligen werde: "Die Bundespolizei wird Frontex-Operationen im Mittelmeer auch weiterhin mit Experten und Hubschraubern unterstützen." Die Aufgabe

von Frontex ist es, Flüchtlingsboote vor den Küsten der EU aufzuhalten und abzudrängen. Dabei ist bemerkenswert, dass Schäuble nun auch die Rettung Schiffbrüchiger in den Aufgabenkatalog von Frontex aufnehmen will. Im Umkehrschluss heißt das wohl, dass das bisher nicht vorgesehen war, und in der Tat sind die Frontex-Operationen rein militärisch und keineswegs humanitär ausgerichtet. Zur Ausrüstung, auf die Frontex zurückgreifen kann, zählen 22 Flugzeuge, 25 Hubschrauber, 113 Patrouillenboote, 3 mobile Radarstationen sowie hunderte Geräte zur Überwachung und Kontrolle der Außengrenzen.

Ganz ohne Worte des Bedauerns kam hingegen der italienische Innenminister Roberto Maroni von der Lega Nord aus. Maroni noch am Tag der Katastrophe, er erwarte, dass der Flüchtlingsstrom von Libyen nach Italien am 15. Mai dieses Jahres versiege. An diesem Tag sollen gemeinsame Überwachungsfahrten der italienischen und libyschen Küstenwache beginnen. Dies hatten die Regierungen der beiden Staaten im August 2008 in einem "Freundschaftsabkommen" beschlossen. Experten wie Michele Bombassei von der International Organisation for Migration (IOM) fürchten nun, dass die Zahl halsbrecherischer Fahrten von Flüchtlingsbooten bis zu diesem Stichtag rapide zunehmen wird. Schon heute werden die Flüchtlinge durch die Frontex-Operationen gezwungen, gefährliche Umwege und nächtliche Überfahrten zu nutzen. Auch bei der aktuellen Katastrophe starteten die Boote trotz eines heftigen Sandsturms an der libyschen Küste und stürmischer See in der Hoffnung, der Küstenwache und den Frontex-Hubschraubern so besser entkommen zu können.

Mit dem Abkommen zwischen Italien und Libyen wird sich daher, so ist zu befürchten, die Todesrate auf See weiter erhöhen. Gleichzeitig ist es unwahrscheinlich, dass die Flüchtlingsbewegung durch Abschottungsmaßnahmen zum Erliegen kommt. Die globale Finanz und Wirtschaftskrise trifft die ärmsten Staaten Afrikas und Asiens besonders hart. Die Preise für Rohstoffe, Baumwolle und andere Produkte fallen rapide. Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger nehmen drastisch zu und treiben viele in ihrer Verzweiflung dazu, das Ersparte zusammenzukratzen und sich auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen in der vagen Hoffnung, dort Arbeit und Einkommen für die Familien zu finden.

Mit dem "Freundschaftsabkommen" zwischen Italien und Libyen bezweckt die Regierung Berlusconi in erster Line, den libyschen Staatschef Muammar al-Gadhafi als Gendarm für die europäische Abschottungspolitik zu instrumentalisieren. Sie setzt damit die EU-Politik um, nach Möglichkeit Rückführungs- und "Mobilitätsabkommen" mit Herkunfts- und Transitländern zu schließen, um Flüchtlinge bereits weit vor den Toren Europas aufzuhalten. Dabei wird den Staaten Afrikas die Pistole auf die Brust gesetzt, da sie nur noch dann Entwicklungshilfegelder bekommen, wenn sie die Aufnahme von abgeschobenen Flüchtlingen zustimmen und Anstrengungen unternehmen, Flüchtlinge auf den Weg nach Europa aufzuhalten. Neben der EU handeln mittlerweile auch vermehrt Einzelstaaten solche erpresserischen Verträge bilateral aus.

Libyen und Italien hatten bereits 2003 einen ersten derartigen Vertrag abgeschlossen. Libyen bekam von Italien 20 Millionen Euro, die in Jeeps, Boote, Abschiebelager und Leichensäcke (!) investiert wurden. Seither hat sich Libyen immer mehr zum Außenposten der EU-Flüchtlingspolitik entwickelt. Insgesamt gibt es dort 20 Sammel- und Abschiebelager, in denen schreckliche Zustände herrschen. Folter, Vergewaltigungen und Misshandlungen der Inhaftierten Flüchtlinge aus Schwarzafrika sollen laut einem Bericht von Fortress Europe an der Tagesordnung sein. Die Häftlinge werden zum Teil über Jahre ohne jede Anklage festgehalten.

In dem neuen Abkommen wird die Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsabwehr weiter ausgebaut. Dafür erhält Libyen über 20 Jahre jährlich 250 Millionen Euro, was offiziell als Entschädigung für italienische Verbrechen während der 40-jährigen Kolonialzeit deklariert wird. Das meiste Geld fließt jedoch italienischen Firmen zu, die in Libyen die Infrastruktur verbessern sollen. Im Gegenzug verspricht Libyen die "Intensivierung" der Zusammenarbeit bei der "Bekämpfung des Terrorismus, der Organisierten Kriminalität, dem Drogenhandel und der illegalen Einwanderung".

Dabei ist bekannt, dass Libyen die Menschenrechte von Flüchtlingen mit Füßen tritt. Sie werden nicht nur monatelang unter unzumutbaren Zuständen inhaftiert, sondern auch gnadenlos in Herkunftsländer abgeschoben, in denen ihnen Folter und Tod drohen. Das wird von der EU und der italienischen Regierung nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern ist auch gewollt, um die Abschreckung auf potentielle Migranten zu erhöhen. Außerdem unterscheiden sich die Zustände in den Sammel- und Abschiebelagern der EU-Mittelmeerstaaten nur graduell von denen in Libyen. Das Lager "Contarda Imbriacola" auf der Insel Lampedusa ist hermetisch abgeriegelt. Ursprünglich errichtet für rund 350 Personen werden hier regelmäßig bis zu 2.000 Flüchtlinge untergebracht. Sogar eine Resolution des Europaparlaments spricht von nicht hinnehmbaren Zuständen bezüglich Hygiene, Überfüllung und fehlenden Einrichtungen und von Misshandlungen der Flüchtlinge. Im Februar kam es zu einer Revolte der Häftlinge, die gegen die Abschiebung von 100 Tunesiern protestierten. Dabei wurde das Haupthaus des Lagers durch ein Feuer zerstört.

Kaum anders sieht es in den Lagern auf Sizilien oder auf dem Festland aus. Zudem hat die italienische Regierung die EU-Rückführungsrichtlinie bereits umgesetzt und die Dauer des Aufenthalts für aufgegriffene illegale Einwanderer und abzuschiebende Flüchtlinge von 60 Tagen auf 18 Monate erhöht. Wegen der Einwanderung wurde der "nationale Notstand" ausgerufen, um Militär im Innern einzusetzen. Abschiebungen werden forciert und im ganzen Land Identifizierungs- und Abschiebelager errichtet, in denen Migranten interniert werden, so auch auf Lampedusa. Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention werden dabei bewusst missachtet.

Die italienische Regierung benutzt die illegalen Immigranten gezielt als Sündenböcke, um von der politischen und wirtschaftlichen Krise im Land abzulenken. Verschwiegen wird dabei, dass von den gerade einmal 37.000 Flüchtlingen, die 2008 über das Mittelmeer die italienischen Küsten erreicht

haben, 75 Prozent einen Asylantrag gestellt haben und jeder zweite trotz der restriktiven Asylbestimmungen als Flüchtling anerkannt wurde.

Quelle: <http://wsws.org/de/2009/apr2009/fluc-a04.shtml>, - 4. April 2009

Libyen schiebt Flüchtlinge ab und die Europäische Union kooperiert

Von Judith Gleitze

Seit nunmehr knapp zwei Jahren befinden sich etwa 600 Eritreer in dem libyschen Haftlager Misratha. Unter ihnen sind mehr als 100 Frauen und 50 Kinder. Sie wurden bei Razzien in Tripolis oder bei der Einschiffung nach Italien von den libyschen Behörden verhaftet. Nach Angaben des UNHCR hatten 114 von ihnen bereits einen Flüchtlingsstatus im Sudan und in Äthiopien erhalten. Im November 2007 entschied sich die italienische Regierung, 40 der in Misratha inhaftierten Eritreer aufzunehmen. Das ist das erste »Resettlement« Italiens seit der Aufnahme chilenischer Flüchtlinge 1973. Letztlich ist dies ein Tropfen auf den heißen Stein, denn die Lage der Flüchtlinge und Migranten in Libyen spitzt sich zu: Ende 2007 wurden 763 Marokkaner inhaftiert und unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten. Malische Staatsangehörige, die in Libyen gearbeitet haben, werden per Charterflug abgeschoben. Insgesamt 60.000 Migranten sollen im vergangenen Jahr in libyschen Lagern inhaftiert gewesen sein. Im Januar 2008 ließ Libyens Regierung schließlich verlauten: Alle Migranten ohne Papiere sollen das Land verlassen. Die Zahlen schwanken zwischen einer und zwei Millionen Menschen. Viele von ihnen sind Flüchtlinge aus Eritrea, Somalia, Äthiopien, Sudan (Darfur). Sie sind vor Krieg und Misshandlung geflohen. Einzig Vertreter des UNHCR hatten nach langen Verhandlungen die Möglichkeit, mit einigen Flüchtlingen im Lager von Misratha zu sprechen. Erreichen konnten sie für die Betroffenen indes nichts. Glaubwürdigen Quellen zufolge sollen auch die dort verbliebenen Eritreer bald abgeschoben werden. Ein deutliches Anzeichen dafür sei, dass libysche Polizisten die Inhaftierten Anfang Februar zwangen, Papiere für ihre Abschiebung zu unterzeichnen, die dann der eritreischen Botschaft in Tripolis übergeben werden sollen.

WIRTSCHAFTSHILFE GEGEN GRENZABSCHOTTUNG

Es ist nicht die erste Welle von Ausweisungen illegal in Libyen lebender Ausländer, doch vermehrt sind auch Schutzberechtigte davon betroffen. Die Europäische Union jedoch setzt auf Kooperation mit dem Land, das sich um Flüchtlingsschutz offenkundig nicht schert: Auf eine kleine Anfrage des italienischen Europaparlamentariers Giusto Catania an die Europäische Kommission, was denn die EU gegen diese Missstände in Libyen zu tun gedenke, antwortete die europäische Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, dass man gemeinsam mit dem UNHCR die Situation eruieren und Libyen dazu bewegen wolle, endlich ein Asylverfahren einzuführen. Entsprechende Kooperationsprogramme seien auf dem Weg. Im Gegenzug für wirtschaftliches Entgegenkommen will die EU Libyen »helfen«, die Südgrenze gegen Migranten abzuschirmen. Italien schloss Ende Dezember 2007 ein Abkommen gegen die illegale

Einwanderung mit dem Gaddafi-Regime. Künftig stellt Italien sechs Boote für gemeinsame Patrouillen an der libyschen Küste zur Verfügung. Die italienisch-libyschen Besatzungen sollen sowohl in libyschen wie in internationalen Gewässern mögliche Routen von Flüchtlingsbooten kontrollieren. Auch sollen die Patrouillen vor Buchten und Häfen kreuzen, um die Boote am Ablegen zu hindern. Damit könnten – so die italienische Regierung – »Menschenleben gerettet und Schleuserbanden zerschlagen« werden. Auch Malta hat Anfang 2008 ein Abkommen mit Libyen geschlossen. Hier geht es vor allem um Verantwortlichkeiten in der Seenotrettung. Wenn sich – wie darin vorgesehen – Libyen verpflichtet, Menschen auf See abzufangen, kann man sich wohl darauf verlassen, diese in Lagern wie Misratha wiederzufinden, wo sie ohne jegliche Chance auf Schutzgewährung auf ihre Abschiebung in Länder wie Eritrea und den Sudan warten.

Quelle: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, 2008 - <http://www.frsh.de>

Italien/Libyen: Migranten beschreiben Zwangsrückführungen und Misshandlungen

EU soll Italien zur Aussetzung der Zwangsrückführungen nach Libyen drängen September 21, 2009

(Rom, 21. September 2009) – Italien fängt afrikanische Migranten und Asylsuchende auf hoher See ab und zwingt sie zur Rückkehr nach Libyen, ohne zu prüfen, ob ihnen der Flüchtlingsstatus zusteht oder andere Gefährdungen vorliegen. In Libyen werden viele der Rückkehrer unter unmenschlichen und erniedrigenden Bedingungen inhaftiert, und es kommt zu Misshandlungen, so Human Rights Watch in einem heute veröffentlichten Bericht.

Der 92-seitige Bericht „Pushed Back, Pushed Around: Italy’s Forced Return of Boat Migrants and Asylum Seekers, Libya’s Mistreatment of Migrants and Asylum Seekers“ untersucht die Behandlung von Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen in Libyen anhand der Aussagen von Migranten, denen die Flucht gelungen ist und die nun in Italien und Malta leben. Der Bericht dokumentiert die Praxis der italienischen Grenzbehörden, volle Flüchtlingsboote auf hoher See aufzuhalten und sie ohne die vorgeschriebene Überprüfung zur Rückkehr nach Libyen zu zwingen.

„Italien schickt diese Menschen zurück zu den Misshandlungen“, so Bill Frelick, Experte für Flüchtlingspolitik bei Human Rights Watch und Verfasser des Berichts. „Migranten, die in Libyen inhaftiert waren, berichten übereinstimmend über brutale Behandlung und überfüllte und unhygienische Haftanstalten.“

Italienische Patrouillenboote schleppen Flüchtlingsboote aus internationalen Gewässern fort ohne festzustellen, ob unter den Insassen legitime Flüchtlinge, Kranke, Verletzte, Schwangere, unbegleitete Kinder oder Opfer von Menschenhandel und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen sind. Die italienischen Beamten zwingen die Migranten, an Bord libyscher Schiffe zu gehen, oder bringen sie direkt nach Libyen zurück, wo die Rückkehrer sofort inhaftiert werden. Die Operationen werden teilweise auch von der EU-Grenzschutzagentur Frontex koordiniert.

Mit dieser Vorgehensweise verletzt Italien offenkundig seine vertragliche Verpflichtung, kein refoulement durchzuführen. Als refoulement wird die Zwangsrückführung in Länder bezeichnet, wo die Freiheit und die körperliche Unversehrtheit der Betroffenen bedroht sind oder ihnen Folter oder unmenschliche Behandlung droht.

Der Bericht stützt sich auf die Befragungen von 91 Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen in Italien und Malta, die größtenteils im Mai 2009 durchgeführt wurden, sowie auf ein Telefoninterview mit einem in Libyen inhaftierten Migranten. Mitarbeiter von Human Rights Watch reisten im April nach Libyen und trafen dort mit Regierungsvertretern zusammen. Die libyschen Behörden

erlaubten ihnen jedoch nicht, Migranten unter vier Augen zu befragen. Ebenso wenig gestatteten sie Human Rights Watch, trotz wiederholter Anfragen einen Besuch in einem der zahlreichen Haftzentren für Migranten. „Mit der direkten Rückführung von Bootsflüchtlingen nach Libyen setzt Italien sich über seine völkerrechtlichen Verpflichtungen hinweg“, so Frelick. „Die EU sollte Italien zur Einhaltung seiner Verpflichtungen und zur Aussetzung der Rückführungen nach Libyen drängen. Andere EU-Mitgliedstaaten sollten sich weigern, an Frontex-Operationen teilzunehmen, die zur Rückkehr von Migranten in die Folter führen.“

„Daniel“, ein 26-jähriger Eritreer, berichtete bei einer Befragung durch Human Rights Watch-Mitarbeiter in Sizilien, was geschah, nachdem die maltesische Grenzbehörde sein Boot abgefangen und zu einem libyschen Schiff geschleppt hatte, das ihn und seine Begleiter zurück nach Libyen brachte (seine vollständige Aussage finden Sie unter: <http://www.hrw.org/en/node/85530>):

„Wir waren sehr müde und dehydriert, als wir in Libyen ankamen. Ich dachte ‚Wenn sie mich schlagen, spüre ich sowieso nichts.‘ Als wir ankamen waren keine Ärzte da, niemand der uns helfen konnte, nur Militärpolizei. Sie begannen uns zu schlagen und sagten: ‚Ihr denkt wohl, ihr kommt nach Italien.‘ Sie verhöhnten uns. Wir waren durstig. Sie schlugen uns mit Stöcken und traten uns. Ungefähr eine Stunde lang verprügelten sie jeden, der auf dem Boot gewesen war.“ Die Migranten wurden in einem vollen und schlecht belüfteten Lastwagen in das Gefängnis von Misrata gebracht und bei ihrer Ankunft erneut misshandelt:

„In Misrata wurden wir schlecht behandelt. Wir waren Eritreer, Äthiopier, Sudanesen und ein paar Somalier. Die Zellen waren schmutzig. Wir durften nur eine halbe Stunde pro Tag an die frische Luft und auch das nur, damit sie uns zählen konnten. Wir saßen direkt in der Sonne. Jeder der etwas sagte, wurde geschlagen. Ich wurde mit einem schwarzen Plastikschauch geschlagen.“ Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge hat mittlerweile Zugang zu dem Gefängnis in Misrata und libysche Organisationen leisten dort humanitäre Hilfe. Es gibt jedoch kein offizielles Abkommen, also auch keinen garantierten Zugang. Zudem besitzt Libyen weder ein Asylgesetz noch ein Asylverfahren. Die Behörden unterscheiden nicht zwischen Flüchtlingen, Asylsuchenden und anderen Migranten.

„In Libyen gibt es keine Flüchtlinge“, so General Mohamed Bashir Al Shabbani, der Leiter des Einwanderungsbüros des Allgemeinen Volkskomitees für Innere Sicherheit gegenüber Human Rights Watch. „Es gibt Leute, die illegal ins Land kommen, und die man nicht als Flüchtlinge beschreiben kann.“ Jeder, der ohne amtliche Papiere und Erlaubnis ins Land komme, werde verhaftet, so der General.

Trotz dieser Praktiken betrachten sowohl die EU als auch Italien Libyen zunehmend als wichtigen Partner bei der Grenzkontrolle. Die EU-Kommission verhandelt derzeit mit Libyen über ein Rückführungsabkommen, das einen offiziellen Rückführungsmechanismus und ein allgemeines Rahmenabkommen für engere Beziehungen schaffen würde. Jacques Barrot, der Vizepräsident der

EUDKkommission, hat angedeutet, er wolle für Gespräche über eine verstärkte Zusammenarbeit bei Asyl und Migration nach Tripolis reisen.

Die Autoren des Berichts appellieren an die libysche Regierung, die miserablen Haftbedingungen in Libyen zu verbessern und ein Asylverfahren zu schaffen, das internationalen Standards im Flüchtlingsrecht entspricht. Sie rufen die italienische Regierung, die Europäische Union und Frontex auf, den Zugang zu Asyl auch für auf hoher See aufgegriffene Flüchtlinge zu gewährleisten. Ferner sollen sie keine Abschiebungen von NichtDLibyern nach Libyen mehr durchführen, solange die Behandlung von Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen dort nicht vollständig internationalen Standards entspricht.

„Der Absatz über Menschenrechte im bevorstehenden Rahmenabkommen zwischen der EU und Libyen und alle Folgeabkommen sollten ausdrücklich die Rechte von Asylsuchenden und Migranten als Voraussetzung für jede Zusammenarbeit bei der Grenzkontrolle nennen“, so Frelick. Einige der schlimmsten Misshandlungen, die den Mitarbeitern von Human Rights Watch geschildert wurden, erfolgten nach missglückten Versuchen Libyen zu verlassen. „Pastor Paul“ (Name geändert), ein 32-jähriger Migrant aus Nigeria, beschrieb wie sein Boot am 20. Oktober 2008 kurz nach Verlassen der libyschen Küste aufgebracht wurde und er anschließend von libyschen Beamten brutal misshandelt wurde:

„Wir waren in einem Holzboot und die Libyer in einem Zodiac [aufblasbares Motorboot]. Sie eröffneten das Feuer auf uns und befahlen uns, an Land zu gehen. Sie hörten nicht auf zu schießen, bis sie unseren Motor trafen. Eine Person wurde getötet. Ich weiß nicht genau, wer die Männer waren, die auf uns schossen, aber sie trugen keine Uniformen. Dann kam ein Boot der libyschen Marine, sie nahmen uns an Bord und begannen uns zu schlagen. Sie sammelten unser Geld und unsere Handys ein. Ich glaube, die Leute auf dem Schlauchboot haben für die libysche Marine gearbeitet. Das Marineboot brachte uns zurück zu seinem Mutterschiff und wir kamen in das Abschiebelager Bin Gashir. Als wir dort ankamen fingen sie sofort an, mich und die anderen zu schlagen. Manche Männer wurden solange geschlagen, bis sie nicht mehr gehen konnten.“

Human Rights Watch verfügt nicht über ausreichend Beweismaterial, um festzustellen, wie viele der Migranten in Libyen bzw. der in Italien und Malta aufgegriffenen Migranten als Flüchtlinge einzustufen sind. Im Jahr 2008 betrugen die Quoten anerkannter Asylanträge für alle Nationalitäten in Italien und Malta 49 bzw. 52,5 Prozent. In der Provinz Trapani, in der auch Lampedusa, der bedeutendste Ankunftsort für Boote aus Libyen liegt, wurden von Januar bis August 2008 78 Prozent aller Asylanträge anerkannt.

Wenn die italienischen Behörden jedoch jeden, den sie auf See aufgreifen, nach Libyen zurückschicken, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen ihren Flüchtlingsstatus zu prüfen, schicken sie zwangsläufig Menschen zurück in Länder, in denen sie verfolgt werden.

„Viele der Bootsflüchtlinge kommen tatsächlich aus Ländern mit häufigen Menschenrechtsverletzungen oder einem allgemein hohen Gewaltniveau“, so Frelick. „Doch gleich ob sie schutzbedürftig sind oder nicht: Alle Migranten haben grundlegende Rechte und müssen menschenwürdig behandelt werden.“

<http://www.hrw.org/de/news/2009/09/21/italienlibyen-migranten-beschreiben-zwangsrückführungen-und-misshandlungen-0>

© Human Rights Watch

EUROPA LÄSST EINSPERREN

In den libyschen Gefangenenlagern, in die Migranten und Flüchtlinge nach ihrer Festnahme auf dem Mittelmeer abgeschoben werden, herrschen unmenschliche Zustände. Das zeigt die Reportage von Gabriele Del Grande, der sich in Libyen auf Spurensuche gemacht hat.

Das Eisentor ist doppelt verriegelt. Aus der kleinen Luke blicken die Gesichter zweier junger Schwarzafrikaner und eines Ägypters. Der herbe Geruch, der aus der Zelle strömt, brennt in der Nase. Ich bitte die drei, zur Seite zu gehen. Es öffnet sich der Blick auf zwei Räume von drei mal vier Metern. Etwa 30 Personen sind hier zusammengepfercht. Es gibt keine Betten, die Menschen schlafen am Boden, auf einigen schmutzigen Schaumgummimatratzen. Auf eine der Mauern hat jemand "Guantánamo" geschrieben.

Aber wir sind nicht auf dem US-amerikanischen Stützpunkt. Wir sind in Zlitan, in Libyen. Und die Häftlinge sind keine mutmaßlichen Terroristen, sondern Migranten, die südlich von Lampedusa festgenommen wurden. Seit Mai 2009 drängen italienische Patrouillen Migranten und Flüchtlinge, die sie in internationalen Gewässern abfangen, nach Libyen zurück. Die Zahl der Migranten, die übers Meer nach Italien gelangen, ging innerhalb von wenigen Monaten um 90 Prozent zurück. Aber was geschieht mit den abgeschobenen Menschen? Ist Libyen ein sicheres Land für Flüchtlinge?

Die Häftlinge drängen sich an die Zellentür. Sie haben seit Monaten keinen Besuch erhalten. Einige rufen: "Helft uns!" Ein Junge streckt die Hand über die erste Reihe hinaus und reicht mir ein Stückchen Karton. Darauf steht eine Telefonnummer, geschrieben mit Kugelschreiber. Die Vorwahl ist die von Gambia. Ich stecke es ein, bevor die Polizei etwas merkt. Der Junge heißt Outhman. Er bittet mich, seiner Mutter zu sagen, dass er noch lebe. Er ist seit fünf Monaten im Gefängnis. Fabrice ist schon seit neun Monaten hier. Beide wurden bei Razzien in den Migrantenvierteln von Tripolis verhaftet.

Seit einigen Jahren führt Libyen systematische Kontrollen an der südlichen Außengrenze Europas durch. 2003 schloss Italien ein Abkommen mit Muammar al-Gaddafi und belieferte den Wüstenstaat mit Schnellbooten, Geländewagen und Leichensäcken. Italien finanziert auch Gefängnisse und Abschiebungsflüge. Seither werden jährlich Zehntausende von Migranten und Flüchtlingen in Libyen festgenommen und unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt.

"Den Menschen geht es schlecht hier. Das Essen ist miserabel, und das Wasser ist verschmutzt. Wir sind krank. Es gibt hier auch schwangere Frauen." Gift ist 29 Jahre alt und kommt aus Nigeria. Sie wurde vor drei Monaten festgenommen, während eines Spaziergangs mit ihrem Mann. Ihre beiden Kinder musste sie in Tripolis zurücklassen, erzählt sie. Anrufen darf sie die beiden nicht. Ihr Mann ist inzwischen abgeschoben worden. Sie ist immer noch hier, allein, sie trägt dieselben Kleider, die sie getragen hat, als sie festgenommen wurde. Sie lebt seit drei Jahren in Libyen und arbeitete als Friseurin. Gift hatte nie die Absicht, übers Meer nach Italien zu gehen. Das gleiche sagen viele der Migranten, die hier festgehalten werden.

Der Traum von Europa

Bei Yonas ist das anders: Er träumte wirklich von Europa. Er ist Eritreer und aus der Armee desertiert, um in Europa politisches Asyl zu beantragen. Er wurde bei der Überfahrt nach Italien von der libyschen Polizei gefasst und wird seither in Zlitan festgehalten. Bevor er ins Büro von Gefängnisdirektor Ahmed Salim geführt wird, flüstert ihm ein Polizist etwas ins Ohr. Als wir ihn nach den Zuständen im Gefängnis fragen, antwortet er mit zitternder Stimme: "Everything is good", "alles in Ordnung". Aber er hat Angst. Wird er jede falsche Antwort später, wenn wir weg sind, mit Schlägen bezahlen? Der Direktor lächelt und versichert uns, dass Yonas nicht abgeschoben werde. In den nächsten Wochen soll er in das Gefängnis von Misratah, 210 Kilometer östlich von Tripolis, überführt werden. Dort werden alle eritreischen Flüchtlinge zusammengeführt.

Die eritreische Fluchtroute führt über Lampedusa und Malta. Seit 2005 sind mindestens 6.000 Flüchtlinge aus der ehemaligen italienischen Kolonie an den Stränden von Sizilien gelandet, auf der Flucht vor der Diktatur von Isayas Afewerki. Die Situation in der eritreischen Hauptstadt Asmara ist weiterhin kritisch. Amnesty International wirft der Regierung die Verhaftung und Misshandlung von Oppositionellen und Journalisten vor. Auch die Spannungen zwischen Eritrea und Äthiopien halten an. Mindestens 320.000 Eritreer und Eritreerinnen werden auf unbestimmte Zeit in den Militärdienst gezwungen - in einem Land mit 4,7 Millionen Einwohnern. Es gibt viele, die aus der Armee desertieren und ein neues Leben anfangen wollen. Die meisten, bisher mehr als 130.000 Personen, sind in den Sudan geflüchtet. Aber ein Teil der Deserteure durchquert die Sahara, erreicht Libyen und versucht per Boot, nach Europa zu gelangen.

In Container gesperrt

Menghistu ist einer von ihnen. Während der Reise wurde er von der libyschen Polizei festgenommen und abtransportiert. "In unserem Lastwagen waren auch ein vierjähriges Kind und seine Mutter. Wir waren zusammengepfercht wie Tiere, ohne Luft und Platz, um uns zu bewegen. Ich war entsetzt darüber, dass ein Kind so behandelt werden kann. Es war sehr heiß im Container. Die Reise dauerte 21 Stunden, von vier Uhr nachmittags bis ein Uhr mittags am nächsten Tag. Wir

haben nichts zu essen bekommen. Die Menschen mussten vor den Augen der anderen urinieren." Menghistu ist nicht der einzige, der in einen Container gesperrt und deportiert wurde. In Libyen ist das üblich. Container werden eingesetzt, um Migranten, die auf dem Weg nach Europa festgenommen worden sind, in die verschiedenen Gefangenenlager zu transportieren. Als wir das Gefängnis von Sebha besuchten, stand dort einer dieser Container.

Nicht besichtigen konnten wir das Gefangenenlager von Kufrah, im Südosten des Landes, dort wo die Flüchtlinge vom Horn von Afrika ins Land kommen. Aber Dutzende von Zeugenaussagen vermitteln einen Eindruck von der Behandlung der Gefangenen in diesem Lager: "Wir waren 78 Gefangene in einer Zelle von sechs mal acht Metern." - "Wir mussten auf dem Boden schlafen, den Kopf bei den Füßen des Nachbarn." - "Wir haben gehungert. Acht Personen mussten sich einen Teller Reis teilen." - "Polizisten holten mich nachts in den Hof. Sie ließen mich Liegestütze zu machen. Als ich nicht mehr konnte, begannen sie mich zu treten und verfluchten mich und meine christliche Religion." - "60 Personen mussten einen Waschraum teilen, sodass es in der Zelle dauernd gestunken hat. Wir konnten uns nicht waschen." - "Überall waren Läuse und Flöhe, in den Matratzen, den Kleidern, den Haaren." - "Manchmal sind Polizisten in die Zelle gekommen und haben vor den Augen der Gruppe eine Frau vergewaltigt."

Was ehemalige Gefangene beschreiben, ist die Hölle. Aber Kufrah ist auch ein Ort, an dem Geschäfte gemacht werden. Hier verkauft die Polizei die Gefangenen an die Schlepper, die sie zum Mittelmeer bringen. Der Preis für die Freiheit eines Mannes beträgt rund 30 libysche Dinar, etwa 16 Euro 50 Cent.

2004 hat die Europäische Kommission öffentlich gemacht, dass Italien den Bau eines Gefangenenlagers in Kufrah finanzieren werde. 2007 hat die Regierung von Romano Prodi diese Meldung dementiert und erklärt, Italien finanziere lediglich ein Gesundheitszentrum. In der Realität macht das keinen großen Unterschied. Der springende Punkt ist ein anderer: Seit 2003 arbeiten Italien und die EU mit Libyen zusammen, um die Einwanderung nach Europa zu bekämpfen. Die Frage muss also lauten: Wieso tun alle immer noch so, als wüssten sie nicht, was afrikanischen Flüchtlingen in Libyen angetan wird?

Die italienischen Behörden werden die Antwort direkt dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg geben müssen.

Der italienische Anwalt Anton Giulio Lana hat dort im Namen von 24 Mandanten, 13 Eritreer und elf Somalier, eine Beschwerde gegen Italien eingelegt. Sie gehörten zu einer Gruppe von 527 Personen, die zwischen dem 7. und 10. Mai 2009 als erste nach Libyen abgeschoben worden sind.

Gabriele Del Grande ist Journalist und Autor. Er hat 2006 "Fortress Europe" gegründet, ein Netzwerk, das Nachrichten über Opfer der irregulären Migration sammelt und veröffentlicht.

Quelle: AMNESTY JOURNAL FEBRUAR 2010

4. Frontex

Frontex und die toten Flüchtlinge

Von Ralf Streck - 25.12.2007

Hilfsorganisationen gehen davon aus, dass durch den Einsatz der EU-Grenzschutzbehörde Frontex vor den Kanarischen Inseln mehr Flüchtlinge sterben, weil die Wege länger und gefährlicher werden.

Im Laufe des Jahres haben 12.000 Menschen die Überfahrt von Westafrika auf die Kanarischen Inseln geschafft. Das sind deutlich weniger als im Vorjahr, trotz allem kann dies kaum als Erfolg der EU-Grenzschutzbehörde Frontex gewertet werden, die mit Luft- und Seeüberwachung versucht, die Urlaubsinseln abzuschotten. Wurde im Vorjahr von 6.000 Menschen gesprochen, welche die gefährliche Überfahrt nicht überlebten, gehen Hilfsorganisationen davon aus, dass diese Zahl deutlich gestiegen ist, weil die Wege immer länger und gefährlicher werden. Frontex dementiert mit merkwürdigen Zahlen, die selbst mit den Angaben des spanischen Innenministeriums nicht übereinstimmen.

"Bei mehreren Schiffsunglücken sind am Wochenende im Mittelmeer und im Atlantik möglicherweise mehr als 140 Flüchtlinge getötet worden. (...) Im Atlantik vor Marokko wurden mindestens 50 Menschen vermisst, die die Kanarischen Inseln erreichen wollten. Bei einem weiteren Vorfall starben laut Polizei rund 40 Afrikaner vor dem Senegal, die ebenfalls auf dem Weg zu den Kanaren waren." Soweit eine Nachricht von Afp (1) vom 10. Dezember über den Bluttzoll, der täglich von Menschen gezahlt wird, um von Afrika aus über die Meere nach Europa zu kommen. Allein 2006 waren sich die lokalen Behörden der Kanarischen Inseln, die zum Küstenschutz eingesetzte Guardia Civil, der spanische Geheimdienst, sowie Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz und der Rote Halbmond einig darüber, dass es vor Westafrikas Küsten zu einem Massensterben kommt. Tausende hätten die gefährliche Überfahrt auf die Urlaubsinseln nicht überlebt. Mit 6.000 bezifferte die Regionalregierung der Kanaren die Zahl genauer (6000 Flüchtlinge starben vor den Kanarischen Inseln (2)). Und immer mehr Hilfsorganisationen gehen davon aus, dass diese Zahl 2007 sogar noch deutlich höher ausfallen wird.

Im Oktober gab die Guardia Civil die Zahl derer, die im Umfeld der Kanarischen Inseln aufgefunden wurden oder dort tot angekommen sind, mit 255 an. Hilfsorganisationen rechneten die in Presseberichten angeführten Toten dazu, weshalb sie nun auf eine Zahl von knapp 400 kommen. Auch das Rote Kreuz macht die verstärkte Abschottung über Frontex für die gestiegene Zahl an Toten verantwortlich.

Umso mehr Barrieren aufgebaut werden, umso größer wird das Risiko, weil versucht wird, die Kontrollen zu umgehen. Die Einwanderer nehmen immer weitere Wege in Kauf, sind länger unterwegs, entfernen sich wegen der Kontrollen von der Küste und reisen nachts, um

nicht aufgebracht zu werden. (Gerardo Mesa (3), Präsident des Roten Kreuzes auf der Insel Fuerteventura)

Kürzlich versuchten drei Marokkaner die Überfahrt aus der Westsahara sogar auf einem Surfbrett, um die Wärmesensoren zu überlisten, die nur größere Menschenansammlungen in Booten registrieren.

Tatsächlich werden die Strecken im länger, die Abfahrtspunkte unterschiedlicher, die Vorbereitungen auf eine Überfahrt geheimer. Von Dutzenden Kilometern aus der von Marokko besetzten Westsahara wurden es einige Hundert Kilometer, um von Nouadhibou in Mauretanien zu starten, als Marokko auf Druck der EU gegen Auswanderer vorging. Dann kam das hunderte Kilometer südlichere Nouakchott hinzu, und als auch Mauretanien in die Abschottung eingebunden wurde, starteten viele aus Saint Louis im Senegal. Startpunkte liegen nun auch auf den Kapverdischen Inseln, Gambia und Guinea Bissau und der Weg ist meist weit über 1000 Kilometer lang.

Die Fläche, auf denen die Menschen in den Fluten verschwinden, hat sich vervielfacht. Ein Abgleich der Zahlen, wie viele gestartet und wie viele angekommen sind, ist ungleich schwieriger, um in etwa eine Zahl derer zu ermitteln, die bei der Überfahrt das Leben verlieren.

Zahlenakrobatik bei Frontex

Fest steht, dass auch dieses Jahr mehr als 12.000 Menschen die Kanarischen erreicht haben. Fest steht auch, dass Frontex angibt, bis Anfang Dezember 8.258 vor der westafrikanischen Küste aufgebracht und zurück geschafft zu haben. Allein das zeigt, dass die Abschottung misslingt, denn dieses Jahr haben es immer noch drei Mal so viele geschafft, als 2005, wenngleich es deutlich weniger waren als die 31.000 im Vorjahr. Beunruhigt ist man bei Frontex, dass die Grenzschutzbehörde für die steigende Zahl der Toten verantwortlich gemacht wird. "Wir sind besorgt darüber, dass solche Gerüchte große Ausmaße annehmen könnten", sagte (4) der stellvertretende Generaldirektor Gil Arias. Um seine angeblichen Erfolge zu unterstreichen, erklärte er sogar: "Die Zahl der Toten und Verschwunden ist zurückgegangen."

Dafür muss er Zahlenakrobatik betreiben. Während der spanische Geheimdienst, die Guardia Civil und Hilfsorganisationen übereinstimmend von tausenden Toten sprachen (5), senkt Arias Gil die Zahl für 2006 auf "983 Personen". Wie er dazu kommt, erklärt er nicht. Er fügt an, 38 seien tot auf den Inseln angekommen und 24 danach an den Folgen der Überfahrt gestorben, der Rest sei im Meer verschwunden. Da der Einsatz 2007 ausgeweitet wurde (6), müssen offenbar nun die Zahlen positiver werden, um das Geld zu rechtfertigen. Arias erklärte, bis zum 11. Dezember seien 9 Personen tot auf den Kanarischen Inseln angekommen und 34 in so schlechter Verfassung, dass sie später starben. Weitere 514 seien auf dem Weg von Westafrika verschwunden.

Die Zahlen des Frontex-Chefs sind gefinkelt, Hilfsorganisationen bezichtigen ihn schlichtweg als Lügner, vielleicht will er aber die Toten nicht sehen (Die Toten, die niemand sehen will (7)).

Tatsächlich hat Arias schon Problemedamit, dass seine Angaben sogar im Widerspruch zu denen des spanischen Innenministeriums stehen, das die Zahl der Toten schon mit 1000 Toten angibt (8).

Menschenrechtsorganisationen haben allein in drei Wochen vor dem 10. Dezember acht Tote vermerkt, die auf den Kanarischen Inseln angekommen sind. Man habe mit einem neuen Todesrekord zu tun. "Es kommen weniger an, weil immer mehr Menschen auf der Überfahrt sterben", klagt der Präsident der Vereinigung der Afrikanischen Einwanderer (Asiaf). Secka Mbaye gibt (9) auch die Gründe für die steigende Zahl der Toten an: "Früher dauerte die Überfahrt drei bis vier Tage und heute sind die Boote zum Teil 15 oder 20 Tage unterwegs, um der Überwachung zu entgehen." Aus dem Senegal oder Mauretanien kämen kaum noch Boote, sondern viele aus Ghana, der Elfenbeinküste und Guinea Bissau

Die Zahlen von Frontex passen auch nicht zu denen der Guardia Civil. Ohnehin reicht es sogar, einen einzigen Vorgang zu benennen, um zu belegen, dass an Arias Zahlen etwas faul ist. Anfang September wurden allein zehn Leichen geborgen, als eines der Boote vor Gran Canaria kenterte (10). Nur in diesem Fall kamen also mehr Tote auf den Kanaren an, als der Frontex-Chef für das ganze Jahr angibt. Oder sollte man ihn an die Vorgänge am 19. Juli erinnern, als ein Seenotrettungsschiff ein Immigrantenboot rammte, in dem sich 136 Einwanderer befanden. Bei dem "Rettenungsmanöver" ertranken 88 Menschen (11) vor der Insel Teneriffa. Der Anwalt Plácido Alonso Peña, der einen Großteil der Überlebenden vertritt, hat Anzeigen gegen die Kapitän und Besatzung der beiden am Vorgang beteiligten Schiffen wegen leichtfertiger Tötung in 88 Fällen gestellt. Trotz allem setzt die EU immer weiter auf Abschottung, wie sich deutlich daran zeigt, dass das Budget für Frontex für 2008 nun auf 70 Millionen Euro verdoppelt (12) wurde. Versprochen werden dafür "effizientere Einsätze".

Was konkrete Hilfen für Afrika angeht, zeigt man sich deutlich zurückhaltender. Mehr als schöne Worte kamen beim im EU-Afrika Gipfel in Lissabon kürzlich nicht heraus, was die Migrationfrage anging (Mugabe, das Unwort und die Chinesen (13)). Die Afrikanische Union (AU) hatte mehr freien Zugang für Arbeitskräfte gefordert, um den Blutzoll auf den Meeren zu senken. Doch die EU war eher an einer Migration a la Carte interessiert. Nach dem, was als "historisches Abkommen" bezeichnet wurde, soll sich die AU bemühen, die Flüchtlinge und Auswanderer schon im Herkunftsland aufzuhalten. Sie soll auch dafür sorgen, dass die Abschiebungen reibungsloser ablaufen. Erneut wurde beschlossen, dass die wirtschaftlichen Chancen, vor allem für junge Leute, verbessert werden sollen.

Genauso unkonkret hieß es, die EU wolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung helfen und keine hochqualifizierten Einwanderer wie Ärzte aus den Entwicklungsländern abwerben.

Links

(1) <http://afp.google.com/article/ALeqM5gYT0AQLh0IMxbB4dKKwt28T0j9uw>

- (2) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24336/1.html>
- (3) <http://elfarodecartagena.com/noticia.asp?ref=35338>
- (4) http://www.canarias24horas.com/index.php?option=com_content&task=view&id=42179&Itemid=387
- (5) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22317/1.html>
- (6) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24734/1.html>
- (7) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25736/1.html>
- (8) <http://www.diariodeavisos.com/diariodeavisos/content/252762>
- (9) <http://www.diariodeavisos.com/diariodeavisos/content/250777>
- (10) <http://www.elmundo.es/elmundo/2007/09/07/espana/1189146612.html>
- (11) <http://www.elmundo.es/elmundo/2007/08/28/espana/1188319671.html>
- (12) http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/034-15283-344-12-50-905-20071213IPR15281-10-12-2007-2007-true/default_es.htm
- (13) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26810/1.html>

Quelle: telepolis. Heise Zeitschriften Verlag

Frontex oder die Krise der europäischen Migrationspolitik

Die Europäisierung der Migrationspolitik

Von Bernd Kasperek

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem zunehmenden Zusammenwachsen Europas steht die Regulation der Einwanderung nach Europa auf der politischen Tagesordnung. Der Vertrag von Amsterdam, welcher 1999 in Kraft trat, markiert in dieser Hinsicht eine Zäsur: Migration ist nun nicht mehr Thema intergouvernementeller Absprachen, sondern fällt in die Verantwortung der EU, insbesondere der Kommission.

In den elf Jahren seit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags hat sich jedoch wesentlich weniger bewegt als mensch es vermuten würde. Die EU ist zwar bei einer gemeinsamen Visapolitik vorangekommen, auf den Feldern Einwanderung und Asyl zeichnet sich jedoch weder die Harmonisierung der Gesetze noch die Schaffung einer europäischen Gesetzgebung ab. Der aktuellste Versuch einer Wiederbelebung ist der im Oktober 2008 verabschiedete »Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl«. Ob dieser jedoch umgesetzt wird oder nur eine weitere Absichtserklärung ist, wird sich zeigen.

Dennoch wäre es falsch anzunehmen, in der europäischen Migrationspolitik hätte sich im vergangenen Jahrzehnt gar nichts verändert. Mag es noch nicht zu dem großen Wurf gekommen sein, so ist auf zwischenstaatlicher Ebene viel passiert, wie auch die Kommission ihre Zuständigkeit immer stärker ausfüllt. Das vorherrschende migrationspolitische Paradigma ist dabei der so genannte »Global Approach to Migration«, der nicht mehr so stark zwischen erwünschter und unerwünschter Migration differenziert, sondern zum einen auf Migrationsursachen und zum anderen auf den Bedarf der EU an billiger migrantischer Arbeitskraft abzielt. Über eine Verquickung von Migration und Entwicklungshilfe sollen die Herkunfts- und Transitländer wesentlich stärker in das Migrationsregime eingebunden werden. Wesentliche Kennzeichen dieser Politik ist die Externalisierung, also der Vorverlagerung der Migrationskontrolle in Herkunfts- und Transitstaaten und der Ausbau des repressiven Charakters des Grenzregimes.

Es ist kein Widerspruch zu dieser Politik, dass die wesentlichen Akteure des Grenzregimes über die Durchlässigkeit der Grenze wissen. Die verschiedenen Staaten, die mit einer Situation vermehrter Migration konfrontiert sind, haben ihre eigenen Wege gefunden, diese Situation zu bewältigen. Spanien und Italien absorbieren die Migrant_innen als ultraprekäre Illegalisierte in den Arbeitsmarkt, Griechenland wiederum verweigert den Zugang zum Asylsystem und fordert die Migrantinnen nach kurzer Haft auf, das Land zu verlassen. Und auch Frontex-Exekutivdirektor Ilkka Laitinen gab in einem Gespräch unumwunden zu, dass es niemals eine 100-prozentig kontrollierte Grenze geben würde.

In einer solchen Situation ist der Ausbau des repressiven Grenzregimes, vor allem aber ein öffentlicher Diskurs darüber zentraler Baustein in der Externalisierungspolitik. Denn die Transit- und Herkunftsstaaten von Migration haben in den letzten Jahren ihre Verhandlungsmacht erkannt und lassen sich ihre Kooperation im Migrationsregime immer teurer bezahlen. Die Strategie der EU ist es, so genannte »Mobilitätspartnerschaften« mit ausgewählten Ländern auszuhandeln. Dabei sollen Migrationskontingente im Gegenzug für Mitwirkung in der Migrationskontrolle vergeben werden. Dies wäre allerdings kein »attraktives« Angebot, so lange es weiter einen undokumentierten Zugang zum Territorium der EU gibt.

Der Diskurs, der den Ausbau des repressiven Grenzregimes stützt, ist durch die Inszenierung von Krisen gekennzeichnet. Spanien etwa war schon seit Anfang der 1990er Jahre Ziel nordafrikanischer Migration. Die Abschottung der spanisch-nordafrikanischen Grenze Ende der 1990er Jahre war jedoch begleitet von Bildern und Berichten, die suggerierten, Spanien wäre plötzlich Ziel vermehrter Migration. Es ist in dieser Zeit, in der auch die ersten Bilder von kleinen, überfüllten Booten, die Migrant_innen über das Meer nach Europa tragen, in Deutschland auftauchten. Ein ähnlicher Krisendiskurs ist im Zusammenhang mit der Klimakatastrophe zu beobachten. Die diskursive Figur des »Klimaflüchtlings« wird benutzt, um die aus der rassistischen Mobilmachung der 1990er Jahre bekannten Bedrohungsszenarien (»Flut«, »Ansturm«, »Flüchtlingsströme«) wieder zu aktivieren. Weitere Inszenierung von Krise folgten etwa auf die Ereignisse von Ceuta und Melilla 2005 und werden routiniert im Sprechen über die Ankunft von Migrant_innen auf den Kanarischen Inseln, Malta, Lampedusa und Griechenland bemüht. Dabei wird immer entweder suggeriert, dass eine unglaublich große Anzahl von irregulären Migrant_innen angekommen sei, oder aber dass diese nur die Vorhut einer wesentlich größeren Gruppe seien (»Wenn wir die erst reinlassen, dann kommen ja noch viel mehr«). Dass dieser Diskurs kein genereller Diskurs über irreguläre Migration nach Europa ist, zeigt sich anhand der Tatsache, dass sich auch die EU bewusst ist, dass die große Mehrheit der undokumentiert in Europa residierenden Migrant_innen keineswegs auf »klandestine« Weise nach Europa gelangt sind, sondern als so genannte »visa over-stayer« legal eingereist, aber nach dem Ablauf des Visums nicht wieder ausgereist sind. Innerhalb Europas bleibt die Migrationspolitik jedoch fragmentiert. Die Kommission mag regelmäßig mit großen Entwürfen aufwarten, die eigentliche Migrationspolitik wird jedoch von einzelnen Mitgliedsstaaten vorangetrieben. Auf Grund der Dublin II Verordnung, welche vorsieht, dass der EU-Mitgliedsstaat der ersten Einreise für den einzig möglichen Asylantrag zuständig ist, wird Staaten mit einem großen Anteil an der EU-Außengrenze ganz wesentlich die Aufgabe der Kontrolle und Verwaltung der ankommenden Flüchtlingen und Migrant_innen aufgebürdet. Die fehlende »Lastenverteilung« (EU-Jargon) ist dabei Resultat europäischer Versuche der Migrationskontrolle (früher konnte in jedem EU-Staat ein weiterer Asylantrag gestellt werden) und mittlerweile wieder heftig umstritten.

Auftritt Frontex

In diesem Klima eines repressiven Grenz- und Externalisierungsdiskurses, einer stockenden Europäisierung der Migrationspolitik und der fehlenden »Lastenverteilung« nahm 2005 die »Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen«, kurz Frontex, ihre Arbeit auf. Aufgabe der Agentur, die relativ autonom operieren kann, ist es, die Mitgliedsstaaten in der Kontrolle der EU-Außengrenze zu unterstützen und diese schrittweise in eine europäisierte Verantwortung zu überführen. Dabei soll die Arbeit von Frontex genau jene oben geschilderten Probleme innerhalb der EU adressieren. Frontex ist daher ein Produkt der Krise der Europäisierung der Migrationspolitik. Frontex' Aufgabenfelder sind daher relativ weit gestreut und lesen sich wie ein Wunschzettel der einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese Felder sollen nun kurz vorgestellt werden, bevor die konkreten Aktivitäten von Frontex untersucht werden.

Passend zur Krisenrhetorik erstellt Frontex, als Grundlage aller anderen Aktivitäten, ein so genanntes »Risikoanalysemodell«. Migration wird also als Risiko gesehen, über welches Wissen generiert werden muss. Das Modell soll die aktuelle Lage an den Grenzen der europäischen Union abbilden, sprich erkunden, welche Routen der irregulären Migration vorhanden sind und wo Kontrollbedarf besteht. Zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten in der Grenzkontrolle unterhält Frontex eine so genannte »toolbox«, in die alle Mitgliedsstaaten der EU Grenzschutzressourcen (Schiffe, Hubschrauber, Nachtsichtgeräte, CO₂-Detektoren etc.) einbringen und Frontex zur Verfügung stellen sollen. Als Ergänzung des ursprünglichen Mandats unterhält Frontex mittlerweile so genannte »rapid border intervention teams« (RABIT), Grenzschutz einheiten, die im Fall einer »Krise« schnell vor Ort eingreifen können. Unter Krisen versteht Frontex dabei beispielsweise den Zusammenbruch eines Staates und die davon ausgelösten Migrationsbewegungen, aber auch Szenarien wie der Einsatz der RABITs während des Libanonkriegs auf Zypern wurden durchgespielt. Auf Grundlage des »Risikoanalysemodells« und der zur Verfügung stehenden Ressourcen plant Frontex so genannte »gemeinsame Operationen«, die von wenigen Wochen bis zu mehreren Monaten dauern können. In diesen Operationen kooperieren Grenzschutzeinheiten der verschiedenen Mitgliedsstaaten. Diese Operationen fungieren wie ein Laboratorium, in der eine europäische Grenzschutzpraxis erprobt wird. Denn sicherlich gibt es viele Probleme bei einer solchen Zusammenarbeit: Sprache, kompatible Ausstattung und vor allem unterschiedliche gesetzliche Grundlagen der einzelnen Staaten. Diese Operationen, zur Zeit rund 20 pro Jahr, haben nicht zum Ziel, die gesamte EU-Außengrenze abzuschotten, sondern werden nach dem Prinzip einer »Feuerwehr« nur an Orten besonderen Interesses durchgeführt. Weitere Aufgaben von Frontex sind die Forschung im Bereich und Bereitstellung von modernen Grenzschutztechnologien (Drohnen, Biometrie), die Schaffung eines gemeinsamen Ausbildungsstandards für Grenzschützer in der EU, die Organisation von gemeinsamen Abschiebungen sowie die Kooperation mit Sicherheitsbehörden von Drittstaaten.

Frontex und die Praxis

Gemeinsame Operationen Frontex erreichte die größte Aufmerksamkeit mit den »gemeinsamen Operationen«. Diese sind oft gut publiziert, denn sie vermitteln, dass die EU und all ihre Mitgliedsstaaten ihrer Verantwortung im Bereich der Kontrolle der gemeinsamen Außengrenze nachkommen. Anhand dieser Operationen lässt sich die Praxis der Externalisierung sowie der Europäisierung ebenso nachzeichnen wie auch sichtbar wird, wie verheerend die Abschottungspolitik der EU ist. Die bekanntesten Operationen von Frontex tragen den Codename »Hera« und »Nautilus«, die seit dem Jahr 2006 stattfinden. Ziel ist es jeweils, die Ankunft von Flüchtlingen auf den Kanarischen Inseln (Hera) und Malta (Nautilus) zu unterbinden. Im Fall von Hera lässt sich die Externalisierungspolitik der EU gut darlegen. Denn die Abschottung eines Kontinents, oder in diesem Falle der exponierten Kanarischen Inseln, lässt sich menschen- und seerechtskonform nur schwer gestalten, insbesondere wird jedoch das Recht auf Asyl massiv unterlaufen. Auf offenem Meer können Flüchtlingsboote nicht aufgebracht werden, dies wäre erst innerhalb der Hoheitsgewässer Spaniens möglich. Allerdings könnte dies die Verpflichtung zur Durchführung eines Asylverfahrens mit sich bringen. Zwar ist die Zurückweisung von Flüchtlingen an der EU-Außengrenze eine gängige Praxis, aber seit Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen solche Fälle vermehrt publiziert haben, wird diese Praxis weniger angewandt. Viel »innovativer« ist die von Frontex in Zusammenarbeit mit Spanien praktizierte Strategie. Spanien hat mit den Regierungen Mauretaniens und des Senegals Abkommen geschlossen, die u. a. Frontex-Operationen in den Hoheitsgewässern dieser beiden Staaten erlauben und die Marine und Polizei dieser Staaten miteinbezieht. So werden Flüchtlinge und Migrant_innen schon an der westafrikanischen Küste, 2000 Kilometer vor der europäischen Außengrenze zurückgewiesen. Diese Kooperation wird im Rahmen des »Global Approach« mit anderen Vergünstigungen (Visaerleichterungen, niedrigere Steuern auf Rücküberweisungen, Migrationskontingente, Einfuhrerleichterungen, »Entwicklungshilfe«) erkaufte. Eine Möglichkeit zur Stellung von Asylanträgen als letztem Mittel für einen zumindest temporären Aufenthalt in der EU gibt es nicht. Im Falle der Operation »Nautilus« vor Malta und Lampedusa ist Frontex bisher weniger erfolgreich gewesen. Seit dem EU-Beitritt Maltas 2004 ist diese kleine Inseln im Mittelmeer Ziel vieler Migrant_innen geworden, und auf Malta gibt es eine starke Stimmung unter der Bevölkerung, die der EU vorwirft, Malta »allein mit dem Flüchtlingsproblem« zu lassen. Schon 2007 ließ Frontex-Exekutivdirektor Ilkka Laitinen »Nautilus« öffentlichkeitswirksam für gescheitert erklären. Seine Begründung war, dass die EU-Mitgliedsstaaten nicht genug Ressourcen zur Verfügung gestellt hätten, obwohl dies vorher versprochen gewesen sei. Damit war die Operation logistisch unmöglich und wurde abgebrochen. Das öffentlichkeitswirksame Scheitern lässt sich als eine Taktik Frontex' lesen, sich Verfügbarkeit von Ressourcen zu sichern und die gemeinsame Verantwortung aller Mitgliedsstaaten für die EU-Außengrenze erneut zu beschwören. 2008 schien dieses Problem gelöst zu sein, dennoch erklärte Ilkka Laitinen am 20.

September 2008, auch Nautilus 2008 sei gescheitert, und in der Tat sogar kontraproduktiv verlaufen. Er argumentierte, dass es den Migrant_innen und den Schleusernetzwerken bekannt gewesen sei, dass eine Frontexoperation im Gange wäre, und dass daher umso mehr seeuntüchtige Boote Malta angelaufen hätten, um sich von den Frontex-Schiffen retten zu lassen. Hintergrund dieser Situation ist, dass es zum einen 2008 wesentlich stärkere Kritik an Frontex gab, da Ilkka Laitinen erklärt hatte, Frontex wäre nicht für die Rettung Schiffbrüchiger verantwortlich. Dies wurde allgemein als Hinweis genommen, dass die EU, trotz gegenteiliger Verlautbarungen, nichts gegen das Sterben auf hoher See tue. Hier sah sich Frontex nun gezwungen, sich stärker bei der Seerettung zu engagieren. Zum anderen gibt es eine Diskussion über den rechtlichen Hintergrund einer Rettung Schiffbrüchiger und der Verantwortung für gestellte Asylanträge. Eine Position ist, dass Schiffbrüchige schon auf dem sie rettenden Schiff die Möglichkeit hätten, einen Asylantrag zu stellen. Dies führte zu einem regelrechten Streit, welches Land denn nun für die Aufnahme der Flüchtlinge zuständig wäre. Frontex wiederum verfolgte auch für »Nautilus« von Anfang an die externalisierte Lösung, hier: die Einbindung Libyens. Noch im Frühjahr 2008 erklärte Ilkka Laitinen, ein Abkommen mit Libyen stehe kurz vor dem Abschluss, was eine ähnliche Lösung wie vor Senegal und Mauretanien erlaubt hätte, nämlich zum einen das direkte Engagement Libyens in der Migrationskontrolle sowie die Rückschiebung von Flüchtlingen nach Libyen. Dieses Abkommen ist jedoch nicht zustande gekommen, und so war auch letztlich »Nautilus 2008« zum Scheitern verurteilt. Auf Malta heizte dies die Debatte um das Versagen von Frontex und der EU nur an, was nun wieder zu der bekannten Situation führt, dass sich einzelne Länder zusammenschließen, um ihre Interessen in der EU zu vertreten. Im November 2008 haben daher die Innenminister Maltas und Griechenland vereinbart, zusammen mit Zypern und Italien dafür zu werben, den »Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl« auch tatsächlich umzusetzen. Ihr Hauptinteresse liegt dabei auf Abschiebeprogrammen, Vereinbarungen mit Transit- und Herkunftsländern sowie die Schaffung eines europäischen »Lastenausgleichs«.

Kritik

Frontex beteuert, bei allen Operationen Menschenrecht und Asylrecht oberste Priorität zu geben. Berichte von an Operationen Beteiligten lassen dies jedoch als Lippenbekenntnisse erscheinen. So berichtete ein italienischer Offizier von der Praxis, Flüchtlingsbooten Treibstoff und Lebensmittel zu entnehmen, um die Insassen an der Weiterfahrt zu hindern. Auch Berichte aus Malta weisen daraufhin, dass nicht einmal die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten wird, der Minimalkonsens des Flüchtlingsschutzes. Frontex ist zurzeit der aktivste Posten in der Entwicklung einer umfassenderen europäischen Migrationspolitik und dabei vor allem die Verkörperung der repressiven Seite des Grenzregimes. Diese Fokussierung hat allerdings katastrophale Folgen. Die Aktivitäten

vor Westafrika haben zu einer Verlängerung der Migrationsrouten geführt, was das Risiko bei der Überfahrt erheblich erhöht hat.

Grenzregime – quo vadis

Dieses Jahr kam es zu einer ersten Evaluation der Aktivität von Frontex durch die EU-Kommission sowie weiteren Debatten um die Zukunft von Frontex. In deren Zuge hat die EU weitere Vorschläge präsentiert, nämlich die Schaffung des so genannten »Visa Information System (VIS)«, welches über biometrische Daten aller über ein Visum Eingereisten verzeichnet und im Falle des Ablaufens des Visum ohne registrierte Ausreise diese Person zur Fahndung ausschreiben soll. Um dies möglich zu machen, plant die EU die Einrichtung eines so genannten »Entry/Exit Systems«, welches alle europäischen Grenzen mithilfe biometrischen Maßnahmen aufrüsten soll und alle Einwie auch Ausreisevorgänge erfassen soll. Ein weiterer Vorschlag ist die Schaffung eines weit über die EU hinausreichenden Überwachungssystems namens »EuroSUR« (European Surveillance System), welches durch Koppelung von Satelliten, Drohnen, Radarsowie mobiler Überwachungsstationen einen totalen Überblick über die Lage an der Grenze, aber auch beispielsweise an der Küste von Herkunftsstaaten verschaffen soll. Im Zentrum dieses Panoptikums der Migrationskontrolle soll Frontex stehen. Auch der Bericht der »Future Group«, einer hohen informellen Arbeitsgruppe von EU-Innenministern fordert eine Ausweitung der Aktivitäten von Frontex, wie sie auch im »Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl« festgeschrieben sind.

Diese Vorschläge weisen auf eine wesentliche Ausweitung des repressiven Charakters des europäischen Grenzregimes hin. Auch wenn im »Europäischen Pakt« anerkannt wird, dass es keine »Null-Migration« geben kann, werden die migrationspolitischen Leitideen von Kontrolle, Repression und Externalisierung verstärkt verfolgt und Frontex wird auch weiterhin das zentrale Symbol dieser Politik sein. Eine grundsätzliche Kritik muss sich jedoch weniger an Frontex als an der Konzeption der aktuellen europäischen Migrationspolitik entzünden, die Einrichtungen wie Frontex zur Folge hat. Diese Politik verweigert sich der Tatsache, dass Migration zum einen stattfindet, sich zum anderen aber auch nicht kontrollieren lässt. So soll etwa das deutsche »Gastarbeitersystem«, welche aus der Sicht von Migrationskontrolle gescheitert ist, unter dem Stichwort »zirkuläre Migration« wiederbelebt werden. Die mannigfaltigen Formen von Migration, die sich der Souveränität und Kontrolle der Staaten entziehen, sollen jedoch weiter bekämpft werden. Die Folge ist die Transformation der europäischen Grenze von einer Linie zu einem sich immer weiter um Europa herum erstreckenden Grenzraum, in dem sich alles den Interessen der EU unterordnen zu hat und ein Diskurs, der Migration stigmatisiert und kaum geeignet ist, die dringend anstehende Diskussion um die Realität und Autonomie von Migration zu thematisieren. Sicherlich gibt es viele Themen emanzipatorischer Politik, die verstärkt auf europäischer Ebene verfolgt werden müssen. Es erscheint jedoch so, als ob Migration eines der dringendsten Themen ist: Zum einen wird es mittlerweile

verstärkt auf europäischer Ebene verhandelt, zum anderen lässt sich über das Thema Migration die Diskussion führen, inwiefern die EU von der anachronistischen nationalstaatlichen Idee der Einheit von Bevölkerung, Territorium und Rechten geprägt werden soll.

Quelle: frontexwatch / <http://frontex.antira.info>

Frontex, Bootsflüchtlinge und die Menschenrechte

Von Karl Kopp

Wo die europäische Grenzschutzagentur Frontex operiert, gibt es per definitionem nur »irreguläre Migration«, die gemeinsam mit »Partnerstaaten« wie Libyen, Marokko, Tunesien, Mauretanien zu bekämpfen ist – egal, welche menschenrechtlichen Standards diese Staaten haben. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben sich mit der Grenzschutzagentur ein Kontrollinstrument geschaffen, das ein bedrohliches Schutzvakuum für Flüchtlinge auf hoher See und an den europäischen Außengrenzen herstellt. Frontex agiert in einer rechtlichen Grauzone. Gegen völkerrechtswidrige Praktiken von Frontex und Grenzbeamten der Mitgliedstaaten formiert sich europaweit Kritik. Die Kernforderung: Es dürfen an den europäischen Grenzen keine menschenrechtsfreien Zonen entstehen. Auch auf hoher See und auf Schiffen von Frontex-Verbänden gelten die Schutzstandards der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Fokus Seegrenzen

Der Haushalt der Grenzschutzagentur steigt rasant. Von etwa 35 Millionen Euro im Jahr 2007 verdoppelte er sich 2008 auf 70 Millionen. In diesem Jahr stehen 90 Millionen Euro zur Verfügung. Der Löwenanteil – etwa 35 Millionen – soll für die Operationen an den Seegrenzen verwandt werden. Die Mitgliedstaaten, aber auch das Europaparlament, verbinden die willfährigen Haushaltserhöhungen mit klaren politischen Erwartungen: Die EU-Agentur soll Flüchtlingsboote im Rahmen von gemeinsamen Frontex-Seeoperationen bereits in internationalen Gewässern und teilweise in den Territorialgewässern von Herkunfts- und Transitstaaten möglichst effizient verfolgen und zurückdrängen. Im Technokratenjargon von Frontex heißt dieses lebensgefährdende Vorgehen: Flüchtlingsboote und ihre Insassen werden umgeleitet (diverted). Wie dieses »Umleiten« von Schiffen oder gar Paddelbooten auf See geschieht und welche Menschen davon betroffen sind, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Frontex liefert keine aussagefähigen Daten und Berichte.

Im Visier: Bootsflüchtlinge

Flüchtlinge und Migranten versuchen über drei Hauptseerouten europäisches Territorium zu Erreichen: von Westafrika auf die Kanarischen Inseln, von Nordafrika, insbesondere Libyen, nach Malta oder Italien und von der Türkei über die Ägäis nach Griechenland. Mittlerweile finden die gefährlichen Fluchten auf dem Seeweg zu allen Jahreszeiten statt. 2008 landeten nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR und der Menschenrechtsorganisation Fortress Europe

etwa 70.000 Bootsflüchtlinge an den europäischen Küsten. Die verheerende Menschenrechtsbilanz 2008: Über 1.500 dokumentierte Tote vor den Toren Europas. Und die Dunkelziffer ist hoch.

Modell Hera

Im Rahmen der »Operation Hera« waren Frontex-Schiffe im Seegebiet zwischen Westafrika und den Kanarischen Inseln im Einsatz. 2008 wurden alleine dort 5.969 Menschen abgedrängt. Frontex behauptet, die Bootsflüchtlinge seien entweder zur Umkehr überredet oder zum nächsten Hafen im Senegal oder in Mauretanien eskortiert worden. Dies ist möglich, weil die Frontex-Verbände auf Grundlage bilateraler Abkommen Spaniens mit Mauretanien und Senegal operieren können. Amnesty International berichtete 2008, was in Mauretanien mit Flüchtlingen und von Frontex »Zurückeskortierten« geschieht. Sie werden zu Tausenden festgenommen, misshandelt und massenhaft in die Nachbarländer Senegal oder Mali abgeschoben oder ohne Verpflegung an der Grenze ausgesetzt. Nach Ansicht von Frontex war Hera erfolgreich: 2008 erreichten nur 9.615 Bootsflüchtlinge die Kanarischen Inseln.

Nautilus vorerst gescheitert

Mit der Operation Nautilus III versuchte Frontex drei Jahre lang, die Gewässer zwischen Sizilien, Malta und Libyen unter Mitarbeit von Polizeiverbänden aus Malta, Italien, Frankreich, Deutschland und Griechenland zu kontrollieren. Mitte September 2008 konstatierte der Frontex-Direktor Laitinen das völlige Scheitern der EU-Patrouillen an diesem Grenzabschnitt.

Die verstärkte Frontex-Präsenz könne nach seiner Auffassung sogar zu einer dramatischen Zunahme der Zahl ankommender Bootsflüchtlinge geführt haben. Wegen der mangelnden Kooperationsbereitschaft Libyens habe keiner der in Lampedusa Angekommenen zurückgeleitet werden können.

Poseidon

Für viele Schutzsuchende – vor allem aus dem Irak, Afghanistan und Somalia – führt der Fluchtweg nach Europa über die Ägäis. Zurückweisungen von Flüchtlingsbooten durch die griechische Küstenwache sind dort an der Tagesordnung. Seit 2007 agieren auch Frontex-Verbände im Rahmen der Operation Poseidon in der Ägäis. Frontex spricht von 10.400 aufgegriffenen Bootsflüchtlingen im Jahr 2008. Ungefähr 600 Personen wären durch die bloße Präsenz der Frontex-Verbände abgeschreckt und zur türkischen Küste umgekehrt. Der griechische Koordinator von Frontex stellt dagegen fest, die Frontex-Zahlen könne er nicht bestätigen. Während der Poseidon-Operation 2008 seien 22.500 Menschen verhaftet worden. Daten über »diversions« (Umleitungen) und »interceptions« (Aufgriffe) könne er nicht geben, weil er keine habe. Und außerdem sei beides doch das Gleiche.

FRONTEX entdeckt die Menschenrechte

Im Frontex-Evaluierungsbericht vom 15. Januar 2009 heißt es, der Einfluss und der Druck Humanitärer Organisationen habe die Menschenrechtsfrage auf die Agenda von Frontex gesetzt. Die stärker werdende Kritik in Bezug auf etwaige Menschenrechtsverletzungen bei gemeinsamen Operationen stelle die Agentur vor neue Herausforderungen hinsichtlich der Kommunikation. In den Seegebieten, wo es keine Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten gebe, komme es im Zuge der verstärkten Frontex-Patrouillen zu einem Anstieg der Einreiseversuche. Der bemerkenswerte Schluss des Evaluationsberichtes: Die Migranten würden erkennen, dass sie eine größere Chance besitzen, die gefährliche Reise zu überleben. Der Gefahr des »Refoulement«, also der Zurückweisung seien sie mangels Kooperation der Transitstaaten nicht ausgesetzt. Dies habe positive Auswirkungen auf die Menschenrechte der Betroffenen.

Der Umkehrschluss wird weder in diesem Evaluierungsbericht noch von den politisch Verantwortlichen in Europa gezogen. Wie ist es mit den Menschenrechten bestellt, wenn die Frontex-Einsätze wie geplant verlaufen?

Europaparlament: Reparaturmassnahmen am Konstruktionsfehler?

Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments greift in einem Bericht vom 10. März 2009 zumindest vorsichtig einen Konstruktionsfehler bei der Schaffung von Frontex an. Das Mandat der Agentur müsse überarbeitet werden und »Schutz- und Menschenrechtsbelange« unbedingt in die Mission von Frontex integriert werden. Die Grenzüberwachung solle zukünftig außerdem detaillierte Berichte über die abgefangenen Personen und ihre einzelnen Schicksale vorlegen.

Was fehlt, ist die Klarstellung, dass das Abfangen und Abdrängen von Menschen auf hoher See rechtswidrig und zu beenden ist. Schutzsuchende haben das Recht, in einen europäischen Hafen gebracht zu werden, und auf ein faires Asylverfahren. Dass die EU-Kommission und das Europaparlament gebetsmühlenhaft den Wunsch nach gemeinsamen Patrouillen mit den nordafrikanischen Staaten äußern, macht deutlich, dass selbst die beiden europäischen Institutionen einen moralischen Doppelstandard pflegen.

Quelle: http://www.proasyl.de/de/themen/eu-politik/detail/news/frontex_bootsf. (12.05.2009)

Migrationskontrolle aus dem All

Matthias Monroy, Hanne Jobst 14.12.2009

Ab 2012 befördert die Europäische Union eine Reihe von Erdbeobachtungssatelliten ins All, die auch europäische Polizeibehörden mit Bilddaten versorgen

Die Initiative Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (1) (GMES) kann als klassische "Dual-Use-Technologie" gesehen werden, die eine zivile, polizeiliche, geheimdienstliche und militärische Nutzung vereint. Die Satellitenaufklärung, die teilweise hochauflösendes Material produziert, ist unter anderem eingebunden in die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Ziel ist eine umfassende "Situation Awareness" für "Entscheidungsträger". Mit der Ballung von Industrie, Instituten und Konsortien in Bremen wird die Hansestadt zu einem Zentrum europäischer Raumfahrttechnologie. Bremer Wissenschaftler wehren sich nun gegen die Nutzung ihrer Arbeit zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Zwecken.

Mit der "Globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung" hat sich die Europäische Union ein weitreichendes Programm zur Sammlung und Auswertung von Daten aus der Satellitenaufklärung geschaffen. GMES soll, ab 2014 voll einsatzbereit, "Informationen zu Umwelt und Sicherheit" liefern und gilt laut EU-Kommission nach dem europäischen Satellitennavigationssystem GALILEO (2) als "zweites Flugschiff" europäischer Weltraumpolitik (3), das auf die "erhöhten Sicherheitsbedürfnisse" zugeschnitten sei.

Die mit GMES gewonnenen Daten beruhen auf Erdbeobachtung mit Satelliten, Satellitenpositionierung (GPS), luftgestützten Instrumenten (etwa Ballons zur Erfassung stratosphärischer Daten) sowie Sensoren auf dem Wasser und dem Land (Messstationen, Seismographen). Als Produkte generiert GMES Karten, Datenreihen, Berichte, aber auch "zielgerichtete Alarmmeldungen". GMES wird beworben (4) als "Dienste für Land, Ozeane und Atmosphäre" (systematische Observationen und Prognosen), "Dienste für Notfälle und Sicherheit" (Unterstützung bei Katastrophen insbesondere für die Zivilschutzbehörden, präzise Daten zu sicherheitsrelevanten Aspekten produziert (z. B. Überwachung der Meere, Grenzschutzmaßnahmen, globale Stabilität) sowie "Dienste für den Klimawandel" (Bewerten von Abhilfemaßnahmen).

Die GMES-Weltraumkomponente beinhaltet sechs Satelliten, sogenannte "Sentinel" (Wächter), für bisher insgesamt 12 Erdbeobachtungsmissionen. Ihr Start ist ab 2012 geplant. Sentinel 1 und Sentinel 2 liefern beispielsweise Übersichtsdaten zu "Krisen- und Katastrophenmanagements und der Sicherheit", die anderen Typen werden zur Ozean- und Atmosphärenbeobachtung ausgewiesen. Die Daten von GMES sollen kostenlos im Netz verfügbar sein, um eine maximale Verwertung zu gewährleisten – allerdings vorbehaltlich einer Überprüfung, ob militärische oder sonstige Sicherheitsbelange europäischer Mitgliedsstaaten gefährdet würden.

Europäische Vorherrschaft im Weltall

Während als Zweck des Programms in der Öffentlichkeit der "verantwortliche Umgang mit natürlichen Ressourcen" betont wird, herrscht über das "S" in GMES häufig Stillschweigen. Dem Programm liegt ein Sicherheitsverständnis zugrunde, das an den gegenwärtigen Diskurs der EU-Kommission und der EU-Polizeien Europol und Frontex anknüpft. Die Sicherheit der EU ist demnach bedroht von internationalem Terrorismus und den Ausprägungen organisierter Kriminalität: Piraterie, Drogenhandel unkontrollierte Migration. Wieder wird Migration in einem Atemzug mit Terrorismus genannt, um die technologische Aufrüstung der EU zu legitimieren. Die Satellitenaufklärung stützt die polizeilichen Trends der EU eines "intelligenceled law enforcement" oder einer umfassenden "Situation Awareness", an denen sich Frontex oder Europol orientieren.

GMES wurde 2005 in einer "strategischen Grundsatzentscheidung" installiert und baut auf bestehenden Kapazitäten auf, darunter der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA), EUMETSAT und einzelnen Ländern. 2008, nur drei Jahre nach offiziellem Start, gingen bereits die vier "präoperativen GMES-Dienste" in Betrieb: Landbeobachtung, Überwachung der Meere, Überwachung der Atmosphärenzusammensetzung sowie Katastrophen- und Krisenmanagement. Angeblich hätten sie bereits zu einer nicht näher spezifizierten "wirkungsvollen und raschen Reaktion auf Katastrophen wie Überschwemmungen und Erdbeben in Südostasien oder Waldbrände in Europa" beigetragen. Aus einer letzte Woche veröffentlichten Studie (5) geht hervor, dass ebenso Satellitenprogramme anderer Länder und Konsortien in GMES integriert sind, darunter aus Frankreich, Schweden, Großbritannien, Kanada und den USA.

In einer im Oktober von der Europäischen Kommission verabschiedeten Mitteilung (6) an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen werden Szenarien vorgestellt, damit wie geplant 2011 die "operationelle Phase" des Projekts beginnen kann. Sowohl die EU als auch die ESA müssen hierfür neue Finanzierungsbeschlüsse zusagen. Über die ESA und das 7. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung (FP 7) flossen bereits beträchtliche Mittel in die Entwicklung von GMES, darunter 626 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt und 1621 Mio. Euro aus Beiträgen der ESA-Teilnehmerstaaten.

GMES (7) ist dem Direktorat Unternehmen und Industrie zugeordnet. Dementsprechend freut sich dessen Direktor Günter Verheugen: "Diese öffentlichen Investitionen in Spitzeninfrastruktur stellen einen Wendepunkt für die Europäischen Raumfahrtpolitik dar." Kein Wunder, schaut man sich die prognostizierten Umsätze an. Bis 2018 soll sich der Umsatz vervierfachen, findet eine Studie von Euroconsult (8) heraus. Wachstumsraten von 16% jährlich werden von 260 Satelliten generiert, die in den nächsten 10 Jahren ins All geschossen werden sollen und immerhin ein Volumen von 27,4 Milliarden Dollar umfassen. In einer Rede (9) auf der Konferenz "Europas Ambitionen im Weltall" hatte Kommissionspräsident José Barroso die satellitengestützte Aufklärung gar als Werk-

zeug zur Bewältigung der "Herausforderungen" der Finanzkrise ins Spiel gebracht. Auch Barroso lobte die Satellitenprogramme als Beitrag zur Handhabung des Weltklimas. Barroso will die europäische Vorherrschaft im Weltall:

So let me ask the obvious follow-up question: does the EU have the ambition to lead in space, or do we leave the leading role to others? (Kommissionspräsident Barroso)

Einem Langzeitszenario der ESA zufolge müssten von 2014 bis 2020 rund 4 Mrd. Euro aufgebracht werden, um GMES wie angedacht nutzen zu können, das Gesamtprojekt verschlingt jährlich 700 Millionen. Wenn für die Zeit nach 2020 "Erweiterungen", etwa "eine starke Sicherheitskomponente" folgen sollen, würden weitere Investitionen fällig.

Das "S" in GMES

Als sicherheitsorientierte GMES-Ableger gelten Limes (10) (Land and Sea Monitoring for Environment and Security), G-MOSAIC (11) (GMES Services for Management of Operations, Situation Awareness and Intelligence for regional Crisis), Mariss (European Maritime Security Services), GMOSS (12) (Global Monitoring for Security and Stability), integriert sind darüber hinaus externe Projekte, darunter SAFER (13) (Emergency Response), MyOcean (Marine Services) und Geoland (Land Services).

Das im Januar dieses Jahres gestartete G-MOSAIC (14) steht wie LIMES unter der Leitung von Telespazio, einer Space Alliance (15) der Rüstungsgiganten Finmeccanica und Thales und soll "Pilotdienste" entwickeln und die EU-Außenpolitik "mit Informationen aus dem Weltraum unterstützen". Von Belang sind nachrichtendienstliche "Überwachung illegaler Aktivitäten und kritischer Anlagen" sowie "Migrationsaktivitäten" und ihre Routen. Informationen über Rohstoffabbau und Drogenanbau sollen angeblich Informationen liefern, wo "außerhalb Europas regionale Krisen mit hoher Wahrscheinlichkeit auftreten können", darunter "ethnische Konflikte oder Regierungsinstabilitäten". Auch bei einer "Instandsetzung nach militärischen Operationen" soll Satellitenaufklärung helfen. Vermutlich dürften auch hinter der Ankündigung, GMES stünde "im Dialog mit der Afrikanischen Union und den regionalen Organisationen Afrikas, um zu erkunden, wie sich GMES für die Entwicklungspolitik einsetzen lässt", sicherheitspolitische Erwägungen stehen.

G-MOSAIC ist ein Vorzeigeprojekt europäischer Sicherheitsforschung und folgt dessen Ideologie, sowohl die Industrie, als auch öffentliche und private Forschung zu vereinen. Als "main players of GMES Security services" verzeichnet G-MOSAIC Telespazio, EADS Astrium, GMV, Indra Espacio, Infoterra Global, Thales Alenia Space und Thales Communications, als "stakeholders" gelten das Satellitenzentrum der Europäischen Union oder das deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR). Die Hochglanzprogramme und zahlreichen Webseiten von GMES und seinen zugehörigen Missionen können nicht verschleiern, dass GMES ein ambitioniertes Projekt zur Aufrechterhaltung der Energie-, Produktions- und Transportsicherheit (16) für die Europäische Union darstellt. Es geht

um die Überwachung der Meere, Seegrenzen in- und außerhalb Europas, "illegale Migration und Überwachung illegalen Handels", Piraterie, "sensitive cargo", Überwachung der Landgrenzen, geheimdienstliche Aufklärung, Frühwarnsysteme.

Zur Überwachung "kritischer Infrastruktur" wird etwa ein hochempfindliches SAR-System (Synthetic Aperture Radar) eingesetzt, das unter anderem die großen Ölförderregionen der Welt und dazugehörige Pipelines überwacht (17), u.a. in der Republik Kongo, Somalia, Sudan, Angola, Nigeria, Algerien, Irak, Kuwait, Odessa und die Baku-Tiflis-Ceyhan Pipeline sowie die kolumbianischen Raffinerien in Magdalena und Barranca Bermeja. Weitere SAR-Programme scannen die Ostgrenzen der Europäischen Union (18) oder Flüchtlingslager in Afrika und Lateinamerika (19). Die beschriebenen Projekte gehören zum Security Core Service (20) (SEC) von GMES und arbeiten als "geospatial intelligence Services" verschiedenen EU-Diensten zu, darunter dem Militär, dem geheimdienstlichen Situation Centre, Außenministerien sowie anderen Geheimdiensten.

2003 gab eine "GMES-Arbeitsgruppe Sicherheit" ein Papier (21) heraus, in dem sie Erwartungen an GMES formulierte. Hierbei geht die Arbeitsgruppe selbstverständlich davon aus, dass das System auch von Militärs genutzt wird. Militärstrategisch (22) dient GMES dem Bestreben der EU, einen "selbstständigen Zugang zu [...] Wissen, Informationen und militärisch nutzbaren Kapazitäten" zu bekommen, der "nur durch die Fähigkeit erreicht werden kann, Satelliten zu starten, zu entwickeln und zu betreiben". Das Nebeneinander von Umweltforschung und Sicherheitsbelangen findet sich auch in unterschiedlichen zentralen Projekten der EU wieder, etwa bei der Integrierten Meerespolitik (IMP) oder dem Integrierten Grenzmanagement (IBM). GMES stellt hier ein wichtiges Instrumentarium zur technischen Umsetzung dar. Über die IMP schreibt die Europäische Kommission 2008:

Für eine optimale Nutzung der Meere muss diese [...] unter idealen Sicherheitsbedingungen stattfinden. Die öffentliche Hand muss den Schutz der Meeresnutzer sowohl gegen natürliche und technische Risiken als auch Aggressionen von außen, wie Piraterie, Terrorismus, illegale Geschäfte oder illegale Einwanderung gewährleisten können. EU-Kommission (23)

Als Bindeglied zur Europäischen Kommission fungiert (24) eine "GMES Border Surveillance Group", in der neben Vertretern der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) auch die Grenzschutzagentur Frontex sitzt. Frontex ist etwa an MARISS interessiert, das versucht "nicht kooperierende" Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer automatisiert zu erkennen. Ständige Mitglieder von MARISS sind Grenzschutzpolizeien, welche die Überwachungsdienste später in Anspruch nehmen wollen. Die Europäische Kommission forderte (25) 2008, dass die Grenzschutzagentur Frontex "in enger Zusammenarbeit mit dem GMES-Büro der Kommission eine Lückenanalyse der gegenwärtigen und künftigen Nutzung von Satelliten für Zwecke der Grenzüberwachung" durchführen soll. Optische Satelliten könnten zur nachrichtendienstlichen Risikoanalyse genutzt (26) werden, um Abfahrtsorte

von Flüchtlingsbooten identifizieren, "nicht-kooperative Ziele" überwachen und Karten aktualisieren. Radargestützte Satelliten (beispielsweise SAR) könnten tageslicht- und wetterunabhängig Küsten und die hohe See überwachen.

In einem Arbeitspapier (27) diskutiert die Kommission eine mögliche Vernetzung bestehender Satelliten und bebildert die aus ihrer Sicht wünschenswerte Vernetzung an einem Beispiel, das den Betrieb schon aufgenommen hat. Das "Sistema integrado de vigilancia exterior" (SIVE) liefert spanischen und nordafrikanischen Behörden Daten über Bewegungen auf dem Mittelmeer zum Abfangen von Flüchtlingsbooten. SIVE steht Modell für die weiteren Forschungsprojekte der EU und ist nicht nur im Hinblick auf Datenaustausch mit Verfolgungsbehörden autoritärer Staaten in Afrika problematisch.

Bei der Verfolgung von Flüchtlingen wird auf das "Automatic Identification System" (AIS) zurückgegriffen. Größere Schiffe übertragen Kenndaten wie Kurs oder Geschwindigkeit. Im Umkehrschluss erscheinen Schiffe, die das Signal nicht aussenden, als verdächtig. In ihrem Entwurf zum Grenzkontrollsystem Eurosur (28) schlug die Europäische Kommission im September 2009 vor, bis Ende 2010 einen gemeinsamen AIS-Service im All zu installieren.

Bremer Wissenschaftsförderung für GMES

Auch in Deutschland wird emsig am GMES gebastelt. Zwei Projekte in Bremen aquirieren EU-Gelder für Projekte des "S" in GMES. DeMarine (29) bezeichnet bundesweite Projekte, die das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt vergibt. Während DeMarine-Umwelt seinen Sitz in Hamburg beim Bundesamt für Seewirtschaft und Hydrographie hat, ist Bremen Standort von DeMarine-Sicherheit. Dessen Schwerpunkt liegt auf der Überwachung der Meere und des Schiffsverkehrs. Als Agent fungiert die gemeinnützige Gesellschaft für Angewandten Umweltschutz und Sicherheit im Seeverkehr (30) (GAUSS), die ursprünglich "die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf den Gebieten des maritimen Umweltschutzes in der Seeschifffahrt und der Schiffssicherheit im Seeverkehr" betreibt. Gegenwärtig organisiert die Gesellschaft Pilotprojekte in der satellitengestützten Überwachung, von denen GAUSS selbst sagt (31), dass sie auch zur Überwachung "illegaler Migration" dienen. Im Aufsichtsrat von GAUSS sitzen Vertreter der Finanzbehörde, der Universität und der Hochschule Bremen. Im September 2009 gründete das Land Bremen das Center for the promotion of Communication, Earth Observation and Navigation space based services (32) (CEON). Das CEON soll Kompetenzen und Nutzer bündeln, die von GMES profitieren könnten. Auf seiner Homepage benennt CEON fünf Arbeitsschwerpunkte, von denen drei vermuten lassen dass sie die Abwehr irregulärer Migration zum Ziel haben.

Als Geschäftsführer des CEON fungiert mit Stephan Holsten ein Ingenieur von OHB, dem führenden Anbieter von AIS-Satelliten. 2008 hat das Unternehmen für die US-amerikanische Firma ORBCOMM fünf AIS-Satelliten gebaut, einer von ihnen dient der Küstenwache als Modellsatellit zur

Verfolgung "illegaler Migration". Die OHB-Tochterfirma Luxspace gibt AIS-Daten an MARISS weiter (33), den GMES-Ableger zur Überwachung der Meere. OHB hat für die Bundeswehr einen der hochauflösenden Synthetic Aperture Radar-Satelliten (SAR-LUPE) (Bundeswehr bekommt Augen im All (34)) produziert, den ersten militärischen Aufklärungssatelliten in der Geschichte der Bundeswehr. Auch einige der GMES-Sentinel basieren auf dem Synthetic Aperture Radar (35) und werden von der Bremer EADS-Astrium gefertigt.

Wie die ebenfalls von EADS-Astrium gebauten Vorgänger ERS und Envisat liefert (36) auch der 2007 ins All beförderte TerraSAR-X-Satellit Daten an MARISS. Die EADS-Tochterfirma Infoterra, die Aufklärungsdaten des deutschen TerraSAR-Satelliten exklusiv vermarktet (37), bietet "wetterunabhängig hochauflösende Radardaten einer neuartigen Qualität und ist zudem in der Lage, ihren Kunden einen verlässlichen Direktzugang zu TerraSAR-X Daten zu ermöglichen". Als Einsatzziel gilt unter anderem "monitoring of migration" (38).

TerraSAR-X, nunmehr eine so genannte "GMES Contributing Mission" (zu GMES beitragende Mission), wird insbesondere für die Bereiche Sicherheit und Katastrophenschutz, Umweltüberwachung sowie die Erfassung der Landnutzungssituation und ihrer Veränderungen essentielle Daten liefern – sowohl innerhalb Europas als auch außerhalb seiner Grenzen. Die einzigartige Zuverlässigkeit und hohe Genauigkeit machen TerraSAR-X zu einem bedeutenden Element des Multi-Missions-Konzeptes der ESA.

Infoterra

Inzwischen wird der Satellit auch gezielt für regionale Erfordernisse eingesetzt (39), etwa im Auftrag von Frontex und der portugiesischen Küstenwache.

"Umwelt ja, Sicherheit nein"

Weitere regionale Schwerpunkte von Satellitentechnologie in Deutschland sind etwa in Bayern (40) die Einrichtungen des DLR und des Konzerns EADS-Astrium in Oberpfaffenhofen. Mit BavAIRia e.V. (41) wurde eine von der Landesregierung geförderte Initiative installiert, die Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen mit Wissenschaftlern und Politikern zusammenbringt.

Aber auch Brandenburg freut sich auf ein Stück des Weltraumkuchens. RapidEye, ein Unternehmen das eigene Satelliten betreibt, hatte kürzlich einen Vertrag mit der European Space Agency (ESA) geschlossen (42) um die Agentur mit Aufklärungsdaten zu versorgen. Die fünf Satelliten von RapidEye stellen tägliche Lagebilder bereit, die miteinander abgeglichen werden können. Über die ESA sind die Satelliten von RapidEye in das GMES-Projekt "Safer" integriert.

Um gegen die Militarisierung ziviler Forschung und ihrer Nutzung zur Migrationsabwehr entgegenzutreten, hat sich in der Hansestadt die "Initiative ziviles Bremen" gegründet:

Wir, Angehörige von Universitäten, Forschende und Studierende, in wissenschaftlichen Instituten und Umweltverbänden Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger, sind in Sorge. In

Sorge darüber, dass Umweltforschung zunehmend zum Feigenblatt für Belange von Militär und Grenzüberwachung wird. Initiative ziviles Bremen (43)

In einer "Bremer Erklärung für eine zivile Forschung" kritisiert die Initiative unter dem Motto "environment ja, security nein!" eine Verknüpfung von Umweltforschung mit militärischer Nutzung und Grenzüberwachung im Rahmen satellitengestützter Erdbeobachtung. Die Initiative begrüßt ausdrücklich die Gewinnung von Erdbeobachtungsdaten zum Begreifen des Klimawandels oder zur Aufdeckung der illegalen Verklappung von Öl und anderen Giftstoffen auf hoher See: "Wir begrüßen die Beobachtung der Erde zur Rettung der Erde, die Beobachtung der Meere zur Rettung der Meere." Abgelehnt wird hingegen die zunehmende Nutzung gewonnener Daten zur "Abwehr von Menschen", die sich vor just den ebenso beforschten Umweltveränderungen zu retten versuchen.

Links

- (1) <http://www.gmes.info/>
- (2) http://ec.europa.eu/transport/galileo/index_en.htm
- (3) http://ec.europa.eu/enterprise/policies/space/index_en.htm
- (4) <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1611&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
- (5) <http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?language=en&file=28551#search=%20GMES>
- (6) http://ec.europa.eu/gmes/pdf/communication_589_de.pdf
- (7) http://ec.europa.eu/enterprise/policies/space/gmes/index_de.htm
- (8) <http://www.earsc.eu/news/euroconsult-data-earth-observation-markets-will-exceed-1-billion-in-2009>
- (9) <http://www.earsc.eu/news/space-based-applications-are-increasingly-important-to-many-other-eu-policy-areas-as-well-and-they-have-a-strategy>
- (10) <http://www.fp6-limes.eu/>
- (11) <http://www.gmes-gmosaic.eu>
- (12) <http://gmoss.jrc.it/web/guest/home>
- (13) <http://www.emergencyresponse.eu>
- (14) http://www.dlr.de/caf/desktopdefault.aspx/tabid-5122/8620_read-15517/
- (15) <http://www.gmes-gmosaic.eu/team.html>
- (16) <http://www.gmes.info/pages-principales/projects/security-projects>
- (17) http://gmesdata.esa.int/web/gsc/resource_details?p_p_id=rdtPortlet_WAR_gscportlets&p_p_lifecycle=0&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_count=1&rdtPortlet_WAR_gscportlets_rid=182#
- (18) http://gmesdata.esa.int/web/gsc/resource_details?p_p_id=rdtPortlet_WAR_gscportlets&p_p_lifecycle=0&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_count=1&rdtPortlet_WAR_gscportlets_rid=193#
- (19) http://gmesdata.esa.int/web/gsc/resource_details?p_p_id=rdtPortlet_WAR_gscportlets&p_p_lifecycle=0&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_count=1&rdtPortlet_WAR_gscportlets_rid=217#
- (20) http://gmesdata.esa.int/web/gsc/core_services/security
- (21) http://www.gmes.info/pages-principales/library/reference-documents/?no_cache=1&download=Security_Dimension_of_GMES.pdf&did=56
- (22) http://galileo.khem.gov.hu/documents/angol/eus_dokumentumok/white_paper_on_european_space_policy.pdf
- (23) http://ec.europa.eu/fisheries/publications/magaz/fishing/mag38_de.pdf
- (24) http://www.eomag.eu/file_download/55/st13770.en09.pdf
- (25) http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2008&nu_doc=68
- (26) http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/document.cfm?action=display&doc_id=5045&userservice_id=1&request.id=0
- (27) http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/pdf/maritime_policy_action/maritime-surveillance_en.pdf

- (28) <http://statewatch.org/news/2009/sep/eu-com-eurosur-sec-1625.pdf>
- (29) <http://www.demarine-umwelt.de/lr/web/guest>
- (30) <http://www.gauss.org>
- (31) <http://www.dnvev.de/media/pdf/Vortrag%20Ute%20Hannemann.pdf>
- (32) <http://www.ceon-bremen.de/>
- (33) <http://www.luxspace.lu/index.php/News/items/luxspace-sarl-selected-as-distributor-of-global-satellite-ais-information-products.12.html>
- (34) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/12/12298/1.html>
- (35) <http://www.ohb-system.de/sar-lupe.html>
- (36) <http://www.mastermarinersa.co.za/CaptainsLog/TerraSAR-X.pdf>
- (37) http://www.bdli.de/index.php?option=com_content&view=bdliarticle&layout=lrifakten&id=1396&Itemid=61
- (38)
- http://www.infoterra.de/fileadmin/Verzeichnisordner/Dokumente/2_AboutUs/0203_Brochures/e_TSX_Reconnaissance_I3_200807.pdf
- (39) http://69.89.31.227/~sitesvar/cswro/index.php?option=com_content&task=view&id=128&Itemid=49
- (40) <http://www.imi-online.de/2009.php3?id=1997>
- (41) http://www.bavaria.org/modul.php?modul_id=17&sprache_id=1&height=768
- (42) <http://www.earsc.eu/news/rapideye-to-supply-satellite-imagery-to-the-european-space-agency-monitoring-of-high-risk-emergency-areas>
- (43) http://ziviles-bremen.noblogs.org/post/2009/11/24/bremer_erklaerung

Quelle: telepolis - Heise Zeitschriften Verlag

5. Fluchtgründe

Gefahr erkannt! Ihr Name: Mensch

Senegal bekommt Hilfe von Spanien: ein Hubschrauber, zwei Patrouillenboote. Zweck: Fluchtwegunterbindung, wie es Bürokratenseelen nennen. Und während die Medienwirtschaft die schwarze Gefahr auf den Kanaren in grellen Farben malt und die Meldungen über gefundene Leichen längst Alltag geworden sind, werden die Stimmen jener, die es als normal ansehen, wenn Menschen versuchen, ihr Leben zu fristen, an den Rand gedrängt. Die aktuelle Materialsammlung aus Stellungnahmen von Organisationen Betroffener und Telefoninterviews von Anfang September 2006 "Fluchtursache Lebensbedingungen".

Fluchtursache Lebensbedingungen

Von Helmut Weiss

Der Aktivist einer Menschenrechtsorganisation im nördlichen St. Louis, Abdoulaye Lo, sagt über die klandestine Migration: "Zuerst musst Du wissen, dass längst nicht nur Senegalesen aus dem Senegal nach Europa zu kommen versuchen, sondern Menschen aus allen möglichen westafrikanischen Staaten, wo die Lebenslage ja überall bestenfalls kompliziert ist. Dazu muss man weiterhin wissen, dass hinter all diesen Berichten die legale Migration verschwindet, die es ja auch massiv gibt, die aber beispielsweise in Form senegalesischer Familienzusammenführung nach Frankreich stattfindet, trotz aller Einschränkungen dort. Und drittens ist es ein Witz, wenn jetzt mit der Guardia Civil zusammen patrouilliert wird - ein schlechter, wenn man an die rassistische und faschistische Tradition dieser Truppe denkt, ein guter, wenn man sieht, dass es ein Hase und Igel Spiel ist - die Boote fahren immer weiter südlich ab, die können das gar nicht kontrollieren, von hier aus geht nichts mehr, aber jetzt ist der Abreiseort die Casamance (südlich Gambias) und dort hat die Regierung gar keine volle Kontrolle aufgrund der traditionellen Separatistenbewegung".

Oh je, Gewerkschaften...

Dieser Einordnung durch einen Aktivist der unter anderem damit befasst ist, Menschen, die in der marokkanischen Wüste ausgesetzt waren (vom anderen EU-spanischen Menschenjagdpartner Marokko), wieder zu Kräften kommen zu machen, kann eine weitere hinzugefügt werden - die von Jérôme Fadinsah, oppositioneller Aktivist im Gewerkschaftsbund CNTS in der Hauptstadt Dakar: "Senegal war ja eines der Aushängeschilder für den NEPAD-Pakt der USA. Was sich dadurch geändert hat - versprochen haben sie natürlich das Übliche: Jobs - ist tatsächlich eine Änderung der Erwerbslosigkeit. Durch die Freihandelsmaßnahmen ist man heute mehr ohne Erwerb, desto besser die Ausbildung, die sogenannten McJobs der Dienstleistungen haben als einzige zugenommen. Und es ist ja ein totaler Witz, mit den offiziellen Zahlen der Erwerbslosigkeit zu argumentieren, wie es die Gewerkschaften tun. Wir haben rund 800.000 erwerbsfähige Menschen in Dakar, also etwa

40% der Einwohnerschaft. Von denen sind offiziell über 11% erwerbslos - nur: das betrifft nur jene 20%, die offiziell beschäftigt sind, während drei Viertel von allen im informellen Sektor tätig sind, wo am wenigsten verdient wird, aber das nehmen die Gewerkschaften, die gerade in einer Kampagne gegen die Lohnverluste der offiziell Beschäftigten stecken, nicht einmal zur Kenntnis, weswegen sie auch weiterhin keine wesentliche Rolle spielen werden. Da gibt es die ultrabornernten, die meinen, das seien alles Lumpenproletarier, und dann gibt es jene, die gemeinsam mit dem Präsidenten hohle Aufrufe an die Jungen verbreiten, das Land nicht zu verlassen ... wobei schon mehr als die Hälfte der offiziell registrierten Erwerbslosen unter 27 Jahre alt sind, also was solls?"

Die ganze tödliche europäische Hysterie entsteht aufgrund der Zahl von gerade einmal 20.000 Flüchtlingen, die im Verlaufe dieses Jahres auf den Kanaren angekommen sind, von denen vielleicht die Hälfte - höchstens - aus dem Senegal kommen - Schätzungen gehen davon aus, dass weitere eintausend Menschen im selben Zeitraum beim Versuch, die Kanaren zu erreichen, ums Leben gekommen sind. Im Vergleich zu den innerafrikanischen Flucht- und Wanderungsbewegungen sind die Zahlen der Ankömmlinge auf den Kanaren minimal.

Warum Menschen im auch im Senegal überleben

Die Situation im Senegal ist durch drei Faktoren geprägt, sagt Ayshe Maruma, von einer Frauenkooperative in der Casamance: "Traditionell lebten die Menschen an der Küste von der Fischerei - noch heute soll es im Senegal rund 12.000 Fischerboote geben. Was bedeutet, dass immer noch ein relevanter Teil der 10 Millionen Menschen im Senegal von der Fischerei leben, aber Überfischung und Industrialisierung haben da gewaltige negative Auswirkungen. Zweitens: Die Menschen im Landesinneren lebten und leben vor allem von der Landwirtschaft - und hier muss man differenzieren. Zum einen trägt schlicht die meist weibliche organisierte Subsistenzwirtschaft zu einem grossen Teil zum simplen Überleben der Familien wesentlich bei. Zum dritten gibt es natürlich, gerade im Rahmen von NEPAD - eine dieser Segnungen des Westens, die die Menschen umbringen - die Tendenz regional orientierte Landwirtschaft zu ersetzen durch Exportwirtschaft für die Europäer. Und die Jungen bleiben über - es ist zu einhundert Prozent zynisch, sie zum Bleiben aufzufordern".

Abdoulaye Lo sagt dazu: "St. Louis ist im Senegal so etwas wie New Orleans in den USA ist - oder beide waren. Lebensfreude, Tradition, Offenheit trotz aller Probleme - aber das wird gerade vom Kapitalismus getötet. Die Jungen gehen fast alle weg, fast alle. Das ist traurig, weil es hier so schön war. Und natürlich gehen sie keinswegs zuerst in euer blödes Europa, sondern: Nach Dakar".

Ayshe Maruma fügt hinzu: "Wenn es nicht so tragisch wäre, wäre es ja lustig - endlich fällt den Europäern und Spaniern die Tatsache auf die Stinkfüsse, dass sie einfach - nach dem Genozid schon immer und noch heute - so tun, als ob die Kanaren Teil von Europa wären".

Schicksale

Das UN-Nachrichtennetzwerk IRIN publiziert aktuell eine Reihe von Beiträgen, in denen MigrantInnen aus dem Senegal zu Wort kommen. In dem (englischen) Beitrag "No wall in the sea" vom 7. September 2006 jemand zu Wort, dessen Familie gegen seinen Versuch war - was verbreitet ist, aber wohl nicht mehrheitlich: Immerhin sind die Überweisungen von AfrikanerInnen nach Hause höher als die Kapitalinvestitionen von ausserhalb Afrikas, ohnehin immer noch (trotz Änderungstendenzen) vor allem auf Rohstoffausbeutung gerichtet..

Bei Seneweb, einem (französischsprachigen) senegalesischen Informations- und Diskussionsportal gibt es nicht nur eine grauenerregende Fotodokumentation zu sehen, sondern auch Dutzende von Meinungsäusserungen aus dem Lande selbst, der unterschiedlichsten Art. Auf jeden Fall: Keine Europäer sind an dieser Debatte beteiligt: "Immigration Clandestine: Pour Echapper à la pauvreté de jeunes Africain(e)s Risquent leur vie" externer Link publiziert bei Seneweb am 22. Mai 2006 und mit wochenlangen anschliessenden Kommentaren versehen - zu unterstreichen dabei, dass Seneweb sehr bewusst auch die weibliche Form benutzt, denn es wird geschätzt, dass inzwischen etwa ein Viertel der klandestinen Migranten eben Migrantinnen sind.

Einen ausgesprochen interessanten Diskussionsbeitrag "Drame des migrants africains au Maroc" externer Link schrieb Moustakbal Jawad in dem Netzwerk "Penser pour agir" aus Mali aus Anlass der marokkanischen Todesmeldungen von Anfang Juli 2006 - dessen Grundaussagen sich ohne Umschweife auch auf das neue Migrationsziel Kanaren übertragen lassen, das ja ohnehin Ceuta und Melilla erst nach der europäisch-marokkanischen Schlächterei ersetzt hat.

Jerôme Fadinsah sagt dazu: "So wird es immer sein - für jedes gestopfte Loch gibt es ein neues, die Menschen - oder das, was der Kapitalismus von ihnen übrig lässt - sind klüger, als das Kapital denkt. Eines der Probleme ist eben nur, dass die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung diesem in dieser Art neuen Phänomen der globalen Armutszwangmigration völlig hilflos gegenüberstehen, bestenfalls Phrasen anzubieten haben, die ohnehin keiner glaubt".

Man sollte jetzt aber nicht glauben, nur europäische Gewerkschaften wären in der Lage Phrasen zu dreschen - oder reaktionäre Positionen einzunehmen, wie etwa der DGB (unwidersprochen von vielen Oppositionellen) bei der Greencard. Der senegalesische Gewerkschaftsbund CNTS war bei-

spielsweise tragend an einer Kampagne beteiligt, bei der die Gefahren dieser klandestinen Migration aufgezeigt wurden - nicht etwa, um den Menschen zu helfen, sondern um sie davon abzuhalten. Maxime Loson Ba, ebenfalls ein älterer Aktivist der CNTS in St. Louis sagt dazu: "Was willst Du, Gewerkschaften waren immer vor allem reaktionär, wenn es um Migration geht, da kann es gar keine Debatte geben: Ein Teil des Problems, keineswegs der Lösung. Unabhängig im übrigen von den Mehrheitsströmungen. Denn die Interessen der Festangestellten in den Betrieben sind nun mal ganz anders - und oft genug gegensätzlich und MigrantInnen, das kann ich Dir aufgrund meiner Organisationsversuche im informellen Sektor sagen sind natürlich, ob erklärt oder nicht und wo auch immer vor allem eines: billige Arbeitskräfte - der tumbe Gewerkschafter sagt dazu traditionell Lohndrücker".

Die Stellungnahme "Migration et politiques d'expulsion / répression, droits humains et développement, devoir des gouvernements de Sud. Quelles synergies d'actions de la société civile?" von Bassidy DIABATE für CAD - MALI und die JEUNESSE UNION AFRICAINE MALI auf dem Forum des Peuples im Juli 2006 diskutiert, ist von den ForumsaktivistInnen als Alternative zu den Debatten auf dem kurz zuvor stattgefundenen europäisch-afrikanischen Regierungsgipfel über Migration verstanden worden. Sie reist die Chronologie der antimigrantischen EU-Politik noch einmal kurz ab - und erinnert dabei etwa an das Pasqua-Gesetz in Frankreich - und kritisiert ausführlich die aktuelle militärische Repression unter dem einleitenden Motto "der Mensch ist kein Baum, er hat Beine".

Gemeinsamer Nenner der Befragten, die natürlich keineswegs zufällig ausgewählt oder angefragt wurden, sondern im wesentlichen Bekannt- oder Freundschaften aus (sehr) alten Zeiten sind, ist die Überzeugung, in zweifacher Hinsicht: Erstens, dass es ein Grundrecht der Menschen ist, zu versuchen ihr Leben zu fristen, auch wenn dies nicht marktwirtschaftskonform sein mag - oder gerade. Zum Zweiten, dass dies absolut kein "Randgruppenproblem" ist, sondern dass ein beträchtlicher - und im Gegensatz zu beispielsweise AutomobilarbeiterInnen wachsender - Teil der ArbeiterInnenschaft dieser Welt aus MigrantInnen mit und ohne Papieren besteht. Fertig.

Quelle: <http://www.labournet.de>

Europäische Fischereipolitik

Fischern steht das Wasser bis zum Hals

Überfischung und Klimawandel gefährden die Existenz der KüstenbewohnerInnen Westafrikas

Die Jagd ihrer Regierungen nach Devisen gefährdet die Ernährungsgrundlage der Fischer an Westafrikas Küsten. Der Klimawandel beeinträchtigt zudem die Sicherheit auf See. Und statt zum Fischen zu fahren, treten immer mehr Menschen in ihren winzigen Booten den lebensgefährlichen Fluchtweg nach Europa an. VON BEATRICE GOREZ, CFFA

Anfang 2008 erklärten UN-Offizielle, dass „die weltweit größten kommerziell genutzten Fischbestände innerhalb von Jahrzehnten zusammenbrechen könnten, wobei die globale Erwärmung die Auswirkungen von Verschmutzung und Überfischung noch verschlimmert“. Einige Menschen müssen nicht so lange warten: Die vom Fischfang lebenden Gemeinden in den Entwicklungsländern zollen den Auswirkungen dieser Umweltveränderungen bereits jetzt ihren Tribut.

Barcelona oder der Tod

In Europa gehören die Bilder von bunten, hölzernen Kanus, beladen mit verzweifelten Männern, Frauen und Kindern, die hoffen, ihrem westafrikanischen Alptraum zu entkommen, zu den schmerzlichsten Bildern der letzten Jahre. Die Schande, nicht in der Lage zu sein die eigene Familie zu unterstützen, Arbeitslosigkeit, fehlende Einnahmen und Mangel an Nahrung treiben sie an. „Barca wala barsak“ ist ihr Motto – „Barcelona oder der Tod“ auf Wolof, einer Sprache, die vor allem in Senegal gesprochen wird. Tatsächlich haben viele bei dem Versuch, die Gewässer zwischen Afrika und Europa zu überqueren, den Tod gefunden. Vom Fischfang lebende Menschen aus Westafrika sind sehr oft Beteiligte an der Migration(1), entweder als Exilsuchende oder als Organisatoren dieser gefährlichen Reisen. Einer der Hauptgründe für ihre Flucht sind die schwindenden Fischbestände. Zu viele Fischer haben für zu lange Zeit Jagd auf zu wenig Fisch gemacht. Ende der 1980er-Jahre trieb zudem eine Reihe von Dürren hungrige Menschen aus dem Inland südlich der Sahara auf der Suche nach Nahrung und Arbeit bis an die Küsten. So bestehen in Senegal große Teile der Fischerdörfer aus diesen „Newcomern der 80er-Jahre“, die damals mit dem Fischfang begannen. Dies ist eine der Ursachen für den Boom des Fischereihandwerks, aber auch für immer stärkere Auswirkungen der Fischerei auf die Ressourcen. Interessant ist, dass die Ankunft der Neuankömmlinge in den senegalesischen Fischerdörfern Ende der 80er-Jahre mit der Unterzeichnung des ersten „Cash-for-Access“-Fischereiabkommens zwischen den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik) und der Europäischen Union zusammenfiel. Das erste solche Abkommen wurde 1987 mit Senegal unterzeichnet und beinhaltete die Öffnung des Landes als Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) für europäische Flotten.

„Boot aus der Hölle“

Seitdem stehen die westafrikanischen Gewässer von zwei Seiten unter Druck. Zum einen durch wachsende lokale Fischereihandwerksflotten und zum anderen durch industrielle Fangflotten aus Europa und Asien, die immer gieriger werden. Die meisten dieser ausländischen Flotten wenden Fangpraktiken an, die vom Standpunkt der Nachhaltigkeit aus fragwürdig sind, zum Beispiel Schleppnetze oder Monogarn-Kiemennetze. Das größte EU-Schiff, von den westafrikanischen Fischern „Boot aus der Hölle“ getauft, war 150 Meter lang und seine Schleppnetze fingen mehr als 300 Tonnen Fisch pro Tag. Das ist mehr als viele lokale Boote in einem Jahr fangen könnten. Der kombinierte Druck hat die Fischbestände zur Erschöpfung gebracht. Tradi tio nelle Fischer finden immer weniger Arbeit, werden mittellos und sehen keine Alternative als die Flucht aus ihrer Heimat. Wüstenbildung an Land drängte Menschen in die Fischerei, Wüstenbildung im Meer treibt sie nun von dort weg. Devisen statt ernährungssicherheit Warum aber öffnen die Subsaharaländer weiter ihre Gewässer für ausländische Flotten, statt sie zu schützen und ihren wachsenden kleinen Fischereisektor zu regulieren, der eine Quelle für lokale Nahrungsmittel, Einnahmen und Arbeit für viele Menschen ist? Die Antwort: Devisen. Seit mehr als 20 Jahren verkaufen die von Armut heimgesuchten Länder Fischereilizenzen an die EU und an asiatische Flotten, weil sie die staatlichen Einnahmen weiter steigern wollen. Mauretanien hat für das letzte EU-Fischereiabkommen 86 Millionen Euro pro Jahr erhalten. Das scheint für viele Entscheidungsträger die einfachste Methode, die dringend benötigten Devisen in das System zu bringen. Aber für diese kurzfristigen Vorteile zahlen die verwundbaren Fischerdörfer einen hohen Preis. Viele Menschen werden zur Migration gezwungen und die Ernährungssicherheit ist bedroht. Einst eine billige Proteinquelle für die Armen, werden die Fische auf den lokalen Märkten in Afrika immer teurer. Sogar die billigsten Sardinen sind nun ein Gericht für besondere Anlässe statt ein tägliches Grundnahrungsmittel. Viele der arbeitssuchenden Fischer, die Westafrika verlassen haben, finden ironischerweise einen Arbeitsplatz auf den gleichen spanischen Trawlern, die ihnen letztlich die Lebensgrundlage geraubt haben. 2007 haben Spanien, Senegal und einige andere afrikanische Länder ein Kooperationsabkommen zum Kampf gegen illegale Migration unterzeichnet. Es beinhaltet die Ausbildung von rund 3.000 Fischern für die Arbeit auf solchen EU-Industriebooten. Außerdem schließt die Vereinbarung das Angebot einer bestimmten Menge an Fanglizenzen für spanische Trawler ein, sodass diese in den bereits überfischten Gewässern weiter Fischfang betreiben können. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Vereinbarung langfristig die Ursache für die illegale Migration nach Europa – die übermäßige Ausbeutung der afrikanischen Meeresressourcen – beheben kann. Klimaschock nur eine Frage der Zeit In einer Situation, in der die meisten Fischbestände der afrikanischen Küstenstaaten mehr als ausgeschöpft sind und der Löwenanteil von ausländischen Flotten gefangen wird, werden die Auswirkungen des Klimawandels für die Küstenbevölkerung

bald stark spürbar sein. Die Veränderungen haben schon begonnen: Die Fischer sind auf der Suche nach Fisch gezwungen, mit ihren kleinen Pirogen immer weiter aufs Meer hinauszufahren. Viele der für die Küstenschiffahrt gebauten Pirogen fischen jetzt bis zu 200 Seemeilen weit von der Küste entfernt, wo sie sehr anfällig für Unfälle sind. Die steigenden Wassertemperaturen wirken sich auf die Strömungen und die Windstärke aus. In Guinea haben Fischer festgestellt, dass die Winde und Gezeiten immer stärker werden und die Sicherheit beim Fischfang beeinträchtigen. Es besteht kein Zweifel daran, dass der Klimawandel Auswirkungen auf das Leben der Fischer haben wird. Aber der auch durch die EU-Seefahrzeuge herbeigeführte Raubbau an den Ressourcen, von denen ihre Lebensgrundlagen abhängen, vergrößert die Intensität, mit der sie den Schock spüren werden.

Anmerkung

(1) niasse, m. I. (2007): l'europe ou la mort. les pêcheurs et X
l'émigration au Sénégal. www.peche-dev.org/pages/publications.html

Aus dem englischen übersetzt von Katja Jüngling.

Die Biologin Béatrice gorez arbeitet seit 15 Jahren für die Vereinigung für faire fischereiabkommen (cffA) in Brüssel.

Quelle: umwelt aktuell – Dezember 2008/Januar 2009

Trawler vor Senegal

Die Wirkung der EU-Fischereiabkommen ist umstritten

Von Torsten Schäfer

Hunger, Krieg und Verfolgung treiben Tausende Afrikaner jedes Jahr zur Flucht nach Europa. Ein weiterer Grund ist die EU-Fischerei vor ihren Küsten. Es gibt keine Statistik darüber, wie viele afrikanische Fischer zu Flüchtlingen oder Schleppern werden, weil EU-Trawler ihre Reviere vor der Küste leer gefangen haben. Béatrice Gorez von der "Coalition for fair Fisheries" (CFFA) schätzt aber, dass ein Fünftel der afrikanischen Flüchtlinge Fischerei-Migranten sind. Die EU-Kommission sieht keinen Zusammenhang zwischen ihrer Fischereipolitik und dem Flüchtlingsproblem. Das eigentliche Problem sei die illegale Fischerei vor Afrika, die stärker kontrolliert werden müsse. Gruppen wie die CFFA oder die Hilfsorganisation Action Aid stellen die Lage anders da: Weil die europäischen Gewässer überfischt sind, schließt die EU vornehmlich mit afrikanischen Staaten Abkommen ab, um vor deren Küsten zu fischen. Die Partnerstaaten, so beklagen die Kritiker, erhielten viel zu wenig Geld für die Fangrechte. Ein weiterer Kritikpunkt sind fehlende Konzepte für den Erhalt der lokalen Fischerei mit ihren kleinen Booten, die vor Senegal schon von EU-Trawlern versenkt wurden, weil die großen Schiffe widerrechtlich in die Zwölf-Meilen-Zone vor der Küste eingedrungen sind. Darüber hinaus hat die Fischerei vor Westafrika, unterstützt durch die EU-Abkommen, so stark zugenommen, dass die einst üppigen Bestände stark geschrumpft sind. Laut Action Aid ist ein Großteil der Arbeitsplätze der senegalesischen Fischindustrie, in der ein Sechstel der Bevölkerung tätig ist, bedroht. Fischereifirmen hätten bereits 50 bis 60 Prozent ihrer Beschäftigten entlassen. Auch in Mauretanien haben viele Fischer aufgegeben. In Guinea und Guinea-Bissau ist die Situation ähnlich.

Attraktive Abkommen

Senegal hat das Fischereiabkommen mit der EU 2006 zwar ausgesetzt, doch spanische Unternehmen haben daraufhin Joint-Ventures mit einheimischen Firmen gegründet, wodurch sie weiter auf Fang gehen können. 2008 waren nach CFFA-Angaben 62 Trawler vor Senegal unterwegs gegenüber 30 Schiffen 2006. "Wir brauchen attraktive Fischereiabkommen, die den Ländern Geld bringen und ihre Küstenfischerei schützen", sagt Béatrice Gorez von der CFFA. "Erst dann wird sich etwas ändern. Was derzeit geschieht, ist ein Desaster."

Quelle: Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 32-33 2009

You are being lied to about pirates

Some are clearly just gangsters. But others are trying to stop illegal dumping and trawling

By Johann Hari **

Who imagined that in 2009, the world's governments would be declaring a new War on Pirates? As you read this, the British Royal Navy - backed by the ships of more than two dozen nations, from the US to China - is sailing into Somalian waters to take on men we still picture as parrot-on-the-shoulder pantomime villains. They will soon be fighting Somalian ships and even chasing the pirates onto land, into one of the most broken countries on earth. But behind the arrr-me-hearties oddness of this tale, there is an untold scandal. The people our governments are labelling as "one of the great menaces of our times" have an extraordinary story to tell - and some justice on their side.

Pirates have never been quite who we think they are. In the "golden age of piracy" - from 1650 to 1730 - the idea of the pirate as the senseless, savage Bluebeard that lingers today was created by the British government in a great propaganda heave. Many ordinary people believed it was false: pirates were often saved from the gallows by supportive crowds. Why? What did they see that we can't? In his book *Villains Of All Nations*, the historian Marcus Rediker pores through the evidence. If you became a merchant or navy sailor then - plucked from the docks of London's East End, young and hungry - you ended up in a floating wooden Hell. You worked all hours on a cramped, half-starved ship, and if you slacked off, the all-powerful captain would whip you with the Cat O' Nine Tails. If you slacked often, you could be thrown overboard. And at the end of months or years of this, you were often cheated of your wages.

Pirates were the first people to rebel against this world. They mutinied - and created a different way of working on the seas. Once they had a ship, the pirates elected their captains, and made all their decisions collectively, without torture. They shared their bounty out in what Rediker calls "one of the most egalitarian plans for the disposition of resources to be found anywhere in the eighteenth century".

They even took in escaped African slaves and lived with them as equals. The pirates showed "quite clearly - and subversively - that ships did not have to be run in the brutal and oppressive ways of the merchant service and the Royal Navy." This is why they were romantic heroes, despite being unproductive thieves.

The words of one pirate from that lost age, a young British man called William Scott, should echo into this new age of piracy. Just before he was hanged in Charleston, South Carolina, he said: "What I did was to keep me from perishing. I was forced to go a-pirateing to live." In 1991, the government of Somalia collapsed. Its nine million people have been teetering on starvation ever since - and the ugliest forces in the Western world have seen this as a great opportunity to steal the country's food supply and dump our nuclear waste in their seas.

Yes: nuclear waste. As soon as the government was gone, mysterious European ships started appearing off the coast of Somalia, dumping vast barrels into the ocean. The coastal population began to sicken. At first they suffered strange rashes, nausea and malformed babies. Then, after the 2005 tsunami, hundreds of the dumped and leaking barrels washed up on shore. People began to suffer from radiation sickness, and more than 300 died.

Ahmedou Ould-Abdallah, the UN envoy to Somalia, tells me: "Somebody is dumping nuclear material here. There is also lead, and heavy metals such as cadmium and mercury - you name it." Much of it can be traced back to European hospitals and factories, who seem to be passing it on to the Italian mafia to "dispose" of cheaply. When I asked Mr Ould-Abdallah what European governments were doing about it, he said with a sigh: "Nothing. There has been no clean-up, no compensation, and no prevention."

At the same time, other European ships have been looting Somalia's seas of their greatest resource: seafood. We have destroyed our own fish stocks by overexploitation - and now we have moved on to theirs. More than \$300m-worth of tuna, shrimp, and lobster are being stolen every year by illegal trawlers. The local fishermen are now starving. Mohammed Hussein, a fisherman in the town of Marka 100km south of Mogadishu, told Reuters: "If nothing is done, there soon won't be much fish left in our coastal waters."

This is the context in which the "pirates" have emerged. Somalian fishermen took speedboats to try to dissuade the dumpers and trawlers, or at least levy a "tax" on them. They call themselves the Volunteer Coastguard of Somalia - and ordinary Somalis agree. The independent Somalian news site WardheerNews found 70 per cent "strongly supported the piracy as a form of national defence".

No, this doesn't make hostage-taking justifiable, and yes, some are clearly just gangsters - especially those who have held up World Food Programme supplies. But in a telephone interview, one of the pirate leaders, Sugule Ali: "We don't consider ourselves sea bandits. We consider sea bandits [to be] those who illegally fish and dump in our seas." William Scott would understand. Did we expect starving Somalians to stand passively on their beaches, paddling in our toxic waste, and watch us snatch their fish to eat in restaurants in London and Paris and Rome? We won't act on those crimes - the only sane solution to this problem - but when some of the fishermen responded by disrupting the transit-corridor for 20 per cent of the world's oil supply, we swiftly send in the gunboats.

The story of the 2009 war on piracy was best summarised by another pirate, who lived and died in the fourth century BC. He was captured and brought to Alexander the Great, who demanded to know "what he meant by keeping possession of the sea." The pirate smiled, and responded: "What you mean by seizing the whole earth; but because I do it with a petty ship, I am called a

robber, while you, who do it with a great fleet, are called emperor." Once again, our great imperial fleets sail - but who is the robber?

Quelle: Independent [UK]; Monday, 5 January 2009

Piraten in Somalia

"Früher waren wir ehrliche Fischer"

Erst wehrten sie sich nur gegen fremde Fangflotten in ihren Gewässern, dann wurde aus dem Widerstand ein Millionengeschäft. In Somalia gelten die Piraten als Volkshelden. Die ganze Küste profitiert von ihrem plötzlichen Reichtum.

Von Tilman Müller, Manon Querouil, Joachim Rienhardt

Ein paar herrenlose Kamele sind in der kargen Steinwüste zu sehen. Ab und zu bewaffnete Gestalten am Rande der holperigen Piste. Nach stundenlangem Fahrt durch das Niemandsland taucht in der Ferne blassgrün der Indische Ozean auf. Und etwas später, in der flirrenden Mittagshitze, sind die Umrisse großer Frachtschiffe auf dem Meer erkennbar. Am Strand, nicht weit vom somalischen Küstenort Hobyo, wartet ein Kleinlaster. Auf der Ladefläche dunkelhäutige Männer mit Maschinengewehren und umgeschnallten Patronengürteln. Ihr Anführer hat ein altes Sweatshirt wie einen Turban um seinen Kopf gewickelt, an seiner Schulter hängt eine verrostete Panzerfaust des Typs RPG-7. Er heißt Abdullah Hassan und ist 39 Jahre alt. "Früher waren wir ehrliche Fischer, aber seit Fremde unsere Meere leer fischen, müssen wir nach anderen Wegen suchen, um zu überleben", sagt der Mann. Er ist Chef einer Bande, die sich "Küstenwache" nennt und aus 350 ehemaligen Fischern und Milizsoldaten besteht.

Hassan blickt stolz hinaus aufs Meer. Von hier aus ist deutlich der ukrainische Frachter "Faina" zu sehen, den er gemeinsam mit einer anderen Piratenbande auf hoher See gekapert und an diesen verlassenem Küstenort am Horn von Afrika dirigiert hat. "Das Geheimnis eines erfolgreichen Überfalls", sagt er, "ist die Geschwindigkeit." Bei ihm gehe immer alles ohne Blutvergießen ab. Das sei Ehrensache für alle Piraten Somalias. Nur wenige Seemeilen von der "Faina" entfernt liegt der Supertanker "Sirius Star". 330 Meter lang, beladen mit Rohöl im Wert von 100 Millionen Dollar, die wertvollste Beute, die Seeräuber seit Menschengedenken gemacht haben. Sie fordern 15 Millionen Dollar Lösegeld für das erst im März vom Stapel gelaufene Riesenschiff. Die Entführung der "Sirius Star" ist weltweit zum Symbol einer bislang ungeahnten Gefahr durch See-Terroristen geworden. Sie bedrohen die wichtigste, durch den Suezkanal führende Handelsroute zwischen Asien und dem Westen, blockieren lebensnotwendige Hilfslieferungen an Hungernde in Afrika und drohen sogar damit, den Tanker zu sprengen und eine Ökokatastrophe ungekannten Ausmaßes anzurichten.

Der Wohlstand ist ausgebrochen

Auf der mit jährlich mehr als 16.000 Schiffen befahrenen Wasserstraße im Golf von Aden wurden dieses Jahr schon 95 Überfälle registriert, dreimal so viele wie 2007. Dabei brachten die Piraten 39 Schiffe in ihre Gewalt und erpressten insgesamt etwa 150 Millionen Dollar Lösegeld. Derzeit halten

sie außer der "Sirius Star" noch mindestens 15 weitere Schiffe mit insgesamt 340 Mann Besatzung als Faustpfand. Die internationale Staatengemeinschaft ist alarmiert. Der UN-Sicherheitsrat in New York ordnete Sanktionen an. Es tagen Krisenstäbe in Berlin und Brüssel. Dort wird gerade ein EU-Aktionsplan für die "Operation Atalanta" erarbeitet. Die maritime Militäraktion soll vom 8. Dezember an die Sicherheit der Seefahrt gewährleisten. Die Fregatte "Karlsruhe" der Bundesmarine wartet bereits im Roten Meer auf den Befehl zum Einsatz am Horn von Afrika.

Zur Welthauptstadt der Piraterie hat sich das 300 Kilometer nördlich von Hobyo gelegene ehemalige Fischerdorf Eyl entwickelt. In dem 7000-Einwohner-Ort, in dem mächtige Palmen neben halb verfallenen Hütten stehen und überall Schafe umhertrotten, ist neuerdings der Wohlstand ausgebrochen. Früher verirrte sich kaum ein Auto hierher. Nun parken chromblitzende Landcruiser vor kleinen Palästen mit Swimmingpools. In den Gärten brummen Dieselgeneratoren, es wird viel gefeiert. An der gesamten, nördlich von Mogadischu gelegenen "Piratenküste" Somalias nehmen sich Männer, die aussehen wie Manager, neuerdings Zweit- und Drittfrauen. Bei den rauschenden Hochzeitsfesten folgen dem Brautpaar schon mal Konvois mit 150 Autos; nächtelang wird anschließend gespeist und getrunken, es spielen Combos auf, die eigens aus Dubai eingeflogen werden.

In Eyl, vor dessen Küste die meisten der derzeit 16 gekaperten Schiffe liegen, wiederholt sich immer häufiger das gleiche Ritual: Sobald sich wieder ein entführtes Schiff den Gestaden nähert, stürmt nahezu die gesamte männliche Bevölkerung Richtung Strand. Jeder will sich seinen Teil an dem Geschäft sichern: Die jungen Kerle, die an Bord die Geiseln bewachen. Die Restaurantbesitzer, die das Catering übernehmen. Und natürlich die Männer in den weißen Hemden und den dunklen Anzügen, die mit modernsten Satellitendieseln und Laptops ausgerüstet sind und mit den Schiffseignern um die Höhe des Lösegelds pokern.

"Wir wollen ja niemanden töten"

"Uns geht es nur um das Geld", sagt Sugule Ali, derzeit der bekannteste Sprecher der somalischen Piraten. "Wir sind keine Seeräuber, sondern Küstenwächter. Piraten sind für uns diejenigen, die illegal unser Meer leer fischen, ihren Müll hier verklappen und Waffen durch unsere Gewässer transportieren." Öffentliche Auftritte scheut der eloquente Freibeuter. Er zeigt sich nicht, kommuniziert lieber über Satellitentelefone. Sugule Ali spricht für eine Gruppe, die sich "Küstenwache der Zentralregion" nennt. Ein knappes Dutzend solcher Banden mit insgesamt etwa 1500 Mann soll es in Somalia geben. Ihre Namen lauten "Somalia Marines", "National Volunteer Coast Guard" oder "Puntland Group". Alis Gruppe war auch beteiligt an der Entführung des ukrainischen Frachters "Faina", der nach Kenia unterwegs war. Mit 33 Panzern vom Typ T 72, 150 Raketenwerfern, sechs Boden-Luft-Raketen sowie Tausenden von Artilleriegranaten - offenbar Nachschub für den Bürgerkrieg im Sudan. "Faina"-Kapitän Wladimir Kolobkow starb kurz nach dem Überfall, wie es heißt

an Herzversagen. Die Leiche verwahren die Somalier in einem Kühlfach. Seine Angehörigen sollen ihn später einmal mit Würde bestatten können. Die Waffen von dem Frachter zu entladen komme nicht infrage. "Wir wollen ja niemanden töten", beteuert der Sprecher, "unser Land leidet schon genug unter der Zerstörung und den vielen Waffen. Wir wollen unsere Küste schützen und weiteres Leid verhindern." Begonnen haben die See-Gangster als kleine Selbsthilfegruppen. Vor knapp 20 Jahren, als in Somalia die staatliche Ordnung zusammenbrach, tauchten Fangflotten aus aller Herren Länder auf und bedienten sich ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz in den somalischen Hoheitsgewässern.

"Nachts sah es draußen auf dem Meer aus, als schwämme da die Skyline von Manhattan", sagt ein einheimischer Fischereiexperte. Hell erleuchtet und mit riesigen Schleppnetzen ausgerüstet hätten die Kutter die Fischgründe geplündert und mit schwerem Gerät auf die Korallenbänke eingehämmert, um Krustentiere aufzuscheuchen. Wie Donner hallte der Krach übers Wasser. "Mit fetter Beute" seien Schiffe aus Norwegen und "sogar aus dem fernen Japan" davongefahren, die Fischer aus Eyl oder Hobyo hingegen seien immer öfter mit leeren Netzen zurückgekommen. Widerstand leisteten anfangs einfache Fischer. Mit Kalaschnikows aus den Arsenalen der einstigen Sowjetunion fuhren sie hinaus, beschlagnahmten Kutter der Eindringlinge und kassierten zu ihrer eigenen Überraschung meist relativ problemlos bis zu 500.000 Dollar Lösegeld. Eine ebenso lukrative wie ausbaufähige Geschäftsidee war geboren, die bald hungrige Milizionäre und zwielichtige Figuren aus dem ganzen Land anzog. Manche verkauften Fischfanglizenzen gegen stattliche Summen, andere erpressten Bares mit vorgehaltener Waffe. Heute noch sprechen die Piraten nicht von Lösegeld, sondern von "Gebühren". Doch inzwischen ist die Piraterie die einträglichste Wirtschaftsbranche in dem von Bürgerkrieg und Clankämpfen hoffnungslos heruntergewirtschafteten Land.

Business der Piraten läuft auf Hochtouren

In Harardere, 100 Kilometer südlich von Hobyo, holt ein älterer Chefpirat in einem Hinterzimmer Geldbündel aus einer zusammengenagelten Holzkiste, die vollgestopft ist mit schätzungsweise einer Million Dollar. "Wer draußen mit beim Entern war, bekommt 30.000", sagt einer aus der Gruppe, Einer, der wegen Missachtung eines Befehls 5000 abgezogen bekommt, flucht: "Das ist illegal." Der Alte gibt zurück: "Selbst die 15.000, die du kriegst, sind illegal, ist doch alles geklaut." Die üppig Entlohten werden von Prostituierten umgarnt. "Für eine Nacht habe ich schon mal 1000 Dollar von einem Piraten bekommen", sagt eine von ihnen, "die Chefs rücken 3000 raus." Auch die Khat-Händler machen ein gutes Geschäft. In großen Büscheln bieten sie die pflanzliche Aufputschdroge feil. Die Piraten stopfen sich die Blätter in die Backen und genießen sie dann wie Kautabak. Die spendable Kundschaft ist auch bei anderen Kaufleuten bestens angesehen. Wer Schiffe kapert, gilt am Horn von Afrika als Volksheld wie einst Robin Hood in England. "Wir geben ihnen Proviant, Medizin, Kleider und Benzin", sagt ein Händler, "und sie bezahlen alles, sobald sie

das Lösegeld bekommen." Das Business der Piraten läuft auf Hochtouren. Sie haben genügend Cash und investieren ständig in neue Boote, Navigations- oder Radargeräte. Gegen ihre Taktik der temporeichen Überfälle sind die Riesenfrachter, die sich mit einer Geschwindigkeit von gerade mal 15 Knoten durch die Weltmeere bewegen, meist chancenlos. Die Turboboote der Kidnapper sind mindestens doppelt so schnell. Sie nähern sich meist in tiefer Nacht. Manchmal von hinten, im Radschatten der Schornsteine, wo sie der kreisende Ortungsstrahl der Frachter nicht erfasst. Kommen sie von vorn, dann meist mit zwei Booten, zwischen denen ein langes Seil gespannt ist. Wenn der Bug der schwerfälligen Kolosse das Tau erfasst, zieht es die Angreifer automatisch längsseits. Blitzschnell werfen sie ihre Enterhaken aus, hangeln sich an Seilen oder Strickleitern an Deck, die Gewehre über der Schulter. Sind sie erst einmal an Bord, kann sich die Besatzung nur noch ergeben.

Die Forderungen sind knallhart

"Die Banditen werden von Marineexperten dirigiert und erhalten genaueste Informationen", sagt Muin Muchtar, ein ehemaliger Kapitän der ägyptischen Handelsmarine, der mehrfach Opfer solcher Überfälle war und inzwischen als Berater großer Reedereien in Abu Dhabi arbeitet. Die heutige Piraterie funktioniert wie ein mafiöses Netzwerk. Die eigentlichen Chefs sitzen oft in London, Daresalam oder Dubai und verfügen über genaue Kenntnisse der Routen und Hafentermine potenzieller Beuteschiffe; sie kümmern sich auch um die Logistik und den Nachschub von neuestem High-tech-Gerät. Es ist wohl kein Zufall, dass den Piraten nun mit der saudischen "Sirius Star" auf hoher See - 800 Kilometer vor der Küste Kenias - ein Tanker der Königsklasse in die Hände fiel. Die Forderungen der globalisierten Freibeuter sind knallhart. "Die Saudis haben zehn Tage Zeit, Wer am Ufer aufpasst, bekommt 20.000 Dollar sonst greifen wir zu Maßnahmen, die katastrophal sein können", lässt ein Piratensprecher per Telefon über die Nachrichtenagentur AFP ausrichten und droht so indirekt eine Sprengung des Tankers an. Mit vagen Versprechungen oder gar Falschgeld lassen sich die selbst ernannten Küstenwächter nicht abspesen. "Wir haben Geldzählmaschinen", lassen sie über den Fernsehkanal al-Jazeera verlauten. Üblicherweise nehmen sie die Dollarscheine in wasserdichten Koffern entgegen, die in Booten herbeigeschafft oder in Leinensäcke verpackt von Hubschraubern direkt über den gekaperten Schiffen abgeworfen werden.

Anarchie und Elend in Somalia

Die Gangster wissen auch, dass sie direkt nach Erhalt des Lösegeldes mit besonderer Vorsicht operieren müssen. Kapitän Colin Darch, der am 1. Februar mit der "Svitzer Korsakov" entführt wurde, hat das am eigenen Leib erfahren. Nach 47 Tagen zäher Verhandlungen und nachdem 678.000 Dollar Lösegeld in bar an Bord gelandet waren, dachte Darch, er sei endlich frei. "Doch an der Stelle, wo wir ankerten, war es den Kidnappern zu gefährlich, von Bord zu gehen", sagt der

70-Jährige. "Wir mussten die Banditen an der Küste noch ein gutes Stück weiter in Richtung Norden mitnehmen, wo sie sich mit ihrer Beute an Land trauten." Anarchie und Elend herrschen in Somalia schon seit 1991. Damals stürzte Diktator Siad Barre, ein langjähriger Vasall Moskaus. Seither richten immer neue Bürgerkriege zwischen rivalisierenden Warlords und Stammesgesellschaften das von Dürre und Hungersnöten geplagte Land mehr und mehr zugrunde. Es gibt keinerlei staatliche Ordnung, keine funktionierende Polizei oder Justiz. Somaliland im Norden erklärte sich ebenso für unabhängig wie das im Nordosten gelegene Puntland - die Hochburg der Piraten. Somalia ist ein "failed state". Ein gescheiterter, kaputter Staat, in dem nahezu jeder Mann eine Waffe trägt und in dessen Gewässern das Geschäft der Piraten floriert wie in Afghanistan der Opiumhandel. Nur kurze Zeit schien es, als könne den Piraten das Handwerk gelegt werden.

Mehr als eine Million sind auf der Flucht

Islamische Hardliner, deren Al-Schabab-Milizen enge Verbindungen zu den Terroristen der al-Qaida pflegen, brachten das Land 2006 für ein halbes Jahr weitgehend unter Kontrolle. Doch als Ende 2006 Truppen aus dem Nachbarland Äthiopien mit Unterstützung der Amerikaner einmarschierten, war die Macht der Islamisten wieder gebrochen. Ausländische Journalisten können sich derzeit überall im Land nur mit bewaffneter Eskorte bewegen. Die französische Fotografin Véronique de Viguerie, die mit der Reporterin Manon Quéroutil für den stern Ende Oktober in Puntland unterwegs war, hatte 20 Bewaffnete als Begleitschutz. Allein seit dem vergangenen Jahr sind bei Schießereien 10.000 Menschen gestorben, mehr als eine Million sind auf der Flucht. Seit Januar stieg die Zahl der Somalis, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, um 77 Prozent auf 3,2 Millionen - mehr als ein Drittel der Bevölkerung.

Der Westen interessierte sich zunächst wenig für die Probleme des ostafrikanischen Elendsstaats. Nun, da der Welthandel ernsthaft gestört ist, melden sich die Mahner: Frieden auf hoher See könne es nur geben, wenn in Somalia eine staatliche Ordnung zumindest in Ansätzen hergestellt würde. Bislang aber sind alle Versuche gescheitert. Im Jahr 1992 landeten US-Truppen im Rahmen der Mission "Restore Hope" an der Küste nahe Mogadischu. Wenig später mussten die Amerikaner an den Fernsehschirmen miterleben, wie die Leichen zweier Soldaten von triumphierenden Somalis durch die Straßen der Hauptstadt geschleift wurden. Die GIs zogen ab. Auch die Bundeswehr brach damals ihren Somalia-Einsatz ab. Die deutschen Soldaten befürchteten ein ähnliches Schicksal.

"Militärische Präsenz hat nachhaltig abschreckende Wirkung"

Seit der Entführung der "Sirius Star" meiden viele Reedereien die Gewässer vor der 3000 Kilometer langen somalischen Küste. Zu unwägbar sind die Gefahren. Zu hoch die Versicherungskosten, die sich allein in diesem Jahr verzehnfacht haben. Statt durch den Suezkanal zu fahren, weichen

die Schiffe auf die Route um das Kap der Guten Hoffnung aus, obwohl sich die Mehrkosten für die um zwei Wochen längere Fahrt auf bis zu 500.000 Euro belaufen. Deutsche Experten wie der Jurist Michael Stehr vom "Marineforum" in Bonn prognostizieren eine düstere Zukunft: "Die Piraten haben längst nicht das letzte Brikett in den Ofen geworfen." Im selbst ernannten Ministaat Galmudug haben sich die kriminellen Seefahrer in den vergangenen Wochen eine weitere Basis aufgebaut. Lastwagen, beladen mit brandneuen Schnellbooten, holpern dort Richtung Meer. Der Präsident von Galmudug, Mohammad Warsamé, sitzt in seiner Hauptstadt Galcayo hinter einem riesigen Schreibtisch und zuckt mit den Achseln. Ja, sagt er, die Piraten seien derzeit unantastbar. Von seinen 40 Polizisten, die gerade mal 100 Dollar im Monat verdienen, scheint er selbst nicht viel zu erwarten. Die Nato-Seeleute, die seit einem Jahr im Golf von Aden patrouillieren, bezeichnet er als einen "Haufen amateurhafter Touristen". Ihre Nachgiebigkeit gegenüber den Erpressungen der Piraten stärke nur die Entführungsindustrie. Die Lösung sei ganz einfach, glaubt der frustrierte Präsident: Man müsse nur die bereits seit zwei Monaten festgehaltene "Faina" und ihre kostbare Ladung in die Luft sprengen. Den Tod der Mannschaft an Bord kalkuliert er dabei ein. "Ein unvermeidlicher Kollateralschaden", meint der Präsident, "das gehört zu jedem Krieg." Die "Amateure", von denen der Wüstenfürst spricht, kreuzen derzeit auf UN-Mission mit vier Schiffen im Golf von Aden, um Schiffe mit Hilfslieferungen für Afrika zu schützen. In wenigen Tagen stößt noch ein eilig zusammengestelltes EU-Kontingent mit acht Kriegsschiffen dazu, darunter die "Karlsruhe" der Bundesmarine. Erst vergangene Woche kamen die Deutschen zwei angegriffenen Frachtern zu Hilfe. "Die Seeräuber haben sofort die Flucht ergriffen", berichtet Ralf Kuchler, der erste Offizier, "militärische Präsenz hat nachhaltig abschreckende Wirkung."

Mehr Selbstschutz auf Schiffen

Dienstag vergangener Woche gelang es der indischen Marine, ein Mutterschiff der Piraten nahe der jemenitischen Küste zu versenken. Doch das Operationsgebiet der Piraten ist inzwischen so groß wie das Mittelmeer, die Kriegsschiffe verlieren sich darin. Hochrangige Militärs raten Reedern deshalb zu mehr Selbstschutz. Auf manchen Schiffen sind Hochdruckstrahler installiert, die enternde Piraten ins Meer zurückspülen sollen. Oder Lärmkanonen, die Angreifern in einem Radius von 400 Metern unerträgliche Kopfschmerzen bereiten. Stacheldraht für die Reling ist inzwischen gängige Praxis. Der neueste Trick der Kapitäne: Sie lassen die Bordwände mit Schmierfett bestreichen. Damit die Piraten beim Entern den Halt verlieren.

Quelle: 2010 stern.de - 7. Dezember 2008

6. Das Dorf der Zukunft

Mimmos Utopia

Global Village: Wie ein kalabrischer Bürgermeister Hunderte Bootsflüchtlinge rettete und sein Dorf dazu

Von Juliane von Mittelstaedt

Es begann alles mit einem Boot. Einem Boot voller Kurden, weswegen sie ihn jetzt Mimmo nennen, "Mimmo, den Kurden". Domenico Lucano, ein Mann von 51 Jahren, ist Bürgermeister des Dorfes Riace, ein Hühnerauge an der Fußsohle Kalabriens, drei Kirchen, zwei Schutzheilige, Schafe an den Bergwänden, Mandarinenbäume in den Tälern.

Aber das auch: Città Futura, Zukunftsstadt. Ein Ort, der fast tot war, weil die Menschen fortliefen, nach Mailand, Turin, Genua, nach Deutschland und Amerika. Keine Bar, kein Restaurant, keine Metzgerei mehr, keine Kinder in der Schule. Bis Domenico Lucano beschloss, sein Dorf wiederzubeleben: mit Einwanderern aus Somalia, Eritrea, Afghanistan, aus Bosnien, dem Irak und dem Libanon.

Das Boot kam vor zwölf Jahren, am 1. Juli 1998. Domenico Lucano, Lehrer noch damals, fuhr die Küstenstraße entlang, als er die Menschen aus dem Wasser waten sah, 300 Frauen und Männer, ein paar Kinder, kurdische Flüchtlinge allesamt, gestrandet vor seinem Heimatdorf. Genau dort, wo Jahre zuvor zwei Bronzestatuen im Meer gefunden worden waren, der Schatz von Riace. Für Lucano war es ein Zeichen. "Der Wind hat uns eine besondere Fracht gebracht, und wer sind wir, dass wir sie abweisen?" Die Griechen waren einst über das Meer nach Kalabrien gekommen, dann die Araber und die Normannen, jetzt kamen die Flüchtlinge.

Domenico Lucano bat die Kurden in sein Dorf, ihnen folgten mehr Flüchtlinge, Treibgut der Kriege und des Elends weltweit. Lucano beschloss, einen Ort zu schaffen, an dem Flüchtlinge und Einheimische gemeinsam arbeiten und leben. Ein globales Dorf, in der ärmsten Gegend einer der ärmsten Regionen Italiens, einem Landstrich der gescheiterten Träume, gegossen in Beton. Er gründete einen Verein und gab ihm einen großen Namen: Città Futura.

Europa schrumpft, in Italien kommen so wenig Kinder auf die Welt wie kaum irgendwo auf dem Kontinent, und Domenico Lucano glaubt, dass er vielleicht ein Rezept dafür gefunden hat, wie man dieses Europa wieder zum Wachsen bringen kann. Man kann Flüchtlinge ansiedeln, wo sonst niemand mehr leben will. Wo die Bevölkerung schwindet, schwindet auch die Angst vor Übervölkerung.

Sein Büro richtete Lucano ein im Palazzo Pinnarò, ein edler Name für ein einfaches Haus, und obwohl er seit sechs Jahren Bürgermeister ist, sitzt Lucano noch immer dort, an seinem abgewetzten Holzschreibtisch, um ihn herum Weltkarten, ein Che in Pastell und ein Poster mexikanischer Zapatisten. Ein kleiner Mann mit großen Träumen und einem Lieblingswort: Utopia. Er ist in keiner Partei, und so trat er bei den Wahlen an mit nichts als einer einfachen Idee: Die Ärmsten sollen Riace retten, und dafür würde Riace sie retten. Die Leute wählten ihn.

Seitdem bringt Lucano Flüchtlinge in den leerstehenden Häusern im mittelalterlichen Stadtzentrum unter, sie dürfen umsonst wohnen, auch Essen und Strom sind gratis. Dafür müssen sie Italienisch lernen und arbeiten, die Frauen fertigen Kunsthandwerk, die Männer renovieren Häuser, die an Touristen vermietet werden.

Helen aus Äthiopien, schwanger im achten Monat, als sie über das Meer fuhr, webt kalabrische Stoffe aus feiner Wolle. Mohammed aus dem Irak, verfolgt von den Mahdi-Milizen, grillt Kebab und hilft auf dem Bau. Shukri, eine zierliche Somalierin, die 23 ist, aussieht wie 13, aber zwei Kinder hat, bläst Schmetterlinge aus Glas.

1600 Riacesi leben im Dorf und 220 Immigranten, und der Bürgermeister hofft, dass es eines Tages wieder 3000 Menschen sind, so wie früher. Die neuen Bewohner eröffnen Geschäfte, ihre Kinder füllen die Schule, Touristen kommen, um einzukaufen. "Der Ort, aus dem die Menschen einst weggingen, ist nun ein Ort der Ankunft", sagt Lucano, er ist stolz.

Erst vor ein paar Wochen protestierten im nahen Rosarno die afrikanischen Obstpflücker, Tageslohn 25 Euro, die Dorfbewohner schossen und schlugen zurück. Weil Lucano danach im Fernsehen sagte, wer wolle, könne nach Riace kommen, stehen an diesem Tag drei Männer aus Guinea in der Tür, Jungen fast noch, einer mit einer Schusswunde an der Hüfte. Lucano erklärt ihnen die Regeln: zwei Euro Taschengeld am Tag, dazu 500 Euro für einen Monat Arbeit. Die Jungen nicken benommen, sie können es noch nicht so recht glauben.

Es klingt ja auch zu gut. Aber es scheint zu funktionieren. Lucano hat die Alten im Dorf überzeugt, die Angst hatten vor den Fremden, und die Jungen, die um ihre Jobs fürchteten. Inzwischen ist Città Futura der größte Arbeitgeber im Ort, für Flüchtlinge und Einheimische.

Nur der kalabrischen Mafia gefällt nicht, dass sie in Riace nichts mehr zu sagen hat und nichts zu kassieren. Sie ließ Lucanos drei Hunde vergiften und zwei Kugeln in die Tür der Taverne "Donna Rosa" feuern. Ein Kompliment, sagt Lucano. Das bedeute, er habe alles richtig gemacht. Zwei

Nachbardörfer übernahmen das Konzept von Lucano, die Regierung von Kalabrien erließ ein Gesetz, damit bald noch mehr Dörfer folgen. Politiker pilgerten nach Riace, im vergangenen Herbst kam dann auch noch Wim Wenders, der Filmemacher.

Eigentlich wollte er einen Film über Bootsflüchtlinge machen, aber es wurde vor allem einer über Riace und seine neuen Bewohner, in 3-D, halb Dokumentation, halb Hollywood, 27 Minuten lang. "Il Volo" heißt er, der Flug. Kurz darauf hielt Wim Wenders eine Rede in Berlin, der 20. Jahrestag des Mauerfalls war gerade vorbei. Er sagte: "Die wahre Utopie ist nicht der Fall der Mauer, sondern das, was in Kalabrien erreicht worden ist, in Riace."

Domenico Lucano hat den Satz auf seine Neujahrskarten drucken lassen, er hat ihn in die Welt verschickt, er hofft, dass sich das Wunder von Riace verbreitet.

Quelle: SPIEGEL Online

Das Dorf der Zukunft

Im kalabrischen Riace finden Flüchtlinge Heimat

Riace in Kalabrien geht einen anderen Weg als das restliche Europa. Während Kriegsschiffe im Mittelmeer patrouillieren, Zäune gegen Flüchtlinge aus Afrika am Mittelmeer hochgezogen werden und die Politik Immigranten als Feindbild Nummer eins entdeckt, hat der Bürgermeister von Riace, Domenico Lucano, sein Dorf zur Heimat der Flüchtlinge erklärt.

<http://www.3sat.de/dynamic/sitegen/bin/sitegen.php?tab=2&source=/kulturzeit/themen/142221/index.html>

Der Beitrag dauert 6:15 min

7. Migranten und Flüchtlinge in den Medien

Rassismus in der Presse

Schlagzeilen in der Presse können tatsächlich ziemliche Schlag-Kraft entfalten. Zwar bestimmen die Medien nicht die Welt, sie haben aber durchaus bedeutenden Einfluss auf vorherrschende Denkweisen. Zum einen werden bestehende Meinungen durch Aufgreifen und Wiederholen weiter verbreitet und verfestigt. Gleichzeitig wird aber auch gewissermaßen Meinung „gemacht“: Durch die Auswahl der Themen, Entscheidungen über die (Nicht-)Einstellung von Personen (der Anteil migrantischer JournalistInnen ist verschwindend gering) sowie durch die Art und Weise der Berichterstattung.

Gerade Flüchtlinge werden oft auf eine Art und Weise bezeichnet, die sie als Bedrohung darstellt. Begriffe und Formulierungen wie „Asylantenflut“, „Flüchtlingsströme“, oder „das Boot ist voll“ rufen Assoziationen zu Naturkatastrophen hervor. Flüchtlinge werden dadurch nicht mehr als einzelne Menschen dargestellt, sondern nur noch als gefährliche „Masse“. Dass dann andererseits von „abschotten“ und „eindämmen“ geredet wird, liegt in dieser Logik nahe und wird mit diesen Begriffen gleichermaßen als selbstverständliche Notwendigkeit gerechtfertigt.

So ist es kein Zufall, dass diese Art der Berichterstattung verstärkt Anfang der 90er Jahre zu beobachten war, also kurz vor der drastischen Beschneidung des Asylrechts. In der aktuellen Situation, in der die Möglichkeiten für Flüchtlinge, in die BRD zu gelangen, extrem verringert worden sind und darum weniger Menschen einwandern, gibt es verstärkt Bilder und Formulierungen, die sich weniger auf „zu viel“ als auf „zu fremd“ beziehen. Diese vermeintliche „Fremdheit“ durch eine andere „Kultur“ (oft auch Religion, hier insbesondere der Islam) wird aber ebenso als Bedrohung dargestellt, indem von „Überfremdung“ gesprochen wird. Titelblätter wie das vom Spiegel (14.4.97), das mit „gefährlich fremd“ überschrieben war, sind ein Beispiel für diese Art der Berichterstattung.

Ein weiterer Bereich der Medienberichterstattung der negative Darstellungen von Flüchtlingen und MigrantInnen vermittelt, sind Berichte über die sogenannte „Ausländerkriminalität“. Die Bezeichnung, wie auch die in den Berichten verwendeten Begriffe wie „Rumänen-Mafia“, „Türkenbanden“ etc., suggerieren, dass die Kriminalität in direkter Weise etwas mit der Nationalität zu tun habe – während Kategorien wie „Deutschenkriminalität“ oder „weiße Dealer“ nicht auftauchen. Dadurch wird der Eindruck erweckt, „AusländerInnen“ seien in stärkerem Maße kriminell – eine Unterstellung, die durch die Hinzunahme von Statistiken noch untermauert werden soll.

Insgesamt tauchen Flüchtlinge und MigrantInnen in den Medien vor allem im Zusammenhang mit Problemen auf – für die sie dann meist auch verantwortlich gemacht werden. Wird über Rassismus berichtet, dann hauptsächlich im Kontext von gewalttätigen Übergriffen; Berichte über alltägliche Rassismus-Erfahrungen von MigrantInnen finden sich selten. Teilweise werden stattdessen dieje-

nigen, die sich rassistisch geäußert haben, als Tabu-BrecherInnen gelobt, Rassismus also verleugnet und ins Gegenteil verkehrt.

Auch „Positiv-Berichte“ über einzelne „integrierte“ MigrantInnen dienen oft dazu, das Problem des Rassismus herunterzuspielen, indem der Beschreibung über die freundlichen deutschen NachbarInnen etc. großer Raum zukommt. Zudem sind diese Artikel häufig in einer Art geschrieben, die bestehende Klischees und Stereotype ungebrochen bedient, und die dargestellten Personen als Besonderheit statt als selbstverständlichen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens darstellt. Alle diese Mittel und Methoden finden sich keineswegs nur in der Boulevardpresse wieder, sondern ebenso – mal mehr, mal weniger in unterschiedlich offener oder subtiler Weise – in der sogenannten seriösen und liberalen Presse.

Das macht deutlich, wie sehr die meisten rassistischen Bilder und Vorstellungen einem breiten gesellschaftlichen Konsens entsprechen – zu dessen Aufrechterhaltung die Medienberichterstattung einen Beitrag liefert.

Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit · DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. ·

Quelle: www.baustein.dgb-bwt.de

Zuwanderer im Zerrspiegel der Medien

Migrationsberichterstattung als Stimmungsmache

Von Christoph Butterwegge

Seit den Terroranschlägen vom 11. September schlagen die Medien gegenüber Migranten schärfere Töne an. Alte Vorurteile und neue Zerrbilder haben Konjunktur. Beobachtungen aus der Mitte der deutschen Gesellschaft von Christoph Butterwegge

Über die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer berichten deutsche Massenmedien ähnlich wie über das Ausland – nämlich nur im Ausnahmefall, der möglichst spektakulär sein und katastrophische Züge tragen sollte.

Meist werden Zuwanderer mit Chaos und Kriminalität in Verbindung gebracht: (Mafia-)Morden, (Banden-)Raub und (Asyl-)Betrug. Das angelsächsische Bonmot "Only bad news are good news" abwandelnd, kann man für deutsche Medien feststellen: Nur böse Ausländer sind gute Ausländer! Menschen, die zuwandern, werden von Journalisten nach zwei Kriterien beurteilt: einerseits nach ihrem Nutzen für die Deutschen beziehungsweise unseren "Wirtschaftsstandort", andererseits nach ihrer ethnischen Abstammung.

Migration erscheint als Bedrohung oder Bereicherung der Einheimischen, jedoch selten als Normalität in einer globalisierten Welt.

Während das Kapital in Sekundenbruchteilen alle Grenzen überwindet, bleibt Zuwanderung besonders aus ärmeren Ländern unerwünscht – außer bei hoch qualifizierten Experten oder jungen Familien, die als demografische Lückenbüßer fungieren.

Medien im Fahrwasser restriktiver Migrationspolitik

Überschriften wie "Wegen Überalterung und Facharbeitermangels: Deutschland braucht mehr Ausländer" (Süddeutsche Zeitung vom 26.6.2007) oder "Migranten gegen den Arbeitskräftemangel" (Die Welt vom 26.6.2007) lassen erkennen: Die Medien nehmen kaum Anstoß daran, wenn Zuwanderer nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit beurteilt werden, sondern unterstützen überwiegend die restriktive Migrationspolitik des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungs(begrenzungs)gesetzes.

"Ethnisierung" ist ein sozialer Exklusionsmechanismus, der Minderheiten schafft, diese fast immer negativ etikettiert und damit die Privilegien einer dominanten Mehrheit zementiert.

Je mehr im Zuge der Globalisierung das Thema Konkurrenz ins Zentrum zwischenstaatlicher und zwischenmenschlicher Beziehungen rückt, desto leichter lässt sich Kulturdifferenz politisch aufladen. Die Medien treiben diesen Ausgrenzungsprozess voran, indem sie als Motoren und Multiplikatoren der Ethnisierung wirken.

"Ausländerkriminalität" in der Berichterstattung

Das fängt schon bei der Wortwahl an. "Wanderungswellen", "Migrationsströme" und "Asylantenfluten" machen Angst. Ob der Fernsehmoderator von "Asylanten" oder "Flüchtlingen" spricht, ist ein wichtiger Unterschied.

Und wenn in der Kriminalitätsberichterstattung einer Lokalzeitung nichtdeutsche Täternamen ausgeschrieben werden, verfestigt sich der Eindruck, die „Ausländerkriminalität“ sei im Wachsen begriffen. Da muss die Schlagzeile gar nicht "Türken überfielen Tankstelle" lauten, um rassistische Stereotypen in den Köpfen zu verstärken.

Während die Vertreter ethnischer Minderheiten eher im Kollektiv auftauchen, werden Deutsche überwiegend als Einzeltäter dargestellt. Ein gutes Beispiel dafür lieferte die rheinische Boulevardzeitung Express am 21. Oktober 1999:

Ihr Aufmacher auf Seite 1 lautete: "Balkan-Bande hops genommen. Danke, Polizei! – Hunderte Einbrüche in und um Köln aufgeklärt". Hingegen war der Artikel „Burgenkönig vor Gericht: Wie oft hat er betrogen?“ vergleichsweise klein und stand erst auf Seite 28, obwohl es dabei um einen Schaden in Millionenhöhe ging.

Islamophobie nach dem 11. September 2001

Für die Migrationsberichterstattung stellten die Attentate auf das World Trade Center und das Pentagon eine Zäsur dar. Zumindest in Westdeutschland löst der arabische oder türkische Moslem seither den südeuropäischen "Gastarbeiter" und den schwarzen Asylbewerber als dominantes Ausländerstereotyp ab.

Gleichzeitig ist eine dreifache Modifikation der Migrationsberichterstattung feststellbar: Erstens verschränken sich der Migrations- und der Kriminalitätsdiskurs noch stärker als während der Asyldebatte 1991/92.

Zweitens wurde der Kriminalitätsdiskurs politisch-ideologisch aufgeladen, verschärfte sich zum Terrorismusdiskurs und durch die massenhafte Verbreitung der „Kulturkampf“-Metapher zu einem global angelegten Kriegsdiskurs.

Drittens kam es zur "Islamisierung" des Migrations- wie des Kriminalitätsdiskurses. Außenpolitisch spielten die EU-Beitrittspläne der Türkei, innenpolitisch das Kopftuch von Musliminnen, "Ehrenmorde" und Zwangsheiraten eine Schlüsselrolle.

Nunmehr verdunkelte sich nicht bloß das Islambild deutscher Medien, sondern feierte auch die Deutung der Weltpolitik als "Kampf der Kulturen" (Samuel P. Huntington) oder "Krieg der Zivilisationen" (Bassam Tibi) fröhliche Urständ. Die ZEIT brachte in ihrer Ausgabe vom 13. September 2001, welche ungewohnt reißerisch und in roten

Lettern Krieg gegen die USA verkündete, einen Leitartikel unter dem Titel "Die Zielscheibe: unsere Zivilisation. Terror total und global".

Chiffren für den Kulturkampf

Nach dem 11. September wurden Osama bin Laden und Al Qaida zu Chiffren, die einen "Kulturkampf" gegen die westliche Zivilisation symbolisieren. Terrorismus, Fundamentalismus und Islamismus avancierten in vielen Medien zu einer omnipräsenten Gefahr, der man gemeinsam mit US-Präsident George W. Bush in kriegerischer Manier entgegentrat.

Überwunden geglaubte Klischees beherrschten wieder die Titelseiten großer deutscher Nachrichtenmagazine. Erwähnt seien hier nur das stern-Titelbild vom 27. September 2001, auf dem ein dunkelhäutiger Mann mit Vollbart und Sonnenbrille zu sehen ist, in deren Gläsern sich die brennenden Türme des World Trade Center spiegeln, sowie das Titelbild eines Spiegel special (2/2003) zum Thema "Allahs blutiges Land. Der Islam und der Nahe Osten", das von verschleierten Musliminnen über einen bärtigen Fanatiker mit bluttriefendem Krummdolch bis zum flammenden Inferno über Juden alle Stereotype bedient.

Auch der vorübergehend liberalere Zeitgeist in der Migrationspolitik wandelte sich wieder, weil "Schläfer" nach dem 11. September das Zerrbild der muslimischen Migranten bestimmten.

Zuwanderer wurden fortan noch stärker mit Kriminalität, Irrationalität, Rückständigkeit, religiösem Fundamentalismus und ideologischem Fanatismus in Verbindung gebracht.

Noch lange nach den Attentaten dominierten in deutschen Massenmedien die Bilder der brennenden Zwillingstürme, militärische Metaphern und eine martialische Sprache.

Die Türken als innen- und außenpolitisches Problem

Ein Jahr nach den Terroranschlägen von New York veröffentlichte Hans-Ulrich Wehler in der ZEIT den Gastbeitrag "Das Türkenproblem. Der Westen braucht die Türkei – etwa als Frontstaat gegen den Irak. Aber in die EU darf das muslimische Land niemals". Der Titel ließ die antiislamische Stoßrichtung der Diskussion deutlich erkennen.

Wehler beschwor die "Kulturgrenzen" zwischen Europa und der Türkei, woraus sich für ihn die Behauptung ergab:

"Überall in Europa erweisen sich muslimische Minderheiten als nicht assimilierbar und igeln sich in ihrer Subkultur ein. Auch die Bundesrepublik hat bekanntlich kein Ausländer-, sondern ausschließlich ein Türkenproblem."

Als der Bombenterror am 11. März 2004 mit den Anschlägen auf Vorortzüge in Madrid auch Europa traf, wurde das migrationspolitische Klima noch rauer. Nach der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh am 2. November 2004 erlebte die Bezeichnung "Parallelgesellschaft" als Konträrbegriff zur "multikulturellen Gesellschaft" ihren medialen Durchbruch.

Modernisiertes Feindbild

Die Debatte gipfelte in dem Artikel "Die Schlacht um Europa" von Gilles Kepel in der Welt am Sonntag vom 21. November 2004 und im Titelblatt des tags darauf erschienenen Focus "Unheimliche Gäste. Die Gegenwelt der Muslime in Deutschland". Damit wurde das Feindbild des Kalten Krieges einerseits restauriert, andererseits modernisiert.

Nun machte man offen Stimmung gegen Muslime. So nährte der Dramatiker Botho Strauß durch historische Reminiszenzen an Kreuzzüge, Türkenkriege und Reconquista die Furcht vor einer Islamisierung des Westens, als er im Spiegel vom 13.2.2006 fragte, "ob die erfolgreichen Abwehrkämpfe, die das christliche Europa einst gegen den Ansturm arabischer Mächte führte, von heute aus gesehen nicht umsonst gewesen sind. Der zur Mehrheit tendierende Anteil der muslimischen Bevölkerung von Amsterdam und anderen Metropolen braucht unsere Toleranz bald nicht mehr." Tatsächlich könnten dort die Migranten in ferner Zukunft mehrheitsfähig werden, aber es handelt sich bei ihnen keineswegs um Menschen ein und derselben Religionszugehörigkeit, und sie werden auch kaum alle zum Islam konvertieren.

Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der FAZ, beschwor in einem Gespräch mit dem Spiegel vom 6.3.2006 die Gefahr, dass "die westliche, aufgeklärte Kultur, die aus abendländischen, christlichen Werten stammt", den Muslimen aufgrund ihrer höheren Fertilität nicht gewachsen sei: "Jeder weiß, dass ein Teil der islamischen Welt uns den Krieg erklärt hat. Die muselmanische Reconquista hat demografische Ursachen, die Geburtenrate wird in diesen Ländern noch bis ins Jahr 2050 wachsen."

Auch die kampagnenartige Berichterstattung über "Zwangsverheiratungen" sowie "Ehrenmorde" hatten rassistische Untertöne. Mediendarstellungen wirkten stigmatisierend und verstärkten den Eindruck, dass sich die muslimischen

Migranten, Türken zumal, in "Parallelgesellschaften" verschanzen, ihre Frauen unterdrücken und einfach nicht "zu uns" passen, vielmehr dorthin gehören, wo sie herkommen.

Moscheen, Minarette und Muezzine

Als eine Frankfurter Familienrichterin im März 2007 einer Scheidungswilligen die Aufhebung des Trennungsjahres verweigerte, weil die mit einem gewalttätigen Marokkaner verheiratete Frau habe voraussehen müssen, dass er sein religiös verbrieftes Züchtigungsrecht wahrnehme, empörten sich die Medien nicht etwa über die verkürzte, unhistorische Koran-Auslegung der Juristin, sondern über ihre Rücksichtnahme auf eine fremde Rechtsauffassung.

Im Spiegel vom 26.3.2007, dessen Titelbild das Brandenburger Tor unter einem türkischen Halbmond zeigt und die Überschrift "Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung" trägt, wurde die Frage gestellt: "Haben wir schon die Scharia?"

Durch die Art und Weise, wie man in der Öffentlichkeit über Ausländer, Flüchtlinge, Arbeitsmigranten und ethnische Minderheiten, aber auch die Möglichkeit eines gedeihlichen Zusammenlebens mit ihnen spricht, entscheidet sich tatsächlich, ob eine Ausgrenzung von "Fremden" um sich greift. Die Medien sind mitverantwortlich, ob die Gesellschaft zerfällt oder eine gemeinsame Perspektive für alle ihre Mitglieder entwickelt. Gerade nach Ereignissen wie der pogromartigen Hetzjagd auf indische Migranten in Mügeln sollten sich Journalisten ihrer Verantwortung für das Gelingen der Integration stets bewusst sein.

Quelle: Qantara.de - 2007

Mediale Zerrspiegel: Irreguläre Migration von Afrika nach Europa zwischen Bedrohungsszenario und Opferdiskurs.

Ergebnisse einer qualitativen Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln in Deutschland, Frankreich und Spanien

von Hanna Mbappou-Gleiß

Afrika und Europa verbindet eine lange Geschichte. Besonders die letzten 500 Jahre der gemeinsamen Vergangenheit waren geprägt von Ausbeutung durch Kolonialismus und Sklavenhandel, welche Auswirkungen bis in die Gegenwart haben. Bis heute ist Afrikas Wirtschaft sehr stark von westlichen Institutionen und Staaten und damit auch von der EU abhängig. Die irreguläre Migration aus Afrika nach Europa ist Ausdruck und zum Teil auch Folge der asymmetrisch gestalteten Beziehungen zwischen beiden Kontinenten.

Nach Zahlen der Global Commission on International Migration überqueren jährlich zweieinhalb bis vier Millionen MigrantInnen irregulär internationale Grenzen; davon kommen laut Schätzungen jährlich circa 500.000 nach Europa. Je mehr die Bewegungsfreiheit innerhalb der EU wächst, desto mehr wird sie jedoch für Drittstaatsangehörige beschränkt. Aus Mangel an regulären Einreisemöglichkeiten nimmt deshalb die irreguläre Migration von Afrika nach Südeuropa zu. Bei den Fahrten übers Mittelmeer kommt schätzungsweise jede(r) Sechste ums Leben. Obwohl die Einreise in die marokkanischen Enklaven durch meterhohe Zäune, Überwachungskameras und das Patrouillieren von Soldaten an den Grenzen enorm erschwert wurde, waren die autonomen Städte Ceuta und Melilla im Jahr 2005 das Hauptziel nicht dokumentierter Einwanderung. Mittlerweile haben sich die Migrationsrouten wieder verschoben und viele nehmen noch gefährlichere Routen in Kauf.

Regelmäßig übermitteln uns die Medien neue Bilder von afrikanischen Flüchtlingen, die an den südlichen Küsten Europas landen. Der Prozentsatz der MigrantInnen aus Afrika, die sich ohne einen regulären Status in der EU aufhalten, macht nur einen kleinen Teil der EinwanderInnen aus. Dennoch dominieren sie die Medien und damit auch die öffentliche Debatte. Das Medienecho war selten so groß wie im Herbst 2005, als innerhalb weniger Tage (28. September 2005 und die folgenden Tage) tausende afrikanische Flüchtlinge versuchten, in Marokko über die Zäune der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla und damit in die EU zu gelangen. Die Situation eskalierte und die Guardia Civil und marokkanische Sicherheitskräfte schossen scharf. Mindestens 14 afrikanische EinwanderInnen erlagen ihren Verletzungen. Bezüglich der dramatischen Ereignisse in Ceuta und Melilla sprachen viele Medien vom Sturm auf Europa.

Medien sind in modernen Gesellschaften relevanter denn je, denn in der Regel werden alle wichtigen Informationen über aktuelle (politische) Geschehnisse durch die Massenmedien vermittelt. Öffentlichkeit ist ein essentielles Grundelement von Demokratien, und Öffentlichkeit in modernen Demokratien ist vor allem Medienöffentlichkeit. Studien der Medienwirkungsforschung zeigen, dass Medien sowohl Einfluss darauf haben können, worüber die RezipientInnen nachdenken als auch darauf, wie sie über bestimmte Sachverhalte denken. Eine bestimmte mediale Darstellung kann somit Denk und Verhaltensmuster sowohl der Bevölkerung als auch der PolitikerInnen prägen und manche politischen Vorgehensweisen plausibler erscheinen lassen als andere. Wenn zum Beispiel Einwanderung im öffentlichen Diskurs und in den Medien vorwiegend als Sicherheitsbedrohung dargestellt wird, ist davon auszugehen, dass überwiegend nach Maßnahmen gesucht wird, wie Migration effektiver bekämpft werden kann, die Grenzzäune erhöht und mehr Soldaten eingesetzt werden.

Migration ist ein Politikfeld, das in großem Maße durch die Medien und der durch sie beeinflussten öffentlichen Meinung gelenkt wird, welche für PolitikerInnen, die wieder gewählt werden möchten, eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Es ist außerdem interessant zu sehen, welches Bild von MigrantInnen in der europäischen Öffentlichkeit gezeichnet wird, da Europa ein Einwanderungskontinent geworden ist und die MigrantInnen die Gesellschaftsstruktur in den europäischen Ländern mit prägen. Folglich stellt sich die Frage: Wie berichten die Medien in Europa zum Thema der irregulären Migration aus Afrika?

Da die nicht dokumentierte Migration die EU als Ganzes betrifft, erscheint es sinnvoll, mediale Deutungsmuster/rahmen (media frames) Ländervergleichend zu untersuchen. Ich habe die Mediendebatten zur irregulären Einwanderung aus Afrika in Deutschland, Frankreich und Spanien in jeweils zwei überregionalen bedeutenden Tageszeitungen (Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Süddeutsche Zeitung (SZ), Le Figaro (LF), Le Monde (LM), El Mundo (EM), El País (EP)) im Zeitraum vom 26.09. bis zum 10.10.2005 analysiert. Der Vergleich von Deutschland, Frankreich und Spanien ist spannend, da diese drei Länder jeweils einer anderen Kategorie von Einwanderungsländern angehören und sich in Bezug auf die irreguläre Migration aus Afrika in ihrer „Betroffenheit“ unterscheiden. Für die deutschen und französischen Zeitungen habe ich alle Artikel zum Thema in diesem Zeitraum untersucht und für die spanischen nur die ersten Tage (26.30.09.2005) und dann noch mal am Ende der Periode einen Tag (07.10.2005), da die Berichterstattung sehr umfangreich war.

Die Artikelrecherche ergab insgesamt 137 Artikel. Davon entfielen auf folgende Zeitungen: FAZ: 14, SZ: 24, LF: 19, LM: 21, EM: 24, EP: 35 Artikel. Bei den Zeitungsartikeln wurden alle Stilformen

(Meldung, Bericht, Reportage, Kommentar, Dokumentation, Sonstiges) mit in die Analyse aufgenommen, um ein möglichst vollständiges Bild zu erhalten. Einige der Ergebnisse sollen im Folgenden dargestellt und diskutiert werden.

1. In den Medien in Europa überwiegt eine Darstellung der Migration aus Afrika als Bedrohung.

Folgende Aspekte habe ich als einen Bedrohungs-Frame bewertet: Verwendung von Begriffen aus der Kriegs und Wasser-Metaphorik (Ansturm/Überschwemmung) zur Beschreibung der Vorfälle in Ceuta und Melilla, Darstellung der afrikanischen MigrantInnen als TäterInnen (Kriminelle), Verwendung von Ausdrücken, die Menschen kriminalisieren (Illegale).

In allen analysierten Mediendebatten überwiegen die Zeitungsartikel, die die irreguläre Migration aus Afrika als Bedrohung darstellen gegenüber denjenigen, die eine positive Sichtweise von Migration vermitteln. Die Beschreibung der AfrikanerInnen findet in den spanischen und französischen Zeitungen vorwiegend mit einer neutraleren Sprache statt, zum Beispiel einfach „AfrikanerInnen“. In den deutschen Artikeln überwiegen negativ wertende Ausdrücke. Was die Wahrnehmung der Migration angeht, stützen meine Ergebnisse andere Diskurs und Frame-Analysen, welche die Dominanz des Deutungsmusters „Migration als Bedrohung“ und die Darstellung der MigrantInnen entweder als Täter oder als Opfer nachgewiesen haben.

Auch der von anderen Studien konstatierte Trend zur Versicherheitlichung der Migrationsdebatte konnte nachgewiesen werden. Konkrete Chancen der Migration werden in allen spanischen Artikeln nur einmal erwähnt. Die Mehrheit aller Artikel verwendet eine Sprache, die die irreguläre Einwanderung aus Afrika als eine Bedrohung erscheinen lässt. Von den spanischen JournalistInnen gebrauchte Begriffe stammen vor allem aus der Metaphorik Wasser/Naturkatastrophen, wie zum Beispiel der Begriff *avalancha* [Lawine], der den europäischen PolitikerInnen nahe legt, sich gegen eine hereinbrechende Katastrophe zu schützen. Folgende Textauszüge sind Beispiele für den BedrohungsFrame:

„[...] la cifra total de efectivos [...] sigue siendo insuficiente para hacer frente a la avalancha de ilegales, como ha advertido la Asociación Unificada de Guardia Civiles.“ (EM 29.09.05) [die gesamte Anzahl an Truppen [...] scheint unzureichend, um sich der Lawine von Illegalen zu stellen, wovor die Vereinigte Assoziation der Guardia Civil gewarnt hat].

„Durante una hora, los inmigrantes lanzaron continuos ataques contra la valla [...]“ (EP 28.09.05)
[Während einer Stunde lancierten die Immigranten ununterbrochen Angriffe gegen den Zaun].

In der deutschen Mediendebatte gibt es wenige Beispiele für eine positive Sichtweise von Migration. Die überwiegende Mehrheit aller deutschen Artikel stellt die Einwanderung als Bedrohung dar. Dies geschieht vor allem durch die Verwendung einer Sprache der Kriegsmetaphorik (Ansturm). Im Gegensatz zur spanischen Mediendebatte befinden sich fast alle Beschreibungen der AfrikanerInnen in der Kategorie distance framing, welche eine emotionale Distanz zwischen den MediennutzerInnen und den Menschen, über die berichtet wird, kreiert, wie zum Beispiel die Ausdrücke Eindringlinge und Illegale.

Neutralere Begriffe sind die Ausnahme in den deutschen Artikeln. Die FAZ spricht besonders häufig von den Illegalen. Insgesamt beschreibt die SZ die Flüchtlinge mit einer neutraleren Sprache als die FAZ. Obwohl die deutschen Zeitungen häufiger positive Aspekte der Migration betonen als die spanischen, verwenden sie häufiger Begriffe, die Migration als etwas Bedrohliches darstellen. Textbeispiele:

„Das Ministerium lobte ausdrücklich den Einsatz der marokkanischen Sicherheitskräfte, die sich entschlossen dem Ansturm entgegen gestellt hätten.“ (SZ 06.10.05)

„Ein nicht unwesentlicher Teil gerät in die Kreise des organisierten Verbrechens. Afrikanische Frauen finden sich zuhauf in den bestimmten Parks der Hauptstadt als neue ‚Skaven‘ von Prostitutionsringen wieder, Männer als ‚Kamele‘ für Rauschgifthändler.“ (FAZ 29.09.05)

Aus den französischen Zeitungsartikeln lässt sich nur einmal die Sichtweise „Migration as Chance“ interpretieren. Dennoch berichtet die knappe Mehrheit aller Artikel mit einer relativ neutralen Sprache über die irreguläre Migration aus Afrika. Fast die Hälfte der analysierten Artikel bedient sich der KriegsMetaphorik bei der Beschreibung der nicht dokumentierten Migration (assaut) [Ansturm]. Die Interpretation der Einwanderung als Bedrohung ist somit auch in der französischen Mediendebatte sehr präsent, jedoch handelt es sich nicht um einen hegemonialen Frame.

Textbeispiele:

„Cet assaut [...] a été déjoué grâce à la collaboration policière entre les forces de sécurité espagnoles et marocaines. » (LF 07.10.05). [Dieser Ansturm konnte dank der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen spanischen und marokkanischen Sicherheitskräften vereitelt werden].

„[...] avalanche humaine qui, le 29 septembre, a submergé la barrièrefrontière » (LM 07.10.05)
[eine menschliche Lawine, die am 29. September, die Grenzbarriere überflutet hat].

Neben dem dominanten Bedrohungs-Frame kommt am zweithäufigsten das Deutungsmuster „Migration als humanitäres Drama“ vor. In diesen Artikeln werden die AfrikanerInnen empathisch beschrieben und es wird auf ihre Notlagen hingewiesen, womit sie als Opfer klassifiziert werden.

Die meisten Diskursanalytiker gehen davon aus, dass die Verwendung bestimmter Begrifflichkeiten aus den Bereichen Krieg oder Naturgewalten Gefahr und Bedrohung suggeriert, beziehungsweise solche Deutungsverknüpfungen provoziert. Interessanterweise finden sich in allen drei Ländern Zeitungsartikel, die insgesamt empathisch über die Situation der afrikanischen Flüchtlinge berichten und dennoch Begriffe wie Ansturm verwenden. Einige JournalistInnen verwenden möglicherweise ganz bewusst eine drastische Sprache, um die dramatische Situation zu verdeutlichen.

Dies ist der Fall bei dem FAZ-Journalisten Schoepp, der vom Anrennen afrikanischer Armutsheere spricht und trotzdem Migration eindeutig als Chance sieht. Außerdem sind es zum Teil auch ein und dieselben JournalistInnen, die in dem einen Artikel sehr empathisch schreiben und im nächsten einen ganz anderen Ton anschlagen. Beispielsweise schreibt die LMJournalistin Chambraud an einem Tag einen Hintergrundbericht, in dem vier Migranten zu Wort kommen, während sie in einem anderen Bericht wieder von den illégaux und von Überflutung spricht. Die Art der Berichterstattung liegt womöglich auch in der Art der Rubrik begründet. In einer Reportage werden eher die Sichtweisen von Flüchtlingen präsentiert als in einer kurzen Meldung in der Rubrik Auslandsberichterstattung.

Ich gehe davon aus, dass eine bestimmte Ausdrucksweise die Wahrnehmung prägt; jedoch stellt sich hier die Frage, inwieweit sich die JournalistInnen überhaupt ihrer verwendeten Ausdrucksweise und möglicher Auswirkungen derselben auf die Wahrnehmung der RezipientInnen sowohl der Bevölkerung als auch der politischen Elite bewusst sind und inwieweit letztere in der Lage sind, ein bestimmtes Framing kritisch zu bewerten. Möglicherweise sind die JournalistInnen so an den gängigen Diskurs von Migration als Sicherheitsproblem gewöhnt, dass ihnen ihr Sprachgebrauch gar nicht auffällt und sie ihn Begriffe wie Sturm auf Europa unhinterfragt benutzen und damit verbreiten. Dies spricht dafür, die Wahrnehmung von Migration als Sicherheitsproblem und Bedrohung als hegemonialen Frame zu klassifizieren, der sich im Wettbewerb der verschiedenen Interpretationsschemata durchgesetzt hat und nun den Diskurs zum Thema beherrscht.

Eine zum Teil unbewusste Verwendung der genannten Begriffe könnte auch erklären, warum JournalistInnen in der Lage sind, solche Ausdrücke zu gebrauchen und dennoch zu unterschiedlichen Analysen und Einschätzungen der Lage kommen können als beispielsweise InnenpolitikerInnen, die ebenfalls die gleiche Sprache verwenden. Weitere Faktoren, die die vielfache Verwendung einer drastischen Sprache erklären können, sind der viel diskutierte Strukturwandel der Medien, der Trend zur Amerikanisierung, der Kampf um Auflagenzahlen und der Druck der Verleger.

Eine Differenzierung zwischen verschiedenen Arten von Framing scheint mir angebracht. Auf der einen Seite steht ein aktive Framing, was Deutungen wie MigrantInnen als Kriminelle konstruiert. Dies ist in den deutschen und französischen Zeitungen in jeweils zwei Artikeln der Fall, kommt jedoch in keinem spanischen Artikel vor. Auf der anderen Seite existiert ein eher passives Framing, was die irreguläre Einwanderung aufgrund einer bestimmten Ausdrucksweise als Bedrohung erscheinen lässt. Zwischen beidem gibt es einen fließenden Übergang.

2. Die unterschiedliche Betroffenheit der europäischen Länder durch die irreguläre Migration aus Afrika hat eine unterschiedliche mediale Berichterstattung zum Thema zur Folge.

Es stellt sich die Frage, inwieweit die unterschiedliche Betroffenheit von Deutschland, Frankreich und Spanien eine andere Medienberichterstattung hervorruft.

Je höher die eigene Betroffenheit, desto höher die Medienaufmerksamkeit...

Bezüglich der Medienaufmerksamkeit ließ sich diese These für die spanischen Medien bestätigen. Die deutschen und französischen Zeitungen berichten jedoch trotz der als unterschiedlich angenommenen Betroffenheit der beiden Länder in etwa gleich viel zur nicht dokumentierten Migration. In Frankreich scheint es allerdings ein dauerhafteres Interesse am Thema der Einwanderung zu geben als in Deutschland, da kontinuierlicher dazu berichtet wurde. Wenn man die Quantität der Berichterstattung der Zeitungen eines Landes analysiert, zeigen sich in Frankreich keine Unterschiede zwischen den als linksliberal und konservativ qualifizierten Zeitungen. In Deutschland und Spanien hatten jeweils die linksliberalen Zeitungen (SZ, EP) häufiger die nicht dokumentierte Migration zum Thema als die konservativen Zeitungen (FAZ, EM). Die politische Ausrichtung einer Zeitung scheint einen Einfluss auf die Quantität der Berichterstattung zur irregulären Migration zu haben. Auch die neutralere Sprache der SZ bei der Beschreibung der AfrikanerInnen im Vergleich zur FAZ ist ein Indiz für den Einfluss der politischen Ausrichtung einer Zeitung auf die Art ihrer Berichterstattung.

Mögliche intervenierende Variablen, die die unterschiedliche Berichterstattung außer dem angenommenen Faktor Betroffenheit beeinflussen, sind sicherlich Ereignisse, die in den untersuchten Ländern im gleichen Zeitraum stattfanden und um die Medienaufmerksamkeit buhlten. Die Medien behandeln immer nur einen kleinen Ausschnitt der aktuellen Geschehnisse und müssen deshalb aus der täglichen Informationsflut stark selektieren. Zu Frankreich muss hier angemerkt werden, dass sich ebenfalls im Herbst 2005 die Krise in den französischen banlieus abspielte, die einen Großteil der Medienberichterstattung beanspruchte.

Dieser Punkt spricht für die Betroffenheit als Ursache für eine starke Medienaufmerksamkeit, da die Ereignisse in Ceuta und Melilla für Frankreich wohl zu weit weg sind, um mit innenpolitischen Themen mitzuhalten. Dies zeigt auch die Abhängigkeit der Medien von der Tagespolitik auf und damit auch die Grenzen einer Medienanalyse, die einen Zeitraum von nur zwei Wochen untersucht.

...und desto eher findet die Debatte auf einer innenpolitischen Medienebene statt.

In der spanischen Mediendebatte nimmt die überwiegende Mehrheit aller Artikel Bezug auf die innenpolitische Ebene. Es geht um die Vorfälle an den Grenzen, die einwanderungspolitischen Maßnahmen der Regierung und den Diskurs um das spanische Ausländerrecht und die Streitigkeiten zwischen den Regionalpräsidenten von Ceuta und Melilla und der Zentralregierung auf dem spanischen Festland. Inhaltliche Verbindungen des Themas mit dem spanischen Arbeitsmarkt, welche ich zu Beginn meiner Analyse vermutet habe, finden sich kaum. Der Rest der spanischen Artikel teilt sich zu fast gleicher Anzahl in die Kategorien „normative Ebene“ und „außenpolitische Ebene“ auf.

Da sich die untersuchten Ereignisse in Spanien abspielen, berichtet die Mehrheit aller deutschen und französischen Artikel über die nicht dokumentierte Migration aus Afrika auf einer außenpolitischen Ebene. Es finden sich keine deutschen Zeitungsartikel, die das Thema auf einer innenpolitischen Ebene darstellen; ein Bezug zu Deutschland wird in keinem Artikel hergestellt. Die restlichen deutschen Artikel verorten das Thema auf einer normativen Ebene. Die knappe Minderheit aller französischen Artikel diskutiert die irreguläre Einwanderung ebenfalls auf einer normativen Ebene. Alle Artikel, die sich auf die irreguläre Einwanderung im französischen Überseegebiet Mayotte beziehen, betreffen die Innenpolitik Frankreichs. Diese Tatsache lässt vermuten, dass sich die deutsche Mediendebatte ebenso auf einer innenpolitischen Ebene abspielen würde, wenn Deutschland stärker von der nicht dokumentierten Migration betroffen wäre.

Je höher die eigene Betroffenheit, desto größer die Vielfalt der Akteure in den Medien. Insgesamt dennoch Dominanz der politischen Eliten und häufig bloße Wiedergabe ihrer Perspektiven.

Die Indexing-Theorie geht davon aus, dass die Medien größtenteils einfach den Index des Diskurses in der politischen Elite abbilden, also nicht kritisch hinterfragen und deshalb vor allem politische Eliten in den Medien zu Wort kommen. Auch aus öffentlichkeitstheoretischer Sicht lässt sich vermuten, dass Minderheiten in den Medien unterrepräsentiert sind.

In allen drei Ländern konnte die starke Unterrepräsentation der MigrantInnen in den Medien nachgewiesen werden. Es wird in der Regel über sie geschrieben, ohne sie selbst zu Wort kommen zu lassen. In allen sechs untersuchten Zeitungen dominierten die politischen Eliten. Zur irregulären Einwanderung in Spanien kommen in der deutschen Mediendebatte fünf verschiedene deutsche PolitikerInnen zu Wort, es werden jedoch häufiger einfach spanische Eliten zitiert. In der französischen Mediendebatte fällt die überragende Präsenz des damaligen Innenministers Sarkozy auf; er ist der einzige, der in den französischen Medien zu den Ereignissen in Ceuta und Melilla zitiert wird. Die häufige Zitierung Sarkozys ist auch ein Argument für eine innenpolitische Ebene der Mediendebatte und stützt damit die Vermutung, dass Frankreich stärker betroffen ist als Deutschland. Sie lässt sich jedoch auch dadurch erklären, dass das politische System Frankreichs zentralisiert ist. Zur Einwanderung in Mayotte kommen auch andere Akteure zu Wort, wie zum Beispiel ein Migrationsexperte.

Dieses Ergebnis ist spannend, da zwar in dem vorigen Punkt angemerkt wird, dass die Medienaufmerksamkeit in Frankreich zum Thema der Einwanderung geringer ausfiel als erwartet, aber bezüglich Mayotte, durch die eigene Betroffenheit stimuliert, eine innenpolitische Debatte hervorgerufen wird und in diesem Zusammenhang auch mehr Akteure zu Wort kommen. Dies stützt die Vermutung, dass je stärker ein Land von der irregulären Migration betroffen ist, desto mehr und unterschiedlichere Akteure zu Wort kommen.

In der spanischen Mediendebatte findet sich die größte Vielfalt an Akteuren, doch auch hier kommen MigrantInnen oder MigrantInnenOrganisationen nur äußerst selten zu Wort. Die häufig genannten Äußerungen der spanischen Sicherheitskräfte unterstreichen die Dominanz des Deutungsmusters „Migration als Grenzschutzproblem“ und als innenpolitische Problematik. In der spanischen Mediendebatte wird den Äußerungen der Regionalpräsidenten von Ceuta und Melilla viel Platz eingeräumt. Auch in den deutschen und französischen Zeitungen werden sie häufig genannt. Im Gegensatz zu Frankreich spielen in Spanien die Regionen eine wichtige politische Rolle.

In Deutschland sind aufgrund des föderalistischen Systems die einzelnen Regionen ebenfalls stärker in politische Entscheidungen eingebunden als in Frankreich. Die Gestaltung des politischen Systems scheint einen Einfluss darauf zu haben, wer in den Medien zu Wort kommt, je nach Bedeutung des Akteurs im politischen System des jeweiligen Landes.

Und wie sieht es aus mit einer kritischen Berichterstattung? In allen drei Ländern entspricht die Mehrzahl aller Artikel dem support framing. Dies bedeutet, dass Sichtweisen und Handlungen der politischen Elite unhinterfragt von JournalistInnen wiedergegeben werden und eine Auseinandersetzung mit den Sichtweisen von MigrantInnen kaum stattfindet. Dies ist in der französischen Mediendebatte am stärksten der Fall: Die Mehrheit aller französischen Artikel entspricht dem support framing. Bei den spanischen Zeitungen kann die knappe Mehrheit aller Artikel, also etwas seltener als in den französischen Zeitungen, dem support framing zugeordnet werden. Die deutschen Zeitungsartikel sind am kritischsten: In der deutschen Mediendebatte halten sich die beiden Kategorien critical framing und support framing in etwa die Waage.

Die im Vergleich zu den anderen beiden Ländern kritischere Berichterstattung der deutschen Medien lässt sich nach meiner Einschätzung damit in Verbindung bringen, dass in der deutschen Mediendebatte auch am meisten Artikel die irreguläre Einwanderung auf einer normativen Ebene diskutieren. Dies wird vermutlich durch die geringere Betroffenheit des eigenen Landes begünstigt. Umfragen zufolge haben deutsche und französische JournalistInnen ein ähnliches journalistisches Selbstverständnis, letzteres kann somit nicht als Erklärungsfaktor für eine unterschiedliche Berichterstattung herangezogen werden.

3. Je weniger ein Land von der irregulären Migration betroffen ist, desto stärker weist die Mediendebatte dieses Landes eine horizontale und vertikale Europäisierung auf.

Die politische und ökonomische Europäisierung ist weit fortgeschritten. Doch wie sieht es aus mit einer Europäisierung der nationalen (Medien) Öffentlichkeiten? In der Literatur zur Europäisierung werden verschiedene Dimensionen unterschieden. Die vertikale Europäisierung beschreibt, dass nationale Medien eine zunehmend europäische Perspektive annehmen. Horizontale Europäisierung bedeutet eine wachsende Aufmerksamkeit für Geschehnisse in anderen EUStaaten. Um eine mögliche Europäisierung der Medien zu erfassen, habe ich untersucht, inwieweit die europäische Dimension des Themas deutlich wird und ob die Medien über Debatten, politische Entwicklungen und Bewegungen in anderen EULändern zum Thema berichten und ob diese kommentiert werden.

Die europäische Dimension der nicht dokumentierten Migration aus Afrika wird verdeutlicht, wenn Institutionen und Akteure der EU genannt werden und wenn ersichtlich wird, dass es sich bei den Grenzen in Ceuta und Melilla um EUAußengrenzen handelt. Wenn nationale Eliten eine Lösung ihrer Probleme durch die EU erwarten, handelt es sich um eine bottumup Version vertikaler Europäisierung. Greift die EU in nationale Debatten ein, ist dies ein Fall für eine topdown Variante vertikaler Europäisierung. Wenn Medien über die Geschehnisse in anderen europäischen Ländern berichten, ist dies ein Zeichen für eine schwache Form horizontaler Europäisierung. Werden diese auch bewertet, kann von einer starken Form horizontaler Europäisierung gesprochen werden.

Die deutsche Mediendebatte weist im Vergleich zu den anderen beiden Ländern die stärkste Form einer vertikalen Europäisierung auf. Dies geschieht vor allem durch die Verdeutlichung der Tatsache, dass die Grenzen in Ceuta und Melilla EUAußengrenzen sind. Die EU als Institution, ihre Akteure und Kompetenzen im Politikfeld Migration und eine Bewertung ihrer Politik thematisieren nur eine Minderheit aller analysierten Artikel. Ein Bezug zu Deutschland wird an keiner Stelle hergestellt. In der französischen Mediendebatte macht nur eine Minderheit aller Zeitungsartikel deutlich, dass die nicht dokumentierte Einwanderung aus Afrika nicht nur Spanien, sondern die EU als Ganze tangiert. Die EU wird kaum genannt, ihre Politik wird selten bewertet. Die europäische Dimension wird in den französischen Artikeln noch seltener als in den deutschen hervorgehoben. Die überwiegende Mehrheit aller spanischen Zeitungsartikel stellt die irreguläre Einwanderung als eine rein spanische Angelegenheit dar. Weniger als ein Drittel aller Artikel erwähnen die EU und das Faktum, dass die spanischen Grenzen mit Marokko gleichzeitig EUGrenzen darstellen. Es gibt viele Fälle der bottumup Variante vertikaler Europäisierung, Hilferufe spanischer PolitikerInnen, die an die EUEbene gerichtet sind.

Die überwiegende Mehrheit aller deutschen Zeitungsartikel informiert über die politischen Geschehnisse in anderen EUStaaten, natürlich vor allem über Spanien. Die horizontale Europäisierung der deutschen Mediendebatte existiert jedoch nur in einer schwachen Ausprägung, da es nur einen einzigen Fall gibt, in dem deutsche PolitikerInnen die spanische Politik bewerten; alle anderen Kommentierungen der Politik anderer EUStaaten werden durch JournalistInnen vorgenommen und auch diese sind die Ausnahmen. In den französischen Zeitungen lässt sich ebenfalls eine schwache Form der horizontalen Europäisierung feststellen. Es gibt mehr Artikel, die über andere europäische Länder berichten als in der deutschen Mediendebatte. Die Maßnahmen anderer EUPolitikerInnen werden in der französischen Mediendebatte jedoch seltener beurteilt.

Zudem werden diese Bewertungen im Gegensatz zu den deutschen Zeitungen niemals von Mitgliedern der politischen Elite, sondern in allen Fällen von JournalistInnen abgegeben. Folglich ist

die horizontale Europäisierung in den untersuchten französischen Artikeln schwächer als in den deutschen. Die überragende Mehrzahl aller spanischen Artikel erwähnt keine anderen EUStaaten. Sichtweisen oder Entwicklungen in anderen europäischen Ländern werden an keiner Stelle kommentiert. Marokko kommt wesentlich häufiger vor als die EU. Demnach findet in den analysierten spanischen Artikeln überhaupt keine horizontale Europäisierung statt. In allen drei untersuchten Mediendebatten ließen sich weder das Modell einer europäischen Diskursöffentlichkeit noch einer kollektiven Identifikation mit der EU nachweisen.

Eine häufige Nennung der europäischen Ebene in nationalen Medien erscheint mir notwendig, wenn die EU zu dem berichteten Thema nennenswerte Kompetenzen innehat. Es stellt sich also bezüglich der Zuständigkeiten der europäischen Migrationspolitik die Frage, welche Kompetenzen im Jahr 2005 bei Spanien und welche bei der EU lagen. Die Mitgliedstaaten hatten und haben noch immer entscheidende Kompetenzen im Bereich der Migrationspolitik. Die Grenzschutzagentur Frontex hatte im Jahr 2005 ihre Arbeit noch nicht aufgenommen und wirksame Mechanismen, um die durch ihre geographische Lage besonders betroffenen Länder wie Spanien unterstützen zu können, existieren bis heute kaum.

Deshalb scheint es verständlich, dass in den spanischen Medien die EUEbene wenig genannt wird, da sie aufgrund der Kenntnis der Lage wussten, dass Spanien sowieso letztendlich die Situation alleine meistern muss. In ein paar spanischen Artikeln kommt vor, dass die EUKommission eine Mission nach Ceuta und Melilla entsandte, um sich von der Lage vor Ort zu informieren, von konkreter Hilfestellung ist nicht die Rede. Ein spanischer Artikel nennt diese Problematik sehr konkret und meint, die EU sei Spanien aufgrund geringer finanzieller Ressourcen und einer wenig vergemeinschafteten Politik keine wirkliche Hilfe.

Wenn man diese Umstände bedenkt, lässt sich darüber spekulieren, inwieweit deutsche und französische Medien die Angelegenheit als gesamteuropäische thematisieren, obwohl die EU-Politik noch weniger europäisiert war. Es stellt sich die Frage, ob sogar die Debatten europäisierter sind als die Migrationspolitik selber. Die häufigen Fälle von einer bottomup Variante der vertikalen Europäisierung in der spanischen Debatte können auch als Wunsch nach mehr Harmonisierung im Migrationsbereich interpretiert werden.

Zu den Ergebnissen in Hinsicht auf die horizontale Europäisierung muss angemerkt werden, dass dadurch, dass die nicht dokumentierte Einwanderung aus Afrika vor allem in Spanien stattfand, es logisch erscheint, dass Spanien vor allem über sich selber berichtete und Deutschland und Frankreich mehr über andere europäische Länder. Fraglich bleibt demnach, ob deutsche und franzö-

sische Medien ebenso viel über andere europäische Länder berichten würden, wenn die EinwanderInnen in ihrem eigenen Land ankommen würden.

Die Ergebnisse zu Mayotte scheinen diese Frage zu verneinen, da in den meisten Artikeln, die Mayotte und damit Frankreich direkt betreffen, andere europäische Länder keine Rolle spielten. Auch die Tatsache, dass die Diskussion um das französische Staatsbürgerschaftsrecht, welche durch die Einwanderung nach Mayotte ausgelöst wurde, in den deutschen und spanischen Artikeln nicht erwähnt wird, spricht eher gegen eine horizontale Europäisierung. Im Zuge der immer weiter fortschreitenden Europäisierung des Politikfeldes Migration ist dem ungeachtet eine verstärkte Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten zu erwarten.

Fazit

Es konnte gezeigt werden, dass alle sechs untersuchten überregionalen Tageszeitungen die Migration vorwiegend als Bedrohung darstellen. Die Wahrnehmung von Migration als etwas Bedrohliches und als Sicherheitsproblem scheint ein hegemoniales Deutungsmuster zu sein, welches sowohl den politischen als auch den medialen Diskurs zum Thema dominiert. Dennoch unterscheiden sich die ausgewählten Zeitungen in ihrer Art der Berichterstattung. Eine starke Betroffenheit der eigenen Gesellschaft äußerte sich in einer größeren Medienaufmerksamkeit zum Thema, einer größeren Vielfalt von Akteuren, die in den Medien zu Wort kamen und der Diskussion der nicht dokumentierten Migration auf einer eher innenpolitischen Ebene. In allen untersuchten Medien findet sich eine starke Dominanz politischer Eliten und häufig eine unhinterfragte Wiedergabe ihrer Positionen. Deutschlands Mediendebatte weist die kritischste Berichterstattung auf.

Ein weiterer Teil der empirischen Analyse befasste sich mit der Fragestellung, inwieweit die nationalen Medienöffentlichkeiten europäisiert sind. Es stellte sich heraus, dass sowohl die horizontale als auch die vertikale Europäisierung in der deutschen Mediendebatte am stärksten ist. Es kann keine neutrale Berichterstattung geben. Nachrichten informieren nicht nur, sondern sie orientieren auch immer gleichzeitig. Demnach haben JournalistInnen eine große Verantwortung. Besonders bei konfliktreichen Themen wie Migration kann eine bestimmte mediale Darstellung die Denkmuster der RezipientInnen beeinflussen.

Wichtig ist, dass sich JournalistInnen ihrer Verantwortung und möglicher Auswirkungen ihrer Ausdrucksweisen bewusst werden. Auch eine veränderte Personalpolitik in den Medien, die beispielsweise mehr Menschen mit Migrationshintergrund in ihr System integriert, könnte langfristig dazu beitragen, dass MigrantInnen nicht nur als TäterInnen oder Opfer dargestellt werden und sich die Wahrnehmung der nicht dokumentierten Migration ändert.

Es stellt sich die Frage, wer die Deutungsmuster kreiert und wer sie von wem übernimmt. Laut der IndexingTheorie übernehmen die Medien einfach die Frames der politischen Elite. Wer bestimmt also die Frames? Sind es MedienvertreterInnen mit dem Ziel großer Auflagenzahlen oder PolitikerInnen, die den Ausbau der Außengrenzen legitimieren möchten? Alle ernst zu nehmenden Medienanalysen zeigen auf, dass die Interaktionsverhältnisse von Medien und Politik zu komplex sind, um diese Frage einfach zu beantworten. Die weitere Forschung zu diesem Themenkomplex sollte den Untersuchungszeitraum ausweiten und auf den Vergleich mit den Debatten in Boulevardmedien ausweiten.

Die nicht dokumentierte Migration stellt für die EU eine große Herausforderung dar. Es gilt für die EU eine Balance zu finden zwischen Grenzkontrollen und Menschenrechtsverpflichtungen. Die EU gibt an, ein „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zu sein und ist aber genau dies für viele der MigrantInnen nicht. Menschenrechte sollten Bestandteil in jedem Politikfeld sein, auch im Grenzschutz. Europa ist ein Einwanderungskontinent. Die Diskussion über die Ausweitung legaler Einreisemöglichkeiten ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Rechte von Menschen ohne regulären Status müssen unbedingt ausgebaut werden. Die nicht dokumentierte Migration vor allem durch einen Ausbau der Grenzen zu bekämpfen, ist eindeutig der falsche Ansatz. Leider scheint ein Großteil der bekannten Printmedien in Europa genau diese Politik mit ihrem Diskurs zu legitimieren.

Juli 2008

Quelle: http://www.migration-boell.de/web/migration/46_1737.asp

(Dort finden sich auch umfangreiche Literaturhinweise)

8. Bibliografie

Bibliografie

Allgemeines / Grundlagen / Überblicksdarstellungen / Erfahrungsberichte

Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun

Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik

Wiesbaden: VS, Verl. Für Sozialwissenschaften 2006.

Gatti, Fabrizio / Hausmann, Friederike / Seuß, Rita

Bilal: Als Illegaler auf dem Weg nach Europa

München: Kunstmann Verlag, 3. Auflage, 2010.

Gerth, Andre / Holz, Johannes / Franken-Wendelstorf, Regina

Flucht und Migration in und aus Afrika. Herausforderungen und Chancen für Politik und Kirche

München: Don Bosco Verlag 2009

Gieler, Wolfgang / Fricke, Dietmar (Hrsg.)

Handbuch Europäischer Migrationspolitiken. Die EU-Länder und die Beitrittskandidaten

Münster: Lit-Verlag 2004

Holert, Tom / Terkessidis, Mark

Fliehkraft. Gesellschaft in Bewegung – Von Migranten und Touristen

Köln: Kiepenheuer & Witsch 2006.

Milborn, Corinna

Polizeistaat, Schengen, Migration. Festung Europa.

In: ATTAC (Hrsg.), Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen,

Wien: Deuticke Verlag 2006, S. 242-253.

Milborn, Corinna

Gestürmte Festung Europa. Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto. Das

Schwarzbuch,

Wien: Styria Verlag 2006.

Rah, Sicco

Asylsuchende und Migranten auf See. Staatliche Rechte und Pflichten aus
völkerrechtlicher Sicht

Berlin: Springer Verlag 2009.

Schwelien, Michael

Das Boot ist voll. Europa zwischen Nächstenliebe und Selbstschutz.

Hamburg: Mareverlag 2004.

Schwenken, Helen

Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in
die Europäische Union

Bielefeld: Transcript Verlag 2006.

TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hsg.)

Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas.

Bielefeld: Transcript Verlag 2007.

Weinzierl, Ruth

Zugang zu internationalem Schutz. Zur Bedeutung der Menschenrechte an der
gemeinsamen EU-Außengrenze.

In: Benz, Wolfgang / Curio, Claudia / Kauffmann, Heiko (Hrsg.), Von Evian nach Brüssel:
Menschenrechte und Flüchtlingschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Evian.

Karlsruhe: Loeper Verlag 2008, S. 62-84.

Frontex

Welzer, Harald

Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird.

(Insbesondere das Kapitel: Aeneas, Hera, Amazon und Frontex: indirekte Grenzkriege, S.
181 ff)

Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 2008

Marischka, Christoph

Militarisierte Bevölkerungspolitik – zum Umgang der EU mit Flüchtlingen

In: Pflüger, Tobias / Wagner, Jürgen (Hrsg.), Welt-Macht Europa. Auf dem Weg in weltweite Kriege,

Hamburg: VSA 2006, S. 301-311.

Informationsstelle Militarisierung (Hrsg.)

Frontex. Widersprüche im erweiterten Grenzraum

Materialien gegen Krieg, Repression und für andere Verhältnisse, Nr. 7, Tübingen 2009.

Kiza, Ernesto

Tödliche Grenzen - die fatalen Auswirkungen europäischer Zuwanderungspolitik. Eine theoretisch-empirische Untersuchung von Todesfällen illegalisierter Migranten im Kontext neuer Migrationsdynamiken und restriktiver Migrationspolitiken

Wien: Lit Verlag 2008.

Eigmüller, Monika

Grenzsicherungspolitik. Funktion und Wirkung der europäischen Außengrenze

Wiesbaden: VS, Verl. Für Sozialwissenschaften 2007.

Italien

Azzellini, Dario N. / Judith Gleitze

Italien. Legalisierung von Flüchtlingen – Militarisierung der Grenzen?

Berlin: Assoziation A 2002.

Gleitze, Judith

Zonen der Rechtlosigkeit – kein Weg nach Europa? Italienische Flüchtlingspolitik in Zeiten der Abschottung

In: Benz, Wolfgang / Curio, Claudia / Kauffmann, Heiko (Hrsg.), Von Evian nach Brüssel.

Menschenrechte und Flüchtlingsschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Evian.

Karlsruhe: Loeper Verlag 2008, S. 242-256.

Human Rights Watch

„Pushed Back, Pushed Around: Italy’s Forced Return of Boat Migrants and Asylum Seekers, Libya’s Mistreatment of Migrants and Asylum Seekers“.

New York: Human Rights Watch Report 2009.

PDF-Download unter: <http://www.hrw.org/en/node/85585>

Wetzel, Juliane

Italien und die Bootsflüchtlinge aus Afrika.

In: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Umgang mit Flüchtlingen. Ein humanitäres Problem.

München: dtv 2006, S. 150-166.

Wetzel, Juliane

Bootsflüchtlinge, Politik und öffentliche Meinung in Italien.

In: Benz, Wolfgang / Curio, Claudia / Kauffmann, Heiko (Hrsg.), Von Evian nach Brüssel.

Menschenrechte und Flüchtlingsschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Evian.

Karlsruhe: Loeper 2008, S. 224-241.

Griechenland

Kopp, Karl

Flüchtlinge in Griechenland – zurückgewiesen, misshandelt und rechtlos

In: Benz, Wolfgang / Curio, Claudia / Kauffmann, Heiko (Hrsg.), Von Evian nach Brüssel.

Menschenrechte und Flüchtlingsschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Evian.

Karlsruhe: Loeper Verlag, 2008, S. 198-208.

Spanien

Böffgen, Kerstin

Wirtschaftliche Interessen versus Schutzbedürftigkeit – Die Doppelbödigkeit der spanischen Flüchtlings- und Migrationspolitik,

In: Benz, Wolfgang / Curio, Claudia / Kauffmann, Heiko (Hrsg.), Von Evian nach Brüssel.

Menschenrechte und Flüchtlingsschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Evian.

Karlsruhe: Loeper Verlag 2008, S. 209-223

Kreienbrink, Axel

Spanien – ein Bollwerk Europas gegen unerwünschte Flüchtlinge?

In: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Umgang mit Flüchtlingen. Ein humanitäres Problem,
München: dtv 2006, S. 167-196.

Tunesien

Bensedrine, Sihem / Omar Mestiri

Despoten vor Europas Haustür. Warum der Sicherheitswahn den Extremismus schürt.

München: Kunstmann Verlag 2005.

Fluchtursachen

Mesovic, Bernd

Verweigerte Verantwortung. Anmerkungen zu Flucht- und Migrationsursachen in Zeiten der Globalisierung.

In: Benz, Wolfgang / Curio, Claudia / Kauffmann, Heiko (Hrsg.), Von Evian nach Brüssel.

Menschenrechte und Flüchtlingsschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Evian.

Karlsruhe: Loeper Verlag 2008, S. 85-100.

Flüchtlinge, Migranten in den Medien

Bojadzije, Manuela

Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration

Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2008.

Fohrn, Kerstin

Nähe und Bedrohung. Medienberichterstattung über illegale Einwanderung aus Afrika

In: Jäger, Thomas / Viehig, Henrike (Hrsg.), Sicherheit und Medien, Wiesbaden: VS,

Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S.93-108.

Gerhard, Ute

Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu Asylantenfluten werden - zum Anteil des
Mediendiskurses an rassistischen Pogromen,

in: Jäger, S./Januschek, F.(Hg.) Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-
Kolloquiums, November 1991, Oldenburg: Red. OBST, 1992, S. 163-178.

Gleiß, Hanna

Die Debatte über die irreguläre Migration aus Afrika. Eine qualitative Inhaltsanalyse von Nachrichten Zeitungen in Deutschland, Frankreich und Spanien

FU Berlin: FB Politische Wissenschaft, Diplomarbeit, 2008.

Reutemann, Jeanine

Klimaflüchtlinge im Film und Fernsehen

University of Arts and Design, Luzern: Bachelorarbeit 2008.

www.redmorpheus.com/app/download/.../klima_im_film_und_fernsehen.pdf

Thiele, Matthias

Flucht, Asyl und Einwanderung im Fernsehen.

Konstanz: UVK-Verl.-Ges. 2005.